

Stenographisches Protokoll

68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 3. November 1977

Tagesordnung

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 6409)

Fragestunde (41.)

Bundeskanzleramt (S. 6409)

Dkfm. Gorton (406/M); Dr. Stix, Rechberger, Burger

Modl (427/M); Burger, Meißl, Steinhuber

Dipl.-Vw. Josseck (441/M); Dkfm. DDr. König, Dipl.-Ing. Hanreich

Maria Metzker (426/M); Dr. Marga Hubinek, Melter, Dr. Jolanda Offenbeck

Bauten und Technik (S. 6417)

Dr. Lanner (425/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Kittl, Suppan

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (429/M); Dr. Schmidt, Dr. Heindl

Dr. Keimel (430/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Josef Schlager, Dkfm. DDr. König

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 6422)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6423 und S. 6503)

Verhandlung

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 (631 und Zu 631 d. B.)

Redner: Dr. Taus (S. 6423), Dr. Tull (S. 6430), Peter (S. 6437), Dr. Lanner (S. 6442), Dr. Veselsky (S. 6446), Dr. Broesigke (S. 6453), Vizekanzler Dr. Androsch (S. 6457), Dr. Mock (S. 6461), Edith Dobesberger (S. 6466), Dr. Mussil (S. 6468), Dr. Stix (S. 6474), Dr. Kapaun (S. 6478), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 6480), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 6486), Ing. Willinger (S. 6491), Glaser (S. 6493), Dr. Ermacora (S. 6499) und Graf (S. 6501)

Zuweisung (S. 6503)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

641: Änderung des Postgesetzes (S. 6423)

642: 25. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz

643: 6. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz

644: Änderung des Schulzeitgesetzes

645: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; Verhandlungen betreffend die Liste XXXII – Österreich, Kündigungsverhandlungen betreffend Teigwaren

655: Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen

656: Änderung des Krankenanstaltengesetzes

657: Marktordnungsgesetz-Novelle 1977

662: Bundesgesetz über das Salzmonopol und über Änderungen des Berggesetzes 1975 und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (Salzmonopolgesetz)

670: Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII – Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) neu gefaßt wird

672: 2. Präferenzollgesetznovelle 1977 (S. 6423)

Bericht

über Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1977, BM f. Finanzen (III-94) (S. 6423)

Petition

betreffend „Bürgerinitiative für Steuersenkung und Belastungsstopp“ (überreicht durch Abg. Mag. Höchtl) (S. 6423)

Antrag der Abgeordneten

Pansi, Dr. Hauser, Melter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird (68/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend AIK-Hausstandsgründungsdarlehen (1415/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend „Tempelgassendurchbruch“ im Zuge der Bundesstraße B 8 (1416/J)

Dr. Schwimmer, Dr. Wiesinger, Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend 53. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (1417/J)

Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend unzulängliche Verwahrung von Akten der Zivildienstkommission (1418/J)

Dr. Schmidt, Melter, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister betreffend Schaffung von Lehrplätzen im öffentlichen Dienst (1419/J)

Dr. Stix, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Bodenmarkierungen (1420/J)

Peter, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Umfahrung von Perg (1421/J)

Dr. Stix, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Plöcken-Tunnel (1422/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Verschlechterung des Beamten-schutzes (1423/J)

Steinbauer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Bewilligungspraxis bei Gemeinschaftsantennenanlagen (1424/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Polizeiwachzimmer im 2. Wiener Gemeindebezirk (1425/J)

Dr. Mock und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Abberufung eines Hubschrauberpiloten (1426/J)

Dr. Schwimmer, Dr. Mock und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Pensionsrückstellungen der „Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG“ (1427/J)

Dr. Schwimmer, Dr. Mock und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Pensionsrückstellungen der „Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG“ (1428/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Kasernenbau und Unterkunftsverbesserung in Tirol (1429/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens (1430/J)

Peter, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Bildungspässe“ für die Erwachsenenbildung (1431/J)

Peter, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend „Bildungspässe“ für die Erwachsenenbildung (1432/J)

Melter, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Karenzurlaubsgeld bei Auslandsaufenthalt (1433/J)

Vetter und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Empfehlungen der OECD über Lagerung von Atommüll auf dem Meeresboden (1434/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Zustände in den Kasernen des Bundesheeres in Vorarlberg (1435/J)

Neumann, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Stützung für den Export von Rindern (1436/J)

Regensburger, Dr. Mock und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Neubesetzung der Funktion des Leiters beim Landesarbeitsamt Tirol (1437/J)

Thalhammer, Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Plakate des „Wiener Seniorenbundes“ ohne Impressum (1438/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Gassner und Genossen (1350/AB zu 1373/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Amtlichen Protokolle der 66. und der 67. Sitzung des Nationalrates vom 18. Oktober 1977 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Frodl, Wedenig und Fachleutner sowie Zingler, Pölz und DDr. Hesele.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage. Es ist die des Herrn Abgeordneten Dkfm. Gorton (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

406/M

Welche konkreten Ergebnisse erbrachte Ihr Werksbesuch – gemeinsam mit dem Vizekanzler und dem Nationalratspräsidenten – bei der Firma Porsche im Sommer dieses Jahres?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter! Wir hatten uns über Einladung der Firma Porsche an Ort und Stelle von der Produktion und der Kapazität der Firma zu überzeugen und uns gleichzeitig auch mit den entsprechenden Fachleuten, Technikern vor allem, und Kaufleuten über das von ihr ausgearbeitete Projekt zu unterhalten. Das ist geschehen und war ein sehr positiver Beitrag zur Beurteilung des ganzen Projekts.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundeskanzler! Ich möchte, bevor ich meine erste Zusatzfrage stelle, ein Zitat aus dem Wirtschafts- teil der „Kronen-Zeitung“ vom 27. August 1977 hier ...

Präsident: Herr Kollege, bitte die Frage.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton (fortsetzend):** Ich darf wohl einleiten, Herr Präsident, bitte.

Dort stand:

„Ich kenne drei Wahnsinnsprojekte, die praktisch gelaufen sind: Der Austro-Porsche, das Zellstoffprojekt und die Ölmühle.“

Diese Aussage hat der Wirtschaftsexperte des ÖGB, Dr. Thomas Lachs, gemacht.

Sie haben demgegenüber gesagt, Sie halten es für eine ...

Präsident: Herr Kollege, bitte die Frage!

Abgeordneter Dkfm. **Gorton (fortsetzend):** ... Sie halten es für eine der besten Ideen, und haben außerdem gesagt, daß in spätestens zwei Monaten nunmehr die endgültige Entscheidung über den Austro-Porsche fallen würde.

Das war am 11. August 1977 in Stuttgart, und ich möchte Sie jetzt fragen, Herr Bundeskanzler – es sind zweieinhalb Monate darüber vergangen –: Ist jetzt die endgültige Entscheidung seitens der Bundesregierung über dieses Projekt gefallen oder nicht?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich habe diese Feststellung gemacht, das stimmt.

Die für das Schicksal dieses Projektes maßgebende Firma hat nach meinen Informationen um einen Aufschub von 14 Tagen ersucht. Sie wird in dieser oder in der nächsten Woche ihren Standpunkt präzisieren. Auf das kommt es für die Beurteilung der Zukunftschancen dieses Projektes vor allem an. Es handelt sich dabei um jene Firma mit weltweitem Organisationsapparat, die unter Umständen für den Vertrieb eines solchen Fahrzeuges in Betracht kommt. Ohne eine solche Sicherheit zu haben, wäre dieses Projekt meiner Meinung nach nicht weiter zu verfolgen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton:** Herr Bundeskanzler! Sie haben, ebenfalls in Stuttgart, gesagt, die einzige offene Frage bezüglich dieses Projekts sei der Vertrieb. Sie haben weiters erklärt: Das Geld ist da, weil es auch für andere riesige Vorhaben da gewesen ist.

Herr Generaldirektor Geist hat am 17. Dezember 1976 gesagt, es seien drei Varianten in Untersuchung: ein stahlkarosseriertes Auto, ein aluminiumkarosseriertes Auto und ein Auto teilweise mit Stahlkarosserie und Aluminiumteilen.

Dkfm. Gorton

Ich nehme an, daß diese Fragen jetzt alle geklärt sind, da Sie erklärt haben, die einzige offene Frage sei der Vertrieb.

Ich möchte Sie also fragen, Herr Bundeskanzler: Woher glauben Sie, daß die Finanzierung aufgebracht werden kann, und welches Auto soll nun endgültig produziert werden?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Zuerst einmal möchte ich feststellen, daß das technische Fragen sind, die auch dem Nicht-Techniker anlässlich des Besuchs bei der Firma Porsche verständlich gemacht wurden: Es würde sich um ein Fahrzeug handeln, das ähnlich wie die schon erzeugten zu einem Teil aus Aluminium bestehen würde, zu einem anderen Teil wie die gegenwärtig erfolgreich produzierten aus Stahl.

Das ist die Auskunft, die uns dort zuteil wurde, wobei man uns auch klar und deutlich gesagt hat, um welche Teile es sich dabei handelt. (*Abg. Dkfm. Gorton: Geld?*)

Was die Finanzierung betrifft, so ist zu sagen, daß nicht daran gedacht ist – ich wiederhole das –, daß hierfür Budgetmittel in Frage kommen, sondern nur jene Förderungsmittel, die jedem, der in Österreich eine zukunftsreiche Produktion eröffnet, wie sich am Beispiel Fohnsdorf zeigen läßt oder wie sich jetzt in der Gegend um Hüttenberg – Treibach zeigen wird, zuteil werden. Also im Rahmen der normalen Förderungsmöglichkeiten des Bundes wird es eine Förderung geben.

Das Unternehmen selber muß so wie jedes andere Unternehmen in der freien Wirtschaft von Leuten gegründet werden, die sich hier einen wirtschaftlichen Erfolg ausrechnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Das Projekt, eine eigene österreichische PKW-Produktion aufzuziehen, paßt so gar nicht in die Landschaft, die durch Vollmotorisierung und Bestehen vorhandener Überkapazitäten schon namhafter Autokonzerne gekennzeichnet ist. Es paßt aber auch nicht – und darauf zielt meine Frage – in die ganze Problematik der Energieversorgung und der Frage der künftigen Treibstoffversorgung für Autos.

Wurde im Zusammenhang mit diesem Auto-produktionsprojekt für Österreich auch die Frage der Verwendung eines zukunftssicheren Treibstoffes geprüft?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter, zur ersten Frage: Bei dem Besuch der Firma Porsche hat sich für uns, die wir dort waren, eines erwiesen: daß diese Firma, die auf dem amerikanischen Markt außerordentlich gut vertreten ist und im letzten Jahr eine wesentliche Steigerung ihrer Verkaufszahlen erreichen konnte – und das gilt auch für das Projekt, das sie uns präsentiert hat –, das Automobil für die achtziger Jahre jetzt in Planung hat. Das heißt: ein Automobil mit sehr geringen Abgasen, ein Automobil, das den amerikanischen Bestimmungen der Sparsamkeit wesentlich Rechnung trägt – mehr als hundertprozentig sogar Rechnung trägt – und das auch, was die Lärmentwicklung betrifft, vorbildlich ist. Das alles wurde uns anlässlich des Besuches in Stuttgart demonstriert. So weit zu dieser Frage.

Auf die andere Frage, inwieweit es sinnvoll sei, sich für ein solches Gebiet überhaupt zu interessieren, kann ich nur antworten, daß das vom Standpunkt einer Ware gerechnet der größte und gigantischste Importartikel der österreichischen Handelsbilanz ist. Daraus ergibt sich naturgemäß die Frage, warum in einem Land mit relativ hoch entwickelter Technologie und großen Arbeitskraftreserven gerade auf diesem Gebiet eine solche Produktion nicht überlegt werden soll. Dazu kommen schließlich die Urteile vieler Fachleute, unter anderem des zuständigen Ordinarius an der Technischen Universität in Wien, die ein solches Projekt nach Prüfung aller Gesichtspunkte für im höchsten Maße zweckmäßig halten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Rechberger.

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Welche Zuliefermöglichkeiten wären für die österreichische Industrie und die verstaatlichte Industrie gegeben, und wie viele Arbeitsplätze könnten durch eine österreichische Autoindustrie neu geschaffen werden?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Es hängt natürlich davon ab, wieviel an Bestandteilen und Zulieferprodukten in Österreich erzeugt wird.

Eindrucksvoll war auch in dieser Hinsicht der Besuch in Stuttgart, weil uns die maßgebenden Herren mitgeteilt haben, daß sie für ihr Automobil, das schon seit Jahrzehnten erfolgreich produziert wird – jedes Automobil, das dort montiert wird, ist schon verkauft, ehe es begonnen wird –, in der aktuellen Situation über 100 Zulieferfirmen beschäftigen; am beachtenswertesten eine Firma, die, glaube ich, weit über

Bundeskanzler Dr. Kreisky

10 000 Motoren erzeugt und zum Konzern der Volkswagenwerke gehört.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Burger.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Die wirtschaftliche Lage der Stahl- und Eisenindustrie beziehungsweise die Ertragslage dieser Produktionssparten ist gegenwärtig schlechter, als es allgemein bekannt ist.

Nachdem über das Austro-Porsche-Projekt diskutiert wird, drängt es mich, Sie, Herr Bundeskanzler, zu fragen: Wäre es nicht gerade im jetzigen Zeitpunkt notwendiger – wie es die Beneluxländer bereits tun –, der Eisen- und Stahlindustrie zu helfen, als das Porsche-Projekt, das Milliarden Schilling kosten wird, zu verwirklichen trachten?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Ich möchte abermals feststellen, daß es sich nicht um Milliardenbeträge handelt, die seitens des Staates für dieses Automobilprojekt zur Verfügung gestellt werden, sondern um die üblichen Förderungsmöglichkeiten. Es handelt sich also nicht um Gelder des Staates.

Was die Eisen- und Stahlindustrie betrifft, so hat sie einen gewaltigen Investitionsbedarf und leidet gleichzeitig unter den Auswirkungen der Krise auf dem Eisen- und Stahlweltmarkt. Sie wissen, Herr Abgeordneter, sicher sehr genau, daß andere große Werke wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in Luxemburg, in gleichem Maße, wenn nicht noch stärker davon betroffen sind.

Sicherlich ist es richtig, daß die Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten Jahren der Kapitalzufuhr bedürfen wird. Es sind auch im Augenblick Verhandlungen und Besprechungen im Gange, in welcher Weise das erfolgen soll. Es gibt – was ich Ihnen nicht verheimlichen will – auf der einen Seite die Auffassung, daß das der Eigentümer zu besorgen hat; nicht nur weil dies der Staat ist, sondern weil das eine primäre Aufgabe des Eigentümers sein könnte. Zweitens wird darauf verwiesen, daß auch in den Ländern, in denen die Eisen- und Stahlindustrie in Privatbesitz ist, der Staat der Eisen- und Stahlindustrie große Beträge zur Verfügung gestellt hat.

Ich persönlich neige zu der Auffassung, daß möglicherweise auf Grund der Struktur, die es bei uns gibt, ein anderer Weg gewählt werden müssen. Ich kann aber im Augenblick darüber nicht mehr sagen, als daß Verhandlungen im Gange sind.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Modl (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

427/M

Auf Grund von Pressemeldungen der letzten Tage darf ich Sie fragen, zu welchen Ergebnissen die Gespräche mit der Firma Renault im Zusammenhang mit der Errichtung eines Fabrikationsbetriebes für Autoersatzteile in der Steiermark geführt haben.

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Abgeordneter! Bei den Besprechungen, die ich anlässlich meines offiziellen Besuches in Paris geführt habe – das war zur Zeit des Ministerpräsidenten Chirac –, war auch der Wirtschaftsminister Barre, der heutige Premierminister, anwesend.

Bei dieser Gelegenheit wurde von mir der Wunsch geäußert, daß sich die französische Automobilindustrie stärker als bisher um Zulieferungen aus Österreich bemüht, wobei mir ein Projekt aussichtsreich erschienen war, nämlich einen der Betriebe, die damals stillgelegt waren und es auch noch sind, zu besichtigen, um eine eventuelle Zulieferungsproduktion aufzunehmen. Dem hat die französische Regierung entsprochen und die Vertreter der staatseigenen Renault-Werke veranlaßt, sich das in Österreich anzusehen. Sie waren hier, und es scheint mir ziemlich wahrscheinlich zu sein, daß einer der Betriebe der seinerzeit stillgelegten Junior-Werke nun wieder in Gang kommen kann, und zwar durch die Zulieferung von wichtigen Materialien an die französische Produktion.

Die Vorbesprechungen sind weitgehend abgeschlossen. Es stehen beträchtliche Mittel seitens der steirischen Landesregierung und des Bundeskanzleramtes, ERP-Büro, zur Verfügung, wobei ich Ihnen gerne sagen möchte, daß dieses Modell, das wir schaffen, auch dazu dienen soll, andere Automobilfirmen zu stimulieren, sich um ähnliche Möglichkeiten zu bemühen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Modl:** Herr Bundeskanzler! Aus einer ersten Pressemeldung konnte man damals entnehmen, daß die Junior-Hallen in Köflach mit der Produktion der Renault-Werke beschäftigt werden sollten. In weiterer Folge hat man nun gehört, daß das Werk in Gleisdorf für die Produktion bereitgestellt werden soll. Was hat die Herren von Renault bewogen, nicht die Hallen in Köflach, sondern die Hallen in Gleisdorf zu nehmen?

Präsident: Herr Bundeskanzler. Bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Für das Produkt, das sie erzeugen wollen, ist der Betrieb in Gleisdorf der geeignetere. Wobei zu sagen ist, daß dort ein Betrieb mit zirka 65 Mann Belegschaft aufgenommen wird und allmählich auf 200 erweitert werden soll. Die Voraussetzungen sind in Gleisdorf besser.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß wir uns nach wie vor zusammen mit der steirischen Landesregierung bemühen werden, auch für die großen Hallen in der Weststeiermark irgendwelche Lösungen zu finden.

Hier ist zu sagen, daß sich auch der Justizminister bereit erklärt hat, durch entsprechende Gesetzesreformen eine Erleichterung zu bringen, denn die gegenwärtige juristische Situation erleichtert die Inbetriebnahme der Hallen nicht.

Präsident: Eine weitere Frage. Herr Abgeordneter Burger.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Man muß ja zunächst froh sein, daß die Renault-Werke Teilprodukte bei uns erzeugen wollen.

Aber Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist sicherlich bekannt, daß wir im Zusammenhang mit Produktionsvereinigungen Teilbetriebe geschlossen haben, so einen Gießereibetrieb in Liezen. Sie haben in der letzten Fragestunde den Bergbau Radmer genannt, wir stehen nach der Inbetriebnahme der Stranggußanlage in Donawitz möglicherweise vor der Schließung der Gießerei. Der Betriebsrat wird laut gestriger Betriebsversammlung die Zustimmung nicht leichtfertig geben.

Aber nun eröffnet sich die Frage, Herr Bundeskanzler: Wäre es nicht angebracht, bei der Standortfrage dieses Erzeugungsproduktes von Renault bestehende Gießereien zu berücksichtigen, nachdem dort Gießereiartikel gemacht werden sollen; Gießereien, die möglicherweise durch die Strukturveränderungen vor einer Schließung stehen, wie die Gießerei in Donawitz?

Präsident: Herr Bundeskanzler. Bitte.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Soweit ich informiert bin, Herr Abgeordneter, handelt es sich um spezielle Gießereiprodukte, für die dieser Betrieb in besonderem Maße geeignet ist. Es handelt sich um Gußstücke aus Zink-Aluminium. Dafür ist dieser Betrieb ideal vorbereitet durch seine frühere Tätigkeit. Man kann ein solches Projekt halt nur für einen Betrieb verwirklichen.

Die anderen Fragen will ich nicht unterschätzen, aber das Problem hat sich vor Jahren in besonderem Maße gestellt, diese Probleme stellen sich unter dem Eindruck der gegenwärtigen Stahlkrise und Eisenkrise. Sie sind relativ jüngeren Datums, aber sie werden ernsteste Beachtung finden.

Präsident: Eine weitere Frage. Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Bundeskanzler! So erfreulich die Tatsache ist, daß doch zielführende Gespräche über eine Verwendung der modernen Halle in Gleisdorf wieder aufgenommen wurden, aber ich möchte Sie in diesem Zusammenhang folgendes fragen:

Ich glaube, es ist Ihnen auch bekannt, daß die Stadtgemeinde Gleisdorf seinerzeit große Haftungsverpflichtungen übernommen hat. Wissen Sie, ob bei diesen Gesprächen auch davon gesprochen worden ist, und wird die Gemeinde hier wieder entlastet?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter! Ich bedauere, daß ich Ihnen im Detail keine Auskünfte geben kann. Ich kann nur eines sagen: Seinerzeit ist es – das ist nicht so lange her – zwischen der Creditanstalt und den anderen Kreditinstituten – ich glaube aber, vor allem zwischen der Creditanstalt und dem Land Steiermark – zu Vereinbarungen gekommen, wonach diese Hallen dem Land Steiermark überlassen wurden mit all den Auflagen, die es da gibt. Es ist dies eine Angelegenheit, die ausschließlich zwischen der Stadtgemeinde und dem Land Steiermark meiner Meinung nach zu bereinigen ist.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Steinhuber.

Abgeordneter **Steinhuber** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Als steirischer Abgeordneter begrüße ich es sehr, daß der Standort so gewählt wurde, also Gleisdorf ausgesucht wurde, um diesen Ersatzteilbetrieb der Renault-Werke dort zu errichten.

Meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Werden seitens der Bundesregierung auch weitere Verhandlungen geführt, um noch andere Produktionszweige in die Steiermark zu bringen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Die Situation war besonders in der Weststeiermark vor zwei

Bundeskanzler Dr. Kreisky

beziehungsweise zweieinhalb Jahren sehr kritisch, vor allem durch die Einstellung der Junior-Werke, eines der größten Fahrradproduzenten Europas. Durch die Verschärfungen auf dem amerikanischen Markt ist dieses Unternehmen in Schwierigkeiten geraten und hat alle Arbeitskräfte entlassen. Es hat also dort den Anschein gehabt, als würde es sich um ein echtes und schweres Krisengebiet handeln. Demgegenüber hat die Bundesregierung massive Maßnahmen ergriffen. Ich erinnere daran, daß vor 14 Tagen der Grundstein für ein neues großes kalorisches Kraftwerk in Voitsberg gelegt wurde. Ganz nahe von Voitsberg wird – etwas, was heute sehr selten in Europa geschieht – ein Braunkohlenbergwerk in Betrieb genommen. Das heißt, der Ausbau beziehungsweise die Öffnung des Bergbaues wird vorbereitet, so daß für Hunderte Menschen neue und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden, wobei dies auch ein Teil der strukturpolitischen Maßnahmen ist, weil es der verbesserten Energieversorgung dient.

Wir wissen auch um die Probleme anderer Betriebe, und es werden gegenwärtig mit der verstaatlichten Industrie – vor allem der Eisen- und Stahlindustrie – Verhandlungen geführt, wie die krisengefährdeten Betriebe eine, sagen wir, verbesserte Ausgangslage für den Konkurrenzkampf, der jetzt schärfer geworden ist, erhalten könnten.

Aber Sie selber, Herr Abgeordneter, kommen ja aus einem Betrieb, in dem Sie sich überzeugen können, wie sehr die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung für die Weiterführung der Produktion auf Jahre hinaus maßgebend war.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

441/M

Werden Sie Ihren Standpunkt betreffend das umstrittene Austro-Porsche-Projekt, dessen Befürworter bisher keine wirklich überzeugenden Argumente vorzubringen wußten, einer nochmaligen Prüfung unterziehen?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe versucht, in der Beantwortung der ersten Frage meinen Standpunkt darzulegen. Ich tue das gerne noch einmal, und zwar mit einer Reihe von zusätzlichen Argumenten, wozu mir Ihre Frage Anlaß bietet.

Der Bund hat ja noch keinerlei Verpflichtungen übernommen, es kann daher auch gar nichts abgeändert werden. Es bleibt grundsätzlich

meine Auffassung, daß es bei allen Prognosen, die es gegenwärtig für die Zukunft der Autoindustrie in Europa gibt – sie sind übrigens in letzter Zeit wieder umstritten –, einen Sinn hätte, für ein Produkt von derart hoher, fast möchte ich sagen, handwerklicher Qualität dann einzutreten, wenn die Absatzchancen einigermaßen gesichert sind. Diese sind dann gesichert, Herr Abgeordneter, wenn das Produkt einen weltgängigen Namen hat und wenn es einen Apparat gibt, der schon da ist und bereit ist, auch das Risiko und die Kosten zu übernehmen, die mit der Verteilung, mit dem Verkauf eines solchen Fahrzeuges verbunden sind. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so halte ich für meinen Teil es für ein allzu großes Risiko. Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck:** Herr Bundeskanzler! Entgegen Ihrer Meinung teile ich die Äußerung, die ich gelesen habe, nämlich daß ein in Österreich erzeugtes Auto um 170 000 S nur ein blinder Patriot kaufen würde.

Aber nun meine Frage: Sind Sie bereit – man spricht ja von Milliarden von Schillingen, die Sie aus Steuergeldern über die ÖIAG in dieses Projekt stecken würden –, diese Mittel nun in neue Technologien zu investieren; von mir aus auch auf dem Autosektor, wie etwa bei einem umweltfreundlichen sparsamen Dieselmotor, wie er in Deutschland in Entwicklung steht?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Die Meinungsverschiedenheit zwischen uns besteht offenbar darin, daß Sie die Chancen dieses Produktes vom österreichischen Markt her beurteilen. Wäre es so, so würde auch ich diesem Projekt keine Zukunftschancen geben. Fachleute etwa auf dem amerikanischen Markt sagen, daß es für ein Produkt dieser Preisklasse und dieser Qualität eine Chance gibt, und zwar eine sehr reale. Sie wollen das aber noch einmal prüfen und werden uns in den allernächsten Tagen eine Antwort geben. Ich kann den Namen der Firma nicht nennen.

Was neue Technologien betrifft, so werden sie bei diesem Automobil zu einem großen Teil verwendet, und zwar im gleichen Maße und von der gleichen Qualität, wie sie in den Produkten, die jetzt schon erzeugt werden, Verwendung finden oder für kommende Produkte Verwendung finden werden.

Was die Förderung neuer Technologien im Bereich des Dieselmotors betrifft, so wissen Sie wahrscheinlich, Herr Abgeordneter, daß es auf

Bundeskanzler Dr. Kreisky

diesem Gebiet eine sehr erfolgreiche Forschung und Verwirklichung in einem Grazer Betrieb gibt, der sich der größten Förderung der Bundesstellen erfreut. Wenn das stimmt, was man uns sagt – und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, weil das bewährte Techniker sind –, so wird dort in einiger Zeit ein Dieselmotor zur Verfügung stehen, der hervorragende Qualitäten aufweisen wird, und es wird sicherlich unser Ziel sein, diese Produktion weiter zu fördern, um sie sozusagen marktreif zu machen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundeskanzler! Wenn also gesichert ist, daß Sie den Namen Porsche bekommen, wenn die weltweite Vertriebsorganisation gesichert ist, dann würden Sie sich über dieses Projekt darüber trauen und Ihren Hauptabnehmer in Amerika sehen. Meine Frage: Sind Sie sicher, daß der amerikanische Markt für ein österreichisches Auto solch ein Haupttreffer ist, wo man doch weiß, welche Maßnahmen die Amerikaner sofort setzen, wenn es bei ihnen wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es handelt sich bei dieser Firma nicht um eine, die nur auf dem amerikanischen Markt vertreten ist, sondern um eine, die ein weltweites Vertriebsnetz hat und Automobile aus der Produktion verschiedener Länder vertreibt. Das ganze geht von der Voraussetzung aus, daß es eine weltweite Vertriebsmöglichkeit gibt. Das ist das eine.

Die Frage ist nicht, ob ich mich darüber traue, sondern es handelt sich lediglich darum, daß die Bundesregierung erklären würde, für ein solches Projekt stünden, sofern es Unternehmer gibt, die es in Angriff nehmen wollen, Förderungsmittel zur Verfügung aus den üblichen heute bekannten Förderungseinrichtungen wie ERP-Fonds und so weiter. Wir haben ja etwas Derartiges unzählige Male getan, ich brauche Ihnen nicht die Beispiele und die Firmennamen anzuführen.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Sie haben eben jetzt davon gesprochen, daß die Verwirklichung dieses Projektes natürlich öffentliche Förderungsmittel, wahrscheinlich in beträchtlicher Höhe, kosten würde. Im Rechnungshofausschuß hat uns Generaldirektor Geist auf Befragen ausdrücklich gesagt, daß ohne Sicherstellung eines

weltweiten Service- und Vertriebsnetzes an die Realisierung nicht zu denken ist.

Herr Bundeskanzler! Die Volkspartei hat im Gegensatz zu solchen Großprojekten, die mit großem Risiko behaftet sind, ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze vorgelegt, das in vielen Unternehmungen neue Arbeitsplätze schaffen soll. Und wir wissen aus einer Studie aus Schweden, daß man allein durch die bessere Isolierung der Häuser in zehn Jahren für 15 000 Menschen neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Halten Sie das, Herr Bundeskanzler, nicht für eine viel bessere Arbeitsplatzbeschaffung, als das Geld in ein so riskantes Prestige-projekt zu stecken?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Es handelt sich nicht um ein Prestige-projekt, sondern um ein Projekt, das viele Fachleute für äußerst vernünftig und zielführend und für sehr effizient halten. Ein Risiko gibt es bei jeder neuen Produktion, es kommt nur darauf an, es überschaubar zu limitieren. Und darum geht es jetzt bei den Vorbereitungen. Das Risiko muß überschaubar limitiert sein.

Zum zweiten möchte ich sagen: Es gibt überhaupt kein Projekt in Österreich, meine Damen und Herren, das daran gescheitert wäre, daß es keine Förderungsmittel des Bundes gegeben hat. Das ist ja der Grund, warum wir die Vollbeschäftigung bisher erhalten konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, daß wir in Österreich eine Autoproduktion haben, die mit den Spezialfahrzeugen Pinzgauer und Citybus leider bisher international nicht so reüssiert ist, wie man sich das wünschen würde.

Meine Frage daher: Hat man analysiert, warum das nicht so ein Erfolg gewesen ist, und hat man nicht die Absicht, dort etwas zu tun, um die Ergebnisse dieser Produktion zu verbessern und besser weltweit zu verkaufen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Es ist mir ein Bedürfnis, hier festzustellen, daß die beiden von Ihnen erwähnten Produkte hervorragenden Widerhall in der Fachwelt gefunden haben. Sie wissen selber, daß sich der Pinzgauer großer Zustimmung in militärischen

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Kreisen erfreut, daß es aber hier Grenzen gibt für die Verkaufsmöglichkeiten seitens eines immerwährenden neutralen Staates. Das ist dazu zu sagen.

Der Pinzgauer ist ein Produkt, das über jeden Zweifel, soweit mir das nicht nur die inländischen, sondern auch die ausländischen Fachleute sagen, erhaben ist, sonst hätten nicht sehr kritische Armeen dieses Fahrzeug in großer Menge gekauft. Das Hindernis liegt hier sehr viel mehr im politischen als im technischen Bereich.

Was den Citybus betrifft, so geht es ja auch hier um die Frage des Verkaufs. Das Produkt als solches erfreut sich großer Beliebtheit, gilt als erfolgreich. Wie jedes Produkt bedarf es der Ergänzung, der Verbesserung – das ist ganz klar –, der technischen Verfeinerung.

Wir haben den Steyr-Werke, die die Erzeuger sind, in jeder Weise und immer wieder jene Förderung angedeihen lassen, die möglich war und von ihnen verlangt wurde, nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich. Sie wissen vielleicht, daß es zur Verwirklichung dieses neuen Geländewagens in Graz-Thondorf ohne den massiven Einsatz der Fördermittel der Bundesregierung nicht hätte kommen können.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Frau Abgeordnete Metzker (SPÖ).

426/M

Mit der von Ihnen angekündigten Umwandlung der Kinderabsetzbeträge in direkte Geldbeihilfen darf ich Sie fragen, ob konkrete Unterlagen vorhanden sind, wie vielen Familien damit materiell besser geholfen werden kann.

Präsident: Bitte, Frau Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Elfriede **Karl:** Frau Abgeordnete Metzker! Es dürfte sich um rund 300 000 Familien mit rund 600 000 Kindern handeln, die durch die Umstellung der Kinderabsetzbeträge auf direkte Geldbeihilfe in verschiedenem Ausmaß profitieren.

Diese Zahlen stammen aus Schätzungen, die das Bundesministerium für Finanzen angestellt hat, und zwar an Hand der zuletzt verfügbaren Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie an Hand der Zahlen der Familien beziehungsweise der Kinder, für die Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds erbracht werden. Nach diesen Berechnungen können rund 25 Prozent der Kinderabsetzbeträge nicht oder nicht voll ausgenützt werden.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt außerdem eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung, die in den Monatsberichten des Instituts, und zwar im August 1974, veröffentlicht worden ist.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Maria **Metzker:** Frau Staatssekretär! Haben Sie schon Untersuchungen angestellt beziehungsweise liegen Untersuchungen darüber vor, in welchen Einkommensgrenzen diese Umwandlung der Absetzbeträge nun für diese 300 000 Familien wirksam wird beziehungsweise voll wirksam werden kann?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Elfriede **Karl:** Frau Abgeordnete! Das hängt erstens einmal von der Zahl der Kinder ab, für die solche Absetzbeträge gebühren, und zweitens davon, ob der Steuerpflichtige einen Alleinverdienerabsetzbetrag hat oder nicht beziehungsweise ob er, auch wenn er keinen Alleinverdienerabsetzbetrag aufweist, den vollen Kinderabsetzbetrag hat oder den Kinderabsetzbetrag mit dem Ehepartner teilt.

Ich darf einige Beispiele nennen – es gibt solche Berechnungen –:

Bei einem Steuerpflichtigen mit Alleinverdienerabsetzbetrag wird bei einem Kind der volle Absetzbetrag bei einem Bruttoeinkommen von 6 150 S wirksam, darunter nicht, bei drei Kindern bei einem Bruttoeinkommen von 9 030 S und darunter ebenfalls nicht. Bei einem Steuerpflichtigen ohne Alleinverdienerabsetzbetrag, der den vollen Kinderabsetzbetrag hat, wird er bei einem Kind bei 5 270 S und bei drei Kindern bei 8 200 S wirksam.

Ich darf dabei darauf verweisen, daß gerade in die Gruppe Steuerpflichtige ohne Alleinverdienerabsetzbetrag, aber mit vollem Kinderabsetzbetrag sehr viele alleinstehende Mütter fallen, und diese Zahlen zeigen ja, daß gerade dieser Gruppe hier auch besonders stark geholfen werden wird.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Maria **Metzker:** Frau Staatssekretär! Im Familienpolitischen Beirat gibt es immer sehr große Auseinandersetzungen über die Unterhaltskosten der Kinder. Ich frage Sie nun: Können Sie mir sagen, in welchem Ausmaß sich nun durch die Umwandlung der Absetzbeträge die erhöhte Familienbeihilfe auf die Unterhaltsleistungen der Familien auswirken wird? Inwieweit sind nun die Unterhaltsleistun-

Maria Metzker

gen durch diese erhöhte Familienbeihilfe gedeckt?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Elfriede **Karl:** Frau Abgeordnete! Sie wissen, daß es sehr schwierig ist, eine Kinderkostenrechnung zu erstellen, die Unterhaltskosten festzustellen. Es gibt auch keine exakte Kostenrechnung.

Die Bemühungen des Statistischen Zentralamtes, aus der Konsumerhebung 1974 eine solche Kostenrechnung zu erstellen, sind nicht voll geglückt, sodaß die Überlegungen jetzt dahin gehen, neuerlich eine Kostenrechnung so wie bisher, aber besser – das ist allerdings mit zahlreichen Annahmen versehen –, zu machen. Auch hier hängt es wieder davon ab, wie viele Kinder in einer Familie vorhanden sind. Wenn man diese neue Familienbeihilfe hier vergleicht – ich glaube, daß man das auch durchaus legitim tun kann, da das jetzt ein Betrag ist, den alle Eltern für ihre Kinder bekommen und nicht mehr nur die, die die Kinderabsetzbeträge ausnützen konnten, also die Hälfte –, so ergibt sich, daß das Deckungsverhältnis bei Kindern bis zu drei Jahren bei 100 Prozent beziehungsweise sogar etwas darüber liegt, bei Kindern zwischen drei und zehn Jahren bei 50 bis 65 Prozent, bei Kindern von über 10 Jahren bis zu 15 Jahren bei etwa 45 Prozent und bei 15- bis 19jährigen bei 35 Prozent.

Dazu muß man aber sagen und muß sehen, daß ein Teil der unmittelbar mit dem Alter zusammenhängenden Kinderkosten, nämlich die für den Transport zwischen Schule und Wohnort und für die Schulbücher, durch die Schülerfreifahrten und die unentgeltlichen Schulbücher voll abgegolten ist.

Präsident: Weitere Frage. Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Ich halte es für besonders pikant, wenn sich die Initiatorin des Antrages nachträglich erst über die Auswirkungen informieren läßt. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Sie muß erst fragen! Vorher hat sie schon so gescheit getan!*)

Aber, Frau Staatssekretär, die Zahl von 300 000 Familien, die profitieren, ist eine imaginäre Zahl, um nicht zu sagen eine falsche Zahl. Da sind nämlich auch die Leute drinnen, die die Kinderabsetzbeträge nur teilweise ausgeschöpft haben. Sie haben jetzt eben gesagt, diese Zahl stamme aus dem Jahr 1974. In der Zwischenzeit ist eine ganze Reihe von Familien in die Steuerprogression hineingewachsen.

Ich möchte Sie aber gerne fragen: Wieviel Steuer müssen die Familien mehr zahlen, weil die Kinderabsetzbeträge seit 1. Jänner 1973 eingefroren sind und nicht, wie wir verlangt haben, valorisiert wurden?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär Elfriede **Karl:** Frau Abgeordnete Hubinek! Ich darf Ihnen zunächst einmal sagen, daß die Umwandlung der Kinderfreibeträge in Kinderabsetzbeträge bei der Steuerreform 1973 ein Mehrerfordernis von zirka zwei Milliarden Schilling erbracht hat, und um diese zwei Milliarden Schilling haben die Familien weniger Steuer bezahlt. (*Abg. Dr. Schwimmer: Eine Ermäßigung hat es keine gegeben seither?*) Herr Abgeordneter! Diese zwei Milliarden waren rund 50 Prozent dessen, was die Freibeträge früher gekostet haben. Das heißt, dies war also eine Besserstellung der Familien um 50 Prozent. Dazu darf ich noch feststellen, daß diese Umwandlung damals ganz im Gegensatz zu dem früheren und von Herrn Dr. Schmitz eingeführten System die Bezieher mittlerer und geringerer Einkommen, auch die Alleinverdiener, begünstigt hat und nicht, wie das seinerzeitige System, die Bezieher höherer Einkommen.

Außerdem ist mit der Steuerreform 1975 auch der Kinderabsetzbetrag für das erste Kind von 3 500 S auf 4 200 S erhöht worden (*Abg. Dr. Schwimmer: 3 600 S!*), auch der Alleinverdienerabsetzbetrag ist erhöht worden, Herr Abgeordneter Schwimmer, sodaß die Familien tatsächlich bei beiden Steuerreformen profitiert und nicht mehr, sondern weniger Steuer bezahlt haben.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Frau Staatssekretär! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Frau Metzker geantwortet, daß etwa 20 Prozent der Familien durch diese Änderung begünstigt wären. Wenn man jedoch die Zahlen, die zum Budget vorgelegt wurden, zum Vergleich heranzieht, dann würde es sich bei 300 000 Familien um 25 Prozent aller Familien handeln. Aber es handelt sich ja, wie schon Frau Hubinek ausgeführt hat, um eine Hausnummer, denn die 300 000 Familien beziehen sich auf Grund der Statistiken vor August 1970 auf Verhältnisse, bei denen die Einkommen noch nicht so hoch waren und daher die Steuerprogression auch noch nicht so wirksam war.

In den vier Jahren, die vergangen sind, ist also eine erhebliche Verschärfung eingetreten, und ich bitte Sie daher um Auskunft darüber: Wie schätzen Sie die jährliche Zunahme der Ein-

Melter

künfte um etwa zehn Prozent in den Auswirkungen auf die Steuerprogression und damit die volle Wirksamkeit der Steuerabsetzbeträge für Kinder?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Melter! Sie dürften mich falsch verstanden haben. Ich habe 25 Prozent der Kinderabsetzbeträge gesagt und nicht 20 Prozent. Das zunächst dazu.

Zu der zweiten Frage möchte ich Ihnen sagen, daß es sicherlich stimmt, daß es eine Reihe von Familien gibt, die dank der ja recht stark gestiegenen Einkommen, und zwar sowohl nominell als auch real, in die Steuerprogression mehr hineingewachsen sind, sodaß sie diesen Kinderabsetzbetrag mehr oder auch voll ausnützen können.

Auf der anderen Seite muß man aber sagen, daß es sicherlich auch in dieser Zeit – die Einkommen- und Lohnsteuerstatistiken sind älter, das stimmt – eine ganze Menge von Familiengründungen gegeben hat und auch Kinder zur Welt gekommen sind – bekanntlich ist ja bei der Familiengründung das Einkommen meistens nicht sehr hoch und die wirtschaftliche Situation relativ schwierig –, wo dann eben die Kinderabsetzbeträge nicht voll ausgenützt wurden. Gerade diesen Familien nützt eben die Umstellung.

Präsident: Weitere Frage. Frau Abgeordnete Offenbeck.

Abgeordnete Dr. **Jolanda Offenbeck** (SPÖ): Frau Staatssekretär! Der Verfassungsgerichtshof hat jene Bestimmung aufgehoben, wonach nur die Hälfte der Familienbeihilfe auf Alimentationsleistungen angerechnet werden darf. Heißt das für die Zukunft, daß nun die gesamte Familienbeihilfe auf Alimentationsleistungen angerechnet werden darf?

Präsident: Frau Staatssekretär.

Staatssekretär **Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete! Wir haben in der Regierungsvorlage auf diesen Umstand Bedacht genommen und nun eine Formulierung gewählt, die ausschließt, daß die Familienbeihilfe auf Unterhaltsleistungen eines nicht mit dem Kind in gemeinsamem Haushalt lebenden Elternteiles angerechnet wird.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Dr. **Lanner (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

425/M

Welche Möglichkeit der Förderung von Sicherheits- und Rettungseinrichtungen aus Mitteln der Wohnbauförderung sehen Sie?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Herr Abgeordneter! Die Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes gewährleisten nach meiner Überzeugung, daß die nach den Bauvorschriften und den Feuerschutzvorschriften vorgesehenen Einrichtungen in Häusern, wie etwa Notstiegen, Brandschotten, Außenleitern, Notausgänge, Warneinrichtungen und so weiter, mit Hilfe dieses Gesetzes gefördert werden können.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Herr Bundesminister! Sie haben über die Förderung die Möglichkeit, auf die Ausgestaltung von Wohnungen in Hochhäusern und auf die Nebenanlagen einzuwirken. Nun gibt es aber Vorschriften. So heißt es beispielsweise, daß als Voraussetzung für die Förderung eine Badegelegenheit vorhanden sein muß. Dagegen ist nichts einzuwenden. Nur hat mir kürzlich ein Betroffener, der im zwölften Stockwerk wohnt, gesagt: Wenn es brennt, kann ich mich zwar brausen, aber ob ich mich retten kann, ist eine andere Frage.

Ich frage Sie daher: Sind Sie bereit, für Hochhäuser im Rahmen der Förderungsmöglichkeiten moderne Rettungseinrichtungen für den Brand- und Katastrophenfall über das bisherige Maß hinaus einzurichten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich glaube nicht, daß das Wohnbauförderungsgesetz ein taugliches Instrument ist, bei schon gebauten, geförderten und abgerechneten Häusern nun nachträglich andere Einrichtungen einzurichten, weil das eine Fülle zusätzlicher Probleme aufwirft, die – wie etwa das Baurecht oder die feuerschutzpolizeilichen Vorschriften – letzten Endes weit hinein in die Länderkompetenz reichen.

Ich bin aber gerne bereit, nach Maßgabe der mir zur Verfügung stehenden Mittel immer wieder darauf zu drängen, daß die Länder in ihren Bereichen – dazu sind sie ja auch durchaus

Bundesminister Moser:

berechtigt auf Grund des Stammgesetzes, das der Nationalrat beschlossen hat – Förderungen nur unter gewissen Auflagen erteilen. Einige Länder machen ja von solchen Möglichkeiten bereits Gebrauch. Mir scheint das der Weg zu sein, der dorthin führt, wo wir, glaube ich, alle hinwollen, nämlich die größtmögliche Sicherheit in den Häusern zu gewährleisten.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Lanner:** Herr Bundesminister! Ich bin Ihrer Meinung, daß wir alles tun sollten – ich glaube, auch Sie, nicht nur die Länder –, um die Sicherheitseinrichtungen in den Hochhäusern zu verbessern.

Ich hätte noch eine zweite Frage. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt – und es waren leider zum Teil bedauerliche Erfahrungen –, daß die Rettungsmöglichkeiten gerade in Hochhäusern im Brandfall bei entsprechender Raumentwicklung unerhört schwierig und zum Teil bedauernswerterweise mit Todesfällen verbunden waren. Sind Sie bereit, dem Hohen Haus einen Bericht über die Sicherheitseinrichtungen und Sicherheitsvorkehrungen in Hochhäusern vorzulegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich bin gerne dazu bereit, kann allerdings diesen Bericht nicht in Kürze in Aussicht stellen, weil ja erst die Länder berichten müssen, welche derartigen Einrichtungen nach ihren Vorschriften und nach besonderen Auflagen der Förderung in den unter der Ägide des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 errichteten Häusern mitfinanziert und gebaut worden sind.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Bundesminister! Neben den Feuerschutzmaßnahmen zählen zu den wesentlichen Sicherheitseinrichtungen auch die Maßnahmen im Sinne des Zivilschutzes. Meine Frage: Welche Möglichkeiten zur Förderung im Rahmen der Wohnbauförderung sehen Sie für diese Einrichtungen, die bisher in unzureichendem Maße errichtet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Es gibt in der Zwischenzeit eine Reihe von zwingenden Bestimmungen der Bauordnungen in den Ländern, die vom Einfamilienhaus bis zum Hochhaus den Bau beziehungsweise die

Errichtung von Zivilschutzräumen in diesen Häusern vorsehen. Diese Räume werden genauso mit der Wohnbauförderung 1968 finanziert, wie dies bei allen anderen Vorschriften nach den Bau- oder Feuerschutzgesetzen der Fall ist.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Kittl.

Abgeordneter **Kittl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Aus Gesprächen mit Funktionären des Roten Kreuzes habe ich noch drei wesentliche Problemkreise in Erinnerung. In der Hauptsache geht es dem Roten Kreuz darum, ihr Stützpunktesystem über die Bezirksstädte weiter auszubauen, auch etwa in Zentren des Fernverkehrs und in größeren Gemeinden.

Nun ist die Wohnraumversorgung für die Mitarbeiter des Roten Kreuzes durchaus möglich, aber es bereitet sehr, sehr große Schwierigkeiten, daß sie die Arbeitsräume, die sie ja notwendig brauchen, im Wege der Wohnbauförderung finanziert bekommen. Sehen Sie Möglichkeiten, daß dem Roten Kreuz auf diesem Gebiet geholfen werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter, ich glaube, daß wir uns mit dieser Frage sehr genau beschäftigen sollen. Ich persönlich bin nicht der Meinung, eine Förderung solcher Räume, wenn sie diesem Zweck entsprechen, wäre ausgeschlossen, weil wir ja auch die Förderung von Geschäftsräumlichkeiten, von Unternehmungen durchaus im Rahmen der Wohnbauförderung vollziehen können. Solche Räume des Roten Kreuzes sind sicherlich auch unter dem Begriff einer „Art Geschäftsräume“ subsumierbar, und ich hätte keine Bedenken, würden sie von den Ländern auch entsprechend gefördert.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Suppan.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der harte Kern der heutigen Anfrage betrifft die Sicherheit wohnbauförderter Wohnungen.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundesminister – Ihnen ist sicherlich die Zahl der ständig zunehmenden Wohnungseinbrüche bekannt –, ob Sie im Bereich Ihres Ministeriums irgendwelche Vorsorgen planen, um die Sicherheit auch von dieser Seite her im Rahmen der Förderungsrichtlinien besser zu gewährleisten.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter! Das Wohnbauförderungsgesetz stellt keinerlei Hindernis dar, etwa Türen mit einbruchssicheren Schlössern oder mit Doppelschlössern auszustatten. Wir haben das in vielen Orten ja gehabt, und es gibt auch eine Reihe von Systemen, von Warnanlagen in den Häusern, die, wenn sie von der Förderungsstelle – das sind die Länder, wie Sie wissen – als Bedingung für die Hingabe von Förderungsmitteln verlangt werden, auch mit Hilfe der Förderung mitfinanziert werden.

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister.

429/M

Wann ist mit der Erstellung eines baureifen Projektes für das bundeseigene Gelände der Rennwegkaserne in Wien-Landstraße zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter! Für die Erstellung einer baureifen Planung sind natürlich noch die Beschlüsse und Genehmigungen der baugesetzlich vorgesehenen Instanzen erforderlich, auf deren Tätigkeit ich zwar keine direkte Ingerenz habe, aber ich werde dafür sorgen, daß seitens des Bundesbaudienstes die dafür erforderlichen Unterlagen und Anträge zügig ausgearbeitet und vorgelegt werden.

Vor allen Dingen wird nach Vorliegen des Ergebnisses der zweiten Wettbewerbsstufe, die nun anläuft, beim Magistrat Wien um eine entsprechende Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes anzusuchen sein, und im Rahmen der dann erlassenen Bedingungen werden für die einzelnen noch zu bestimmenden Bauabschnitte die Baupläne auszuarbeiten sein. Ich vermag aber jetzt noch keinen genauen Zeitpunkt anzugeben, weil ich auch nicht sicher bin, wann die zweite Wettbewerbsstufe vollendet sein wird.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Frühwirth**: Herr Bundesminister! Die Bezirksvertretung Landstraße hat vor längerer Zeit einstimmig, also auch mit den Stimmen Ihrer Partei, den Beschluß gefaßt, mit allem Nachdruck die Errichtung eines Hallenbades im 3. Bezirk zu betreiben. Nun ist dafür in einem dichtverbauten innerstädtischen Bezirk auch die Standortfrage sehr wesentlich. Übereinstimmend mit fast allen Experten und Kennern der örtlichen Verhältnisse sind wir der Meinung, daß das Gelände der Rennwegkaserne dafür bestens geeignet wäre. Kann daher – meine Frage, Herr Minister – mit

der Einplanung eines solchen Hallenbades in dieses Gelände gerechnet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter! Die von der Jury ausgewählten zehn Projekte sehen unterschiedliche Verbauungen vor. Darunter gibt es allerdings – soweit ich mich noch erinnere – auch noch ein oder zwei Projekte, die den Einbau solcher Freizeiteinrichtungen, etwa eines Hallenbades, vorsehen. Nach der zweiten Wettbewerbsstufe werden wir ja dann sehen, welche Möglichkeiten für die Verwirklichung – ich kenne diesen Wunsch des 3. Wiener Gemeindebezirkes durchaus – dieses begreiflichen Wunsches bestehen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Frühwirth**: Herr Minister! Können Sie wenigstens in etwa abschätzen, wann diese Planung zu Ende sein und mit der Realisierung des Projektes begonnen werden wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Moser**: Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß wir für die zweite Wettbewerbsstufe etwa zweieinhalb bis drei Jahre brauchen werden. Dann wird letztlich zu entscheiden sein, was gemacht wird, und dann kann auch mit der Verwirklichung dieser Projekte begonnen werden, die sicherlich – das möchte ich auch sagen – natürlich einen etwas längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werden, weil es sich ja um ein sehr großes, sehr intensives Bauvorhaben auf diesem mehrere Hektar großen Areal handeln wird.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Schmidt, bitte.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Bundesminister! Dieses Areal der Rennwegkaserne stellt zweifellos ein sehr hochwertiges Areal in städtebaulicher Hinsicht dar. Nun ist das Einvernehmen zwischen Bund und Stadt Wien in verschiedenen Bereichen ja nicht gerade ein glückliches, wie die vielen brachliegenden Verkehrsanlagen der Bundesbahn beweisen.

Ich möchte Sie fragen: Gibt es wenigstens auf dem Grundstücksektor ein von Bund und Stadt Wien gemeinsam erarbeitetes Konzept über die Verwendung und Gestaltung bundeseigener Liegenschaften im Raume von Wien?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Wir führen mit der Stadtgemeinde Wien immer wieder – das liegt in der Natur der Sache – Grundstücksverhandlungen betreffend Tausch von Grundstücken, die wir brauchen beziehungsweise die die Gemeinde wieder von uns braucht. Wir haben hier ein gutes Einvernehmen mit der Gemeinde, nämlich das beiderseitige Bemühen entgegenzukommen und die Notwendigkeiten des anderen auch einzusehen.

Es ist zum Beispiel auch dieses Rennwegareal sicherlich nicht ein Projekt, das allein den Bund interessiert, sondern in hohem Maße auch die Stadt und die Stadtentwicklung überhaupt, weil dieses große Areal heute gegen Abend praktisch zur toten Zone wird, nicht genutzt werden kann, wie es eigentlich genutzt werden sollte.

Auch hier besteht ein gutes Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Wien. Natürlich, Herr Abgeordneter – und das liegt auch in der Natur der Sache –, gibt es da und dort einmal divergierende Auffassungen, aber es ist uns bisher noch immer gelungen, solche divergierende Auffassungen dann letzten Endes zu einem Kompromiß zu führen.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Heindl.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben gesagt, daß Ihre Beamten in Gesprächen mit Beamten des Magistrates in der Frage der Rennwegkaserne sind. Sie wissen, daß die sozialistischen Abgeordneten und Mandatäre des 3. Bezirkes großes Interesse an einer raschen Erledigung dieses seit nun fast zwei Jahrzehnten gehegten Wunsches haben.

Nun ist das – das haben wir aus den Projekten ersehen – ein sehr großes und umfangreiches Projekt. Meine Frage geht in zwei Richtungen: Ist es möglich, die Gespräche mit den Vertretern des Magistrates der Stadt Wien zeitlich vorzuziehen, um das Projekt rascher in Angriff nehmen zu können? Zweitens: Ist beabsichtigt, das Projekt gemeinsam mit der Gemeinde Wien über die Bühne zu bringen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Bereits bei der Erarbeitung der Wettbewerbsausschreibungen haben ja ständige Kontakte mit der Gemeinde Wien stattgefunden, weil man auch den Wettbewerbsteilnehmern gewisse Anhaltspunkte, welche Geschoßhöhen oder welche Dichte der Verbauungen, welche Fluchtlinien einzuhalten sein werden, mitgeben mußte. Diese Gespräche sind in voller Harmonie mit der Gemeinde verlaufen, und ich zweifle

nicht daran, daß auch die kommenden Gespräche im gleichen Geiste geführt werden können, wie überhaupt Sachkundige gesagt haben, daß dieser Urbanisierungswettbewerb geradezu ein Muster guter Zusammenarbeit zweier Gebietskörperschaften gewesen ist, und auch die Architektenschaft, die sich daran beteiligt hat, die Auswahl der Projekte durch die Jury durchaus als zufriedenstellend erachtet hat.

Ich werde meinerseits natürlich darauf drängen, daß Gespräche vielleicht jetzt schon geführt werden könnten beziehungsweise auch Vorgespräche geführt werden; die Gemeinde Wien ist ja voll informiert von dem Ergebnis dieses Wettbewerbes, auch von der Ausschreibung dieses Wettbewerbes und den Bedingungen, die wir diesem Wettbewerb zugrunde gelegt haben. Es besteht nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen dem Bund und der Stadtgemeinde Wien. Ich glaube, daß auch die Stadtgemeinde, ebenso wie wir, interessiert ist, sobald als möglich mit der sinnvollen Verbauung dieses Areals beginnen zu können.

Präsident: Anfrage 7: Herr Abgeordneter Keimel (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

430/M

Haben Sie den geplanten und im Budget 1978 für ein halbes Jahr mit 2,2 Milliarden Schilling ausgewiesenen „Straßenverkehrsförderungsbeitrag“ für den Ausbau der Bundesstraßen beansprucht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! In den Vorgesprächen ist seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik in der bisherigen Beratung durchaus der von Ihnen genannte Standpunkt vertreten worden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Keimel:** Aber offensichtlich – wie aus dem Budget hervorgeht – nicht durchgesetzt worden, Herr Minister! Sie waren ja der Vertreter – wir brauchen's auch – der Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Straßenbau. Die Mittel für den Straßenbau gehen aber laut Budget gegenüber 1977 um 1,4 Prozent zurück, das ist also eine reale Minderung, ein realer Rückgang von mindestens 5 Prozent. Ich frage Sie daher, Herr Minister: Planen Sie während dieser Legislaturperiode die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Ausbau von Straßen und, wenn ja, in welcher Form?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Zunächst muß ich Ihnen sagen, daß ja gegenwärtig erst der Entwurf eines solchen Gesetzes erarbeitet wird, der dann der allgemeinen Begutachtung unterzogen und letztlich als Regierungsvorlage ins Haus kommen wird. Es dürfte aber Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, Herr Abgeordneter, daß wir im nächsten Jahr, außer den Budgetmitteln, im Bautenministerium noch ungefähr 850 Millionen Schilling zusätzlich für den Straßenbau verwenden werden, was eine wesentliche Änderung der von Ihnen genannten Zahlen bedeutet.

Präsident: Zweite Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Keimel: Diese 850 Millionen Schilling sind nur eine Vorfinanzierung durch die Länder und bleiben Schuld des Bundes, also auch Schuld aus der Bundesmineralölsteuer. Das ist nur eine Vertagung der Probleme.

Herr Minister! Zuzufolge der Rücknahme der Wachstumsprognose auf 1,5 Prozent und der Budgetmittel für Bauten, vor allem für den Straßenbau, ist zu befürchten, daß in der Bauwirtschaft auch sehr plötzlich mit Beginn des Jahres die kontinuierliche Beschäftigung abreißt. Sie und der Finanzminister haben nun vielfach ein sogenanntes Bau-Sofortprogramm erwähnt. Ich frage Sie daher: Worin besteht dieses und wie erfolgt dessen Finanzierung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Wir haben ja das Budget wie all die Jahre in drei Teile geteilt: in das Grundbudget, in ein Stabilisierungsbudget und in ein Konjunkturbelebungsbudget. Und im Stabilisierungs- und Konjunkturbelebungsbudget befinden sich Hunderte Millionen Schilling, die eingesetzt werden können, wenn es die Situation erfordert. Wir wollen aber von der Situation nicht überrascht werden und bereiten daher dieses konkrete Konzept vor, wie wir es ja auch schon in den vergangenen Jahren getan haben.

Der Bericht des Rechnungshofes über die Ausgaben des Konjunkturbelebungs- und Stabilisierungsbudgets im Jahre 1975 hat eigentlich deutlich gezeigt, daß doch relativ schnell mit den Verzögerungen, die sich halt in der Ausschreibung und in der Prüfung der Offerte ergeben haben, dieses Budget wirksam geworden ist, was ja auch zur Folge gehabt hat, daß wir entgegen Ihren Befürchtungen in der Bauwirtschaft auch im heurigen Jahre keine nennenswerte Arbeitslosigkeit gehabt haben. Wenn ich Ihnen sage, daß wir Ende September dieses Jahres in der gesamten österreichischen

Bauwirtschaft 277 000 Beschäftigte gehabt haben, denen etwa 1 900 Arbeitsuchende gegenübergestanden sind, und damit eine Arbeitslosenrate von 1,2 Prozent im Gegensatz zu früheren Jahren, als sie etwas höher gewesen ist, dann beweist das ja sehr deutlich, daß die Maßnahmen, die die Regierung ergriffen hat, die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sichern konnten.

Präsident: Weitere Frage. Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Bundesminister! Zuerst erstaunt es mich, daß man diesen Straßenverkehrsförderungsbeitrag bereits im Budget 1978 angeführt hat, obwohl die gesetzliche Grundlage dafür bekanntlich noch nicht beschlossen ist.

Meine Frage geht aber dahin, ob die Regierung bereit ist, die gesetzliche Grundlage für diesen Straßenverkehrsförderungsbeitrag nicht in Kraft treten zu lassen, falls es gelingt, im Rahmen der Verhandlungen mit der EG einen Zuschuß zu unseren Bautätigkeiten hinsichtlich Autobahn zu erreichen.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Das sind zwei verschiedene Dinge. Auch in den Gesprächen mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission Haferkamp wurde eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Frage der Einführung etwa einer Straßenbenützungsabgabe losgelöst von der Frage der Mitbeteiligung der EG an dem beschleunigten Ausbau der sogenannten Gasterbeiteroute zu sehen ist, wobei seitens der EG allerdings darauf hingewiesen wurde, daß durch die Einführung einer solchen Abgabe keine Diskriminierung erfolgen sollte.

Es ist also keineswegs so, daß das eine mit dem anderen junktimiert wäre, und es werden, soweit ich informiert bin, voraussichtlich vielleicht im Jänner auch Gespräche wegen der Beteiligung an dem beschleunigten Ausbau der Pyhrn- und Innkreisautobahn in Brüssel oder in Wien – das ist noch offen – geführt werden können.

Präsident: Eine weitere Frage. Herr Abgeordneter Josef Schlager.

Abgeordneter Josef Schlager (SPÖ): Herr Bundesminister! Zum Unterschied vom Abgeordneten Dr. Keimel bin ich sehr wohl der Überzeugung, daß Sie alles getan haben, um dem Bundesstraßenbau Mittel zuzuführen. Gerade in der letzten Zeit konnte ich feststellen,

Josef Schlager

daß Sie den Straßenbaufirmen, die im Raume der Turracher Straße gearbeitet haben, zusätzliche Mittel gegeben haben, damit dieses Baulos weitergeführt werden konnte und die Arbeitsplätze dort gesichert wurden. Das wird den Kärntnern wahrscheinlich auch bekannt sein.

Da aber in den nächsten Tagen die Umfahrung Judenburg provisorisch dem Verkehr übergeben wird, frage ich Sie, ob es Ihnen möglich ist, Mittel für den Weiterbau dieser Straße in Richtung Aichdorf zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Der Raum Aichfeld-Murboden war ein Problemgebiet, und wir werden alles tun, um dieses Gebiet, nachdem nunmehr die Industrieansiedlungen dort gelungen sind, auch verkehrsmäßig stark an die Pyhrn-Autobahn anzuschließen.

Ich habe daher erst vor kurzem den Auftrag gegeben, das weitere Stück der Umfahrung Judenburg bis Aichdorf auszuschreiben, sodaß wir dort bald mit dem Bau beginnen können.

Ich kann nicht verhehlen, daß aber das Problem Umfahrung Zeltweg noch nicht ganz ausgeräumt ist, wenngleich ich erst gestern einen Brief des Herrn Verteidigungsministers erhalten habe, der mich in die Lage versetzt, nun, glaube ich, diese Planung abzuschließen, sodaß auch von der Planungsseite her dem weiteren Bau dann nichts mehr entgegensteht.

Präsident: Eine weitere Frage. Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Die geplante LKW-Steuer würde keinen einzigen LKW von der Straße wegbringen, sondern lediglich österreichische LKW durch ausländische ersetzen, wäre also das Gegenteil einer vernünftigen Arbeitsplatzsicherung und würde außerdem unsere Exporte beträchtlich verteuern.

Nun hat die Volkspartei, Herr Bundesminister, den Vorschlag gemacht, daß man die zollfreie Treibstoffeinfuhr auf 50 Liter beschränken soll und in jenen Staaten, die österreichische Frächter besteuern, die Gegenseitigkeit anwenden soll. Das würde im Jahr 600 Millionen Schilling an Mehreinnahmen für den Straßenbau bringen. Warum, Herr Bundesminister, haben Sie – wir haben diesen Vorschlag vor einem Jahr gemacht – nicht über den Finanzminister Maßnahmen gesetzt, warum sind Sie nicht vorstellig geworden beim Finanzminister, damit Sie diese 600 Millionen Schilling, die praktisch auf der Straße liegen, für die Straße bekommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Wie immer bei solchen Dingen gibt es eine Reihe von Interessenten. Der eine Teil will diese Einnahmen, die hier zu erwarten sind, für den Ausbau eines Huckepack-Verkehrs verwendet wissen, wie es etwa sehr intensive Bürgerinitiativen aus dem steirischen Raum verlangen, andere wollen Straßen dafür haben.

Ich sage hier gleich vorweg: Die Verkehrspolitik kann ja nicht eine einseitige sein: nur Straße oder nur Bahn oder nur etwas drittes. Das kann doch nur ein Gemeinsames sein, und an diesem gemeinsamen Konzept arbeiten wir ja unentwegt.

Auch die Frage des Huckepack-Verkehrs ist ja keineswegs abgetan. Es stellt sich nur eines heraus: daß ein Land allein für sich einen Huckepack-Verkehr nicht sinnvoll wird aufbauen können, sondern daß auch die Absende- und Empfängerstaaten des Transitverkehrs in ein solches Netz eingebunden werden müssen.

Wenn es dazu kommt, brauchen wir aber auch dafür den Ausbau, also Mittel und eine attraktive Tarifgestaltung, sodaß dann auch eine Annahme dieses Huckepack-Verkehrs tatsächlich erfolgt und nicht, wie es bei Versuchen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, der Fall war, nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Kapazität tatsächlich angenommen wird und damit ein Wegbringen vor allen Dingen der gefährlichen Güter von der Straße auf die Bahn praktisch nicht eintritt.

Diese Bemühungen gehen weiter, und ich glaube, daß, auch europäisch gesehen, die Einrichtung von schienengebundenen Transportleistungen dieser Art durchaus den Erfolg hätte, die Straßen zu entlasten. (*Abg. Dr. König: Das war nicht meine Frage, Herr Minister!*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 1415/J bis 1433/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ferner ist die Anfragebeantwortung 1350/AB eingelangt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner:

„An den Präsidenten des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 8. Oktober 1977, Zl. 1001-16/16, folgende Entschließung gefaßt:

Schriftführer

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr innerhalb des Zeitraumes vom 24. Oktober bis 27. Oktober 1977 sowie am 2. November und 3. November 1977 den Bundesminister für Bauten und Technik Josef Moser mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.
Kreisky"

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche um die weitere Verlesung.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (641 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (25. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz) (642 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz geändert wird (6. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz) (643 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz geändert wird (644 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (655 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird (656 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (Marktordnungsgesetz-Novelle 1977) (657 der Beilagen),

Bundesgesetz über das Salzmonopol und über Änderungen des Berggesetzes 1975 und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (Salzmonopolgesetz) (662 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII - Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) neu gefaßt wird (670 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz neuerlich geändert wird (2. Präferenzzollgesetznovelle 1977) (672 der Beilagen).

Präsident: Danke.

Die soeben als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen werde ich in der nächsten Sitzung zuweisen.

Ich nehme folgende Zuweisungen vor:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bericht des Bundesministers für Finanzen über Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1977 (III-94 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; Verhandlungen betreffend die Liste XXXII - Österreich, Kündigungsverhandlungen betreffend Teigwaren (645 der Beilagen).

Petition

Präsident: Ich gebe bekannt, daß der Abgeordnete Mag. Höchtl eine Petition überreicht hat, die ich mit der Ordnungsnummer 6 dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen habe.

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978 (631 und Zu 631 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1978.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe zumindest eine Erklärung des Herrn Finanzministers darüber erwartet, warum sowohl der Arbeitsbeihilfe als auch einige Teilhefte zum Bundesfinanzgesetz so spät an die Abgeordneten zugesandt wurden. Immerhin sind sie erst 14 Tage nach der Budgetrede des Herrn Finanzministers zu den Abgeordneten gekommen, und es hat offensichtlich sehr lange gedauert, bis der Herr Finanzminister in der Lage war, dem Parlament diese Unterlagen vorzulegen, ohne die man sich, wenn man es seriös machen will, kaum ein umfassendes Bild vom Budget machen kann.

Aber, meine Damen und Herren, es gehört eben zum Stil dieser sozialistischen Bundesregierung, das Parlament, demgegenüber sie voll verantwortlich ist, gering zu achten und ohne ein Wort der Erklärung jahrelange Übungen, die für die Parlamentsarbeit notwendig sind, einfach zu ignorieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es gehört auch zum Stil des Herrn Finanzministers, die Volksvertretung von oben herab zu behandeln. Aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, das spielt offensichtlich alles keine Rolle, denn die Budgethoheit des Parlaments ist ohnedies mit Ihrer Hilfe eine Farce geworden. Oder ist dieses Budgetbewilligungsrecht des Parlamentes mehr

Dr. Taus

als eine Farce, wenn die Regierung dem Hohen Haus ein Bundesfinanzgesetz vorlegt, das dem Finanzminister die Möglichkeit gibt, 1978 ein Defizit zwischen 40,4 und 58 Milliarden Schilling zu machen, ohne daß solche gewaltigen Veränderungen während eines Jahres einer Zustimmung des Hohen Hauses bedürfen?

Ich glaube, einen besseren Beweis dafür, daß dieses Budgetbewilligungsrecht ausgehöhlt wurde, kann es nicht mehr geben. Denn das tatsächliche Defizit im Jahre 1978 wird daher irgendwo zwischen den beiden Extremwerten von 40,4 und 58 Milliarden Schilling liegen, das heißt, der Finanzminister bekommt, wenn diesem Budget die Mehrheit die Zustimmung gibt, Möglichkeiten, das Defizit des Grundbudgets um fast 50 Prozent zu erhöhen, ohne das Parlament fragen zu müssen.

Ich erinnere mich noch sehr genau, wie der heutige Justizminister Dr. Broda von den Parlamentsrechten schwärmte und das Hohelied des Parlamentarismus sang. Was wurde damals von Dr. Broda hier in diesem Hohen Haus vor zehn Jahren, von den Sozialisten, gesagt? Ich zitiere:

„Die Budgethoheit steht dem Nationalrat, der Volksvertretung zu. Es gibt keine Blankovollmachten an die Verwaltung. Blankovollmachten darf der Nationalrat nicht ausstellen und er wird sie auch in Zukunft nicht ausstellen.“ Und dann erklärte Dr. Broda noch: „Darüber wird die sozialistische Opposition wachen!“ (Abg. Dr. Kohlmaier: *Er ist eingeschlafen!*)

Ich halte es, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, für eine bedauerliche Schwächung des Parlamentarismus in Österreich, daß sich die sozialistische Mehrheitsfraktion jedes Jahr in stärkerem Maße dafür hergibt, der Verwaltung Blankovollmachten in noch nie dagewesenem Ausmaß zu geben.

Und ich möchte eindeutig hier feststellen, daß ich das, was Broda seinerzeit hier gesagt hat, für richtig halte. Ich frage Sie aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ob Sie Ihre Meinung über die Rolle des Parlamentarismus in der parlamentarischen Demokratie geändert haben. Das Parlament haben Sie mit dieser Politik in weiten Bereichen, vor allem in der Finanzpolitik, zu einem bloßen Ratifizierungsorgan der Regierung herabgewürdigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin der festen Überzeugung, daß es sich die parlamentarische Demokratie nicht leisten kann und es sich vor allem nicht leisten darf, eine Institution wie das Parlament aus bloßen Gründen der Opportunität auszuhöhlen. Und das ist keine Frage der Opposition, das ist genauso eine Frage der Regierungsfraktion.

Denn die Rechnung für die Aushöhlung von Institutionen, vor allem von demokratischen Institutionen, ist noch allemal in der Demokratie präsentiert worden. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, das Budget ist ein Spiegelbild der Regierungstätigkeit. Und dieser Entwurf für ein Bundesfinanzgesetz 1978 ist in meinen Augen nichts anderes als die logische Folge der seit Jahren von der sozialistischen Regierung betriebenen Finanzpolitik, die von falschen Voraussetzungen ausging, nicht die Kraft hatte zu korrigieren und nun konzeptlos von der Hand in den Mund lebt.

Eine Blütenlese von Zitaten aus den Budgetreden des Herrn Finanzministers mag deutlich diesen Kurs dokumentieren. Zum Budget 1971 sagte der Finanzminister:

„Die österreichische Bevölkerung ist zu Recht einer Politik überdrüssig, die von der Hand in den Mund lebt. Der Bundesvoranschlag 1971 markiert eine Wende.“

Wie sah diese Wende aus? Sie bestand in einem Hochkonjunkturjahr, wie es 1971 gewesen ist, in einem Rekorddefizit von 7,7 Milliarden Schilling. Zum Budget 1972 sagte der Herr Finanzminister:

„Die Bundesregierung ließ sich bei seiner Erstellung von gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen leiten!“

Wieder ein Jahr – 1972 – der internationalen Superkonjunktur, und diese gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen brachten ebenfalls ein Defizit von 7,7 Milliarden Schilling.

Und zum Budget 1973 sagte der Herr Finanzminister – besonders starke Sätze! –:

„Im Buche der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes ist eine neue Seite aufgeschlagen.“ Und weiter: „Das Budget 1973 ist daher das finanzielle Spiegelbild großer und einschneidender Reformen. Es ist weder mit den Budgets vergangener Jahre zu vergleichen, noch wird man künftige Budgets mit gleichen Maßstäben messen können.“

Es handelte sich nur um eine neue Seite im Buch der Defizitrekorde im Hochkonjunkturjahr, Defizit 12,8 Milliarden Schilling.

Zum Budget 1974 sagte der Herr Finanzminister:

„Der Bundesvoranschlag 1974 verwirklicht ein neues Budgetkonzept.“

Also das fünfte Budget war dann ein neues Budgetkonzept. Und dieses neue Budgetkonzept sozialistischer Prägung brachte ein Defizit von 18,5 Milliarden Schilling. Noch immer war die Konjunktur sehr gut.

Dr. Taus

Und 1975 sagte der Herr Finanzminister:

„Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.“ Ein besonders starker Satz. Und weiter: „Allein diese Entwicklung markiert die in der Budgetpolitik eingetretene Wende.“

Das Defizit in diesem Jahr erreichte 37 Milliarden Schilling.

Und zum Budget 1976 sagte der Herr Finanzminister:

„Die Bundesregierung hat ihr wirtschaftspolitisches Handeln immer am Konzept der Gesamtstabilität orientiert. Und wird dies auch weiter tun! Dieses Konzept verfolgt die größtmögliche Ausgewogenheit der einzelnen wirtschaftspolitischen Ziele.“

Diese Ausgewogenheit kostete trotz der ersten Belastungswelle ein Defizit von 44 Milliarden Schilling.

Und 1977 hieß es: „Daß mit diesem Bundesvoranschlag“ – ich zitiere verkürzt – „auch in der zweiten Hälfte unseres Jahrzehnts die wirtschaftliche Stärkung unseres Landes fortgesetzt und den Menschen in unserem Land Arbeit und wachsender Wohlstand gesichert wird.“

Defizit 45, 46 Milliarden Schilling und gewaltige weitere Belastungswellen.

Das in Zitaten die Linie sozialistischer Budgetpolitik seit dem Jahr 1971. Und nach allen diesen stolzen Worten, meine Damen und Herren, hat die Regierung für 1978 nun die Notbremse gezogen. Und dieser Budgetentwurf, der heute vor uns liegt, ist nichts anderes als das Resultat einer ganz abrupten Notbremsung. Denn die Regierung hat ja erst im Spätsommer erkannt, in welche Lage sie Österreich manövriert hat, und erst in der Kahlenberg-Klausur hat man sich entschlossen, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Wirtschaftspolitik dieser sozialistischen Bundesregierung einfach falsch liegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das Resultat dieser Erkenntnis: Kein Konzept und kein Versuch, zumindest mittelfristig der Wirtschaftspolitik eine realistischere Richtung zu geben, sondern nichts anderes als eine radikale Fortsetzung der Steuererhöhungspolitik, eine radikale Fortsetzung der Belastungspolitik.

Am besten ist diese Linie der Regierung mit einem Satz des Ökonomen Rudolf Goldscheid, eines marxistischen Ökonomen, zu beschreiben, der vor mehr als 50 Jahren geschrieben hat: „Die fiskalische Ausbeutung ist ... eine der ältesten Formen der Ausbeutung.“

Meine Damen und Herren! In der Konfusion über die tatsächliche Situation des Bundeshaus-

haltes haben Sie sich für die fiskalische Ausbeutung entschieden. Wir haben nun in Österreich eine neue Variante des Sozialismus: Ich halte ihn für einen Manchester-Sozialismus, wenn ich diesen Satz hier sagen darf.

Wie unkoordiniert und wie konfus Sie reagiert haben, zeigt die Diskussion, die schon im Frühjahr dieses Jahres begonnen hat, nachdem Sie, Herr Finanzminister, schon im Dezember 1975 dem Parlament gegenüber erklärt hatten: Für 1976 ist die Erschließung neuer Einnahmequellen nicht vorgesehen.

Sie haben dann ein Jahr später, am 24. September 1976, laut „Parlamentskorrespondenz“ erklärt: Auf der Einnahmenseite sind seitens des Bundes, abgesehen von kleinen Anpassungen bei den Tarifen, keine weiteren Maßnahmen vorgesehen.

Und im Parlament, Herr Finanzminister, haben Sie am 12. Mai 1977 unter anderem gesagt: „Aber in meinem Ressort bestehen derzeit und für die ganze Legislaturperiode keine Pläne für eine Erhöhung der Steuern und Gebühren.“

Schließlich hieß es in der „Kronen-Zeitung“ am 4. Mai 1977 wörtlich: „In Österreich wird es keinen Luxus-Mehrwertsteuersatz geben, wie Finanzminister Androsch erklärte, halte er den Vorschlag von Nationalbankgeneraldirektor Kienzl, einen dritten Mehrwertsteuersatz für teure Importgüter, für nicht zweckmäßig.“

Demgegenüber heißt es in der „AZ“ vom 16. Juli 1977 ebenfalls wörtlich: „Da es auch in anderen Ländern einen hohen Mehrwertsteuertarif für Luxusgüter gebe, wäre ein solcher auch in Österreich denkbar, erklärte Finanzminister Dr. Androsch in einem Hörfunkinterview.“

Es hat also nur zwei Monate gedauert, um diesen Gesinnungswandel herbeizuführen!

Wie es um dieses Budget nach sieben Jahren sozialistischer Budgetpolitik aussieht, sprach ein Mitglied der Bundesregierung – pardon: damals noch ein Mitglied der Bundesregierung –, Dr. Veselsky, selbst aus. Er erklärte wörtlich: „Aus dem Budget ist ja nichts mehr zu holen, aus nichts wird nichts.“

Allein diese Zitate zeigen, wie falsch die Regierung ihre Lage eingeschätzt hat und wie sehr sie in diesen Jahren nicht erkannt hat, wohin sie steuert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eine Reihe von Jahren von der Substanz dieses Landes Österreich gelebt und Sie haben diese Substanz kontinuierlich verbraucht! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Auch wenn uns die Budgetunterlagen sehr spät übergeben worden sind, läßt sich doch meines Erachtens eines sehr deutlich feststellen – auf eine Kurzformel gebracht –: Mit dem Budget 1978 hat die sozialistische Regierung den Vorrang der Vollbeschäftigungspolitik aufgegeben. Das ist eine eindeutige Feststellung, die sich aus dieser budgetpolitischen Linie ergibt. Ob Sie das nun bewußt, unbewußt, unter dem Zwang der Verhältnisse, als Ergebnis einer jahrelang falschen Budgetpolitik getan haben, ist sekundär, ist nur für die Analyse wichtig.

Eine Tatsache aber läßt sich nicht bestreiten: Sie haben ja auch in früheren Jahren viel weniger für die Sicherung der Vollbeschäftigung mit Hilfe der Budgetpolitik getan – und das ist ja der sozialistischen Regierung ziemlich eindeutig nachgewiesen worden –, nun aber haben Sie sich endgültig und für alle deutlich von der Linie der Vollbeschäftigung entfernt.

Lassen Sie mich diese Feststellung auch beweisen.

Erstens: Der Finanzminister hat der Budgeterstellung eine nominelle Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes von 7 Prozent zugrunde gelegt. Real liegt eine Wachstumsrate von 2 Prozent diesem Voranschlag zugrunde. Es ist übereinstimmende Ansicht, daß in Österreich die Vollbeschäftigung nur bei einer Wachstumsrate von mindestens 3 Prozent real gesichert werden kann. Dieses Wachstumsziel wollen Sie offensichtlich überhaupt nicht ansteuern.

Zweitens: Seit 1975 schrumpfen die über das Budget finanzierten öffentlichen Investitionen real ständig. Auch für 1978 ist das reale Investitionsvolumen rückläufig. Selbst die nominellen Zuwachsraten sind rückläufig. So liegen beispielsweise – um nur zwei Beispiele zu nennen – die veranschlagten Investitionsausgaben der Bundesbahnen um 10½ Prozent unter den tatsächlichen Werten vom Jahre 1976. Und die Post- und Telegraphenanstalt soll nominell 1978 um 5,9 Prozent weniger investieren als heute.

Ein drittes: Die Grundannahme des Budgets mit 2 Prozent realem Wachstum – das Wirtschaftsforschungsinstitut schätzt gar nur auf 1,5 Prozent real – geht von einer kräftigen Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit aus. Und in einer solchen Situation schöpfen Sie mit neuen schweren Belastungen Kaufkraft und Investitionsmittel ab. Das heißt: Abschwächungstendenzen weiter verschärfen. Und auch das verdient einmal hier festgehalten zu werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir werden ja morgen ausreichend Gelegenheit haben, uns mit dem Abgabenänderungsgesetz zu beschäftigen.

Das vierte: Die Geldpolitik, die sich auf Grund des Nationalbankgesetzes im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu halten hat, hat scharf auf Restriktion geschaltet. Herr Dr. Kienzl hat das sehr drastisch ausgedrückt. Er hat gesagt: Wir werden bremsen, daß es quietscht. Und „dieses Bremsen, daß es quietscht“ hat ja schon seine realen Auswirkungen: Kredite sind nur mehr sehr wenig und sehr teuer zu erhalten, und zwar nicht nur im Konsumbereich, sondern auch im Unternehmensbereich. Bekanntlich wird der Zinssatz für erste Adressen in Österreich derzeit mit 9¼ Prozent angegeben. Wir müssen dies aber mit den Sätzen vergleichen, die in Deutschland und in der Schweiz für ähnliche Unternehmungen gelten. Dort liegen sie bei ungefähr 6 Prozent. Was das wirtschaftspolitisch für eine Bedeutung hat, brauche ich, glaube ich, hier nicht näher zu erläutern. „Wir bremsen, daß es quietscht“; wir hoffen, daß es nicht auch bei den Investitionen so sein wird.

Und flankierende Maßnahmen – wenn ich einen fünften Punkt hier aufzählen darf – zur Sicherung der Beschäftigung und Versuche umzustrukturieren fehlen einfach völlig.

Ich habe Ihnen schon vor zwei Jahren gesagt, daß beschäftigungspolitische Maßnahmen außerbudgetär durchgeführt werden müssen. Wir haben daher ein Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze vorgelegt, das versucht, Arbeitsplatzsicherung mit einer Verbesserung der Struktur der österreichischen Wirtschaft zu kombinieren.

Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister haben mit diesem Konfusionsbudget den Vorrang für die Vollbeschäftigung aufgegeben. Seit Jahren reden sie davon, daß alles, was sie dem Bürger aus der Tasche ziehen, der Sicherung der Arbeitsplätze dient; daß die Schulden der Sicherung der Arbeitsplätze dienen; ja selbst beim „Bauring“-Skandal haben sie mit Arbeitsplätzen argumentiert.

Dieses Budget entlarvt aber diese Regierung. Es geht hier ausschließlich um eine „Loch-auf-Loch-zu-Politik“, aber längst nicht mehr um eine konzeptive Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Für die Österreichische Volkspartei ist die Sicherung der Arbeitsplätze eine Verpflichtung. Wir haben daher, weil von der Regierung offensichtlich kein Programm vorliegt, am vergangenen Samstag ein umfassendes Konzept zur Arbeitsplatzsicherung vorgelegt. Sie haben darauf oberflächlich reagiert. Das ist Ihre Angelegenheit. Aber die Maßnahmen, Hohes Haus, die wir zur Sicherung der Arbeitsplätze in

Dr. Taus

Österreich vorschlagen, gehen davon aus, daß es sich um die Bewältigung kurz- und mittelfristiger Probleme handelt.

Erstens sollen die Maßnahmen dort gezielt eingesetzt werden, wo es Arbeitsmarktprobleme gibt. – Auch bei größerer Arbeitslosigkeit gibt es immer wieder Berufe, Industriezweige und Altersgruppen, die nicht von der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Gezielte Maßnahmen sind daher billiger als globale.

Zweitens: Für diese gezielten Maßnahmen soll es genau definierte Richtlinien geben und nicht mühsame bürokratische Kommissionsentscheidungen. – Betriebe, die gewisse leicht feststellbare Kriterien erfüllen, werden gefördert. Keine Kommission kann die betriebliche Investitionsentscheidung ersetzen!

Drittens: Die Maßnahmen gewährleisten die freie Entscheidung des einzelnen und sollen nicht unter Zwang getroffen werden.

Viertens: Die Vorschläge versuchen, neue Prioritäten zu setzen hin zu verstärkter Verwendung von Know-how, hin zum Energiesparen, Anerkennung der internationalen Arbeitsteilung, Arbeitsplatzsicherung.

Das ist unseres Erachtens nur durch eine Reihe breitgestreuter Anreize möglich und nicht durch einige wenige Großprojekte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen ganz deutlich eines sagen: Ich bin gar nicht gegen Großprojekte. Warum sollte ich dagegen sein? Aber es ist einfach eine Utopie zu glauben, daß man mit einigen wenigen besonders kapitalintensiven Großprojekten Arbeitsplätze sichern kann. Im Zuge einer gesamten Vollbeschäftigungspolitik ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man Arbeitsplätze sichern will, muß man ein breites System von Anreizen geben, die zusätzlich die Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft mit lindern helfen und der Wirtschaft eine neue Richtung eröffnen.

Ich darf dazu vielleicht ein paar Sätze sagen. Es gibt schon genug besorgte Stimmen, die glauben, daß mit einigen wenigen Großprojekten nichts anderes getan wird, als die Kapitalverwendung in eine verkehrte Richtung zu treiben. Das muß nicht so sein. Aber die Wahrscheinlichkeit ist groß.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, fordere ich Sie auf: Glauben Sie ja nicht, daß Sie mit Ihrer derzeitigen Vollbeschäftigungspolitik, die Sie betreiben und mit der Sie meines Erachtens am Ende sind, die Zukunft bewältigen können! Setzen Sie sich mit den Vorschlägen auseinander,

der, die wir Ihnen vorgelegt haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Konzept sieht die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur vor. Und was wir wollen, ist etwas sehr Einfaches:

Wir wollen von der passiven Arbeitsplatzsicherung, wie wir sie in den vergangenen Jahren durchaus betrieben haben – das kann auch positive Effekte haben, das will ich überhaupt nicht leugnen –, zu einer aktiven und langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze kommen, also zu einer Politik der aktiven Arbeitsplatzsicherung, und das geht eben nur, indem man neue Anreize gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir richten damit unser Augenmerk auch auf die besonders gefährdeten Gruppen und schlagen umfangreiche Maßnahmen vor, Arbeitslosigkeit im Bereich der Jugend, der Frauen und der älteren Menschen zu vermeiden.

Wir legen ein Konzept vor, das ohne weitere Belastung der österreichischen Bevölkerung zu verwirklichen ist und Privatwirtschaft und verstaatlichter Industrie die Möglichkeit geben soll, neue und produktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir sind hinsichtlich all dieser Fragen durchaus diskussionsbereit, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsplatzsicherung ist eine Frage, die in diesem Land alle angeht. Und man sollte alle Bemühungen, die Arbeitsplätze zu sichern, achten und man sollte alle Bemühungen, die Arbeitsplätze zu sichern, zusammenfassen, anstatt über manche Fragen zu polemisieren; davon halte ich nicht sehr viel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, daß die Regierung mit diesem Budget Vollbeschäftigungspolitik nicht mehr betreiben kann. Die Sünden der Vergangenheit beginnen sich immer stärker auszuwirken. Aber wir haben noch eine Hoffnung, und zwar eine sehr wichtige Hoffnung: daß so wie 1975 die Masse der österreichischen Unternehmungen, soweit es nur irgendwie möglich ist, Arbeitsplätze sichert. Denn auch 1975 hat nicht die Regierung die Arbeitsplätze gesichert, sondern die Wirtschaft hat sie gesichert, und besonders die Klein- und Mittelbetriebe! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind jene Unternehmungen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, denen Sie nun mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz den Dank der sozialistischen Bundesregierung aussprechen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Und gewissermaßen zum Drüberstreuen sind sie auch noch als Steuerhinterzieher beschimpft worden.

Dr. Taus

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Konzept gibt Anreize für die Unternehmungen, eine aktive Arbeitsplatzsicherung zu betreiben. Und wir wissen: Das wird in den kommenden Jahren nicht leicht sein, aber es darf nichts unversucht bleiben, es doch zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Regierung redet sich oft auf die internationale Entwicklung aus. Ich möchte hier auch ganz unmißverständlich eines festhalten:

Selbstverständlich beeinflusst die internationale Entwicklung die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Ein kleiner Industriestaat, wie wir es sind, kann sich einer solchen Entwicklung überhaupt nicht entziehen. Daher muß er aber in ganz besonderem Maße trachten, international konkurrenzfähig zu bleiben, und genau dieses Lebensgesetz eines kleinen Industriestaates haben Sie verletzt. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

Ich zahle Ihnen gar nicht mit gleicher Münze zurück, wie Sie das getan haben, als vor zehn Jahren in diesem Hohen Haus eine Diskussion auch über wirtschaftspolitische Fragen gewesen ist und einer der Redner der Volkspartei auf die internationale Entwicklung hingewiesen hat. Sie haben damals dem Sinne nach gesagt – ich glaube, es war Dr. Kreisky oder Dr. Androsch –: Mich interessiert nicht, was in der Welt vor sich geht, mich interessiert nur, wie die Dinge in Österreich geregelt werden!

Ich gehe nicht so weit, das hier zu sagen, ich zahle es Ihnen nicht mit gleicher Münze zurück.

Natürlich hat die internationale Entwicklung Einfluß auf die österreichische Entwicklung. Das zu leugnen, wäre ökonomisch dumm.

Aber das Entscheidende für uns liegt ja ganz woanders: Welche Fehler haben denn wir in Österreich gemacht? Was ist denn in Österreich von dieser sozialistischen Bundesregierung falsch gemacht worden? Was wird zu der heutigen wirtschaftspolitischen Situation in Österreich durch die Politik der Bundesregierung beigetragen?

Erstens: Das Budget konnte trotz der ausnehmend guten Wirtschaftslage in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nicht ausgeglichen werden, im Gegenteil, die Defizite wuchsen kräftig, und es gelang damit nicht, entsprechende Reserven anzulegen. Ein ganz entscheidender Fehler, der in den ersten Jahren der sozialistischen Regierung gemacht wurde.

Zweitens: Daher hat der Versuch, in der Krise eine expansive Budgetpolitik zu betreiben, sofort zu einer rapid wachsenden Staatsverschuldung geführt, die, wie dieses Budget nun

deutlich zeigt, beschäftigungssichernde Maßnahmen nicht mehr zuläßt, obwohl sie auch für nächstes Jahr notwendig wären.

Drittens: Das Leistungsbilanzdefizit, das auch nicht von heute auf morgen entstanden ist, sondern durch Ihre falsche Politik aufgebaut wurde, engt nun den Handlungsspielraum ein, und wir müssen nun primär auf die Zahlungsbilanz achten, anstatt daß wir uns nun bemühen könnten, auf der Basis einer soliden Zahlungsbilanz, wie wir sie über zwanzig Jahre lang hatten, auf der Basis dieser soliden Zahlungsbilanz eine expansive Politik im Inland zu betreiben. Das können wir aber nicht mehr. Das ist unmöglich, weil Sie in den ersten Jahren Ihrer Regierung den Handlungsspielraum eingeengt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und damit das auch nicht ohne Zahlen im Raum steht, belaste ich Sie daher mit einigen Zahlen:

Wir haben 1969 ein Handelsbilanzdefizit von 10,7 Milliarden Schilling gehabt. 1970 waren es schon 18 Milliarden Schilling, 1971 25,5 Milliarden Schilling, 1972 30,8 Milliarden, 1973 35,9 Milliarden, 1974 34,9 Milliarden, 1975 32,5 Milliarden, 1976 53,8 Milliarden, 1977 – wir wissen es nicht – 60, 65, 70 Milliarden Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Das ist ein langfristiger Fehler in der Zahlungsbilanzpolitik gewesen, mit dem wir uns heute hier herumschlagen müssen und der uns die Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik nun nimmt.

Ich komme nun zum vierten Punkt: Ihre Politik hat den Strukturänderungsprozeß in der österreichischen Wirtschaft – es war immer eine der großen Stärken dieser Wirtschaft – entscheidend gebremst, sodaß bei vielen für die österreichische Wirtschaft wichtigen Produkten heute nicht die Industrieländer unsere Konkurrenz sind, sondern die Entwicklungsländer; eine Entwicklung, die man überhaupt in der Regierung nicht gesehen hat.

Und in diesem Bereich liegen die strategischen Fehler Ihrer Regierung, die nun zutage treten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein mit Bremsen, daß es quietscht, werden Sie diese Probleme nicht lösen können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch immer können Sie sich trotz Ankündigungen am Anfang Ihrer Regierungsperiode nicht entschließen, ein Konzept zu machen!

Erstens: Es ist weder ein Budgetkonzept noch eine mehrjährige Finanzplanung vorhanden; Sie reden ja nicht einmal mehr davon.

Zweitens: Herr Finanzminister, Sie haben in

Dr. Taus

den letzten Jahren konsequent die Einnahmen überschätzt und die Ausgaben in wichtigen Positionen unterschätzt, sodaß sich weder die Wirtschaft noch die Bundesländer noch die Gemeinden an Ihrer Politik orientieren konnten. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Prader: Bewußt!)*

Drittens: Die Kommissionitis, die Sie am Anfang Ihrer Tätigkeit eingeführt und dann auch noch weiter fortgesetzt haben, hat zu nichts geführt! Resultat – auch Dr. Veselsky dem „Spiegel“ gegenüber –: Ein bleibendes Verdienst ist Wiens Beschäftigungspolitik nicht zu bestreiten. Österreich hat durch sein Gasgeben und durch seine hohen Importe in der Hochkonjunktur – so Veselsky – viele Tausende deutsche Arbeitsplätze erhalten.

Und ein weiteres Resultat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatsschulden haben sich seit 1969 mehr als vervierfacht und werden im kommenden Jahr bei rund 250 Milliarden Schilling liegen. Damit ist heute jeder erwerbstätige Österreicher bereits mit durchschnittlich 80 000 S pro Kopf an Staatsschulden belastet. Die fatalen Auswirkungen der horrenden Verschuldung zeigen sich letztlich darin, daß der Schuldendienst bereits rund 12 Prozent des gesamten Budgetrahmens ausmacht und in den nächsten Jahren weiter steigen wird.

Zinsen und Spesen machen mit fast 15 Milliarden Schilling beinahe so viel aus wie die Schuldentilgung, die 16 Milliarden Schilling ausmachen wird. Beide zusammen übertreffen mit fast 31 Milliarden Schilling bereits die Ausgaben des Bundes für die Sozialversicherung mit 23,4 Milliarden Schilling, um nahezu ein Drittel sind sie also höher geworden. Auch darin zeigen sich die falschen Prioritäten im Bundeshaushalt, denn die Ausgaben für den Schuldendienst haben sich in letzter Zeit zum einzigen echten Budgetschwerpunkt herausgebildet.

Mit anderen Worten: Wir zahlen heute bereits täglich fast 85 Millionen Schilling allein für Tilgung und Verzinsung der Kredite und 40 Millionen Schilling nur für die Zinsen und Spesen selbst. Mit dem Betrag, meine Damen und Herren, der täglich für den Schuldendienst ausgegeben wird, könnten zum Beispiel 807 Mittelklassewagen in einer Preislage, die sogar der Finanzminister nach dem 2. Abgabenänderungsgesetz steuerlich anerkennt, oder 85 gut ausgestattete Eigenheime oder Eigentumswohnungen pro Tag angeschafft werden. Das sind die Volumina, um die es hier geht.

Neben den Ausgaben für den Schuldendienst steigen auch die Defizite einzelner Bundesbe-

triebe, vor allem der Bundesbahnen und der Bundestheater, überdurchschnittlich an. Die Bahnen beispielsweise kosten uns bereits 44 Millionen Schilling täglich. Mit 16,1 Milliarden ist das Gesamtdefizit der ÖBB 8½mal so hoch wie das gesamte Gesundheitsbudget. Das sind alles Dinge, die man sich in Relation vor Augen halten muß.

Auch das Bundestheaterdefizit hat trotz Einsparungsankündigungen der Regierung erstmals die Milliardengrenze überschritten, sodaß täglich knapp 3 Millionen Schilling an Steuergeldern zum Abdecken dieses Abganges aufgewendet werden müssen. Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler auch im nächsten Wahlkampf durch die Lande ziehen und über das hohe Bundestheaterdefizit reden wird. Das war sein einziges Argument im Wahlkampf 1970 zum Budget. Die Bundestheaterdefizite – damals rund 350 Millionen Schilling – sind zu hoch: Damit hat er argumentiert. Ich glaube, nun hat er einen viel größeren Argumentationsspielraum, und die Zahl ist auch viel imposanter. *(Ruf: Dreimal so hoch!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darüber hinaus werden auch beträchtliche Steuermittel für die kostspielige Handhabung des Schulbuchsystems, für Regierungspropaganda, für Repräsentationsaufwendungen, für Prestigeprojekte und neue Bürokratien verwendet.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich leugne es nicht: Die kommenden Jahre werden sicher nicht einfach sein. Das heißt aber nicht, daß man die Flinte ins Korn zu werfen braucht, denn Österreich hat schon ganz andere Probleme gemeistert. In den letzten Wochen war in diesem Land sehr viel vom politischen Klima die Rede. Spitzenpolitiker der SPÖ haben eine Diffamierungskampagne gegen eine Teilorganisation unserer Partei inszeniert, und zwar gegen den ÖAAB. Wir wissen nicht, meine Damen und Herren, was Sie sich davon versprechen. Ich war zunächst einmal der Meinung, das alles handle sich um einen Ausrutscher, um eine Fehlleistung eines einzelnen Abgeordneten, auch wenn es sich dabei um den Klubobmann der SPÖ handelte. Da aber sowohl der Bundeskanzler als auch der Nationalratspräsident diese Diffamierungskampagne mitmachten, habe ich es auch für eine gezielte Aktion gehalten.

Herr Klubobmann Dr. Fischer, Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky und Herr Nationalratspräsident Benya! Ich rufe Sie hier von dieser Stelle aus am Beginn einer Periode harter Arbeit im Parlament und in einer Phase großer wirtschaftlicher Probleme zur Umkehr auf. Schlagen Sie nicht mutwillig Türen zu, wo wir vielleicht froh

Dr. Taus

sind, daß sie wenigstens einen Spalt offen sind! *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist offensichtlich, daß Sie riesige Schwierigkeiten haben. Aber diese Probleme, meine Damen und Herren, sind nicht dadurch zu lösen, daß Sie durch mutwillige Zerstörung der gemeinsamen demokratischen Gesprächsbasis von dem ablenken, was Sie im Innern mit den Problemen so bewegt. Österreich hat nach 1945 den Aufstieg geschafft, weil trotz großer Gegensätze ein Klima gegenseitiger Achtung bewahrt und der Wille zum gemeinsamen Handeln im Dienste der Bürger gehegt und gepflegt wurde. Die Österreichische Volkspartei hat in den letzten beiden Jahren oftmals harte Kritik geübt, aber wir waren immer mit allen demokratischen Parteien in diesem Parlament gesprächsbereit. Ob es nun die Kärntner Volksgruppenfrage gewesen ist oder irgend etwas anderes, wir sind immer bereit gewesen, zum Wohl der Bürger auch mit der Regierungspartei unter Hintansetzung taktischer Gesichtspunkte zusammenzuarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in den schwierigen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik und auch in der Frage der Atomenergie Zusammenarbeit angeboten. Sie haben es weggewischt; das ist Ihre Sache. Wir haben wiederholt Alternativen und Anregungen vorgelegt, zum Beispiel in den Fragen der Bildungspolitik, der Gesundheitspolitik und jetzt im Bereich der Beschäftigungspolitik. Wischen Sie es ruhig vom Tisch, uns stört das nicht; aber gleichzeitig diffamieren Sie.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Wir von der Österreichischen Volkspartei betteln nicht um Zusammenarbeit. Wir haben das nicht notwendig, aber wir glauben nur, daß wir eine Verpflichtung gegenüber dem Bürger haben. Nicht wir brauchen Hilfe, sondern die Regierung braucht Hilfe, und das spüren doch die Menschen in diesem Land bereits. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei repräsentiert zwei Millionen Wähler, in sechs von neun Ländern stellen wir den Landeshauptmann und in fast 80 Prozent der Gemeinden den Bürgermeister. Wir haben den Wählerauftrag immer als Dienst am Bürger empfunden und wir waren immer bereit, dem Bürger zu dienen. Die Österreichische Volkspartei ist aber nicht bereit, Teilorganisationen und Personen diffamieren zu lassen, das nehmen Sie bitte zur Kenntnis! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich wiederhole daher die dringende Mahnung, die ich am vergangenen Samstag an die demokratischen Kräfte innerhalb der SPÖ gerichtet habe: Meine Damen und Herren, gehen Sie diesen Weg nicht weiter! Zerstören

Sie nicht das politische Klima in Österreich, den Minimalkonsens, der zwischen allen demokratischen Parteien notwendig ist. Arroganz der Macht hat noch keiner Regierung, keinem Staat und keinem Bürger eines Staates genützt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Regierung hat ein Budget vorgelegt, dem wir unsere Zustimmung nicht geben können. Nicht einmal die Illusion der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik ist aufrechtgeblieben. Was aber ist unseres Erachtens notwendig:

Erstens: Das Budgetdefizit längerfristig mit einem Konzept abzubauen;

zweitens: die ständige Mehrbelastung der Bürger durch Gebühren, Steuern und Tarife zu stoppen;

drittens: eine gezielte und umfassende Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze zu betreiben;

viertens: den notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft zu begünstigen;

fünftens: mit dem Geld der Bürger sparsamer umzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* – Ganz genauso, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie es die Österreichische Volkspartei in den 25 Jahren, in denen sie die Hauptverantwortung in diesem Staate trug, immer getan hat! *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Tull. *(Abg. Peter: Jetzt beginnt das Budgetmärchen der Tante Tull! – Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundesparteiobermann Dr. Taus ist wahrlich von großem Pech verfolgt. Schon in der ersten Passage seiner Ausführungen ist er auf Seife gestiegen und dabei sehr unglücklich ausgerutscht. Geradezu mit einer bisher bei ihm nie feststellbaren Melodramatik hat er hier beklagt, daß der Herr Finanzminister es nicht der Mühe wert gefunden hätte, auch nur mit einem Wort zu erklären beziehungsweise zu sagen, warum die Unterlagen zum Budget 1978 den Abgeordneten verspätet zugestellt worden sind.

Nun, Herr Abgeordneter Dr. Taus, zunächst möchte ich Ihnen vielleicht Dinge sagen, die Sie gar nicht kennen können, weil Sie damals nicht Abgeordneter in diesem Haus gewesen sind. Ich möchte nämlich sagen, wie es in den Jahren 1967 und 1968 gewesen ist. *(Abg. Graf: Besser, Herr Doktor!)*

Für das Jahr 1967 war die erste Lesung am 19. Oktober 1966, die Lieferung des Bundesfinanzgesetzes erfolgte am 17. Oktober 1966, und die Teilhefte, Herr Dr. Taus *(Abg. Dr.*

Dr. Tull

Taus: Der Arbeitsbehelf!), zum Budget und der Arbeitsbehelf sind in der Zeit vom 17. Oktober bis 28. Oktober 1966 zugestellt worden. (Abg. Dr. Mussil: Aber das war ein echtes Budget und kein Hausnummern-Budget!)

Für das Jahr 1968, Herr Dr. Taus, ist das Budget am 23. Oktober 1967 eingebracht worden, die erste Lesung fand am 27. Oktober 1967 statt, die Lieferung des Bundesfinanzgesetzes erfolgte vom 16. Oktober bis 19. Oktober und die Lieferung der Teilhefte vom 19. Oktober bis 31. Oktober 1967, wobei noch umfangreiche Druckfehlerberichtigungen, weil es, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, ein so „großartiges“ Budget gewesen ist, zwischen dem 2. November und dem 10. November 1967 nachgereicht werden mußten. So hat es damals ausgesehen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! *(Abg. Dr. Mussil: Aber das stimmt doch alles nicht! Legen Sie Beweise vor! Kein Wort wahr!)*

Aber warum verschweigen Sie oder wissen Sie nicht, Herr Dr. Taus, daß der Herr Bundesminister für Finanzen heuer am 17. Oktober den drei Klubobmännern und den Präsidenten des Hauses mitgeteilt hat, daß diese Unterlagen erst verspätet nachgereicht werden müssen, weil alle jene Bereiche des Maßnahmenpaketes, das ja auch noch im heurigen Jahr beschlossen werden wird, eingebaut werden müssen? Ich frage mich jetzt eines, Herr Dr. Taus: Gibt es in Ihrem Klub solche Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Klubobmann und dem Bundesparteiohmann *(Abg. Dr. Taus: Keine Sorge!)*, daß Sie das nicht wissen, oder haben Sie das bewußt verschwiegen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gilt in Ihrer Partei doch noch die Zweifirmentheorie, wonach es hier im Hause eine Firma gibt und die zweite in der Kärntnerstraße und offenbar Sie in der Kärntnerstraße nicht immer vollinhaltlich davon informiert werden, was der Firma hier im Haus bekannt ist? Oder, Herr Bundesparteiohmann, hat Ihnen der Herr Klubobmann Dr. Koren aus irgendeinem Grund – ich weiß nicht, sind Sie schon so spinnefeind, daß Sie vielleicht nicht einmal mehr miteinander reden *(Heiterkeit bei der ÖVP)* – bewußt verschwiegen, daß er einen solchen Brief vom Herrn Bundesminister für Finanzen erhalten hat? *(Abg. Dr. Hauser: Das haben wir gehört, das kann ich bestätigen!)*

Meine Damen und Herren! So leicht sollte es sich doch ein Bundesparteiohmann einer großen Partei nicht machen! Das haben Sie doch nicht nötig. Das schadet nicht nur Ihrer Reputation, sondern auch dem Renommee Ihrer ganzen Partei, Herr Dr. Taus, auch wenn Sie jetzt die

Flucht aus dem Plenum antreten. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Sie waren immer schlecht, aber heute sind Sie unerträglich schlecht! Sie waren immer schwach!)*

Meine Damen und Herren! Zum Unterschied von Herrn Dr. Taus – und ich glaube, auch die anderen Redner werden sich nicht mehr anstrengen, Konkretes zum Budget auszusagen, konkrete Vorschläge, Alternativen aufzuzeigen, wie man es besser machen könnte –, sehr zum Unterschied von Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei und Herr Dr. Taus, sind wir von der sozialistischen Parlamentsfraktion entschlossen, diese Budgetvorlage sachbezogen, nüchtern und sehr realistisch zu behandeln.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, Herr Dr. Taus, vor denen wir stehen, wir negieren sie nicht und verhehlen sie nicht. Wir stecken auch nicht, Herr Dr. Mussil, den Kopf in den Sand vor den großen Problemen, die es zu lösen gibt. Wir betreiben keine Schönfärberei. Aber gegen eines werden wir uns mit aller Entschiedenheit stellen, gegen eines werden wir uns mit aller Bestimmtheit zu wehren wissen, nämlich daß Sie unentwegt versuchen, eine unverantwortliche Panikmache auszulösen, ein hysterisches Gezeter anzustellen und eine Weltuntergangsstimmung heraufzubeschwören. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In der derzeitigen Situation, angesichts der großen Probleme, vor denen wir stehen, ist wahrlich jede Beckmesserei fehl am Platze. Eine realistische Beurteilung des Budgetentwurfes setzt voraus, daß eine kurze Bestandsaufnahme und daß darüber hinaus eine objektive Analyse der derzeitigen wirtschaftlichen Situation vorgenommen wird.

Die weltweit spürbare Unsicherheit und der wirtschaftspolitische Zickzackkurs der meisten westlichen Industrieländer machen es wahrlich nicht leicht, die wirtschaftliche Zukunft auch nur halbwegs richtig einzuschätzen. Produktionseinbrüche in der Industrie, steigende Arbeitslosenzahlen in vielen Industrieländern – ich verweise nur auf die Bundesrepublik Deutschland, auf England, Frankreich, Italien und so weiter *(Abg. Kraft: Reden wir vom Ausland!)* – und die Zurücknahme von Wachstumsprognosen signalisieren weltweit, meine Damen und Herren, die Möglichkeit eines neuen, weltweiten Rückschlages in der ohnehin so spärlichen Konjunktur. *(Abg. Dr. Mussil: Schuld an allem sind die Sozialisten!)*

Nein, Herr Dr. Mussil, schuld an diesen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, ist das derzeitige kapitalistische Wirtschaftssystem, das einfach extrem krisenanfällig, krisenerzeugend

Dr. Tull

ist und immer mehr instabil wird. Das sind Fakten, die allgemein anerkannt werden, und gerade Ihnen, Herr Dr. Mussil, kann man ein gewisses Wissen über gewisse Dinge wohl unterstellen. Sie wissen die Dinge, Sie kennen die Zusammenhänge besser als so manche Schreier in Ihrer Partei, die nichts anderes machen, als unentwegt Österreichs Wirtschaft krankzujammern, und so tun, als ob wir im Grunde genommen nichts anderes mehr wären als ein großes Armenhaus.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Probleme der letzten Jahre, von denen auch Herr Dr. Taus hier ganz kurz, aber sehr oberflächlich und flüchtig gesprochen hat, bewundernswert gut gelöst durch entsprechende wohldurchdachte effiziente Maßnahmen einer Deficit spending-Politik. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn sich heute Herr Dr. Taus bemüht hat, uns wieder einmal zu suggerieren, wie schlecht es uns in den letzten Jahren ergangen sei, wie sehr wir bereits am Hungertuch nagten, wenn er versucht, den Menschen zu suggerieren, daß man buchstäblich von heute auf morgen nicht wüßte, wie es um den Arbeitsplatz bestellt sei, wie es weiter in diesem Lande gehen soll in sozialer, in wirtschaftlicher, in finanzieller Hinsicht, so möchte ich in Erinnerung rufen – und Herr Dr. Taus sollte es doch wissen, so wie es auch die anderen verantwortungsbewußten Wirtschaftspolitiker in diesem Staate wissen und zugeben –, daß am Höhepunkt der Krise in den Jahren 1974 bis 1975 Österreichs Wirtschaft immerhin um 4,1 Prozent gewachsen ist, während beispielsweise das durchschnittliche Wachstum zu diesem Zeitpunkt, als die Rezession bereits voll zugeschlagen hat, im OECD-Bereich nur knapp 0,1 Prozent ausmachte. *(Abg. Kammerhofer: Trotz des Kapitalismus!)*

Nicht trotz des Kapitalismus, sondern weil hier eben eine entsprechende Wirtschaft geführt wurde, weil hier entsprechende Maßnahmen zeitgerecht, zielgesetzt in die Wege geleitet wurden, deswegen ist es uns gelungen, im Gegensatz zu den meisten anderen OECD-Ländern ein solches Wirtschaftswachstum zu erzielen, so wie es uns auch gelungen ist, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, in dieser Zeit die Arbeitslosenrate bei 2 Prozent zu haben, während sie in der Bundesrepublik Deutschland 5 Prozent, in Belgien 6,7 Prozent und so weiter betragen hat.

Oder will Herr Dr. Taus leugnen, daß es uns in den letzten Jahren gelungen ist, die Inflationsrate von 9,5 Prozent im Jahr 1974 auf 7,3 Prozent im vergangenen Jahr herabzusetzen?

Oder kann Herr Dr. Taus in Abrede stellen,

daß das Bruttonationalprodukt pro Kopf der Einwohner in Österreich im Jahre 1976 5 400 Dollar ausmachte, während es in den anderen Staaten nur ein solches von 4 610 Dollar gegeben hat?

Oder glauben Sie den Menschen einreden zu können, daß es ihnen schlecht geht, wenn sie doch selbst in der eigenen Brieftasche verspüren, daß die Masseneinkommen seit 1970 real um 41,9 Prozent gestiegen sind, daß die Alterspensionen entsprechend erhöht worden sind?

Das heißt doch nichts anderes, meine Damen und Herren, daß die Österreicher trotz Ihres ewigen Lamentos, trotz Ihres ewigen Krankjammerns, Ihrer permanenten Schwarzmalerei, des Heraufbeschwörens einer Weltuntergangsstimmung heute mehr verdienen als je zuvor in der Vergangenheit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

All das bedeutet doch nichts anderes, meine Damen und Herren, als daß sich die Österreicher heute mehr leisten können denn je zuvor in der Vergangenheit. Bedenken Sie: Allein im Jahre 1976 haben die Österreicher 27 Milliarden Schilling für Auslandsurlaube aufgewendet. Allein im Jahr 1976 wurden 225 000 neue PKWs zugelassen.

Ja wäre das möglich, wäre das vorstellbar, wenn es uns so schlecht ginge, wie Sie es tagtäglich in Ihrer Propaganda, wie Sie es tagtäglich immer wieder von sich geben, wie es auch heute Dr. Taus von neuem hier produziert hat?

Es gibt einen gewaltigen Unterschied – und Welten trennen uns in einer Hinsicht, Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, und uns –, nämlich den wesentlichen Unterschied in der Methode und im Erfolg der Krisenbekämpfung. Es ist schon richtig, auch in der Zeit, als die Österreichische Volkspartei die alleinige Verantwortung getragen hat, gab es gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten. Aber trotz des Paukenschlages, den Herr Dr. Koren damals ausgeführt hat, ist beim Wirtschaftswachstum Österreich unter den Industrieländern auf dem 7. Platz gelegen, hinsichtlich des Preisanstieges auf Rang 4, bei der Arbeitslosenrate auf Rang 9.

Wie hat es jetzt, in den letzten zwei, drei Jahren, seit wir so erfolgreich gegen die Krise angekämpft haben, seit wir so erfolgreich die Rezession bekämpft haben, ausgesehen? Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums lagen wir in diesen zwei Jahren im internationalen Durchschnitt auf dem 2. Rang, hinsichtlich der Inflationsbekämpfung auf dem 3. und hinsichtlich der Arbeitslosenzahl auf dem 4. Rang.

Ja da kann man doch nicht einfach, so wie es

Dr. Tull

Herr Dr. Taus macht, nach der Methode eines tibetanischen Mönches eine tibetanische Gebetsmühle in Bewegung setzen und unentwegt sagen: Uns geht es schlecht! Die Wirtschaftspolitik, die diese Regierung in den Jahren seit 1970 gemacht hat, ist verfehlt gewesen, es ist die Stunde des Offenbarungseides gekommen.

Es soll angeblich jetzt die Stunde der großen Abrechnung kommen. – Ja, wir sind bereit, hier alles auf den Tisch zu legen. Wir können dies tun, weil wir stolz auf das sind, was in diesen letzten Jahren unter der Führung dieser sozialistischen Bundesregierung in diesem Staate geschehen ist, was besser geworden ist im Vergleich zur Zeit 1966 bis 1970. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Koren sagte vor einigen Tagen: Die Regierung ist aus ungeteilter Verantwortung nicht zu entlassen. – Natürlich verantworten wir all das, was wir getan haben. Natürlich werden wir den Leuten das immer wieder sagen. Aber dann möge man doch nicht böse sein, wenn wir das zu jeder Zeit, jetzt und auch vor der kommenden Wahlausinandersetzung, tun, wenn wir den Menschen in diesem Lande Rechnung legen und aufzeigen, was wir vollbracht, zustande gebracht haben.

Herr Dr. Taus, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! War es Ihrer Meinung nach unrichtig, war es falsch, dafür vorzusorgen, daß Österreich die Rezession besser als alle anderen Staaten Europas und der Welt überwinden konnte? War das falsch?

Die ÖVP, die permanente Nein-Sager-Partei, hat die Maßnahmen der Bundesregierung zur Wachstumsförderung abgelehnt. Wir allein haben diese Maßnahmen dann letzten Endes in die Wege geleitet und vollendet. Österreich liegt seither hinsichtlich des Wachstums im Spitzenfeld aller Industrieländer.

Die ÖVP hat die Stabilisierungsmaßnahmen verdonnert. Die SPÖ-Regierung, unterstützt von der sozialistischen Mehrheit im Parlament, hat allein entsprechende Stabilisierungsmaßnahmen in die Wege geleitet. Und heute gehört Österreich zu jenen Ländern, die hinsichtlich der Teuerung verhältnismäßig weit unten liegen. Wir haben eine sehr niedrige Inflationsrate! Ja, ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ich frage Herrn Dr. Taus, Herrn Dr. Koren und alle anderen: War das wirklich falsch, war das unrichtig, war das eine verfehlt Politik, die wir gemacht haben?

Die ÖVP hat die Rezessionsbekämpfungsmaßnahmen abgelehnt. Heute kommt Herr Dr. Taus und versucht, uns von der Notwendigkeit der Vollbeschäftigungspolitik zu überzeugen! Das

heißt doch nichts anderes, als daß Herr Dr. Taus entweder die Vergangenheit verschlafen hat oder jetzt den Menschen einfach etwas suggerieren will, was, schlicht und einfach ausgedrückt, wahrheitswidrig ist. Ja erinnert sich nicht Herr Dr. Taus, daß in den letzten Jahren er und seine Mannen uns immer bei jeder Maßnahme, die wir hier beschlossen haben, als es darum gegangen ist, entsprechende Aktionen in die Wege zu leiten, um die Beschäftigung möglichst aufrechtzuerhalten, nicht nur verbal angeprangert, als Verschwender hingestellt haben, sondern daß man immer wieder gegen all diese Maßnahmen auch gestimmt hat. Doch heute versucht er, uns einzureden, wie wichtig es sei, Vollbeschäftigungspolitik zu machen.

Nun ist Herrn Dr. Taus genauso bekannt wie uns allen, daß wir heute um 300 000 Beschäftigte mehr haben als 1970.

Das ist doch nicht einfach ein Wunder, das ist nicht einfach von heute auf morgen gekommen! Das ist nicht alles so wie seinerzeit das Manna vom Himmel gefallen. All das mußte vorbereitet, geplant, durchdacht, in die Wege geleitet und durchgesetzt werden. Wer war es, der all das gemacht hat? War es Taus? War es Koren? Waren es die Herren des Wirtschaftsbundes? – Nein! Sie sind abseits gestanden, sie standen im Trotzwinkel, sie dachten: Die Sozialisten werden schon über all das straucheln, und dann werden wir uns ins Fäustchen lachen. – Aber es ist nicht so gekommen: Wir haben heute mehr Beschäftigte denn je in diesem Lande. Ist das nicht ein Erfolg dieser Regierung? Ist das nicht ein Erfolg der Sozialistischen Partei in diesem Lande? Das war nicht falsch; dies weiß auch Herr Dr. Taus ganz genau!

In den letzten Monaten und Jahren hat er allerhand Erklärungen von sich gegeben. Er ist bezüglich Erklärungen immer sehr rasch zur Stelle. Er schlägt zwar oft Kapriolen und weiß nach einem Monat nicht, was er gesagt hat, aber das tut nichts! So hat er beispielsweise am 11. November 1975 erklärt:

„... nach dem 5. Oktober gibt es keine Vollbeschäftigungspolitik mehr!“

Das hat er damals in der Debatte über die Regierungserklärung gesagt. Was ist seit 1975 geschehen? Von Jahr zu Jahr mehr Beschäftigte in diesem Lande! Von Jahr zu Jahr höhere Löhne, höhere Gehälter, höhere Pensionen! Das landwirtschaftliche Einkommen ist von Jahr zu Jahr gestiegen! Oder:

„Gibt es“ 1976 „einen Aufschwung“ – so Dr. Taus –, „wird sich die Inflation beschleunigen.“

Im Grund genommen stimmt doch das nicht. Denn im Jahre 1976 hatten wir ein Wirtschafts-

Dr. Tull

wachstum von 5,2 Prozent zu verzeichnen, während die Inflationsrate nicht gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken ist! Sie ist um 1,1 Prozent gesunken!

Oder, auch im kommenden Jahr dürfte mit keiner Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen sein, meinte Dr. Taus im Oktober 1975 in der Zeitschrift „Der Unternehmer“. Heute wissen wir, daß es im Jahre 1976 wohl eine wirtschaftliche Erholung gegeben hat. Nur müssen wir nun vorsichtig sein und vorsorgen, daß diese kurze Erholungsperiode, die 1976 gewesen ist, nicht allzu früh wieder abbricht und wir in neue Schwierigkeiten, in ein neues Konjunkturtief kommen. Ja, das weiß Dr. Taus alles. Nur will er es öffentlich nicht zugeben, denn er hat ja etwas anderes prophezeit.

Herr Dr. Taus – und das ist das Fazit –, Ihnen möchte ich eines sagen: Sie haben falsche Prophezeiungen abgegeben. Ihren Prophezeiungen kann man einfach nicht glauben, weder in der Vergangenheit noch kann man Ihnen heute glauben nach einem guten alten Sprichwort, das ich hier nicht öffentlich sagen möchte. Sie haben schon so oft Dinge behauptet, die nicht eingetroffen sind, die nicht richtig waren, daß man Ihnen einfach überhaupt nichts mehr, was die Zukunft betrifft, was zukunftsbezogen von Ihnen gesagt wird, glauben kann. Sie sind eben ein falscher Prophet, Herr Dr. Taus. Das muß einfach offen ausgesprochen werden.

Daß das alles Geld gekostet hat, darüber gibt es keinen Zweifel. Daß die Staatsschulden zugenommen haben, ist doch keine Entdeckung des Herrn Dr. Taus. Das haben wir doch bewußt in Kauf genommen! Wie oft haben wir von dieser Stelle aus gesagt: Wir tun das alles im Interesse der österreichischen Wirtschaft, der österreichischen Arbeiter und Angestellten. Wir tun das im Interesse des ganzen Volkes.

Wir haben einfach die Staatsschulden erhöht, aber das gibt noch lange keinen Grund, nunmehr hier so zu dramatisieren, wie dies Dr. Taus getan hat und wahrscheinlich nach ihm andere ÖVP-Redner tun werden. Denn die Staatsschulden sind im Verhältnis zu unserer Bevölkerung und zum Budgetvolumen, was den internationalen Vergleich betrifft, noch immer nicht als besorgniserregend hoch zu bezeichnen; ganz im Gegenteil, auch diesbezüglich liegen wir im unteren Feld aller Industrieländer.

Wir haben bewußt diese Politik des Schuldenmachens in jener schwierigen Zeit, der schwersten Zeit seit 1929 und den darauffolgenden Jahren, gemacht. Deswegen haben wir diese Politik gemacht, weil wir, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, von

der reinigenden Wirkung einer Arbeitslosigkeit nach dem Muster eines Professor Hajek oder eines ehemaligen Abgeordneten Mitterer oder eines Herrn Dr. Schmitz ebensowenig halten wie von der selbstheilenden Wirkung der klassischen Marktwirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun stehen wir, meine Damen und Herren, zweifelsohne vor großen Problemen, die nicht leicht zu lösen sein werden. Aber wir sind davon überzeugt, daß wir sie bewältigen werden; wir werden es schaffen. Natürlich wieder allein, weil die Österreichische Volkspartei außer reden ja nichts kann. Nur große Reden zu halten, uns zu beschimpfen, zu verteufeln, aber keine konkreten Vorschläge aufzuzeigen, wie man es anders, wie man es besser machen könnte, ist zu wenig.

Wir stehen vor großen Problemen. Die Zahlungsbilanz muß verbessert werden. Wir sind entschlossen, das Budgetdefizit einzudämmen. Wir wollen eine stabilitätsorientierte Währungs- und Geldpolitik machen, und wir wollen vor allem eines machen, was sich unserer Meinung nach gerade jetzt als wichtig erweist – angesichts der Tatsache, daß gerade in den letzten Jahren schwere Strukturmängel und -schwächen in der österreichischen Wirtschaft zutage getreten sind –, wir wollen jetzt Vorsorge treffen, daß in der Strukturpolitik entscheidende Schritte nach vorwärts getan werden.

Unsere Grundsätze zum Budget 1978 sind sehr einfach. Dieses Budget ist ein Sparbudget, das sagen wir ganz offen, beziehungsweise es ist restriktiv; restriktiv deswegen, weil die Ausgaben, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, geringer wachsen, als das Bruttonationalprodukt im kommenden Jahr wachsen wird. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Warum wir eine solche Politik machen?, wollen Sie wissen. Das werde ich Ihnen gerne sagen. Wir machen eine solche Politik deswegen, weil wir mehr Handlungsspielraum für das nächste Wirtschaftstief brauchen. Wir wollen einfach jetzt vorsorgen, daß wir, sollte es neuerlich zu größeren Schwierigkeiten kommen, neuerlich Vorgriffe auf die Zukunft machen werden, um die Arbeitsplatzsicherung in diesem Staate zu gewährleisten. Das ist unser oberstes Ziel, meine Damen und Herren, und davon werden Sie uns niemals auch nur einen Zentimeter abbringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unser wirtschafts- und sozialpolitisches Credo, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, war, ist und bleibt: Das Beschäftigungsrisiko darf nicht auf den einzelnen Menschen fallen, die Lasten wirtschaftlicher Rückschläge müssen unserer Meinung nach im Sinne eines sozialen Interessenausgleiches auf

Dr. Tull

die Gesamtheit aufgeteilt werden; ebenso wie auch die Kosten der Erfolge der vergangenen Jahre in der Bekämpfung der Rezessionserscheinungen unter allen Umständen auf alle Bevölkerungsgruppen und -schichten dieses Landes in einem sozialgerechten Maßstab aufgeteilt werden müssen.

Es gibt viele Budgetdefinitionen, meine Damen und Herren. Die einen sagen, das Budget sei das Hauptbuch der Nation, die anderen sagen, das Budget sei nichts anderes als das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm.

Ich glaube, das Budget 1978 verdient eine andere Bezeichnung. Es ist eine Kenngröße für das Ausmaß, für die Bereitschaft der Solidarität aller Österreicherinnen und Österreicher angesichts des Umstandes, daß es uns jetzt darum gehen muß, unser oberstes Ziel zu erreichen: das bisher Geschaffene, das Erreichte unter allen Umständen zu bewahren und zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herrn Dr. Taus hat vor einigen Tagen die „Furche“ eine sehr schöne Widmung ins Stammbuch geschrieben. Die „Furche“ schreibt in einer der letzten Ausgaben: „Kein Zweifel, auf Josef Taus wartet der heißeste Herbst, den er je erlebt hat.“

Na, Herr Dr. Taus, in Ihrer Haut möchte ich nicht stecken. Das kann ja nur innerparteilich gemeint sein. Denn mit uns können Sie es nicht aufnehmen. Sie sind zwar schon sehr oft gegen uns angetreten, aber bisher haben Sie immer noch den kürzeren gezogen, sind bisher immer noch auf der Strecke geblieben. Also wenn es für Sie nunmehr heiß werden soll, dann kann ich das nur so deuten, daß offenbar die Schwierigkeiten Ihrer Partei doch viel größer sind, als Sie es wahrhaben wollen beziehungsweise als Sie in Ihren propagandistischen Aussendungen behaupten.

Herr Dr. Taus, Sie haben vor einigen Wochen erklärt, Sie wüßten, wie man das Budgetdefizit innerhalb von längstens drei Jahren entsprechend vermindern könnte und damit eine groß angelegte Sanierungskampagne einleiten würde. Herr Dr. Taus, ich frage Sie: Was stellen Sie sich eigentlich darunter vor? Wie soll das gemacht werden?

Aber nicht nur ich möchte das gerne wissen. Auch der Herr Dr. Koren hat, nachdem Sie das verlautbart haben, auf die Frage eines Journalisten, ob er nähere Erläuterungen zu dem vom ÖVP-Bundesparteiobmann Taus zur Sprache gebrachten Programm einer Lösung des Budgetdefizitsproblems geben könne, gemeint: Das ist sein Programm, Taus' Programm.

Wollen Sie doch vielleicht einmal die Güte

haben, in aller Öffentlichkeit zu erklären, wie viele Programme Sie eigentlich jetzt haben. Gibt es jetzt ein Taus-Programm, gibt es ein Koren-Programm im Sinne einer Zweifirmentheorie, gibt es bündische Programme, gibt es ein ÖVP-Programm? Also entscheiden Sie sich endlich einmal auf eine gemeinsame Sprachregelung und sagen Sie uns schlicht und einfach, was Sie sich darunter vorstellen.

Es entsteht der Eindruck, daß das wiederum so eine Nacht- und Nebelaktion gewesen ist wie die vom vergangenen Samstag. Das ist kein Ausdruck, den ich geprägt habe, sondern der Ausdruck eines Ihnen sicherlich nicht feindlich gesinnten Journalisten, der gesagt hat: Das, was der Taus in Villach am Samstag so schnell den Delegierten beziehungsweise den Teilnehmern vorgelegt hat, sei nichts anderes als eine Nacht- und Nebelaktion. Ich weiß nicht, ob es eine solche Nacht- und Nebelaktion ist, aber eines scheint mir sicher zu sein: daß das Taus offenbar im Alleingang gemacht hat, so wie er so vieles schon in der Vergangenheit immer wieder erklärt hat, was da letzten Endes nichts anderes als eine Erklärung geblieben ist.

Auch heute sprach er wieder von Alternativen, nicht zum erstenmal. Am 12. Juni 1976 sagt Taus: „Die ÖVP muß jetzt auf Alternativen hinweisen.“ Am 19. Oktober 1976 sagt er im Mittagsjournal: „Wir treten mit dem Parteitag im März 1977 in die Phase der Alternativen ein.“ Alles war gespannt: Jetzt ist endlich einmal die Stunde der Wahrheit, jetzt kommt der große Auftritt des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Taus, jetzt wird er ein Bukett von Alternativen, von neuen konkreten Vorschlägen der Öffentlichkeit vorlegen.

Was ist übriggeblieben? Nichts!

Oder: „Wir werden sehr hart an der Bekanntmachung unserer politischen Alternativen arbeiten.“ – Bisher haben wir von dieser Arbeit nichts gemerkt, von einer Härte der Arbeit erst recht nichts zu spüren bekommen. – „In der Phase der Alternativen werden wir Punkt für Punkt unsere Vorstellung zu den wichtigsten Fragen Österreichs darlegen.“ – So am 13. Februar. Wann tun Sie es, Herr Dr. Taus? Sie hätten schon reichlich Gelegenheit gehabt. Statt hierherzukommen und immer wieder das gleiche zu behaupten, was wir Ihnen schon unzählige Male widerlegt haben, was einfach unrichtig ist, was halbe Wahrheiten sind, um nicht zu sagen: ganze Unwahrheiten, wäre es besser gewesen, Sie hätten sich endlich einmal aufgerafft und aufgezeigt, was Sie an Alternativen zu bieten haben.

Oder: „Ich beuge mich mit meiner Partei in das Risiko hinein, Alternativen zweieinhalb

Dr. Tull

Jahre vor der nächsten Wahl darzustellen.“ – Zweieinhalb Jahre bis zur nächsten Wahl sind es gar nicht mehr. In zwei Jahren haben wir bereits einen neuen Nationalrat. Dr. Taus ist es bisher schuldig geblieben, uns seine Alternativen aufzuzeigen.

„Auf diesem Parteitag steht eine selbstbewußte Volkspartei, die in die Phase der Sachdiskussion über die politischen Alternativen eintritt. Die Alternativphase hat begonnen.“ – Taus unter frenetischem Applaus am letzten Bundesparteitag.

Aber siehe da, jetzt macht er plötzlich eine Kehrtwendung. Am 14. Juli 1977 hören wir etwas ganz anderes, einen neuen Ton von Herrn Dr. Taus. Er sagt: „Opposition betreiben heißt ja gar nicht Alternativen vorlegen.“ – Was stimmt jetzt, Herr Dr. Taus? Haben Sie die Absicht, endlich einmal Alternativen aufzuzeigen, endlich einmal zu sagen, was Sie an Konzepten bisher erarbeitet haben, oder ist alles, was Sie bisher gesagt haben, was Sie bisher versprochen haben, nichts anderes als leeres Gerede, als Rauch und Schall?

Statt brauchbare Alternativen vorzulegen, geht die Österreichische Volkspartei natürlich einen wesentlich anderen Weg, einen bequemeren Weg. Auch heute hat Dr. Taus wiederum mit umflorter Stimme gesagt, diese Regierung müsse sparen, es müsse überhaupt viel mehr gespart werden als bisher. Das hört sich wunderbar an, Herr Dr. Taus: sparen! In einem Atemzug sagen Sie in Ihrem Sinne folgerichtig, diese Regierung verschwendet, daher der Appell zu sparen.

Und was tun Sie, Herr Dr. Taus? Worin hat Ihr Beitrag seit 1975 bestanden, die Rezession zu bekämpfen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen wir gestanden sind, zu meistern? Nicht in konkreten Vorschlägen, wie man es anders und besser machen könnte, nein, in einem hemmungslosen Lizitieren. Nichts anderes als Forderung um Forderung aufgestellt, auf Teufel komm raus verlangt, ohne sich auch nur den geringsten Deut zu kümmern, den geringsten Funken eines Gedankens hier aufzuzeigen, wie man es finanzieren beziehungsweise wie man das eigentlich alles verkraften kann.

Ich will Ihnen gerne sagen, was Sie in diesem bunten Reigen, in dieser bunten Palette von 35 Milliarden Schilling seit 1975 an Forderungen gestellt haben. 35 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das heißt? Wenn wir dem nachgegeben hätten, wenn wir Ihnen diese Narrenfreiheit zugestanden hätten, das einfach zu beschließen, dann hätten wir heute wesentlich mehr Schwierigkeiten, viel mehr Schulden, und wir wüßten wahrlich

nicht, wie wir mit den Problemen in diesem Land fertig werden könnten. Für Sie scheint der Staat eine Kuh zu sein, die im Himmel gefüttert und auf der Erde gemolken wird – aber vor allem von Ihnen gemolken wird, wenn es um Ihre eigenen Interessen geht.

Ihre Forderungen – es gibt deren ungefähr 13, 14 –: Eine Woche mehr Urlaub 6 Milliarden Schilling, Familienbeihilfenerhöhung 1,5 Milliarden Schilling, zusätzliche Familienbeihilfe von 100 S pro Kind und Monat 1,6 Milliarden Schilling. Die Landesverteidigung soll auf 5 Prozent des Budgets erhöht werden, Kostenpunkt 2,5 Milliarden Schilling. Herr Dr. Moser, das werden Sie ja wahrscheinlich wieder bei der Behandlung des Kapitels Landesverteidigung im Finanz- und Budgetausschuß monieren. Ja, das kostet 2,5 Milliarden Schilling, da müssen Sie dann sagen, wo man dieses Geld hernehmen soll. Darauf kommt es nämlich an. Nicht zu verlangen, nicht zu lizitieren, sondern zu sagen, woher der Staat das nehmen soll, beziehungsweise ob Sie sich vorstellen, Steuern zu erhöhen oder aber irgendwo zu kürzen. Und wenn Sie etwas kürzen wollen, dann haben Sie endlich einmal den Mut und sagen Sie, was gestrichen, was gekürzt werden soll.

Mehr Geld für Forschung, Müttergeld 800 Millionen Schilling, Karenzgeld für selbstständig erwerbstätige Frauen 200 Millionen Schilling, mehr Geld für Bergbauern 600 Millionen Schilling. Ihre große Einkommensteuerreform, Dr. Mock – mit dem wird man ja heute wahrscheinlich noch ein Sträußchen zu rupfen haben –, 14,7 Milliarden Schilling. Zuschuß für alle Menschen über 80 Jahren 1,9 Milliarden Schilling, und so setzt sich dieser Reigen fort.

Meine Damen und Herren! Es ist ja sehr einfach, es ist verlockend zu verlangen, gleichzeitig dann aber nach außen so zu tun, als ob man der Tugendwächter der Finanzen wäre und für eine möglichst sparsame Verwaltung, für eine sparsame Gebarung im Bund eintritt.

Meine Damen und Herren! Sie sind schon sehr, sehr schizophren in Ihrem Auftreten: Einmal uns der Verschwendung zu zeihen, mehr Sparsamkeit zu verlangen und andererseits hemmungslos zu lizitieren.

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren, werden wir – und dazu sind wir entschlossen – den Weg, den wir begonnen haben und der so erfolgreich für alle Österreicherinnen und Österreicher seit 1970 verlaufen ist, konsequent fortsetzen, verantwortungsbewußt dafür sorgen, daß es in diesem Lande wirtschaftlich nicht schlechter werde. Es geht darum, und das ist das oberste Ziel, für das wir

Dr. Tull

uns jetzt verwenden und einsetzen: Es muß vorgesorgt werden, das Erreichte zu erhalten, um später darauf aufzubauen und neue Erfolge anzupeilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie hörten eben die budgetpolitische Märchenstunde des sozialistischen Abgeordneten Dr. Tull. Märchenstunde einfach deswegen, weil ich nicht annehmen kann, daß der Abgeordnete Dr. Tull dies alles glaubt, was er in der letzten halben Stunde von diesem Rednerpult aus dargelegt hat.

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull führte unter anderem aus: Wir sind entschlossen, das Budgetdefizit einzudämmen. – Dieser Feststellung kann ich nur die Frage gegenüberstellen: Wann, Herr Abgeordneter Dr. Tull, beginnt die sozialistische Bundesregierung mit der Eindämmung des Budgets, das heißt mit der Eindämmung ihrer Ausgabenpolitik?

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull bezeichnete den Budgetentwurf für 1978 als ein Sparbudget. Damit muß man sich auseinandersetzen.

Auf der einen Seite erfolgt der Griff des Finanzministers in die Taschen der Steuerzahler – und er hat die Absicht, den Steuerzahlern im kommenden Jahr zusätzliche 14 Milliarden Schilling mehr aus der Tasche zu ziehen; das bezeichne ich als eine maximale Belastung der Bevölkerung –, auf der anderen Seite weist der Budgetentwurf für 1978 eine Einsparung von sage und schreibe 600 Millionen Schilling aus.

Ich frage Sie an Hand der Gegenüberstellung, Herr Abgeordneter Dr. Tull: Wo bleibt das Sparbudget? Um ganze 0,2 Prozent werden die Gesamtausgaben eingedämmt.

Verstehen Sie das wirklich unter einem Sparbudget?

Glauben Sie wirklich, daß es ausschließlich das Verdienst der sozialistischen Bundesregierung gewesen ist, die Rezession, wie Sie es ausdrücken, besser als alle anderen Länder bewältigt zu haben?

Glauben Sie wirklich, daß die Vollbeschäftigung so sicher ist, wie Sie es in Ihrer Rede wiederum darzulegen versuchten?

Ich glaube es nicht. Ich glaube, daß Übereinstimmung zwischen allen drei Fraktionen dahin gehend herrscht, daß alle Anstrengungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung unternommen werden müssen. Aber ebenso werden die Meinungen auseinandergehen über die Art und

Weise, wie die Vollbeschäftigung gesichert werden kann und soll.

Und eines darf ich an die Adresse der beiden großen Parteien dieses Hauses sagen, eines fällt mir seit dem Villacher Geplänkel der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei auf, nämlich die Tatsache, wie wehleidig die beiden großen Parteien in ihrer Auseinandersetzung und in ihrer Argumentation geworden sind. Aber dieses Problem geht uns Freiheitliche nichts an, daher werden wir uns nicht weiter damit beschäftigen.

Ich komme zur Budgetrede und zum Budgetentwurf des Herrn Bundesministers für Finanzen. Zwei Wesensmerkmale kennzeichnen sowohl die Budgetrede des Herrn Dr. Androsch als auch den Budgetentwurf für 1978: auf der einen Seite eine Einfallslosigkeit und eine Ideenlosigkeit sondergleichen, der wiederum auf der anderen Seite ein Einfallsreichtum und ein Ideenreichtum großen Ausmaßes gegenübersteht.

Einfallslos und ideenlos hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen sowohl in seiner Budgetrede als auch in seinem Budgetentwurf für 1978 hinsichtlich der Einsparungen und der Reformen erwiesen.

Einfallsreich und ideenreich war der Herr Finanzminister beim Erfinden neuer Belastungen und bei weiteren Steuererhöhungen.

Das Konzept dieses Finanzministers läßt sich sehr präzise mit einer Politik der leichten Hand charakterisieren. Die Finanzpolitik dieser Bundesregierung mißachtet den Grundsatz, der da lautet: Verfüge nie über Geld, das du nicht hast! Dieser Grundsatz ist von Thomas Jefferson geprägt worden. Er ist früher von den Regierungen der Zweiten Republik Österreich zum Teil sehr ernst genommen worden und hat, seit diese sozialistische Bundesregierung im Amt und an der Macht ist, stark an Bedeutung verloren und viel eingebüßt.

Zur Politik der leichten Hand: Es ist diesem Finanzminister eigen, über Geld zu verfügen, das er nicht hat, nach dem Grundsatz: Verteilen ohne zu erarbeiten. Ich habe in einem Punkt sehr genau bei den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Tull aufgepaßt, als er meinte: Wir, die Sozialisten, werden uns nicht scheuen, weitere Härtemaßnahmen zu setzen, um die Vollbeschäftigung zu sichern.

Das führt genau in jene Richtung, Herr Bundesminister, über die wir uns bei der letzten Nationalratssitzung bereits auseinandergesetzt haben. Ich habe die Auffassung vertreten, daß sich die Bundesregierung auch die Frage vorlegen muß: Wo liegen die Grenzen der

Peter

Verschuldung? Und sie liegen meines Erachtens dort, wo kommende und nachrückende Generationen über Gebühr mit einer derartigen Schuldenpolitik belastet werden. Sie meinten im Gegensatz zu meiner Auffassung, daß die Bundesregierung dieses Recht zu belasten in Anspruch nehmen könne und daß einfach nichts anderes übrigbleibe, als eine Politik der Schuldenaufnahme zu betreiben, die kommende Generationen belastet, um die Vollbeschäftigung um jeden Preis zu sichern.

Und gerade deswegen, glaube ich, muß man sich eingehend über die Grenzen auseinandersetzen, die nun einmal nicht überschritten werden dürfen. Über Form und Inhalt dieser Grenzen, Herr Bundesminister, haben Sie sich bis zur Stunde meiner Meinung nach noch nicht beziehungsweise wenn, sehr unpräzise geäußert.

Ich möchte hier drei Meinungen von Fachjournalisten zitieren, die auf Grund des Inhaltes der Budgetrede zum Ausdruck gebracht wurden. Man muß diese drei Meinungen zitieren, um sie dem Stenographischen Protokoll zu überantworten, damit jene nachrückenden Generationen, die dieser Finanzminister über Gebühr verschuldet, in 10, 20 und mehr Jahren nachlesen können, wie es bei dieser sozialistischen Regierung Ende der siebziger Jahre zugegangen ist.

„Die Presse“ führte zur letzten Budgetrede von Dr. Androsch aus:

„Mit zunehmenden Budgetsorgen hat es Finanzminister Androsch in den letzten Jahren immer besser verstanden, durch seine jeweiligen Budgetreden die Verwirrung zu vergrößern ...“

Am Rednerpult stand diesmal der perfekte Nebelwerfer.“

Ronald Barazon von den „Salzburger Nachrichten“ formulierte es so:

„Auf wunderbare Weise werden im österreichischen Bundesbudget derzeit Ausgaben in Einnahmen verwandelt.

Dieses köstliche Gaukelspiel“ – so Ronald Barazon – „vollbringt Vizekanzler Hannes Androsch mit einfachen, aber höchst wirkungsvollen Tricks ...“ – Ist das vielleicht das, was der Abgeordnete Dr. Tull unter „Einsparungen“ und „Sparbudget“ mißverstanden hat?

Zum Thema „Die leere Budgetrede“ schrieb Karl Graber in „Der Presse“:

„50 luftig-locker beschriebene Seiten umfaßt die Budgetrede ...“

Es war die achte und ohne Zweifel die an

Substanz ärmste, die das Hohe Haus seit langem zu hören bekommen hat ...“

Leicht, locker, luftig – das, meine Damen und Herren, sind Wesenszüge dieser Politik der leichten Hand, die wir Freiheitlichen so bedenklich finden und daher einer harten Kritik unterziehen.

Nun einige Anmerkungen zum Budgetentwurf 1978:

Der Budgetentwurf 1978 strotzt von Versäumnissen der Bundesregierung.

Der Budgetentwurf 1978 ist eine Aneinanderreihung von unverbindlichen Absichtserklärungen.

Der Budgetentwurf 1978 enthält keine zielführende Strukturpolitik.

Der Budgetentwurf 1978 geht auf ein mittelfristiges Budgetkonzept nicht ein.

Der Budgetentwurf 1978 ist kein Konzept zur Sanierung der zerrütteten Zahlungsbilanz und des darniederliegenden Budgets.

Der Budgetentwurf 1978 ist alles andere als ein Garant für die Erhaltung der Vollbeschäftigung.

Der Budgetentwurf 1978 ist eine umfassend angelegte Schröpf- und Belastungsaktion des Steuerzahlers.

Der Budgetentwurf 1978 stellt meines Erachtens die brutalste Geldeintreibungsaktion dar, die jemals eine Bundesregierung seit Bestand der Zweiten Republik durchgeführt hat.

Die Budgetrede hingegen stellt lediglich einen Akt der Verbalkosmetik sowie der politischen Optik dar.

Die Budgetrede und der Bundesvoranschlag 1978 verstoßen gegen den elementaren Haushaltsgrundsatz: Nicht mehr ausgeben, als man hat.

Wenn man heute, meine Damen und Herren, von diesem Rednerpult aus diesen Grundsatz: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!, vertritt, wenn man die Verwirklichung dieses Grundsatzes fordert, wird man manchmal von dieser Regierungsbank aus mitleidig belächelt.

Wer die Forderung erhebt: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!, wird von dieser Regierungsbank aus manchmal als Utopist bezeichnet.

Wer den Haushaltsgrundsatz vertritt: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!, gilt heutzutage aus dieser Sicht her manchmal sogar als reiner Tor.

Das war vor zwanzig Jahren auf dieser

Peter

Regierungsbank anders. Und darauf möchte ich eingehen.

Vor zwanzig Jahren etwa hat die damalige Bundesregierung dem Haushaltsgrundsatz: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt!, sehr wohl große Bedeutung und den entsprechenden Ernst zugewendet. Damals ist die Regierung mit weniger Sorglosigkeit und mit weniger Leichtfertigkeit an derartige Probleme herangegangen.

Ich zitiere den seinerzeitigen Bundeskanzler Ing. Julius Raab aus einer Rundfunkrede vom 30. September 1956. Das war das erste Jahr, meine Damen und Herren, als Österreich wieder seine Souveränität und seine volle Freiheit hatte. Damals sagte Julius Raab:

„Es ist für eine Regierung eine heikle Aufgabe, die vorhandenen Geldmittel einzuteilen. So wie im privaten Haushalt gibt es auch hier mehr Wünsche als Möglichkeiten, sie zu erfüllen! Aber“, so führte Julius Raab 1956 aus, „Schuldenmachen stürzt auch den kleinen Haushalt ins Unglück, genauso wie den Staat!“ – sagte Julius Raab im Jahre 1956.

Ich weiß nicht, Herr Finanzminister, wie ernst Sie diesen Grundsatz des Altbundeskanzlers Julius Raab nehmen. Ich nehme ihn auch zwanzig Jahre nachher und gerade in dieser Situation sehr, sehr ernst.

Schuldenmachen, sagte Julius Raab damals, stürzt auch den Staat ins Unglück. Ich weiß, wenn man mit freiheitlichen Argumenten argumentiert, dann kommt man bei Ihnen, Herr Finanzminister, nicht an. Aber jetzt wischen Sie einmal die Meinung von Julius Raab vom Tisch. Ich bin neugierig, wie Sie das dann in Ihrer Beantwortung machen werden. (*Vizekanzler Dr. Androsch: 1956!*)

Natürlich haben sich die Zeiten geändert. Aber ebenso, Herr Bundesminister für Finanzen, bleiben Grundsätze gleich und ändern sich auch nicht nach sieben Jahren sozialistischer Mehrheitsausübung in Österreich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich billige Ihnen nochmals Ideenreichtum, Einfallsreichtum dort zu, wo Sie den Staatsbürger, wo Sie das Volk maximal belasten: mit jenen 14 Milliarden Schilling mehr, die Sie der Bevölkerung 1978 zusätzlich aus der Tasche ziehen werden.

Aber Ihre Einfallslosigkeit beim Sparen ist ohne Grenzen, Herr Bundesminister: 0,2 Prozent der Gesamtausgaben, nicht einmal 1 Prozent, beabsichtigen Sie in Ihrem Budget 1978 einzusparen.

Aber beim Volk, Herr Finanzminister, da

treten Sie auf die Bremse. Ihnen, ad personam, tut es ja nicht weh. Schmerzhaft wird dieser Tritt auf die Bremse aber für den Steuerzahler, für den Konsumenten, für die Familie Österreicher, für das Volk im nächsten Jahr werden.

Keine Abstriche gibt es in Ihrem Budgetentwurf für 1978 auf der Ausgabenseite. Läppische – und ich sage bewußt „läppische“ – 600 Millionen Schilling sparen Sie ein. Aber gigantische Milliarden treiben Sie im nächsten Jahr auf Kosten des Steuerzahlers ein mit der moralischen Begründung: um den Staatshaushalt und die Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen.

Ein Politiker soll nicht prophezeien. Es würde mich aber nicht wundern, wenn wir in einem Jahr in derselben Situation vor den gleichen ungelösten Problemen stehen würden, wie wir es heute tun.

Sie werden – davon bin ich überzeugt, Herr Bundesminister für Finanzen – dem Österreicher im nächsten Jahr mehr als die angekündigten 14 Milliarden Schilling aus der Tasche ziehen.

Aber eines glaube ich nicht: daß das Defizit, so wie Sie es in Ihrem Budgetvoranschlag für 1978 veranschlagt haben, die ausgewiesene Höhe halten wird. Denn, Herr Bundesminister, das dicke Ende dieser Ihrer Politik kommt ja erst. Sie stehen doch erst am Anfang dieses dicken Endes Ihrer verfehlten Finanzpolitik.

In einem haben Sie sich als konsequent und konstant erwiesen: Beim Irren und bei den Fehleinschätzungen. Sie haben sich bei den Defizitprognosen geirrt, Sie haben die Einnahmen stets überschätzt. Hier liegen entsprechende Erfahrungswerte der letzten Jahre vor. Und die Schulden des Dr. Androsch von heute, meine Damen und Herren, werden die Steuererhöhungen unserer Kinder und Enkelkinder von morgen sein.

Herr Dr. Androsch! Ihre Budgetreden kommen mir vor wie Wehrmachtsberichte: In Kleinigkeiten sind sie exakt, im Ganzen aber falsch. Sie, Herr Finanzminister, jonglieren meisterhaft mit Statistiken, Prozentanteilen und internationalen Vergleichsdaten. Mit dieser Taktik versuchen Sie, den harten Budgetrealitäten aus dem Weg zu gehen.

Genau zu diesem Thema hat Ihnen der „Kurier“ unter dem Titel „Androschs Rekord“ folgendes ins politische Stammbuch geschrieben:

„... Auch hier ist Androsch unbestrittener Rekordhalter.“

Noch kein Finanzminister hat mit so viel propagandistischem Geschick so lange Statistiken, Prozentanteile, internationale Vergleichs-

Peter

daten jongliert und dabei bittere Wahrheiten verdeckt ..."

Propagandistisches Geschick allein wird aber zu wenig sein, um den zerrütteten Staatshaushalt und die desolatte Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen.

Mit dem Budget 1978 tritt Österreichs Bevölkerung den langen Marsch in Richtung einer drückenden Belastungswelle an, der weitaus länger als ein Jahr dauern wird. Das, was im Budgetentwurf 1978 an Belastungen niedergelegt ist, was morgen mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit beschlossen werden wird, dies ist nur der Anfang einer gigantischen Belastungswelle, die sich länger als über das Jahr 1978 hinziehen wird.

Und noch einmal, Herr Finanzminister: Das dicke Ende Ihrer verfehlten Finanzpolitik kommt erst!

Nun ein Gedanke zum Rollentausch der Sozialistischen Partei innerhalb der letzten Jahre. Die Sozialistische Partei trat 1970 als Reformpartei an und ist in den letzten Jahren zu einer Partei der Defensive geworden. Abgeordneter Dr. Tull hat seine Rede mit einer eindrucksvollen Formulierung geschlossen, sie lautete: Das Erreichte bewahren und sichern! Die Sozialisten sind innerhalb von sieben Jahren von den Reformern zu den Bewahrern (*Abg. Kern: Die Konservation!*), zu den Konservativen in unserem Land geworden. Dies ist der Ausdruck der Versteinerung als Ergebnis einer siebenjährigen sozialistischen Politik.

Womit trat die SPÖ 1970 an? – Mit der Forderung nach Transparenz und mit der Forderung nach Reformen.

Statt der Transparenz gibt es nach sieben Jahren einen undurchdringlichen bürokratischen Dschungel. Österreich ist heute – das muß man leider feststellen – der teuerst verwaltete Staat des freien Europa!

Von der Offensive für Reformen und Fortschritt führte der Weg der Sozialistischen Partei in die Defensive des Bewahrens und des Erhaltens. Trotz des neuen Programmentwurfes geben es die Sozialisten heute weitaus billiger, als sie es vor Jahren getan haben.

Unrealistisch empfinde ich auch den neuen Programmentwurf der Sozialistischen Partei, weil er einfach jenen betrüblichen Realitäten, welche auf dem Gebiet der Wirtschaft vor allem diese Regierung geschaffen hat, aus dem Wege geht.

Wie formulierte es Zentralsekretär Karl Blecha in einem Rundfunkinterview? – Auf die Frage: Wie soll der Weg in Österreich auf der

Grundlage des neuen sozialistischen Programms weiterführen?, meinte Blecha, der Weg führe vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie.

Hier dürfte meines Erachtens der Herr Zentralsekretär der Sozialistischen Partei einem Mißverständnis unterliegen. Ich meine, Österreich steht bereits inmitten einer sozialistischen Demokratie.

Die sozialistische Regierung versucht seit Jahren in dieser sozialistischen Demokratie mit dem Vermögen der „Reichen“ – es gibt wenig Vermögen und wenige Reiche heute in Österreich –, mit den Sparschillingen der Massen sowie durch Schröpf- und Belastungsaktionen der Österreicher die Löcher im Budget und in der Zahlungsbilanz zu stopfen.

Schwere Strukturmängel, Herr Bundesminister für Finanzen, haften Ihrem Budgetentwurf für 1978 an.

Dieser Budgetentwurf beinhaltet nach wie vor keine Budgetreform,

enthält nach wie vor kein neues Haushaltsrecht,

entbehrt nach wie vor der Durchforstung des Budgetgestrüpps,

enthält keine Korrekturen einer verfehlten Subventionspolitik und

traut sich nach wie vor nicht an die Reform der großen Brocken des Budgets wie zum Beispiel der Bundesbahnen heran.

Wir haben uns in der letzten Sitzung des Nationalrates über Strukturprobleme auseinandergesetzt. Ich warf der sozialistischen Regierung Mängel in der Strukturpolitik vor. In Ihrer Beantwortung versuchten Sie, mich zu widerlegen, und nannten als eindrucksvollen Beweis aus Ihrer Sicht dafür das Projekt Aichfeld-Murboden.

Ich bin nicht Ihrer Meinung, Herr Bundesminister. Bei Aichfeld-Murboden handelt es sich um ein einmaliges Experiment, das nicht wiederholt werden kann. Aichfeld-Murboden beinhaltet nur in Österreich schon vorhandene, aber keine neuen Produktionsrichtungen. (*Abg. Dr. Veselsky: Das ist doch unwahr!*) Aichfeld-Murboden setzt sich nicht mit neuen Technologien auseinander und ist kein Beispiel für Struktur-, sehr wohl aber ein Beispiel für Regionalpolitik.

Die Sozialisten behaupten, sie hätten mit dem Budgetentwurf 1978 ein „extremes Sparbudget“ dem Nationalrat vorgelegt. Meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob das als Witz gemeint oder als Zumutung aufzufassen ist, oder stellt

Peter

das schlechthin eine Frotzelei der Opposition und der Bevölkerung dar?

In Wirklichkeit verschleiert der Budgetentwurf 1978 die tatsächlichen Fakten,

verschleiert der Budgetentwurf 1978 die wahre und umfassende Schuldenlast des Staates und

verschleiert der Budgetentwurf 1978 den tatsächlichen Ernst der Lage.

Es ist wieder der „Kurier“, der am 20. Oktober 1977 dazu schrieb:

„Es ist bitter, aber wahr: Sogar ein seit acht Jahren im Amt befindlicher Finanzminister kann kein Budget erstellen, das mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang steht!“

Der Budgetentwurf 1978 ist an der wirtschaftlichen Entwicklung und an den einkommenspolitischen Realitäten vorbei- und danebengeplant! Das wird sich spätestens in der Mitte des nächsten Jahres herausstellen.

Herr Bundesminister, wie steht es mit Ihrer chronischen politischen Krankheit? Auf der einen Seite sind es Ihre euphorisch-hohen Einkommenserwartungen, und auf der anderen Seite setzen Sie das Budgetdefizit immer zu niedrig an. Daher muß schon am Beginn der Beratungen über das Budget 1978 aus freiheitlicher Sicht an Sie die Frage gestellt werden: Was ist jetzt am Anfang der Budgetdebatte schon alles an Zahlen und Ziffern in diesem Budgetentwurf für 1978 falsch? Diese Frage ist auf Grund der vorliegenden Erfahrungen voll und ganz gerechtfertigt. Diese Frage muß vom Standpunkt der Opposition gestellt werden, denn wir sind im Wettbewerbsnachteil. Die Opposition verfügt über keine Möglichkeit, sie verfügt über kein Instrumentarium, prüfen zu können, ob Sie uns im Budgetentwurf korrekte und echte Zahlen vorgelegt haben.

Bei allen Bemühungen des Herrn Präsidenten Benya, die Arbeitsbedingungen dieses Nationalrates zu verbessern, besteht nach wie vor eine Ungleichheit des Wettbewerbs zwischen Regierung und Regierungspartei einerseits und den Oppositionsparteien andererseits. Am Ende der siebziger Jahre müßte es möglich sein, daß Oppositionsparteien in einer parlamentarischen Demokratie über ein Instrumentarium verfügen, das sie in die Lage versetzt, die Echtheit und Korrektheit der Ziffern eines Budgetentwurfs zu überprüfen.

Und nun, Herr Bundesminister, zur Seite 19 Ihrer Budgetrede eine Überlegung. Dort steht folgender herzerweichende Satz: Es wird eine „einjährige Sperre für Ankäufe neuer Kraftfahrzeuge, notwendige Ausnahmen, wie zum Bei-

spiel Polizeieinsatz- oder Postzustellfahrzeuge, werden nur mit Regierungsbeschluß genehmigt“, verfügt.

Das liest sich gut. Das klingt gut, und man ist auch von Haus aus geneigt, es Ihnen zu glauben, bis man dann das Budget in seinen Ansätzen durchgeht und bei der Fahrzeugkategorie II a und III auf recht interessante Offenbarungen stößt. Die Fahrzeuge der Gruppe II a umfassen solche für Beamte der Dienstklasse **K** und Generaldirektoren von Bundesbetrieben. Die Fahrzeuge der Gruppe III sind solche für Minister, Präsidenten, Landeshauptleute und Botschaftsfahrzeuge im Ausland.

Und so sind, meine Damen und Herren, im Zeitalter der Dienstwageneinsparung, die ja der Herr Finanzminister vor wenigen Tagen von diesem Platz aus verkündet hat, im Budgetentwurf für 1978 sage und schreibe die Beträge für 15 Dienstfahrzeuge der Gruppe III und für 31 Dienstfahrzeuge der Gruppe II a enthalten, was ungefähr einen Betrag von 10 Millionen Schilling ausmacht!

Ich nehme an, Herr Klubobmann Dr. Fischer, daß bei den Ausschußberatungen von der sozialistischen Fraktion ein Antrag kommen wird, diese 15 und 31 Dienstfahrzeuge im Betrag von 10 Millionen Schilling zu streichen; die Unterstützung durch die freiheitliche Fraktion ist diesem sozialistischen Antrag sicher. Wenn nicht, sind wir Freiheitlichen gerne bereit, diesen Antrag im Budgetausschuß in der Erwartung einzubringen, daß wir dann die Zustimmung der sozialistischen Fraktion und damit die Mehrheit erhalten werden.

Und wenn man, Herr Bundesminister für Finanzen, an Ihrem Budgetentwurf für 1978 weiterarbeitet, kommt man auf ein Gustostückerl dieser Art nach dem anderen. Es gibt einen Journalisten, der sprach nicht von „Gustostückerln“. Nicht ich, sondern dieser Journalist schrieb vom „Gaukelspiel“. Und wenn man sich die dargelegten Dinge vergegenwärtigt, dann fragt man sich, inwieweit dieser Journalist im Unrecht ist. Oder ist es Augenauswischerei, Herr Bundesminister für Finanzen, oder wollen Sie uns pflanzen, Herr Bundesminister für Finanzen? Sagen Sie uns nur, bitte, was Sie wollen. Wir möchten wissen, Herr Bundesminister, wie wir dran sind. Es soll Klarheit geschaffen werden.

Meine Damen und Herren! Jene Wahlgeschenke, welche die sozialistische Mehrheit im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 1975 gemacht hat, jene Wahlgeschenke müssen nunmehr bezahlt werden. Sie müssen vom Steuerzahler, sie müssen von der Bevölkerung bezahlt werden.

Peter

So schiebt denn diese sozialistische Bundesregierung im siebenten Jahr ihrer Amtsführung die ungelösten Probleme mühsam und schwerfällig vor sich her und versucht dabei, wenn auch sehr krampfhaft, populär zu bleiben. Popularität ist für diese Regierung viel, wenn nicht alles!

Und nun die Bitte und Frage, Herr Bundesminister für Finanzen: Wie sieht die Wahrheit für die kommenden Jahre aus?

Sagen Sie dem Volk die Wahrheit!

Beenden Sie die Schönfärberei!

Legen Sie endlich dem Nationalrat Konzepte vor!

Legen Sie endlich Grundsätze vor!

Legen Sie endlich ein Konzept zur Sanierung des Budgets und der Zahlungsbilanz vor!

Legen Sie dem Nationalrat endlich ein Sparkonzept vor!

Strecken Sie sich, Herr Bundesminister für Finanzen, endlich nach der Deckel, und beenden Sie endlich Ihre Schuldenpolitik!

Ich komme zum Ende und schließe mit Julius Raab. Er sagte:

„... Aber Schuldenmachen stürzt auch den kleinen Haushalt ins Unglück, genauso wie den Staat!“

Herr Finanzminister! Kehren Sie endlich um, ehe es zu spät ist, sonst könnte Österreich eines Tages ins Unglück stürzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Bemerkungen zum Abgeordneten Tull.

Herr Dr. Tull! Es war am 6. August, da erklärte der frühere Staatssekretär Veselsky: „Aus dem Budget ist ja nichts mehr zu holen – aus nichts wird nichts.“

Es hat dann nur mehr wenige Wochen gedauert, und er wurde abberufen. Die offene Sprache lieben Sie offenbar in Ihrer Partei nicht.

Und bei diesem etwas dramatischen Abschied vor dem Fernsehschirm meinte dann der Bundeskanzler: Aber ich lege großen Wert darauf, daß der Herr Staatssekretär a. D. Veselsky unser Wirtschaftssprecher im Parlament wird, und ich bitte ihn persönlich darum.

Nun hätten wir alle geglaubt, daß eigentlich der Wirtschaftssprecher – nichts gegen Sie, Herr Dr. Tull – als erster an das Podium tritt und uns

die Argumente Ihrer Partei zu diesem Budget darlegt. Das war nicht der Fall. Offenbar haben Sie da Schwierigkeiten wegen der Beschreibung, wer welche Firma wie vertritt.

Ich würde Ihnen raten: Horchen Sie ein bißchen mehr auf den Staatssekretär Veselsky, er ist ein sehr nüchterner Mensch. Und ihm persönlich würde ich ans Herz legen, daß er sich das nicht bieten läßt, immer überspielt zu werden, sondern daß er hier an das Podium tritt und auch mannhaft seine Meinung vertritt. Ich glaube, das wäre notwendig. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Der kommt eh noch! Der redet ja nach Ihnen!)* Sie sollten Schluß machen mit dieser Firmentheorie, die da in Ihren Reihen herumgeistert, Herr Dr. Tull. Nur das wollte ich sagen.

Zweitens: Sie haben sehr viel von internationalen Vergleichen gesprochen. Immer, wenn es brenzlich wurde im Inland, haben Sie gemeint: Reden wir nicht vom Inland, schauen wir uns die Situation im Ausland an und seien wir glücklich, daß es bei uns nicht so ist wie in diesem – jeweils passenden – Ausland!

Darf ich Ihnen dazu jemanden aus Ihren Reihen zitieren. Nehmen Sie sich den Zitierten in diesem Punkt – nicht in anderen! – zum Vorbild: „Es geht nicht darum“ – Herr Dr. Tull –, „daß man zum Vergleich die Probleme anderer anführt, sondern es geht darum, daß man die eigenen löst.“

Das sagte der damalige Abgeordnete Dr. Androsch am 19. Dezember 1967 hier im Parlament. Nicht sich immer orientieren am Ausland, wenn es gerade paßt, sondern die eigenen Probleme lösen, wie es Ihr heutiger Finanzminister seinerzeit mit Recht von dieser Stelle aus gefordert hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Dr. Tull, noch eines. Ich gehe viel hinaus in die Betriebe. Das sollten Sie auch öfters tun, sagen Sie das Ihren Leuten. Gehen Sie wieder hinaus, horchen Sie hinein, was die Arbeiter reden, was ihre Sorgen sind, wie ihre Probleme liegen. Und wenn Sie hinausgingen und Kontakt – Kontakt, das ist das richtige Wort – mit der Bevölkerung pflegten, dann würden Sie eines hören – und es zieht sich wie ein roter Faden, wie ein bedenklicher roter Faden durch alle Äußerungen dieser Menschen, wenn man mit ihnen spricht –: Sie sind unmutig. Sie sagen: Immer noch mehr Steuern! Wir arbeiten ja nur mehr für die Steuer! Wo führt denn das hin? – So fragen sie alle.

Und die zweite Frage, die man immer wieder stellt und die in den Betrieben immer wieder gestellt wird: Wie geht es denn weiter in der Zukunft? Die Unsicherheit um die Arbeitsplätze hängt in der Luft! *(Abg. Dr. Tull: Haben Sie*

Dr. Lanner

nicht den Eindruck, daß die Burgenländer auch darauf eine Antwort gegeben haben?) Herr Vizekanzler! Es ist Ihnen nicht gelungen, diese Unsicherheit auch nur im Ansatz zu beseitigen.

Herr Dr. Tull! Gehen Sie hinaus in die Betriebe, haben Sie den Mut, sich den Arbeitern zu stellen, horchen Sie sich ihre Sorgen an, und ich bin überzeugt, Sie werden anders reden von dieser Stelle aus, als Sie das heute getan haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat Ihnen, Herr Finanzminister, die unabhängige Presse kein gutes Zeugnis ausgestellt. Sie sind nicht gut weggekommen.

Ich zitiere Karl Graber von der „Presse“. Er meint, „zukunftsweisende Perspektiven“ fehlen.

Dieter Friedl im „Kurier“: „... das einzige, was sich Hannes Androsch für das Budget einfallen ließ, waren Steuererhöhungen.“

Ronald Barazon in den „Salzburger Nachrichten“ – ich zitiere hier, es ist ein sehr schwerwiegendes Zitat; auch der Kollege Peter hat es bereits gebracht – spricht von einem „Gaukelspiel“ und von „Tricks“.

Das haben Sie einfach hingenommen. Daß Sie so etwas einfach wortlos hinnehmen, soll eigentlich Anlaß zum Nachdenken sein. Wie weit haben Sie es eigentlich gebracht, daß Sie den Vorwurf des „Gaukelspiels“ und der „Tricks“ im Zusammenhang mit Ihrem Budget, das Sie hier vorgelegt haben, wortlos hinnehmen müssen? *(Abg. Dr. Fischer: Ich glaube, wir sind überempfindlich? Jetzt werfen Sie uns das Gegenteil vor!)* Herr Abgeordneter Fischer! Ich hätte erwartet, daß sich der Herr Finanzminister hier meldet und sagt: Meine Herren! So weit sind wir nicht, es ist nicht so! – Offenbar ist er hier im Beweisnotstand. Das ist das Problem, das uns allen Sorgen macht! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Sie haben gesagt, er ist überempfindlich!)*

Herr Dr. Androsch, unseren Pressedienst sollten Sie wahrlich öfter lesen, und nicht nur den Pressedienst, sondern auch das Taus-Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Land. Und manches würde anders gehen. Darauf komme ich noch zu sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Androsch, noch einen sehr bedenklichen Vorwurf, den Ihnen die unabhängige Presse erteilt hat.

Peter Rabl im „Kurier“: „... in den letzten Jahren stimmten seine Zahlen“ – nämlich Androschs Zahlen – „meist nicht einmal annähernd ...“

Herr Nowak in der „Tiroler Tageszeitung“:

„... Mißtrauen gegenüber den Schätzungen ...“ ist am Platz.

Karl Graber in der „Presse“: „... seit 1974 hat ... kein Budget mehr gestimmt.“

Das nenne ich mangelnde Budgetwahrheit, mangelnde Budgetwahrheit in einer Zeit, wo die Unsicherheit den Leuten auf den Leib geschrieben ist, wo wir durch mehr Vertrauen in diese Wirtschaft, wo wir durch mehr Vertrauen in die Arbeitsplatzsicherung, wo wir auch durch mehr Vertrauen in die Politik wieder ein vernünftiges Maß an Ordnung in dieses Land hineintragen müßten. Sie haben mit diesem Budget das Gegenteil getan.

Und dabei bedienen Sie sich, bedient sich Ihre Partei eines diffamierenden Stils, um so von den Problemen abzulenken, mit denen Sie nicht fertig werden. Denn zu versuchen, unsere Freunde im ÖAAB in die Nähe der Kommunisten zu rücken, ist eine bedauerliche Diffamierung, die sich von selbst richtet. Sie sollten wenigstens den Mut haben, wenn Sie sich einen solchen Ausrutscher leisten, sich öffentlich von dieser Stelle aus zu entschuldigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So, glaube ich, Herr Abgeordneter Hatzl, wird man auf die Dauer in diesem Land nicht erfolgreich Politik machen können. *(Abg. Hatzl: Sie wissen es!)* Das hat mit Wehleidigkeit nichts zu tun. Es muß auch wieder ein Minimum an Anstand in der Politik geben, und man kann und darf sich nicht alles gefallen lassen. Daher haben wir Ihnen mit Recht von dieser Stelle aus unsere Meinung gesagt und werden das immer wieder tun. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Herr Dr. Lanner! Wie war denn das mit der Roten Katze?)* Vor der haben Sie mit Recht Angst! Die Blutsverwandschaft tut Ihnen weh, ich weiß das. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Ach so! – Abg. Dr. Gruber: Sie sollten gar nicht in die Vergangenheit zurückblicken!)*

Zwei zentrale Fragen sind es, die man im Zusammenhang mit diesem Budget immer wieder stellen muß, und wir werden es immer wieder tun.

Wie geht es in diesem Land mit der Finanz- und Budgetordnung weiter? Was erwartet den Österreicher von Seite dieser Regierung, von Seite dieses Finanzministers? Wo ist eine Budget- und Finanzpolitik, die vorausschauend uns wenigstens einen Orientierungsrahmen gibt, wie es weitergehen soll?

„Für eine echte Wirtschaftspolitik wäre ein längerfristiges Budgetkonzept erforderlich“, meinte der damalige Oppositionsführer Kreisky am 24. Oktober 1969. Nichts dergleichen haben

Dr. Lanner

Sie bisher vorgelegt. Also es liegt Ihnen, um mit den Worten Ihres damaligen Oppositionsführers und heutigen Bundeskanzlers zu sprechen, offenbar nichts an einer „echten“ Wirtschaftspolitik, die eine langfristige Budgetpolitik zur Voraussetzung hat.

Und zweitens: Was geschieht mit den Arbeitsplätzen? Welches Konzept legen Sie den Österreichern hier vor?

Herr Abgeordneter Tull, Sie meinten: Was ist nun? Gibt es nun ein Taus-Programm, gibt es ein Koren-Programm oder von mir aus ein Mock-Programm? Das ist nicht unser Problem. (Abg. Dr. Taus: Ein ÖVP-Programm!) Es gibt ein ÖVP-Programm zur Arbeitsplatzsicherung, aber bis zur Stunde noch kein SPÖ-Programm. Das ist das Bedauerliche. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Sie haben ein Programm, und wir haben die Vollbeschäftigung! Das ist der Unterschied!)

Herr Dr. Fischer, damit dieses Land einer vernünftigen Entwicklung entgegengehen kann, nehmen Sie sich dieses Programm zu Herzen! Machen Sie es sich nicht so leicht wie der Bundeskanzler, der gesagt hat, nach einem ersten Blick glaube er, das sei nichts! Dann soll er eben einen zweiten Blick wagen, wenn er bisher nicht in der Lage war, aus den eigenen Reihen ein Konzept zur Arbeitsplatzsicherung zu erstellen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Wie hoch ist die Arbeitslosenrate?)

Herr Dr. Fischer, wir reden nicht von der Vergangenheit. Reden wir von der Zukunft! Reden wir von dem, was auf uns zukommt, und reden wir von den Menschen, die berechnete Sorge um die Zukunft in diesem Lande haben!

Ich zitiere die „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. November 1977, wo Herr Besenböck meint: „Wo die ÖVP Problempunkte anspricht – bei der Jugendbeschäftigung, bei der Sicherung der Arbeit für die Frauen und Älteren –, ist ihr zuzustimmen.“

Und mit dieser Frage der Jugendbeschäftigung möchte ich mich kurz auseinandersetzen, weil sie ein zentrales Problem ist, weil es nicht genügt, nur die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, wenn wir in diesem Land gut über die Runden kommen wollen. Es muß uns auch gelingen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt kommen die geburtenstarken Jahrgänge. Wir brauchen in den nächsten Jahren zusätzlich rund 30 000 Arbeitsplätze pro Jahr. Diese Menschen brauchen einen Arbeitsplatz, diese Menschen brauchen eine Beschäftigung! Sie waren bisher nicht in der Lage, diesen Menschen eine Zukunft zu zeigen. Wir haben ein Konzept für eine erfolgreiche Bewältigung

dieser schwierigen Situation vorgelegt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Sie beschreiben Papier, und wir machen Politik! – Abg. Treichl: Um wieviel Beschäftigte haben wir mehr seit 1970!)

Wissen Sie, was Ihr Problem ist? – Meine Herren, ich weiß, das ist unangenehm für Sie. Es trifft den Kern der Sache, und das tut weh. (Weitere Zwischenrufe.) Sie haben wenigstens noch ein Gefühl, Herr Kollege. Das zeichnet Sie aus in dieser Sache. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Treichl: Ein einziges Papier, und daran sollen wir uns halten!)

Appellieren Sie an den Finanzminister, daß er einen vernünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik einschlägt, und reaktivieren Sie Veselsky und seine Freunde, damit sie endlich darangehen, ein Konzept zur Arbeitsplatzsicherung zu erarbeiten! Bisher haben Sie keines. Nehmen Sie unseres, greifen Sie es auf, setzen Sie es in die Tat um! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Herren, ich weiß, daß es weh tut. Ich habe Kreisky selten so leiden gesehen wie auf dem Fernsehschirm, als er gefragt wurde, was er zu unserem Konzept sagt. Er hat herumgedrückt, eine richtige Antwort kam nicht. Ich habe gedacht, Sie hätten die Zeit genutzt, um wenigstens über vernünftige Gegenargumente nachzudenken. Bis zur Stunde ist auch das nicht gelungen, wie ich aus den Zwischenrufen sehe. Das einzige, was Sie sagen können, ist: Das kostet Geld, Herr Dr. Tull, jawohl, das kostet Geld.

Und Dr. Tull hat gemeint: Ja man soll uns sagen, wo wir einsparen sollen! (Abg. Dr. Tull: Freu dich nicht zu früh, Sixtus! Es kommen noch Redner von uns!) Ich sage es Ihnen: beim Wegwerfeschulbuch, bei den Repräsentationskosten, bei der Regierungspropaganda und bei Ihrer überzüchteten Bürokratie. Dort sollen Sie einsparen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber was macht Herr Dr. Androsch? Er bringt, wenn es um die Belastungen der Bevölkerung geht, sehr konkrete Vorschläge, von der Mehrwertsteuererhöhung bis zur erhöhten Pensionsversicherung. Wo es aber um die Einsparungen geht, wird er eigenartig ruhig. Man muß sich einmal vor Augen halten, was er der Bevölkerung als Einsparungen verkaufen will.

Er meint: Vereinfachung der Buchhaltungsvorschriften. – Ja, Herr Finanzminister, das ist ja etwas Selbstverständliches! Das muß jeder Betrieb machen, das ist das A und O einer erfolgreichen Betriebsführung. Das ist doch nichts Besonderes.

Ein effizienter Einsatz der EDV-Anlagen. – Ja wie wollen Sie die EDV-Anlagen denn einsetzen? Ineffizient?

Dr. Lanner

Die Einschränkung der Auslandsreisen. – Das ist ein interessanter Punkt. Hier hätten wir gerne gewußt, um wieviel Schilling es hier geht. Das wäre eine sehr interessante Position. Hier wäre eine Präzisierung am Platze.

Einsparung beim Wegwerf Schulbuch. – Wieviel, Herr Abgeordneter Dr. Tull? Hier sollte man sagen, wieviel einsparen. Hier kann man Hunderte Millionen einsparen, wenn man das nach dem Muster der Schweiz machen würde, und die österreichische Bevölkerung hätte trotzdem das freie Schulbuch. *(Abg. Dr. Tull: Sagen Sie: abschaffen! Machen Sie es einfach!)*

Das freie Schulbuch steht nicht zur Diskussion. Machen Sie es so wie die Schweiz! Sie wollen das nicht hören, ich weiß es. Am Jahresende werden die guten Bücher nicht beim Fenster hinausgeworfen, sie werden eingesammelt, sie werden weiterverwendet, jeder hat das freie Schulbuch. Wir würden Hunderte Millionen Schilling sparen, die wir besser für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, was auch auffällt? – Sie haben nicht von der Einschränkung der Regierungspropaganda gesprochen. Da wären ein paar hundert Millionen Schilling drinnen. Sie sollten den Mut haben, hier einen Änderungsantrag vorzulegen und zu sagen: Hier ist uns ein Fehler unterlaufen, die Regierungspropaganda gehört eingeschränkt! Wir investieren dieses Geld für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für unsere jungen Menschen! – Das wäre ein Kurs, dafür könnten Sie unseren Applaus und unsere Zustimmung haben.

Aber Sie, meine Damen und Herren, reden vor der Bevölkerung von einem Sparbudget, und was tun Sie? Ich habe nachgedacht, was dieser Ausdruck „Sparbudget“ bedeuten könnte: Man muß sehr sparen, damit man die Steuern überhaupt noch bezahlen kann! Das ist das Sparbudget, das Sie uns allen verkaufen wollen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Bevölkerung immer höhere Steuern und Abgaben aufzuladen und bei den eigenen Einsparungen kümmerliche, selbstverständliche Vorschläge zu machen, die für einen normalen Bürobetrieb in der ganzen Welt gang und gäbe sind, das ist zu wenig.

Wenn man auf die Ursachen, auf die Wurzeln dieses Umstandes eingeht, so ist sicherlich eine Ursache – und darüber sollten Sie nachdenken, denn hier befinden Sie sich auf einem falschen Weg – das teure zentralistische, sozialistische System. Dieses Wunschbild von Ihnen, alles zentral zu steuern, alle Lebensbereiche zentral

zu ordnen, ist teuer, ist schwerfällig, ist umständlich. Das macht die Menschen abhängig, das schränkt die Kontrolle ein.

Und Norbert Leser – ich zitiere einen Mann aus Ihren Reihen – meint mit Recht:

„Dieser bürokratische Sozialismus ist eine stets latente Gefahr, hat doch der Sozialismus in allen seinen historischen Erscheinungsformen das Problem der Bürokratie bisher noch nirgends gut und überzeugend gelöst.“

Norbert Leser schreibt Ihnen ins Stammbuch, daß Sie mit dem Fortführen dieses zentralistischen Systems in Ihrer Bürokratie ersticken und wir im Steuerzahlen untergehen. Das ist es, was Ihnen von Ihrer Seite vorgehalten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heinz Fischer meint in der „Neuen Gesellschaft“ vom Oktober 1976, daß man den Ruf wegen „zuviel Staat ... nicht auf die leichte Schulter nehmen“ darf.

Herr Dr. Fischer! Wie recht haben Sie! Nur: Die Konsequenzen wären notwendig.

Es nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: Zuviel Zentralismus erschlägt den Menschen, erschlägt die eigene Leistung, erschlägt den eigenen Leistungswillen, erschlägt die Freude am Leben, am Handeln, am Dasein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kehren Sie um, Sie sind auf dem falschen Weg! Es muß im Interesse dieses Landes gelingen, eine Bresche in dieses bürokratische System zu schlagen.

Wir sollten auch die Rolle des Staates in der heutigen Zeit – oder gerade in der heutigen Zeit – neu überdenken. Ein Beispiel: Wenn es möglich war, auf Grund eines falschen zentralistischen Denkens sogar die Bundesapotheken in ein Defizit hineinzumanövrieren, so soll uns das vielleicht ein Fingerzeig sein, wie weit falsch verstandener Zentralismus gehen kann. Kehren Sie um, meine Herren, Sie sind auf dem falschen Weg! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Wille.)*

Lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen:

Wir brauchen erstens ein längerfristiges Finanz- und Budgetkonzept als Voraussetzung für eine echte Wirtschaftspolitik.

Zweitens: Wir brauchen mehr Vertrauen in dieses Land und in diesem Land! Wir brauchen mehr Vertrauen in die Arbeitsplätze. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Zukunft unserer Wirtschaft. *(Abg. Wille: Herr Kollege, Sie brauchen mehr Vertrauen!)* Und wir brauchen mehr Vertrauen, was das Wort eines Politikers oder eines Bundeskanzlers anlangt.

Dr. Lanner

Drittens: Greifen Sie unser Konzept auf! Greifen Sie das Konzept zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Land auf! Sie tun gut in Ihrem Interesse, und Sie tun gut im Interesse Zehntausender Menschen in diesem Land. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Fiedler: Jungferrede! - Abg. Dr. Haider: Aus nichts mach was jetzt? - Abg. Anton Schlager: Nicht jetzt sagen: Wo nichts ist, ist nichts! - Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Abgeordneter Dr. **Veselsky** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das ist die dritte Legislaturperiode, die ich diesem Hause angehöre. Dennoch ist es das erste Mal, daß ich von diesem Pult aus hier spreche.

Kaum ins Parlament gewählt, übersiedelte ich nämlich mit Bildung der ersten sozialistischen Alleinregierung vom Abgeordnetensitz sofort auf die Regierungsbank. Heute erstmals von diesem Pult aus zu sprechen, bedeutet daher für mich eine Premiere *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, aber mehr noch auch ein Privileg. Ein Privileg nicht nur wegen der Bedeutung der Legislative, ein Privileg vielmehr ganz besonders deshalb, weil es gerade die Budgetdebatte ist, und zwar die Debatte zu einem weichenstellenden Budget, an dessen Vorbereitung ich noch in einer anderen Funktion mitwirken konnte, eine Debatte, die mir deshalb Gelegenheit gibt, aus eigener Anschauung etwas Wesentliches zu bestätigen:

Dieses Budget wurde mit noch größerer Sorgfalt vorbereitet, mit noch größerem Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Menschen, deren Arbeitsplätze und Wohlstand es auch in Zukunft zu sichern gilt. *(Abg. Kammerhofer: Noch größeres Defizit!)* Herr Kollege! Mit diesen Defiziten haben wir ja auch diese Vollbeschäftigung sichern können. *(Rufe bei der ÖVP: Wo?)* Sie dürfen das heute nicht umdrehen und so tun, als ob gerade das Gegenteil der Fall gewesen wäre. *(Abg. Mag. Höchtl: Wie ist das zu verstehen, wenn Sie gesagt haben, aus nichts wird nichts?)*

Und dafür, für die Sicherung der Zukunft, bedarf es keiner neuen Wege für Österreich, wie sie die ÖVP zur Sicherung der Arbeitsplätze - so möchte ich es sagen - endlich - endlich! - sucht. Österreich ist nämlich diesen Weg längst gegangen, mit Erfolg gegangen, wie das die OECD Österreich bestätigt. Damit hat Österreich das größte Lob aller Mitgliedstaaten der OECD von dieser unabhängigen Stelle erhalten. *(Bei-*

fall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. Dr. Gruber: Wie kann man eigentlich über ein Nichts so lange reden, Herr Kollege?) Für wen? *(Abg. Dr. Gruber: Über ein Nichts!)* Über ein Nichts? *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben ja gesagt, aus nichts wird nichts!)*

Für wen, Herr Kollege, ist dieser Erfolgsweg der Sicherung der Arbeitsplätze wirklich neu, wie es auf Ihrem Konzept, auf dem Taus-Konzept heißt? Offenbar nur für Sie, offenbar nur für die ÖVP, denn konfrontiert mit eigenen Mißerfolgen - nicht zuletzt im Burgenland - hat sich die ÖVP dem Erfolgsrezept der österreichischen Sozialisten nicht länger verschließen können. *(Abg. Dr. Lanner: Über das Budget sollen Sie reden! - Abg. Dr. Gruber: Über das Budget, über das Nichts!)*

Die Zukunft wird aber zeigen, ob aus einem Saulus der Mitterer-Bekenntnisse - Sie erinnern sich dieser noch - tatsächlich ein Paulus der Taus-Erkenntnisse wird. Zweifel ... *(Abg. DDR. König: Herr Staatssekretär, stehen Sie zu Ihrem Ausspruch, daß man mit dem Budget keine Wirtschaftspolitik machen kann?)* Zweifel gibt es genug, noch dazu, wo es sich nur, wie die „Salzburger Nachrichten“ sagen, und zwar ganz richtig, um eine Nacht- und Nebelaktion des Dr. Taus handelte, der in der ÖVP im Ruf des Eigenbrötlers steht, dem Teamwork eben nicht liegt. Die „Salzburger Nachrichten“ setzen fort - ich weiß, das ist für Sie sehr peinlich, meine Herren -: Sein Villacher Alleingang wird dieses Gefühl verstärken.

Meine Damen und Herren! Das Budget für das Jahr 1978 ist eines der wichtigsten, die wir überhaupt in diesem Haus behandelten. *(Abg. DDR. König: Sie haben doch gesagt, ein untaugliches Instrument, Wirtschaftspolitik zu machen!)* Es konsolidiert die Phase der Vollbeschäftigungspolitik, wie sie 1974 einsetzte, im Sinne eines neuerlichen Kräftesammelns. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Damit, Herr Kollege Dr. Gruber, kommen wir zu dem. Wir haben in der Arbeiterkammer mehrmals Gelegenheit gehabt, darüber zu sprechen. *(Abg. Dr. Gruber: Damals haben Sie mit Handbewegungen Budgetsanierungen gemacht!)* Damals haben Sie das von mir noch angenommen, jetzt wollen Sie das nicht wahrhaben, daß man nämlich das Richtige zur richtigen Zeit zu tun hat. Wir mußten damals Gas geben, als es Zeit war zum Gasgeben, und wir müssen jetzt Kräfte sammeln für neuerliches Gasgeben. Und dazu ist der gegenwärtige Augenblick der richtige. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir früher diese Änderung der Budgetpolitik eingeleitet hätten, dann wäre die weltwirtschaftliche Situation eine ganz andere gewesen, eine Situation,

Dr. Veselsky

in der die Bundesrepublik aufgefordert wurde von der OECD, Gas zu geben, wirtschaftlich anzukurbeln, mehr für die Vollbeschäftigung zu tun, was sie aber nicht tat. Jetzt hat die Bundesrepublik Deutschland sich bekannt zu einem Vollbeschäftigungsprogramm im Ausmaß von 8 Milliarden D-Mark. Jetzt ist es die richtige Zeit (*Abg. Dr. Gruber: Auch zu einer Steuer-senkung!*) zu dieser Änderung, zu dieser Änderung, die wieder antizyklisch liegt, so wie sie es 1974 war. Was die Deutschen verabsäumt haben, versuchen sie jetzt nachzuholen. Was sie damals verabsäumt hatten, wurde damals kritisiert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Herr Kollege Dr. Gruber! Sie müssen sich mehr informieren, bevor Sie zwischenrufen. Sie müssen sich vorher mehr informieren. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*)

Es ist aber nicht unsere Aufgabe hier heute, über das deutsche Budget zu reden (*Heiterkeit bei der ÖVP*), sondern wir wollen über das österreichische sprechen, und das ist ein gutes Budget, meine Damen und Herren. Das wissen Sie auch, und das macht Sie nervös. (*Abg. Dr. Gruber: Herr Staatssekretär! Ich habe geglaubt, aus nichts wird nichts! Da ist nichts drinnen! - Gegenrufe bei der SPÖ.*) Der Finanzminister hat dieses Budget eben in der Weise konzipiert, daß daraus wieder etwas wird (*Heiterkeit bei der ÖVP*), um neuerlich vollbeschäftigungspolitische Ellbogenfreiheit zu erhalten! (*Abg. Dr. Gruber: Und Sie sind deswegen gegangen! Si tacuisses!*)

Meine Damen und Herren! Sie versuchen, Erfolge zu verschweigen, weil es nicht Ihre sind, sondern die der Regierungspartei und der Regierung, Sie versuchen, Erfolge zu verkleinern und wegzuwischen, und das ist verständlich.

Sie haben ja in dieser Generaldebatte immer eine Doppelstrategie verfolgt. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist Fischer!*) Sie haben hier Kritik geübt an einer zu geringen Sparsamkeit, an zu geringen Mäßigungen bei der Ausweitung des Budgets und an zu großen Defiziten. Aber in der Spezialdebatte haben Sie die Lizitation immer wieder fortgesetzt, die Sie ja sonst auch immer betreiben. Und das war die Doppelstrategie, die Sie schon immer anwendeten: Hier die Übertreibungen in der Charakterisierung, ich möchte sagen, in der Fehleinschätzung der Situation. (*Abg. Dr. Mussil: Sie waren einmal Staatssekretär!*) Für diese Übertreibungen waren Sie doch auch mitverantwortlich, Herr Kollege Mussil! Bitte, Sie haben eher für die humoristische Note gesorgt (*Abg. Dr. Gruber: Sie sorgen jetzt für die humoristische!*), Ihr Kollege Professor Koren hat die düstere Note vertreten

und düstere Ankündigungen schon 1970 gestartet. Ich habe diese noch von hier aus (*Redner zeigt auf die Ministerbank*) mit anhören dürfen. Also eigentlich haben Sie ja damals schon Ihr ganzes Pulver der düsteren Prophezeiungen verschossen. Denn Sie sagten damals schon, die Konsequenz eines Budgetdebakels wäre der Wechsel in der Regierungsverantwortung. (*Abg. Dr. Koren: Genügt Ihnen das nicht?*) Sie haben damals begonnen mit diesen disqualifizierenden Äußerungen (*Abg. Dr. Koren: Aber lassen Sie ihn wirklich reden! - Heiterkeit bei der ÖVP*), und man hat fortgesetzt und gesagt, dieses Budget würde der Verschleierung und damit also der Budgetunwahrheit dienen.

Diese Vorwürfe haben sich selbst gerichtet. Herr Kollege Koren, Sie haben recht, daß Sie hinausgehen, Sie haben nämlich nicht recht behalten und werden es auch in Zukunft nicht. (*Beifall bei der SPÖ. - Heiterkeit bei der ÖVP. - Abg. Dr. Gruber, lachend: „Sie haben recht, daß Sie hinausgehen!“*)

Meine Damen und Herren! Verfolgen Sie nur, was seit 1975, also seit Neubildung dieser Regierung, von Ihnen, Herr Kollege Gruber, von Ihnen - Sie gehören dem ÖAAB an - an Lizitationen vorgenommen wurde! (*Abg. Dr. Gruber: Falsche Strategie, Fischer!*) Sie haben 35 Milliarden Schilling an Forderungsvolumen zustande gebracht. Und das, meine Herren, angesichts der Tatsache, daß Sie hier zu behaupten wagen, das Budget wäre in Schwierigkeiten. (*Abg. Dr. Gruber: Das haben doch Sie gesagt! - Heiterkeit bei der ÖVP. - Abg. Dr. Gruber: Herr Staatssekretär! Was haben Sie denn geschrieben?*)

Meine Herren! Sie sind die Spezialisten des Krankjammerns, des Miesmachens. (*Abg. Dr. Gruber: Wie Sie seinerzeit!*) Sie sind spezialisiert darauf, und diese Spezialisierung hat ja eigentlich auch schon Früchte getragen, die Sie nicht wahrhaben wollen. Denken Sie an das Burgenland. Dort haben Ihnen die Menschen gesagt, wie Sie denken über diese Miesmacherpolitik! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Früchte getragen, daß Sie zurücktreten haben müssen, Herr Staatssekretär!*)

Als neues Beispiel eigentlich dieser Diffamierungspolitik, wie Sie sie 1970 begonnen haben und wie Sie sie munter fortsetzen und wie ja auch Ihre Zwischenrufe es jetzt dokumentieren, möchte ich nun etwas anführen, was Sie vielleicht gar nicht gern haben wollen. Herr Dr. Kohlmaier bezichtigte die Regierung im Zusammenhalt mit dem Maßnahmenpaket einer ganz gewaltigen Ungeheuerlichkeit, nämlich der Hinterhältigkeit. Das, meine Damen und Herren, war die Ouvertüre zu der Budgetdebatte, die heute hier stattfindet. (*Abg. Dr. Haider:*

Dr. Veselsky

Fürchterlich!) Dr. Kohlmaier nannte die Vorbereitung des Maßnahmenpakets hinterhältig. *(Abg. Dr. Mussil: ... recht haben!)* Und zwar sagt das das ÖVP-Zentralorgan „Neues Volksblatt“ vom 10. Oktober. Dort heißt es:

„Sozialsprecher Abgeordneter Dr. Kohlmaier kritisierte das Sozialbelastungspaket der Regierung in einem Gespräch mit Sozialversicherungsfunktionären am Samstag nicht nur wegen seines Inhalts, sondern vor allem auch wegen der gewählten Vorgangsweise, die er ausdrücklich als hinterhältig bezeichnete.“

Meine Damen und Herren! Namens unserer Fraktion können wir nur die eine Antwort darauf geben, daß wir derartige Diffamierungen zurückweisen! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Das Budget-Paket war „vorderhältig“ statt „hinterhältig“, meinen Sie!)* Ich würde sagen: inhaltsreich.

Sicherlich: So wie es das gute Recht der Opposition ist, die Position zu kritisieren, die der Finanzminister namens der Bundesregierung mit der Präsentation des Budgets einnimmt *(Abg. Dr. Gruber: Wer hat es denn gemacht? Sie haben es gemacht, Herr Staatssekretär a. D.!)*, so ist es sicherlich auch das unveräußerliche Recht der Parlamentsfraktion der Regierungspartei, den Standpunkt der Opposition kritisch hier zu untersuchen. Und da kann man nur eines sagen, meine Damen und Herren:

Bisher nahm die ÖVP eine bloß destruktive Haltung ein, eine Haltung des Besserwissens, ohne daß Alternativkonzepte geboten wurden. Und damals hieß es, es wäre nicht Aufgabe der Opposition, der Regierung Vorschläge zu machen, und das sagte Professor Koren.

Nun, jetzt liegen solche Vorschläge heute vor. Und man kann nur eines sagen: Sie hätten es wahrscheinlich bleiben lassen sollen, denn damit kann man erstmals sehen, was Sie konstruktiv zu bieten hätten *(Rufe bei der SPÖ: Gar nichts! Überhaupt nichts!)*: nämlich nichts. *(Ruf bei der SPÖ: So ist es!)*

Und als Wirtschaftssprecher der Sozialisten im Parlament werde ich mich mit diesem Nichts in Zukunft auseinandersetzen, und damit gebe ich Ihnen die Antwort, Herr Kollege Gruber: Aus nichts wird nichts! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Aus nichts wird nichts beim Budget! – Abg. Dr. Haider: Lesen Sie aus „Rotkäppchen“ vor?)*

Der vom Bundesparteiohmann Dr. Taus vorgelegte Vorschlag eines Konzepts zur Sicherung der Arbeitsplätze scheint zunächst einem wirtschaftspolitischen Alleingang zu entspringen. Noch am 13. Oktober schreiben die „Salzburger Nachrichten“: „Tausvorschlag ohne Koren! Das

ÖVP-Projekt *(Abg. Dr. Gruber: Tull und Veselsky!)*, das österreichische Staatsbudget ohne zusätzliche Belastungen *(Ruf bei der ÖVP: Da war der Steininger noch besser!)* in drei bis fünf Jahren zu sanieren, ist ohne den ÖVP-Wirtschaftsexperten und Klubobmann Professor Stephan Koren zustande gekommen.“ Sehen Sie, das ist auch ein Stephan, aber das ist der Koren und nicht der Tull, und der war gar nicht dabei, wie das vorbereitet wurde. *(Abg. Dr. Gruber: Der Tull?)*

„In einem Gespräch mit Wirtschaftsjournalisten sagte Koren“ tags zuvor „auf die Bitte um nähere Erläuterungen zu dem von Taus zur Sprache gebrachten Programm: Es ist sein (Taus-)Programm, ich kenne es nicht.“

Das sagte Koren. Am 13. Oktober. Und es fragt sich heute – heute, am 3. November –, ob Professor Koren dieses Programm seither kennenlernen konnte oder ob es sich nach wie vor um einen Alleingang des Bundesparteiohmannes im Sinne einer Nacht- und Nebelaktion, wie es in den „Salzburger Nachrichten“ vom 31. Oktober heißt, handelt.

Meine Damen und Herren, das ist von nicht ganz geringer Bedeutung, denn zwischen Koren und Taus gibt es in der Tat mehr als einen Widerspruch. *(Abg. Kern: Zwischen Ihnen und Ihrer Regierung hat es nie einen gegeben?)* Diese Widersprüche beziehen sich aber keineswegs auf Nebensächlichkeiten, sondern vielmehr auf die Hauptfrage, auf welchem Weg gegen Leistungsbilanz und Budgetdefizite anzukämpfen wäre. *(Abg. Dr. Haider: Der Veselsky hat sicher die gleiche Meinung!)* Während Professor Koren keineswegs gegen die Erschließung neuer Staatseinnahmen war, glaubt Bundesparteiohmann Taus an das Heinzelmännchen, an allein seligmachende Ausgabensenkungen. Und das ist ein fundamentaler Widerspruch.

Laut „Oberösterreichische Nachrichten“ vom 16. September heißt es: „Zu den von Nationalbank-Generaldirektor Kienzl präsentierten Sanierungsvorschlägen wollte Koren keine Details bewerten, meinte aber“ – und ich bitte, hören Sie sich das an –: „Im Ansatz sind sie richtig“, sagte Koren. „Empfohlene restriktive Maßnahmen und neue Steuern (darunter für Luxusgüter und Autozulassungen) lehnte Koren keineswegs ab: ‚Ohne Zweifel‘, sagte er, ‚werden sie gebraucht.‘“ *(Abg. A. Schlager: Herr Staatssekretär, der Koren hat Ihnen auch recht gegeben!)* „Koren ließ erkennen, daß ein neues Maßnahmenpaket ohne Belastungen undenkbar sei.“

Ich kann Ihnen sagen, warum Sie das heute hier nicht sagen: Weil Sie in diesem Fall morgen

Dr. Veselsky

dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung zustimmen müßten (*Heiterkeit bei der ÖVP*), und das wollen Sie aus Bestimm nicht.

Wie anders hörte man es von Dr. Taus. (*Abg. Dr. Gruber: Und vom Dr. Veselsky!*) Er wollte etwa 30 Milliarden Schilling in drei bis fünf Jahren – sehr unklar! – durch Ausgabenkürzungen aufbringen. (*Rufe bei der ÖVP: Na und?*) Warten Sie! Was die ÖVP von ihrer Klubtagung verlauten ließ, war keine Klärung dieses Streitpunktes: Nimmt die ÖVP den Standpunkt des Klubobmannes ein oder den Standpunkt des Parteiobmannes? (*Abg. Steininger: Gar keinen!*) Sie entschied sich offenbar – ich möchte sagen, aus Angst vor Unpopularität und aus Scheu vor Verantwortung – weder für den einen noch für den anderen Weg.

Ein Ja zur Mehreinnahmenschließung hätte das Nein der ÖVP zum Maßnahmenpaket der Bundesregierung undenkbar oder unglaublich gemacht. Das Ja der ÖVP zu Ausgabenkürzungen wiederum hätte die Peinlichkeit der Frage mit sich gebracht, welche Ausgaben die ÖVP im einzelnen um wieviel gekürzt sehen will.

Und in fünf Jahren 30 Milliarden Schilling einsparen, bedeutet ja immerhin die Notwendigkeit der Einsparung von etwa 6 Milliarden Schilling im Jahr, und da hätten Sie schon sehr genau sagen müssen, wo diese Ersparnisse herkommen sollen. (*Abg. Glaser: Staatssekretär einsparen!*)

Da haben Sie einige Möglichkeiten. Da hätten Sie zunächst einmal (*Abg. Kern: Fragen Sie den Finanzminister ...!*) – bleiben wir bei der Gliederung des Budgets in öffentlichen Konsum, öffentliche Investitionen, Transfers – die Möglichkeit, beim öffentlichen Konsum zu sparen.

Was ist denn öffentlicher Konsum? Das ist nichts anderes als die Zahlung für Staatsbeamte. Wollen Sie denen vielleicht nicht die ihnen zustehenden Gehälter geben? Was sagt denn dann der Kollege Gasperschitz dazu, wenn Sie das machen würden? Er würde Ihnen die Antwort erteilen, so wie Ihnen die Beamten die Antwort erteilen würden. Daher stellen Sie diese Frage nicht.

Die zweite Frage. Wollen Sie vielleicht Sozialleistungen, also Transfers der öffentlichen Hand, kürzen? Wollen Sie Pensionen kürzen, Pensionen für öffentlich Bedienstete, für Witwen, Pensionen der Arbeiter und Angestellten, der Gewerbetreibenden, der Landwirte? Wollen Sie das? Dann sagen Sie es!

Sie haben diese Antwort nicht gegeben, weil sie Ihnen peinlich wäre. Aber ich möchte Ihnen etwas sagen: Ich möchte Ihnen sagen, daß hier

der Herr Dr. Kohlmaier sehr, sehr offen war und gesagt hat, er kann sich durchaus ein Neudurchdenken der gesamten Sozialpolitik und auch der erreichten Errungenschaften vorstellen. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

Damals sagte Kohlmaier, und zwar im „Mittagsjournal“, daß die ÖVP sich für die achtziger Jahre ein grundlegendes Konzept der Sozialpolitik vorstellt. Er nannte auch die Grundsätze. Er sagte: „Das Konzept beruht darauf, daß in Zukunft bereits erworbene Ansprüche in der Sozialversicherung danach beurteilt werden sollen, ob sie noch in diesem Maße notwendig sind oder sein werden wie zu der Zeit, als sie geschaffen wurden.“

Meine Damen und Herren! Ich verstehe daß Herr Dr. Taus von Ausgabeinsparungen sprach. Ich verstehe, was Dr. Kohlmaier hier andeutete, und ich verstehe, warum Sie hier nicht zu diesem Konzept Ihres Bundesparteioobmannes, zu diesen Überlegungen stehen.

Sollten Sie vielleicht die Absicht haben, wenn Sie Ausgabenkürzungen zur Budgetausbalancierung anstreben, öffentliche Investitionen zu streichen? Wollen Sie das? Wo wollen Sie öffentliche Investitionen zusätzlich einschränken? (*Abg. Kern: Es gibt sowieso keine mehr!*)

Aber Sie haben noch eine Möglichkeit. Es gibt nämlich außerdem noch etwas, was man die finanziellen Transaktionen nennt, und dazu gehören die Aufwendungen für den Staatsschuldendienst. Vielleicht hätten Sie die Auffassung, daß man die Rückzahlung bestehender Schulden hinausschieben, ein Moratorium eingehen sollte. Wenn das Ihre Antwort wäre auf die aufgeworfenen Probleme, dann wäre das sehr traurig. Und daher haben Sie diese Fragen hier nicht entschieden. Sie haben sich nicht entschieden für den einen oder für den anderen Vorschlag.

Die ÖVP hat sich die peinliche Antwort auf diese peinlichen Fragen erspart. Peinlich für sie aber, daß sie sich damit einmal mehr so zeigt, wie sie gegenwärtig ist: Nicht bereit zur Verantwortung und damit ganz anders als jene ÖVP der Nachkriegsjahre, die mit den Sozialisten damals gemeinsam den Wiederaufbau Österreichs bewerkstelligte.

Das war eine andere Zeit, eine Zeit, in der Sie zur Verantwortung bereit und, ich glaube, auch fähig waren. Aber die Zeiten haben sich offenbar geändert. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Im Taus-Konzept wird versucht, die ÖVP auf dem Gebiet der Vollbeschäftigungspolitik von einem Saulus zu einem Paulus zu wandeln. Aber damit versuchen Sie vergebens, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Längst haben

Dr. Veselsky

nämlich die Sozialisten über Vollbeschäftigungspolitik nicht nur wie Sie geredet, sondern gehandelt.

Wir haben jene Leistung vollbracht, die man in Europa bewundert. Wir haben die vollste Vollbeschäftigung erreicht, die es je gab in Österreich, und wir haben sie bis zur Stunde auch gegenüber Ihrem Unverständnis auf diesem Gebiet zu verteidigen gewußt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Keimel: Herr Dr. Veselsky, Sie sind doch der Unverständene in der Regierung gewesen!)*

Meine Herren, wenn Sie sich jetzt zu einem Vollbeschäftigungs-Paulus wandeln, so fragt man sich, warum gerade jetzt, wo wir doch eigentlich nicht Arbeitslosigkeit zu bekämpfen haben. Und auf einmal kommt bei Ihnen dieser Wandel.

Wie reagieren Sie darauf? In dem Taus-Konzept erfinden Sie ganz einfach Arbeitslosigkeit, die es in Österreich nicht gibt. Sie sagen dort – und das ist eine unerhörte Kühnheit – nichts anderes, als daß eigentlich die Vollbeschäftigung, wie wir sie haben und wie man sie bei uns bewundert, ein statistischer Trick wäre. Wenn wir ihn nicht anwenden würden, hätten wir größere Probleme.

Und dann nennen Sie Vorschläge, mit denen Sie diesen Problemen zu Leibe rücken wollen. Ich muß sagen, das ist eine eigenartige Vorgangsweise. Da erfinden Sie zuerst ein Problem und dann wollen Sie dafür noch belobt sein, indem man Ihnen abnehmen soll, daß Sie ein Mittel gegen dieses erfundene Problem hätten.

Hier sagte heute Herr Dr. Taus, es gehe der ÖVP darum, durch Anreize für Unternehmungen aktive Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik zu betreiben. Er meinte: Was bisher geschah, war nicht schlecht, aber es war eher nur eine passive Strukturpolitik. – Ich möchte dazu sagen, daß die Strukturpolitik in Österreich dieser Regierung zu danken ist und daß sie nicht passiv war, sondern ganz einfach erfolgreich.

Ich möchte in dem Zusammenhang auf einige Tatsachen hinweisen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die neue Industrialisierungswelle, die diese Regierungspartei, die die SPÖ für die siebziger Jahre in Aussicht gestellt hatte, tatsächlich verwirklicht wurde. *(Ruf bei der ÖVP: Trotz dieser Regierung!)* Schon im Jahre 1970 wurde im Bereich des ERP-Fonds die 10 Millionen Schilling-Obergrenze, die Kreditobergrenze aufgehoben, und wir haben damit für Industrieinvestitionen Platz geschaffen. Und wir haben diese dann doch bekommen und damit tatsächlich soviel erreicht, wie wir zugesagt haben. *(Abg. Dr. Zittmayr: Zwei*

Jahre sind wir zurück! Herr Staatssekretär, da sind Sie schuld, daß wir zwei Jahre zurück sind! – Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)

Diese ERP-Kreditkommission, meine sehr verehrten Damen und Herren, die nicht weisungsgebunden ist und in der auch Mitarbeiter Ihrer Fraktion tätig sind, arbeitet zügig und erfolgreich. Ich glaube, es gibt Grund genug, den Kommissionsmitgliedern und ihren beamteten Mitarbeitern zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Strukturpolitisch wichtig waren die Zusammenführungen im Bereich der verstaatlichten Industrie. Aber Herr Dr. Taus meinte, das wäre gar nicht wichtig, das wäre eigentlich strukturpolitisch nicht bedeutsam gewesen. Aber ich kann dann nur eines fragen: Warum hat er es dann für so wichtig erachtet, daß er mit dazu beigetragen hat, daß in der ÖIG-Gesetznovelle die Zusammenführung der Unternehmen branchenweise für die verstaatlichte Industrie gefordert wurde?

Wir haben des weiteren einige Bereinigungen im Bergwerksbereich vorgenommen, wie es sie in Österreich noch nicht gegeben hat. Wir haben Pöföling Bergla schließen müssen und waren nicht froh darüber. Aber wir haben Arbeitsplätze geschaffen mit der Wolframhütte, und zwar dort an Ort und Stelle. *(Ruf bei der ÖVP: Hüttenberg!)* Wir haben darüber hinaus Mitterberg mit dem Kupferbergbau nicht aufrechterhalten können, aber wir haben zukunfts-trächtige neue Arbeitsplätze dort geschaffen. *(Ruf bei der ÖVP: Reden Sie doch mit dem Bürgermeister von Hüttenberg!)* Und wenn Sie die Kollegen, die dort die Arbeitnehmer vertreten, fragen, so werden Sie hören, wie glücklich die Menschen dort sind, daß nämlich zum Unterschied zur ÖVP-Situation beim Grubenbrand im Lavanttal, wo keine Arbeitsplätze verfügbar wurden, die sozialistische Regierung für solche auch in Mitterberg gesorgt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vergessen wir nicht das Beispiel Aichfeld-Murboden. Das Beispiel Aichfeld-Murboden ist regionalpolitisch interessant, weil aus einer Region der Hoffnungslosigkeit eine solche der Zuwanderung wurde, eine aufstrebende Region, in die die Arbeitskräfte, die in der Bundesrepublik Deutschland Arbeit gefunden hatten, zurückkehren. Wir haben dort auch neue Produkte, Herr Kollege Peter, ansiedeln können. *(Abg. Dr. Mussil: Luxusprodukte mit 30 Prozent Mehrwertsteuer!)* Denn was dort gemacht wird seitens der Firma Eumig, ist neu, ist eine neue Produktion, ein neues Produkt. *(Abg. Dr. Mussil: Luxusprodukte, Herr Veselsky!)* Und ich glaube, es ist ein Hoffnungsprodukt, das wir auf dem Weltmarkt mit guter Chance

Dr. Veselsky

exportieren und verkaufen werden können. Wir haben dort in Aichfeld-Murboden einen Modellfall kooperativer Raumplanung. (*Abg. Peter: Ich habe eine Frage: Neue Produktionsrichtung oder eine neue Kamera?!*)

Das ist eine neue Produktionsrichtung, Herr Kollege Peter, eine völlig neue Art. Dieses neue Produkt von einer neuen Firma in einer neuen aufwärtsstrebenden Region ist immerhin auch ein wichtiges Beispiel einer zukunftsorientierten Strukturpolitik. (*Abg. Peter: Was erzeugen sie denn? - Rufe bei der ÖVP: Was wird dort erzeugt?!*)

Darüber hinaus haben wir Grenzlandförderungsprogramme erstellt und Wirklichkeit werden lassen. Und wenn Sie sagen: Ja, aber, dann kann ich nur antworten: Es wurden 3 000 neue Arbeitsplätze allein im Grenzgebiet geschaffen und 30 000 bestehende gesichert. (*Ruf bei der ÖVP: Haben Sie für Ferlach auch neue Produkte?*) Das als Beispiel an Stelle anderer. Das sind strukturpolitische Leistungen, die nicht übersehen werden können. Aber ich möchte etwas sagen: Diese sind nicht von selbst gekommen, sondern waren Teil der Vorbereitungen, die von dieser Regierung getroffen wurden, eingebettet in eine langfristige Konzeption der Rahmenplanung.

Das ist der große Unterschied, Herr Kollege Peter, zwischen dem, was wir unter Strukturpolitik verstehen, und dem, was jetzt Herr Kollege Taus vorschlägt. Für Taus nämlich ist es nicht notwendig, Strukturpolitik in eine Rahmenplanung, in eine Konzeption einzubetten. Für ihn genügt es, wenn wir den Unternehmern genug Geld zur Verfügung stellen, ihnen Prämien geben, ohne daß wir eigentlich genau wissen, ob das notwendig war und ob der bezweckte Erfolg auch erreicht werden konnte. (*Abg. Dr. Mussil: Das größte Hindernis für die Betriebe!*)

Und damit komme ich also zu diesem Taus-Konzept, Herr Kollege Mussil. Ich weiß nicht, ob Sie es schon gelesen haben. Es war sehr wenig Zeit seit der Klubtagung, Sie waren ja sicher auch überrascht darüber. (*Abg. Dr. Mussil: Ich war überhaupt nicht überrascht!*) Darin wird gleich mit einer Unwahrheit begonnen. (*Abg. Dr. Mussil: Überrascht bin ich ständig, wenn ich Ihnen zuhören muß! Das ist eine gewaltige Überraschung für das ganze Haus!*) Es wird mit der Unwahrheit begonnen, die da lautet: Die sozialistische Bundesregierung hätte bis heute kein Konzept für die Sicherung der Arbeitsplätze erarbeitet. (*Abg. Dr. Mussil: Wie aus einem guten Staatssekretär ein nicht guter Abgeordneter werden kann, das ist ein Jammer!*) Na, warten Sie ab, Herr Kollege, warten Sie ab. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Auf jeden Fall kann ich Ihnen von diesem Pult her als Abgeordneter sagen, daß Sie auch wissen müßten, daß das ganz anders ist, daß nämlich sehr wohl ein Konjunkturausgleichshaushalt vorgesehen ist im Budget. Darüber hat man hier nicht gesprochen, mit Ausnahme des Hinweises: Ja es könnte ja das Defizit von bis betragen. Meine Damen und Herren, das ist ja notwendig, wenn man moderne Finanzpolitik betreiben will. Dieses Budget ist als Sparbudget angelegt. Aber für den Fall, daß die Zeit schlechter werden sollte, könnte rechtzeitig Gas gegeben werden durch Einsatz des Konjunkturausgleichshaushaltes, durch Einsatz des Bausofortprogramms. Sie haben übersehen, daß in diesem Budget schon 910 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche vorgesehen sind und eine Ermächtigung für den Finanzminister, 2 000 zusätzliche Lehrlingsausbildungsplätze zu schaffen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie nennen in diesem Konzept Problemgruppen: die Problemgruppe der Jugend, die Problemgruppe des Akademikers, die Problemgruppe der Frauen und der älteren Bediensteten. Sie glauben, daß man jetzt - orientiert an diesen Problemgruppen - auch die Lösungen finden kann. Aber da gehen Sie jetzt in diesem Konzept weit in die Irre. Ich komme noch im einzelnen dazu.

Zur Problemgruppe Jugend: Hier schlägt die ÖVP Dinge vor, zu denen ich nur eines sagen kann (*Abg. Dr. Mussil: Am besten gar nichts!*): daß es sie längst gibt! Sie haben sich nämlich gar nicht angeschaut, was es alles gibt im Arbeitsmarktförderungsgesetz. Sie haben sich nicht angeschaut, daß es bereits in der ERP-Förderung Einrichtungen gibt, die dafür Sorge tragen, daß diese Einstellung von Jugendlichen erfolgen wird.

Sie fordern in Ihrem Konzept beispielsweise, man sollte mehr tun für die berufsbildenden Schulen im Verhältnis zu den allgemeinbildenden. Sie haben übersehen, daß das längst geschieht. (*Abg. Dr. Mussil: In Deutschland? Oder wo?*) Daher geschieht Ihnen eigentlich recht, wenn man das nicht ernst nimmt. Denn hier wollen Sie Eulen nach Athen tragen, wollen Sie (*Ruf: Wasser in die Donau!*) nichts anderes als Wasser in die Donau tragen. Richtig. Das ist nichts Neues. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Nun zur Problemgruppe Maturanten und Akademiker. Hier haben Sie Vorschläge, die äußerst problematisch sind. Sie wollen mittelfristige Bedarfsprognosen und auf Grund dieser besondere Förderungen, die sehr viel mehr Geld kosten werden. Ich sage Ihnen, was mir daran problematisch erscheint: daß Sie den Menschen in einer Weise verplanen wollen, wie es das

Dr. Veselsky

eigentlich höchstens im Osten gibt. *(Heiterkeit bei Abgeordneten der ÖVP.)* Daß man ihm anschaffen will, was sein Berufsweg zu sein hat, daß man ihn in diese Richtung kommandieren will. Das erscheint problematisch. *(Abg. Dr. Mussil: Das glauben Sie ja selber nicht, Herr Veselsky!)*

Bei der Problemgruppe Frauen haben Sie den Vorschlag: mehr Teilzeitbeschäftigung. Aber, meine Herren, damit nehmen Sie doch unter Umständen Ganztagsbeschäftigten wieder Möglichkeiten weg. Sie haben da einen Vorschlag, der wieder mehr als 1 Milliarde Schilling kosten würde, ohne daß den Frauen geholfen wird.

Für die älteren Menschen haben Sie eigentlich auch nichts anderes als problematische Vorschläge, die, soweit sie vernünftig sind, längst von der Regierung verwirklicht wurden.

Und wenn Sie den Schlußstrich ziehen unter diese Problemgruppen, die Sie ansprechen und fördern wollen, dann kommt man nur zu folgendem Schluß: Das kann ein sehr kostspieliges Unterfangen werden, das allerdings zu nichts führt, denn es ist nicht garantiert, daß tatsächlich derartige Prämien dazu führen würden, daß mehr Jugendliche eingestellt werden. Es ist durchaus möglich, daß nur eine Umschichtung erfolgt. Es ist nicht garantiert, daß mehr Frauen eingestellt werden. Es könnte durchaus eine Umschichtung stattfinden. Es ist nicht garantiert, daß ältere Menschen zusätzlich eingestellt werden. Es könnte zu einer Umschichtung führen. Aber am Schluß wäre der Unternehmer begünstigt, und der Staat hätte das Nachsehen und müßte es finanzieren. Und das ist bedenklich. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Nun zu Ihren strukturpolitischen Vorschlägen, Herr Dr. Mussil, die sicherlich nicht von Ihnen kommen. Hier wird gesagt, daß die regionale Arbeitslosigkeit durch Förderung von Neugründungen in Problemgebieten zu steuern wäre. Sie wissen doch, von wem allein dieser Ausdruck stammt: Von niemand anderem als von dieser Regierung! Wer anderer als Kanzler Kreisky hat diese Frage aktualisiert. Und wo ist denn früher etwas getan worden entlang der toten Grenze, in alten Industriegebieten wie Aichfeld-Murboden, Köflach, Voitsberg, und ich könnte noch fortsetzen *(Beifall bei der SPÖ)*, wenn nicht unter dieser Regierung!

Sie sprechen von der Notwendigkeit des Ausbaues des Nahverkehrs. Worum geht es denn in dieser Regierungspolitik seit über einem Jahr, wenn nicht auch um die Frage: Förderung des Nahverkehrs. Auch hier laufen Sie offene Tore ein. *(Abg. Dr. Mussil: Es geht immer schlechter seit einem Jahr mit dem Nahverkehr!)*

Sie sprechen von der Notwendigkeit der Förderung eines Qualitäts-Fremdenverkehrs. Minister Staribacher ist seit Jahren darum bemüht, aber gegen Ihren anfänglichen Widerstand. Erst später haben Sie sich auch dazu bekannt, ja zu sagen, und Sie erkennen, wie richtig und wichtig das ist.

Und nun zum letzten auf diesem Gebiet: Einführung einer Investitionsprämie. Es ist sehr interessant, daß Sie, die Sie immer für vorzeitige Abschreibungen nach der Gießkannenmethode eingetreten sind, nun für Prämien argumentieren. *(Abg. Dkfm. Gorton: Das ist ja gar nicht wahr!)* Aber zusätzlich. *(Abg. Dkfm. Gorton: Wir waren für beides!)* Sie waren nicht für beides, sondern Sie haben die Prämien abgelehnt. Aber jetzt wollen Sie behalten, was Sie haben, und dem Staat durch Erfinden neuer Förderungsmöglichkeiten neue Ausgaben verursachen.

Dazu ist zu sagen, daß Sie übersehen haben, daß es bereits im Jahresprogramm 1978 des ERP-Fonds eine Förderung von neuen Produkten, von neuen Technologien, von neuen Verfahren gibt im Anschluß an die Förderung des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft.

Für Betriebsneugründungen fordern Sie Förderungen, die stehen aber in Form der Verfügbarkeit der Finanzierungsgarantiegesellschaft zur Verfügung.

Sie haben gesagt, Sie wollen mehr für Consulting und Engineering, aber ein Agro-Plan wird von dieser Regierung ins Leben gerufen werden für Consultingzwecke der österreichischen Landwirtschaft im Ausland.

Nun zu einem, wie mir scheint, wesentlichen Punkt. Sie sprechen sich für ein Prämienmodell zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aus. Sie wollen dafür ziemlich viel Geld dem einzelnen Unternehmer zuwenden *(Abg. Dr. Mussil: Wer sagt das? - Abg. Dr. Tull: No na!)*, rückblickend verrechnen, wenn Arbeitsplätze geschaffen wurden, und zwar Erstattungsbeiträge, die wesentlich über die Beiträge der Unternehmen für die Arbeitslosenversicherung hinausgehen würden.

Was wäre die Konsequenz? Die Konsequenz wäre, daß man in Wirklichkeit jenen Unternehmern, die ohnedies zusätzlichen Arbeitskräftebedarf haben und diesen decken würden, noch im nachhinein eine Lohnsubvention gibt - das ist nämlich die Konsequenz dieses Vorschlages -, während wir glauben, daß es richtiger ist, Investitionen zu fördern, damit diese Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dafür steht im Zusammenhalt mit diesem

Dr. Veselsky

Budget – denn es ist ja ein Siebenpunktprogramm der Regierung zur Behandlung – allein eine Summe von 10 Milliarden Schilling für Zwecke der Industrieinvestitionsförderung zur Verfügung. Und da möchte ich sagen, meine Herren: Das ist denn doch wesentlich mehr als der Betrag, den Sie sich im Taus-Konzept jetzt vorstellen. Denn so detailliert die Überlegungen des Herrn Dr. Taus im einzelnen sind, so sehr meidet er es, eine Gesamtkostensumme zu nennen. Nun ja, wenn er auf der einen Seite 30 Milliarden Schilling einsparen will, allerdings in drei bis fünf Jahren, durch Ausgabenkürzungen, und dann bringt er mit einem Schlag wieder Milliarden an Mehrausgaben, dann ist das verständlich.

Aber er sagt, daß es weniger kosten würde als die Verwirklichung eines Automobilproduktionsprojektes. Da haben wir dann einen Anhaltspunkt, weil dreieinhalb Milliarden Schilling an Eigenkapital dafür in etwa notwendig wären, und Ihr Konzept würde nicht einmal dreieinhalb Milliarden Schilling umfassen. Ich muß sagen: hoch interessant! Denn auf der anderen Seite sieht das Konzept der Regierung, der Industrieinvestitionsförderungsfonds 10 Milliarden Schilling vor. Daran können Sie schon ermessen, wie unernst Ihr Vorschlag ist und um wieviel weitergehend der Vorschlag der Bundesregierung.

Ich kann nur eines sagen: In den Händen der Regierung war die Sicherung der Vollbeschäftigung gut gelegen in den schweren Jahren, die hinter uns liegen, und sie wird auch in den Händen dieser Partei wesentlich sicherer liegen als in Ihren Händen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe meinem Vorredner aufmerksam zugehört und muß ihm in machem recht geben. Allerdings bleibt doch einiges offen.

Erstens, glaube ich, sollte ein wirtschaftlich so versierter Mann wie Dr. Veselsky nicht das in diesem Hause sehr beliebte Märchen verbreiten, daß die ungeheure Schuldenlast des österreichischen Staates auf die Bekämpfung einer Rezession zurückzuführen ist. Wir haben schon zu verschiedenen Malen ziffernmäßig belegt, daß das nur im ganz kleinen Umfang stimmt, hinsichtlich eines Bruchteiles des Gesamtschuldenstandes.

Bedrohlich ist vielmehr – das wollen Sie ja nicht wahrhaben –, daß wir es mit einem strukturellen Defizit zu tun haben, das ohne Rücksicht auf widrige Konjunkturlagen und

deren Folgen besteht und mit dem wir fertigwerden müssen. *(Abg. Wille: Kollege Dr. Broesigke! Stimmt es, daß die Staatsverschuldung ab 1974 auf 10 Prozent des Bruttonationalproduktes gesunken ist und daß erst 1975 die sogenannte starke Erhöhung kam?)* Ich kenne diese Umrechnungsmethoden mit dem Bruttonationalprodukt sehr wohl. Aber es ist auch eine Tatsache, daß laut Rechnungsabschluß des Rezessionsjahres nur etwa 4 Milliarden mehr ausgegeben wurden, als allein für dieses Jahr vorgesehen war. Da man bei der Beschlußfassung über das Budget nicht an eine Rezession, sondern an ein Fortdauern der Konjunktur dachte, ergibt sich aus dem Zusammenhang zwischen Budget und Rechnungsabschluß, daß die Regierung allerbestenfalls, also sehr kräftig nach oben aufgerundet, 4 Milliarden für die Rezessionsbekämpfung ausgegeben hat, wahrscheinlich waren es sogar noch weniger. Das können Sie, wenn Sie diese beiden Schriftstücke zur Hand nehmen, einwandfrei nachweisen. Dazu gibt es noch ein Gutachten des Ford-Institutes, das sogar noch einen geringeren Betrag ansetzt. Aber ich habe jetzt schon den höheren Betrag genannt.

Ich wende mich gegen dieses Märchen nicht so sehr deshalb, weil es ein propagandistisches Märchen ist, sondern deshalb, weil es zu einer immensen Selbsttäuschung führt, ja sogar – ich habe manchmal nach den Reden, die hier gehalten werden, diesen Eindruck – zu einer Selbsttäuschung in den Reihen der sozialistischen Abgeordneten über die wirkliche Situation, weil man nicht wahrhaben will, daß hier ein strukturelles Defizit entstanden ist, das eine schwere Gefahr für die Zukunft darstellt, wenn es nicht gelingt, es abzubauen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Zweitens wäre an Herrn Kollegen Dr. Veselsky wohl die Frage zu richten, wie er es heute mit seiner seinerzeitigen Äußerung, die da lautete: „Aus dem Budget ist ja nichts mehr zu holen – aus nichts wird nichts“, hält.

Wir haben heute sehr viel über „nichts“ gehört – „nichts“ unter Anführungszeichen –, aber darüber, ob diese seinerzeitige Äußerung auf dieses Budget, auf die allgemeine Budgetlage oder worauf überhaupt zu beziehen ist – da wären ja mehrere Deutungen möglich –, haben wir nichts gehört.

Und zum dritten haben wir heute sehr deutliche Aussagen über die Strukturpolitik der sozialistischen Regierung gehört. In einer Veröffentlichung der „Kronen-Zeitung“ mit der Überschrift „Ein unheimlich starker Abgang“ heißt es wörtlich als Zitat Dr. Veselskys:

„Weil man es in den guten Jahren verabsäumt habe, eine zukunftsweisende Strukturpolitik zu formulieren und in Angriff zu nehmen ...“

Dr. Broesigke

Das ist ja der Vorwurf, den die freiheitliche Opposition in diesem Haus immer wieder gebracht hat, nämlich daß man es in den guten Jahren verabsäumt hat, das wirtschaftlich Notwendige zu tun, daß man nur auf Ausgeben und Umverteilen und Ausdehnung des Staatshaushaltes aus war und daher einer schwierigen Situation in dem Augenblick gegenüberstand, wo das eintrat, was man sich gar nicht vorstellen konnte, nämlich die Rezession.

Diejenigen, die immer davon redeten, daß sich der Staat auf der Überholspur befinde, nämlich die gesamte österreichische Wirtschaft gegenüber anderen Wirtschaften Europas, mußten auf einmal feststellen, daß man ins Schleudern gekommen ist.

Auf diese Fragen, glaube ich, wäre doch eine Antwort zu geben gewesen von jemandem, der sich am Rednerpult als einer vorgestellt hatte, der noch bei diesem Budget mitgewirkt hat, also, um ein schönes „deutsches“ Wort zu gebrauchen, „Insiderkenntnisse“ vom Werden dieses Budgets hatte.

Nun zum Staatshaushalt selbst. Ausschlaggebend ist immer, auf welchen Prognosen man aufbaut. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat gemeint, daß im Jahre 1978 ein reales Wachstum von 1,5 Prozent und eine Inflation von 5 Prozent, sohin ein nominelles Wachstum von 6,5 Prozent zu erwarten wäre. Der Herr Finanzminister hat das bei der Budgeterstellung auf 7, also um ein halbes Prozent aufgerundet. Ich glaube, es wäre vielleicht besser gewesen, vorsichtig zu sein und bei der Prognose zu bleiben, denn es kann doch wohl nicht bestritten werden, daß man sich in der Vergangenheit schon zum wiederholten Male und sehr kräftig bei der Prognose verschätzt hat, daß die Ziffern, die Prozentannahmen, die dem Staatshaushalt zugrunde lagen, nicht stimmten und sich dann die entsprechenden Fehler einstellten.

Aber nehmen wir nun an, daß diese Annahme des Finanzministeriums, 7 Prozent Wachstum für 1978, stimmt. Dann erhebt sich doch wohl die Frage, ob man tatsächlich, was so groß hinausposaunt wird, hier von einem Sparbudget reden kann. Das würde voraussetzen, daß die Ausgaben des Staatshaushaltes nicht in höherem Maße steigen als das angenommene Wachstum des Bruttonationalprodukts, also 7 Prozent. (Abg. Dr. Mussil: 6½ Prozent!) Ich habe schon gesagt: Wir gehen jetzt von den Annahmen des Finanzministers aus und werden, das glaube ich unschwer sagen zu können, zu dem Ergebnis kommen, daß es sich selbst unter Zugrundelegung dieser Annahmen um kein Sparbudget handelt. Denn laut Voranschlag für das Jahr 1977 betrugen die Ausgaben 241 Mil-

liarden, und heuer sollen sie 268 Milliarden betragen.

Wenn man nun die bereinigten Ziffern zur Hand nimmt, worauf Sie, Herr Vizekanzler, jetzt hinweisen wollten, dann sind es 202 Milliarden beziehungsweise 225 Milliarden. Und wenn Sie in beiden Fällen nachrechnen, dann haben Sie eine Steigerung von 11 Prozent des Ausgabenrahmens und nicht eine solche von 7 Prozent.

Wenn Sie also in einem Zeitpunkt, wo Sie annehmen, daß das Bruttonationalprodukt um 7 Prozent steigen wird, den Ausgabenrahmen um 11 Prozent ausdehnen, kann man beim besten Willen nicht mehr von einem Sparbudget sprechen. Ein Sparbudget wäre es gewesen, wenn die Ausdehnung höchstens 7 Prozent ausgemacht hätte. (Abg. Dr. Mussil: 6½!)

Also von der Ausgabenseite her ist das Sparbudget zweifellos mißlungen. Nun ich weiß schon, daß in den Erläuterungen das Finanzministerium darauf hingewiesen hat, das ganze hänge mit der Umschichtung beim Familienlastenausgleichsfonds zusammen, und wenn man das zugrunde lege, komme man zu anderen Ziffern.

Von solchen Zahlenspielerien halten wir sehr wenig, denn das Budget ist unter Zugrundelegung der gegebenen rechtlichen Grundlagen zu beurteilen, und die weisen eine solche Ausgabenausdehnung nun einmal auf. Daher, glaube ich, kommt ein nüchternes Nachrechnen zu dem Ergebnis, daß, selbst wenn die Konjunkturprognose stimmt, das mit dem Sparbudget auf jeden Fall nicht stimmt.

Daß die darin enthaltenen Sparmaßnahmen – oder besser gesagt, ob sie im Budget enthalten sind, ist nicht immer klar ersichtlich, aber in der Budgetrede waren sie angekündigt – äußerst kümmerlich sind, das illustriert ja nur die Richtigkeit dieser Ziffern, denn bei einem Rahmen von 268 Milliarden wird das Einsparen von 600 Millionen nicht sehr ins Gewicht fallen.

Es sieht überhaupt, auch wenn man sich diese Zusammenstellung durchsieht, die Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, in der Budgetrede gegeben haben, mehr wie ein Katalog des in den letzten Jahren an Sparmaßnahmen Versäumten und nicht wie neue Sparmaßnahmen aus. Aber selbst wenn es anders wäre, offensichtlich ist, daß es nicht ausgereicht hat, um die Ausweitung des Ausgabenrahmens zumindest auf jenes Niveau herunterzudrücken, das der Annahme hinsichtlich des Wachstums des Bruttonationalprodukts nominell entsprach.

Das führt auch dazu, daß die Finanzschuld weiter steigt und Ende des Jahres 1978 fast 200 Milliarden Schilling erreichen wird, von der

Dr. Broesigke

Verwaltungsschuld gar nicht zu reden. Nun, was ist das für eine Sanierung, wo die Schuld steigt? Normalerweise pflegt man unter Sanierung zu verstehen, daß es gelingt, die Schuld zu senken oder doch zumindest gleichzuhalten. Auch dies ist nicht geschehen, und das führt dazu, daß heuer 31 Milliarden Schilling für die Staatsschuld verwendet werden müssen, das sind 11,6 Prozent der Budgetausgaben. Ein Debattenredner hat diese Ziffern schon erwähnt.

Das ist offenbar auch dem Herrn Bundesminister zum Bewußtsein gekommen, und um das etwas zu beschönigen, wurde etwas Neues in das Haushaltsgesetz aufgenommen, nämlich auf Seite 1 das Nettodefizit. Wenn Sie sich dort die Ziffern anschauen, finden Sie gleich auf der ersten Seite des Budgetentwurfes eine Zahl, die es in den vergangenen Jahren nicht gegeben hatte, nämlich das Nettodefizit. Diese Zahl hat keinerlei juristische oder haushaltsmäßige Bedeutung. Die Bedeutung ist lediglich, daß damit ein Hinweis gegeben werden soll, daß Ihrer Meinung nach offenbar die Sache gar nicht so arg ist, sondern daß ja in Wirklichkeit das Defizit kleiner wäre als veranschlagt. In Wirklichkeit wird damit ein völlig falscher Eindruck erzeugt, denn dort, wo es zu Vermögensumschichtungen kommt, pflegt man ja auch nach dem Haushaltsrecht nicht anzuführen, welche Wertobjekte an Stelle von Ausgaben treten. Wir haben ja eine Kameralistik und keine Doppelte Buchhaltung.

Nun zur Einnahmenseite. In der Budgetrede, aber auch bei anderen Diskussionen wird in letzter Zeit immer und in zunehmendem Umfang behauptet, daß es mit dem Steuerdruck auf die österreichische Bevölkerung gar nicht so arg sei, daß keine Rede davon sein könne, daß die Steuerschraube überdreht sei, daß eine solche Behauptung durch Wiederholung nicht an Wahrheitsgehalt gewinne, und so geht das weiter. Ich glaube, es ist daher auch hier notwendig, einmal die Situation mit einigen nüchternen Ziffern darzustellen.

Zunächst werde ich mir die Mühe machen, alle Belastungen auf steuerlichem und Gebührengelände aufzuzählen, die uns in dieser Legislaturperiode beschert wurden.

Das war zuerst die Salzpreiserhöhung, dann kam die Erhöhung der Bundesverwaltungsabgaben per 1. Dezember 1975, dann kam die Zigarettenpreiserhöhung, dann kam die Erhöhung der Postgebühren ab 1. Jänner 1976, zum gleichen Zeitpunkt die Umsatzsteuererhöhung von 16 auf 18 Prozent, dann wurde ab 1. März 1976 die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung erhöht, es folgte die Bundesmineralölsteuer, wieder die Zigarettenpreise, dann die Bundeskraftfahrzeugsteuer, durchschnittlich gleich um

100 Prozent, wieder die Zigarettenpreise, dann wieder der Salzpreis, darauf kamen die landwirtschaftlichen Einheitswerte dran ab 1. Jänner 1977, die Vermögensteuer wurde von 0,75 Prozent auf 1 Prozent ab 1. Jänner 1977 erhöht, bei den Stempelgebühren gab es per 1. Jänner 1977 Erhöhungen zwischen 108 und 426 Prozent, zum gleichen Zeitpunkt bei den Telefongebühren solche zwischen 17 und 25 Prozent, dann kam die Bundesbahntarifierhöhung in Etappen, von denen eine schon verwirklicht ist seit 1. März 1977, und zwar sowohl beim Personentarif als auch beim Gütertarif, dann die Sozialversicherungsabgaben, wohlgemerkt nicht die jetzige, sondern eine Beitragserhöhung mit 1. Jänner 1977, und wieder die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung per 1. August 1977.

Das sind die „Leistungen“, die bereits in dieser Legislaturperiode erfolgt sind. Ich beziehe jetzt gar nicht ein, was wir morgen zu besprechen haben, weil wir da Gelegenheit haben werden, uns ausführlich zu unterhalten.

Die Sanierung – soweit man hier von Sanierung sprechen kann und die Reduzierung des Haushaltsdefizits gegenüber dem Vorjahr, wenn sie aufrechtzuerhalten ist, als Sanierungsmaßnahme ansieht – beabsichtigt man offenbar nicht über die Ausgabenseite, denn ich habe schon dargetan, daß auf der Ausgabenseite hier nichts Beachtliches geschehen ist, sondern über die Einnahmenseite.

Dementsprechend geht man auch davon aus, daß man um 15 Prozent höhere Einnahmen haben würde, als für das vergangene Jahr vorgesehen. Allein bei der Einkommensteuer, und zwar in beiden Formen, sowohl als veranlagte als auch als Lohnsteuer, soll die Erhöhung 24 Prozent nach Ihren Schätzungen betragen, bei der Umsatzsteuer 10 Prozent, also auch noch höher als die mutmaßliche Erhöhung des Bruttonationalproduktes, und bei den Stempeln gar 40 Prozent.

Wenn man nun sagt, daß die Steuerbelastung der österreichischen Bevölkerung nicht steige, so gibt es auch hier eine Widerlegung durch einige Ziffern, die dem Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 zu entnehmen sind. Ich nehme also nur jene Ziffern, die amtlich vom Bundesministerium für Finanzen zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesen ergibt sich, daß die Steuerbelastung des Bruttonationalproduktes im Jahre 1970 36,2 Prozent war, im Jahre 1977 39 Prozent, und im Jahre 1978 ist nun endlich die Traumgrenze überschritten, jetzt sind es 40,7 Prozent des Bruttonationalproduktes.

Alle Erwägungen darüber, was nun der Bund

Dr. Broesigke

einnimmt, was die Länder einnehmen, was die Gemeinden einnehmen, was die Kammern oder Sozialversicherungsinstitute einnehmen, alle diese Erwägungen und das interne Hin- und Herrechnen zwischen diesen Steuereinnahmeberechtigten, alles das ist für den Zahlungspflichtigen völlig gleichgültig. Denn ob er 100 Schilling der Gemeinde abliefern muß oder dem Bund oder dem Sozialversicherungsinstitut, ist für ihn gleich. Tatsache ist, daß sein Einkommen mit diesen Abgaben belastet ist und daß diese Belastung für das Jahr 1978 auf Grund der nunmehr vorgesehenen und morgen wahrscheinlich zu beschließenden Belastungen im Ansteigen begriffen ist, auf 40,7 Prozent. Ich weiß, da wird auch wieder gesagt, in Wirklichkeit sei die Sache etwas anders, weil durch die Änderung beim Familienlastenausgleich sich hier eine größere Erhöhung ergibt.

Aber, Herr Vizekanzler, daraus ersehen Sie nur, daß es in der Vergangenheit falsch berechnet war. Denn in dem Augenblick, in dem Sie die Abzugsbeträge in Absetzbeträge umgewandelt haben, hätte die Statistik schon die Erhöhung der Steuer ausweisen müssen, weil das, was Sie jetzt machen, nur mehr der Formalakt ist, daß Sie diese Absetzbeträge auf die andere Seite hinübernehmen und direkt auszahlen, statt die Absetzung notwendig zu machen, wobei auch nicht immer der, der auf diese Weise um ein Einkommen gekürzt wird, die Vergütung bekommen wird. Aber es wird morgen ausreichend Gelegenheit sein, dazu zu sprechen.

Ich sage also nur das eine: Es verfängt nicht, wenn man sagt, durch diese Umstellung kommt die Erhöhung der Belastung zustande, sondern in Wirklichkeit kommt durch die Umstellung die faktische Belastung klar heraus, die bisher versteckt war durch die Systematik Steuergesetz einerseits und Familienlastenausgleichsgesetz andererseits.

Wir sind also jetzt an einer Grenze angelangt, wo wir bei 40,7 Prozent stehen, während der Ausgangspunkt 36,2 Prozent gewesen ist. Das ist ein beachtlicher Weg. Denn man kann vielleicht sagen: 1 Prozent – auch schon etwas!, aber 1 Prozent ist ja in diesem Fall mehr als 8 Milliarden Schilling. Das sind ja Ziffern in gewaltigen Größenordnungen, und das burden Sie alles dem Österreicher auf. Dann wundern Sie sich, wenn langsam mit der Einbringung dieser Beträge Schwierigkeiten entstehen und sich in Zukunft auch noch häufen werden. Denn kein Gesetzgeber kann ungestraft eine bestimmte Grenze überschreiten; er zahlt dabei nur selber drauf.

So müssen Sie gestatten, wenn wir erhebliche Zweifel daran hegen, ob es Ihnen gelingen wird,

im Jahre 1978 jene 24 Prozent mehr an Einkommen- und Lohnsteuer hereinzukriegen, die Sie sich für dieses Jahr ausgerechnet haben.

Im Zusammenhang mit einem Staatshaushalt sind noch einige andere Ziffern von Bedeutung, vor allem das Verhältnis zwischen jenen Ausgaben, bei denen ein Ermessen eingeräumt ist, und jenen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen. Auch hier soll sich für 1978 wieder das Verhältnis zuungunsten des Staates verschieben, indem die Starrheit wächst und wir bei 87 Prozent angelangt sind.

Die Starrheit des Staatshaushaltes wächst, es steigt aber die Bewegungsmöglichkeit des Bundesministers für Finanzen. Denn er hat sich in dem Budgetgesetz, also in jenen Artikeln, die sich in der Regierungsvorlage vor dem Zahlenmaterial befinden, gewaltige Vollmachten ausbedungen.

Es wurde hier schon zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß Österreich, wie ich glaube, als einer von ganz wenigen Staaten der westlichen Welt kein Haushaltsrecht hat und Jahr um Jahr vergeht, ohne daß ein solches zustande käme.

Die Differenzierung zwischen der ordentlichen und der außerordentlichen Gebarung ab dem Jahre 1978 wegfällen zu lassen, das halten wir für durchaus zweckentsprechend, weil diese Unterscheidung ja in der letzten Zeit eine Leerformel gewesen ist. Daß man aber mit diesem Gesetz dem Bundesminister für Finanzen so umfangreiche Vollmachten einräumt, wie es hier geschieht, das ist eine ernste Einschränkung der Rechte des Parlaments. Es hat bekanntlich damit begonnen, daß alle diese Maßnahmen durch ein Bundesgesetz in Kraft gesetzt werden sollten beim Konjunkturausgleichsbudget und dergleichen mehr. Das ist alles jetzt weggefallen. Das kann jetzt der Bundesminister für Finanzen aus eigenem Entschluß machen. Es steht zwar im Gesetz drin, wann er es kann, aber das sind einige Kautschukbestimmungen, über deren Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit man streiten kann.

Wenn zum Beispiel das Konjunkturergebnis 1 Prozent unter den erwarteten 7 Prozent zurückbleibt, dann ist das schon ein Anlaß, um die Maschinerie in Gang zu setzen. Wenn Sie bedenken, daß die 7 Prozent aus 5,5 Prozent Inflation und 1,5 Prozent reales Wachstum bestehen, so ergibt sich klar, daß, wenn der Glücksfall eintreten sollte, daß die Inflation um 1 Prozent geringer ist, als vom Wirtschaftsförderungsinstitut befürchtet wird, der Finanzminister die Ermächtigung hat, zusätzliche Beträge einzusetzen.

Dr. Broesigke

Das Defizit beträgt laut Voranschlag 40,4 Milliarden, nach Artikel 3 Abs. 1 kommen dazu 5,3 Milliarden und nach Artikel 3 Abs. 2 11,4 Milliarden. Dann kommt noch dazu im Artikel 8a fast 1 Milliarde, also im ganzen 58 Milliarden.

Es ist also so, daß 40 Milliarden schon im Gesetz enthalten sind, sie werden hier vom Parlament beschlossen, und weitere 18 Milliarden, also fast die Hälfte des derzeit ausgewiesenen Defizits, bleiben dem Bundesminister für Finanzen überlassen, ohne daß er jemals mehr ins Parlament gehen müßte.

Ich glaube, das ist ein Weg, der gefährlich ist. Man kann, wenn man die einzelnen Haushaltsgesetze nebeneinanderlegt, eine Materie, für die sich normalerweise leider niemand interessiert, verfolgen und sehen, wie jedes Jahr das Parlament ein kleines Stückchen seiner Rechte auf dem Weg über diese Haushaltsgesetze aufgibt und der Vollziehung – in diesem Fall dem Bundesminister für Finanzen – überläßt.

Wir Freiheitlichen glauben, daß das eine Entwicklung ist, der Einhalt geboten werden muß von zwei Seiten: erstens dadurch, daß das Parlament eben so großzügige Ermächtigungen nicht erteilen sollte, und andernteils durch die Schaffung des neuen Haushaltsrechtes. Diese großzügigen Ermächtigungen sollten schon unter dem Gesichtspunkt nicht erteilt werden, daß es doch keinen Sinn hat, wenn für verhältnismäßig geringfügige Dinge Berichte gemacht werden müssen oder bei Veräußerung von Bundesvermögen die Genehmigung des Parlaments in Form eines Gesetzes eingeholt werden muß – und über 18 Milliarden kann der Bundesminister für Finanzen praktisch frei verfügen? Ich sage „praktisch“, denn ich wiederhole noch einmal: Ich weiß sehr wohl, daß in diesem Gesetz Bedingungen enthalten sind, aber jeder, der diese Bedingungen aufmerksam liest, weiß, daß sie praktisch eine Blankovollmacht darstellen.

So müssen wir nach den Erfahrungen vergangener Jahre befürchten, daß es auch bei diesen 40 Milliarden, die hier offiziell als Defizit eingesetzt sind, nicht bleibt und daß erst auf dem Umweg über den Bundesrechnungsabschluß feststellbar sein wird, wie hoch das eigentliche Budget gewesen ist.

Das ist das Gegenteil von Transparenz, das ist gerade jene Undurchsichtigkeit der Gebarung, um deren Beseitigung die jetzige sozialistische Mehrheit seinerzeit als Opposition gekämpft hat. Sie hat es jetzt offenbar vergessen, denn sonst würde sie das tun, was Dr. Tull hier lautstark angekündigt hat, nämlich eine entsprechende Prüfung vornehmen – das hat er ja

hier gesagt – und jene Bestimmungen ändern, zumindest in den gesetzlichen Bestimmungen des Bundeshaushaltes, die mit dem parlamentarischen Prinzip nur sehr schwer vereinbar sind.

Wir glauben nicht an Wunder und nehmen daher an, daß es mit diesem Budget genauso gehen wird wie mit vorangegangenen, genauso gehen wird wie in den sogenannten Ausschüßberatungen über die verschiedenen Abgabengesetze, die morgen auf die Tagesordnung kommen. Aber wir glauben verpflichtet zu sein, hier unsere Kritik laut werden zu lassen, eine Kritik, die, wie wir glauben, sowohl in den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten als auch in den wirtschaftlichen Tatsachen hinreichend fundiert ist.

Vielleicht dient dies doch dazu, daß zumindest der eine oder der andere nachdenklich wird und sich nicht berauscht an den eigenen Phrasen von Vollbeschäftigung und ähnlichem, sondern sich doch vielleicht vor Augen hält, daß die beste Vollbeschäftigungspolitik eine gute Wirtschafts- und Steuerpolitik wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vizekanzler Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! „Österreich ist eines der wenigen OECD-Länder, das innerhalb der letzten Jahre ein hohes Niveau der Beschäftigung erhalten hat. Zur selben Zeit ist die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, beträchtlich verringert worden. Eine expansive Fiskalpolitik“ – bedeutet Budgetpolitik – „hat ohne Zweifel einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet“.

Zu dieser Feststellung kommt die OECD in ihrer jüngsten Untersuchung über Österreich und führt an einer anderen Stelle im speziellen zum Budget aus:

Es kann wenig Zweifel bestehen, daß eine determinierte antizyklische Politik, welche während der Rezession 1975 begonnen wurde und ihre Fortsetzung durch die folgende Phase der konjunkturellen Erholung der Hauptfaktor hinter Österreichs Erfolg in der Erhaltung der Vollbeschäftigung während dieser Jahre gewesen ist ...

Ich glaube, das ist die beste Antwort auf viele der Kritiken, die es heute hier gegeben hat. Ohne den Einsatz, den massiven Einsatz des Budgets wäre dieses Ergebnis in einer Zeit weltwirtschaftlicher Rezession und seither nur sehr schwacher Erholung nicht zu erzielen gewesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß man heute schon die siebziger mit den sechziger Jahren vergleichen kann.

Vizekanzler Dr. Androsch

Hohes Haus! Von 1960 bis 1970 gab es eine Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen, selbständiger und unselbständiger, um 177 000. Allein die Selbständigen sind von 932 000 auf 672 000 zurückgegangen. Das ist ein Zeitraum, für dessen Hälfte Sie die alleinige Verantwortung und für dessen andere Hälfte, meine Damen und Herren der ÖVP, Sie jedenfalls eine wesentliche – vor allem für die Wirtschaftspolitik – Verantwortung getragen haben.

Seit 1970 ist die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wieder um 156 000 angestiegen, und ich räume gerne ein, daß wir besonders stolz darauf sind, daß die Zahl der Unselbständigen um 303 000 zugenommen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das konnte unter anderem nur durch die Budgetpolitik geschehen.

Herr Abgeordneter Dr. Taus! In den Jahren der Hochkonjunktur haben damals Sie oder Vertreter Ihrer Partei, zum Beispiel Professor Koren im „Kurier“ am 23. 12. 1970, gemeint: „Professor Koren kann sich“ – damals – „nicht vorstellen, daß das Eventualbudget von Minister Androsch, das im Fall eines Konjunkturrückganges gezündet werden soll, überhaupt realisierbar sei.“

Es war nicht notwendig, weil wir – entgegen der damaligen Erwartung einer kleinen Rezession, die es anderswo gegeben hat – von einer solchen nicht erfaßt wurden, und das hat sich eigentlich bis ins Frühjahr 1974 fortgesetzt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das hat es möglich gemacht, den Handlungsspielraum im Budget ganz beträchtlich zu verringern, und es wäre sicherlich nicht unredlich gewesen, Herr Dr. Taus, wenn Sie bei der Nennung des Budgetdefizits im Jahre 1971 in der Höhe von 7,7 Milliarden auch erwähnt hätten, daß darin 6 Milliarden Kreditrückzahlungen enthalten waren, sodaß das Netto-Defizit 1,7 betrug, dasselbe gilt für 1972, wo 6,3 Milliarden an Rückzahlungen gewesen sind, sodaß das Netto-Defizit nur 1,4 Milliarden betragen hat, denen eine ungleich höhere Summe an investiven Ausgaben gegenüberstand, also Ausgaben, mit denen beträchtliche Werte geschaffen wurden. Diese Politik von 1970 bis 1974 hat es erlaubt, einen zusätzlichen Finanzierungsspielraum zu schaffen, der immerhin 17 Milliarden Schilling betrug, sodaß folgendes nicht eingetreten ist.

Herr Dr. Taus, Sie haben am 18. Dezember 1975 im Parlament erklärt: „Bei diesem Budget 1976 – das entspricht genau der Argumentation, die wir von Anfang an gebracht haben – ist der konjunkturpolitische Handlungsspielraum zu Ende. Dieses Budget kann kein konjunkturpolitisches Ankurbeln mehr auslösen. Die Regie-

rung hat diesen Handlungsspielraum verspielt, und zwar deshalb, weil bereits 1972 damit begonnen wurde, ihn zu verspielen, jedes Jahr ein Stückerl mehr.“

Tatsächlich konnten 33,4 Milliarden fremd, also im Kreditwege, finanziert werden. Ich will Sie mit der Zitierung gar nicht aufhalten, das läßt sich genauso 1976 auf 1977 sagen und noch eine Fülle anderer gleichartiger Zitate, wo Jahr für Jahr seit 1970 erklärt wurde, daß der Handlungsspielraum verlorengegangen ist und die Tatsache die ist, daß die OECD zum Ergebnis kommt, daß der nicht bestreitbare Erfolg an Beschäftigungssicherung, ohne daß er um eine steigende oder gar eine überproportionale Inflation hätte erkaufte werden müssen, auf die budgetpolitischen Maßnahmen, auf das Nutzen dieses Spielraumes zurückgeführt werden konnte und kann.

Zur Frage: Wo sind die Grenzen der Staatsverschuldung?, darf ich auch hier diesen OECD-Bericht zitieren. Hier heißt es in freier Übersetzung: Während es keine objektiven Standards für eine Obergrenze der Verschuldungsmöglichkeiten des öffentlichen Sektors gibt, so kann man im Vergleichswege sagen, daß Österreichs öffentliche Verschuldungsposition verglichen mit der anderer wichtiger OECD-Staaten, und zwar gemessen sowohl pro Kopf wie auch in einem Prozentsatz zum Bruttonationalprodukt, eine relativ günstige Position zum Ausdruck bringt.

Denn ich bitte doch zu berücksichtigen, daß etwa im nächstjährigen Budget Investitionen von 48 Milliarden enthalten sind, also nicht nur Aufträge an die Wirtschaft in dieser Höhe, sondern doch auch das Schaffen von Werten, und daß davon ziemlich genau die Hälfte aus laufenden Einnahmen finanziert wird und nur die andere Hälfte, nämlich 24 Milliarden Schilling – das ist das Nettodefizit, und darum ist das die einzige ökonomische Größe, die eine Aussagekraft hat, weil ja im Bruttodefizit die Rückzahlungen stecken –, im Kreditwege finanziert werden.

Und, Herr Abgeordneter Peter, mir doch bitte in der Überlegung zu folgen. Wenn jemand ein Haus baut, ein Eigenheim – und das kommt erfreulicherweise bei vielen Österreichern vor –, so ist es doch keine schlechte Relation, wenn er in der Lage ist, die Hälfte dieses Wertes, den er sich schafft und den er dann auf Jahre und Jahrzehnte nutzt, die Hälfte dessen aus laufenden Einnahmen eines Jahres finanzieren kann und nur die andere bei der Bausparkasse oder Sparkasse oder sonstwo ausleihen muß.

Das ist aber genau die Position des Bundes, der eben nicht nur einmal ein Haus baut,

Vizekanzler Dr. Androsch

sondern jedes Jahr eine Fülle solcher Werte schafft, ob Schulen, ob Straßen, ob Telegrapheneinrichtungen, ob Post oder was immer es ist. Also abgesehen vom Beschäftigungseffekt eben auch ein entsprechender Effekt des Schaffens von Werten, von Vermögen, und es ist doch nur sinnvoll, daß das gesparte Geld auch hier eingesetzt wird. Wo sollte es denn dann sonst eingesetzt werden? Woher sollten eigentlich dann die Sparer und die Einleger die Zinsen bekommen? Ich bitte doch diesen Zusammenhang nicht zu übersehen.

Nun was das nächstjährige Budget anlangt, so ist es in der Tat ein restriktives, und zwar gemessen an allen Kriterien, die die Finanzwissenschaft dafür vorsieht, also etwa, ob die Einnahmen stärker steigen als die Ausgaben. Mit 11,2 steigen die Einnahmen stärker als die Ausgaben, die mit Kreditrückzahlungen 6,9 Prozent Steigerung aufweisen. Und wenn man es vergleicht mit dem Vorjahr, nämlich heuer, indem man in beiden Fällen die Kreditrückzahlungen ausscheidet, die im nächsten Jahr mit 16 Milliarden um 4 Milliarden oder um ein Drittel höher sein werden, ergibt sich überhaupt nur eine Steigerung von 5,6 Prozent.

Oder, wenn Sie berücksichtigen, daß das Nettodefizit von 34 auf 24 zurückgeht, also der Teil der Investitionen, die im Budget enthalten sind, in einem geringeren Maße durch Kredit und in einem höheren Maße aus laufenden Einnahmen finanziert werden, so kommen Sie zu einem solchen Ergebnis.

Und ich glaube, daß offenbar dies die entscheidende Frage der Wirtschaftspolitik überhaupt ist, aber ich meine, weit über die Wirtschaftspolitik hinaus, der Staatspolitik zugleich, wie es jemand eigentlich – nicht nur verbal, sondern mit dem, was er bereit ist, auch dafür zu tun – mit der Vollbeschäftigung, mit der Arbeitsplatzsicherung hält, und das gilt umso mehr in einer Zeit, wo dies – unbestrittenermaßen heute – im Bereich aller Industriestaaten zum zentralen wirtschaftspolitischen Problem geworden ist.

Herr Abgeordneter Peter! Sie haben, indem Sie den Bundeskanzler Raab zitiert haben, gemeint, die Ausgaben dürften nicht höher sein als die Einnahmen. Nun hat das für die damalige Regierung auch nicht gestimmt, und zum Glück hat einer meiner Amtsvorgänger, Professor Kamitz, im Herbst 1957 mit einem Regierungschef Raab, als eine Rezession zu bekämpfen war, nicht nach diesem Prinzip, das Sie zitiert haben, gehandelt. Sie haben gesagt, genau vor 20 Jahren. Genau vor 20 Jahren ist hier der Professor Kamitz aufgestanden und hat zur Bekämpfung der Rezession, die sich von 1957 auf 1958 entwickelt hatte, ein sehr massives Defizit in

Kauf genommen. Richtigerweise. (*Abg. Dr. Mussil: Er hat die Steuern gesenkt und nicht erhöht, Herr Finanzminister!*)

Wenn ich die Steuern so erhöhen hätte können wie die Kammerbeiträge der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, hätte ich einen Überschuß. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Herr Generalsekretär, bitte um Entschuldigung. (*Abg. Graf: Ein ungeheuer sachlicher Beitrag!*) Herr Präsident, ich weiß nicht, ob Sie auch zu den Landeskammern gehören, die das gemacht haben. Aber was dem einen recht ist, Herr Präsident Graf, müssen Sie dann im anderen Fall noch als billig anerkennen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Gleich eine Bemerkung zur Steuerquote, weil sie ja dazupafßt. Die Abgabenquote, das, was also der Bund kassiert und an Länder, Gemeinden, Katastrophenfonds, Wohnbauförderungsfonds weitergibt, ist ja seit 1970 gleich geblieben. Gestiegen sind andere Beiträge, die in anderen Ländern, weil es freiwillige Interessensvertretungen sind, nicht einmal in der Steuerquote enthalten sind, oder die Sozialquote. Natürlich, wenn ein Berufsstand wie der der Landwirte endlich, so glaube ich, etwa in die Pensionsversicherung einbezogen wird, so muß das finanziert werden. Der größte Teil kommt ohnehin aus dem Bundesbudget, erhöht aber natürlich die Sozialquote und die von Ihnen zitierte Steuerquote. Ganz abgesehen davon, daß sowohl die Umstellung 1973 wie kommenden Jahr insgesamt 2 Prozentpunkte beträgt, nur aus dem Umstand, daß das, was vorher netto verrechnet war, nunmehr brutto verrechnet wird. Aber das heißt ja nicht, daß die Belastung dem brutto entspricht. Das hieße ja genauso, daß der Umsatz der Gewinn ist. Es steht ja dem eine entsprechende Entlastung gegenüber.

Und ich darf Ihnen, Hohes Haus, sehr deutlich sagen: Wir haben innerhalb der letzten vier Jahre mit dem Budget nicht nur die Beschäftigung erhalten, sondern beträchtlich ausbauen können. Und wir sind der Überzeugung, daß es keine größere Verschwendung gibt als Arbeitslosigkeit und daß es das Gegenteil von Sparen darstellen würde, wollte man, wenn man Möglichkeiten hat, dies zu verhindern, etwa durch Aufnahme von Schulden und entsprechende Finanzierung von Ausgaben, auf diese Möglichkeit verzichten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Für Sie sind diese Maßnahmen, die dieses Beschäftigungsergebnis gebracht haben, die Illusionen der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik. Es hat jemand gemeint, mit Ihren Äußerungen am Samstag hätten Sie eine gewisse Umkehr vorgenommen, denn bis zu diesem Zeitpunkt war ja eine erklärte Ablehnung dieser Maßnah-

Vizekanzler Dr. Androsch

men hier im Parlament und außerhalb festzustellen, und man hat immer wieder von der reinigenden Funktion der Arbeitslosigkeit und ähnlichem gehört ... (Abg. Dr. Mussil: Na, wo haben Sie denn das gehört?) Das habe ich ja unlängst vom Herrn Dr. Schmitz - das ist, glaube ich, ein Angestellter der Bundeskammer, Herr Generalsekretär - gehört. Er war einmal Finanzminister. Wir haben's auch gehört vom Kammerpräsident Mitterer. Also man hat immer wieder gehört, daß es diese Einstellung gibt.

Wenn man also geglaubt hat, Herr Generalsekretär, daß das eine Änderung ist, muß man heute wieder zu einem anderen Ergebnis kommen. Die Illusion der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik. Also es ist eine Illusion, daß wir diese Ergebnisse erreicht haben.

Nun, Sie können das halten, wie Sie es für richtig befinden, wir werden uns nicht abbringen lassen, diese Politik fortzusetzen. Ich glaube, daß uns gewisse politische Entscheidungen da nicht ganz unrecht geben, denn auch nach weiteren drei Wochen ist ja der von Ihnen erhoffte Sickerprozeß nicht sehr weit fortgeschritten. Und wenn man gehofft hat, daß in Sachen Vollbeschäftigungspolitik bei Ihnen ein solcher Prozeß eingesetzt hat, mußte man nach der heutigen Rede wieder enttäuscht sein.

Eine Eindämmung des Defizits von einem Jahr auf das andere um 40 Prozent ist eine sehr massive Veränderung. Eine weitere, glaube ich, wäre konjunkturpolitisch schwer vertretbar.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Peter, hier einige Beispiele annehmen, dann hätte es - das war mein Gefühl - die Fairneß doch geboten, gemäß Seite 19 zunächst einmal darauf zu verweisen, daß von 1970 bis 1977 die Zahl der PKWs von 577 auf 452 gesunken ist und nächstes Jahr auf 413 zurückgeführt wird, daß das sicherlich budgetiert ist, weil es Absichten gibt, in den einzelnen Bereichen bei verschiedenen Botschaften solche Anschaffungen zu tätigen, die sie aber nur mit Zustimmung der Regierung tätigen können. Es gibt also eine doppelte Sperre: Nicht nur, daß es notwendig ist, daß es budgetiert ist, sondern darüber hinaus ist die letzte Entscheidung noch von der Regierung zu fällen. Wenn es notwendig ist, werden sie sicher die Zustimmung bekommen. Jeder von Ihnen war oft genug im Ausland und hat selbstverständlich von den Serviceleistungen der Botschaften Gebrauch gemacht, um zu wissen, daß das notwendig ist. Aber jedenfalls wird das auf den engstmöglichen Rahmen eingeschränkt.

Herr Abgeordneter Dr. Taus, Sie haben gemeint, mit dem nächstjährigen Budget wird die Vollbeschäftigungspolitik, die Sie gleichzeitig an einer anderen Stelle als Illusion bezeich-

net haben, aufgegeben. Ich weiß nicht so recht, was jetzt eigentlich gilt: das mit der Illusion oder das Aufgeben.

Sie haben aber gleichzeitig jene Ermächtigungen kritisiert, von denen Sie sicherlich nicht bestreiten wollen, daß sie konjunkturpolitisch notwendig sind. Sie haben ja auch voriges Jahr oder vor zwei Jahren sich in dieser Richtung geäußert und die Ermächtigungen kritisiert, die es möglich machen würden, sofern es notwendig ist, zusätzliche Ausgaben für Investitionen und damit Aufträge an die Wirtschaft zu vergeben.

Sie wissen aber auch genau, daß es für eine solche Vorgangsweise in höchstem Maße wichtig ist, daß man sich die bestmögliche Kreditwürdigkeit erhält, und Sie wissen aus Ihren Informationen um nichts weniger als ich, daß wir diese bis zur Stunde haben und sie natürlich erst recht mit solchen Maßnahmen erhalten werden und erhalten, sodaß wir jederzeit die Möglichkeit haben, hier einzugreifen, was wir nicht hoffen, aber wozu wir fest entschlossen sind, es zu tun, wenn es erforderlich ist.

Ich sage ganz offen: Wenn es die Arbeitsmarktlage erfordert und wenn es die Geldkapitalbildung ermöglicht und die Kreditfähigkeit der Republik nicht hinderlich dafür ist, werden wir auch im kommenden Jahr, wenn nicht eine stärkere konjunkturelle Erholung eintritt, als es die ersten etwas düsteren Prognosen für ganz Europa zum Ausdruck gebracht haben, von diesen Möglichkeiten ganz entschlossen Gebrauch machen.

Ich glaube, daß das das wirkungsvollere Instrument ist, als viele Milliarden etwa nach einem Gießkannenprinzip ohne viel Effizienz über das Land auszubreiten, weil ja auch das Milliarden kostet. Diese Frage ist ja bei Ihren Überlegungen offen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das nichts kostet, Herr Dr. Taus, wird auch keinen solchen Effekt haben. Darüber sind wir uns, glaube ich, doch restlos klar.

Ich darf zum Schluß kommen und sagen: wir haben in den Jahren der Hochkonjunktur den budgetären Finanzierungsspielraum ausgeweitet. Wir haben in den Jahren schwacher Konjunktur und des Wirtschaftsrückschlages davon Gebrauch gemacht, mit dem Ergebnis, daß wir zu den wenigen Ländern gehören, die die Geißel der Arbeitslosigkeit von unserem Lande fernhalten konnten, vor allem auch die der Jugendarbeitslosigkeit. Und wir konnten nicht nur ein Vollbeschäftigungsniveau sichern, sondern dieses stieg seit 1975 wieder, was notwendig war, da geburtenstarke Jahrgänge in den Arbeitsprozeß nachgekommen sind.

Und nur noch einige wenige kleine Bemerkungen. Herr Dr. Lanner hat gemeint, es bedürfe

Vizekanzler Dr. Androsch

der Anständigkeit in der Politik. – Sehr erfreulich, er ist Generalsekretär, und es wäre ganz schön, wenn das dann für die ihm unterstehenden Organe auch Gültigkeit bekäme. Er hat dann gleich ein Beispiel mit der Blutsverwandtschaft gebracht. Ich kann ihn beruhigen: Blutsverwandte dürfen nicht heiraten, andere können alle möglichen Beziehungen eingehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben uns ja bei der letzten Sitzung mit einer solchen Sache, mit einem ÖVP-Organ beschäftigt. Dabei ist es nicht um persönliche Verunglimpfungen, Verleumdungen, Gerüchtemachereien gegangen; mit dem muß jeder fertig werden, der in die politische Arena steigt. Der Herr Dr. Lanner wird das sicherlich, wenn er konkrete Politik gestalten können sollte, noch kennenlernen.

Wissen Sie, was für uns das Entscheidende ist? Daß die Gerüchtemacherei zur Verunsicherung der Sparer zu folgendem Ergebnis geführt hat: Niemand wird bestreiten, daß der Weltspartag heuer besonders ungünstig gelegen ist, nämlich zwischen einem Sonntag und einem oder zwei Feiertagen, wie Sie es rechnen wollen. Dennoch hat er ein Rekordergebnis an Einlagen gebracht mit 11,4 Milliarden Schilling oder einer Steigerung um 12,5 Prozent.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Für uns ist das das entscheidende Ergebnis. Nicht die Kritik und das Opponieren um seiner selbst willen, sondern solche Vertrauensbeweise, ob sie zweimal im Burgenland waren oder am Weltspartag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers.

Nummer 1: Wenn, Herr Finanzminister, die Politik immer so richtig war, die Sie in den letzten sieben Jahren betrieben haben, dann frage ich mich, warum der Herr Bundeskanzler am 5. Oktober 1977 einen Bericht über die Sanierung der österreichischen Wirtschafts- und Finanzsituation gibt. Wenn etwas saniert werden muß, ist vorher ein falscher Weg gegangen worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie schon, Herr Finanzminister, Bundesminister Kamitz, sicherlich den bedeutendsten Leiter des Finanzressorts der Zweiten Republik, anziehen, so möchte ich hier ... *(Zwischenrufe bei der SPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Nicht Koren?)* Das hat auch der Klubobmann Koren wiederholt in seinen Ausführungen gesagt.

So möchte ich versuchen, hier ganz kurz, Herr

Finanzminister, den wesentlichen Unterschied in unserer wirtschafts- und finanzpolitischen Auffassung herauszuarbeiten. Sie haben, Herr Finanzminister, auf Kamitz verwiesen. Gerade er hat in den fünfziger Jahren nicht nur die Liberalisierung des österreichischen Außenhandels herbeigeführt, indem er die Wirtschaft so wettbewerbsfähig gemacht hat, daß sie die ausländische Konkurrenz auch aushält, sondern er hat zu diesem Zweck auch dreimal eine Steueranpassung, eine Steuersenkung durchgeführt, Verbrauchssteuern aufgelassen. Und nach jeder Steuersenkung, Herr Finanzminister, hat er zwei Jahre später größere Einnahmen gehabt als vorher, weil er dadurch die Wirtschaft belebt hat, die Investitionen belebt hat. Ein Weg, den wir Ihnen schon oft empfohlen haben auch zu gehen.

Und da liegt der wesentliche Unterschied. Wir glauben nicht, durch ein Anziehen der Steuerschraube können wir die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, sondern durch eine vernünftige Entlastung und durch eine zielorientierte Förderung der Investitionen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister, ich bestreite gar nicht, daß es zwei Schulen gibt, zwei Denkart in dieser Richtung. Die einen, die beim Zurückgehen des Wirtschaftswachstums, beim Abflauen der Konjunktur versuchen, durch ein Anziehen der Steuerschraube verstärkte Einnahmen der öffentlichen Hand sicherzustellen, um dann im Wege der öffentlichen Hand die Wirtschaftstätigkeit wieder zu beleben. Das ist Ihre Schule, die haben Sie versucht. Und die andere Schule besteht darin, die in der Wirtschaft Tätigen, die Wirtschaftssubjekte zur Aktivität zu ermuntern, sie zu animieren, sie wettbewerbsfähig zu halten, indem man das Kostenniveau gegenüber dem Ausland möglichst vernünftig hält, das heißt, das würde auch jetzt bedeuten, eine vernünftige Anpassung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, um eine bewußte Förderung der Investitionen zu erzielen. Herr Finanzminister! Wir glauben, daß langfristig die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ein viel verlässlicheres Moment der Sicherung der Arbeitsplätze ist, als es ein kurzfristig mögliches Schuldenmachen darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das, meine Damen und Herren, ist der wesentliche Unterschied in unserer Auffassung. Wir sollten das, glaube ich, immer wieder sehr klar herausarbeiten, und die Öffentlichkeit hat dann auch die Möglichkeit, zwischen diesen beiden Auffassungen zu wählen. Parteiobmann Taus hat hier heute auch zum Ausdruck gebracht: Was wir vertreten, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, eine aktive Sicherung der Arbeitsplätze durch Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und nicht eine passive, die nur kurzfristig wirksam ist – das bestreite ich nicht –,

Dr. Mock

indem man den Schuldenrahmen gewaltig erhöht.

Nun eine kurze Bemerkung auch zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Veselsky, der leider nicht hier ist. Herr Staatssekretär! Ich hätte wirklich verstanden, wenn Sie einige Monate das Wort hier im Nationalrat nicht ergriffen hätten. Aber sieben Jahre in der Regierung zu sein, seine Vorstellungen dort nicht durchsetzen zu können, dann im August 1977 Aufrufe zu erlassen: Jetzt Strukturpolitik!, Feststellungen zu treffen, was will man vom Budget, wo nichts ist, ist nichts mehr zu holen, ist nichts mehr drinnen, und dann einen Monat später wieder herauszukommen, um das alles zu verteidigen, was man gemacht hat, so kann man einen Abgeordneten kaputt machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe nämlich wirklich geglaubt, vielleicht versucht Veselsky seinen Aufsatz „Jetzt Strukturpolitik!“ durch ein entsprechendes Konzept hier zu realisieren, leider ist das nicht geschehen, vielleicht müßte man hier auch sagen: Wo sieben Jahre nichts vorhanden war, ist auch jetzt nichts zu holen, um das Wort abzuändern, das er gegenüber dem Budget gebraucht hat.

Herr Staatssekretär, weil Sie auch auf Deutschland verwiesen haben – Herr Finanzminister, das darf ich auch an Ihre Adresse sagen –: Da darf man nicht immer nur das herausnehmen, was angenehm ist. In Deutschland gibt es halt auch eine Inflationsrate, die beträchtlich unter der österreichischen Inflationsrate liegt. In der Schweiz, da können Sie nicht einmal auf die Arbeitslosenziffer verweisen, gibt es eine Inflationsrate, die rund um null liegt. Das sind Länder, wohin wir – wenn ich das ungefähr sage – rund 40 Prozent unserer Exporte liefern. Es ist ja natürlich, daß wir das nicht lange durchhalten, wenn wir eine 5-, 6-, 7prozentige Inflationsrate haben, dort eine Inflationsrate von 1 oder 3,5 Prozent; da kommen wir mit unserer Wettbewerbsfähigkeit ins Hintertreffen. Da liegt nämlich auch eine der Ursachen für den Verfall unserer Zahlungsbilanz.

Meine Damen und Herren! Die Generaldebatte zum Budget gibt aber auch die Möglichkeit, zur allgemeinen Politik der Bundesregierung einige Bemerkungen zu machen, und zwar sowohl zum Stil der Politik als auch zum Inhalt. Mir kommt das bei der sozialistischen Alleinregierung so vor, wie es auch in einer Familie passieren kann, so offensichtlich auch in einer politischen Familie, auch in einer Betriebsgemeinschaft: wenn die Zwistigkeiten im Innern zu groß werden, versucht man sich durch Aggressionen nach außen hin zu erleichtern. Die Gereiztheit des Herrn Bundeskanzlers wächst ja von Woche zu Woche, zumindest von Monat zu

Monat, gegenüber den eigenen Parteifunktionären, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Dazu, meine Damen und Herren, eine Bemerkung: Sie konnten vielleicht auch am Fernsehschirm des Nationalfeiertages sehen, wie von den Kernkraftwerksgegnern eine Dame bei Dr. Kreisky im Bundeskanzleramt vorgesprochen hat. Nun, ich weiß nicht, ob diese Dame zu den Idealisten gehört oder zu anderen Interessenten. Auch Randalierer haben sich sicherlich dabei befunden. Ich lasse mit mir auch diskutieren, ob man wirklich am Nationalfeiertag demonstrieren soll oder es nicht so wie die Familienverbände machen sollte, sich einen anderen Tag zu suchen, nur eines: die Art, meine Damen und Herren, wie der Herr Bundeskanzler diese Frau in eine Reihe mit randalierenden Lausbuben gestellt hat, zeigt den mangelnden Respekt vor einem Staatsbürger, der nichts anderes will, als daß er mit dem Regierungschef reden kann. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Klaus hat es anders gemacht, er ist davongelaufen! Er hat die Hintertür genommen!)* Nein, so eine Szene hat es nicht gegeben, Herr Abgeordneter Tull. Zeigen Sie mir einen Fernsehausschnitt, wo der Herr Bundeskanzler Klaus nur einen einzigen Vorsprechenden bei ihm so behandelt hätte. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)*

Nun möchte ich nur mehr kurz wiederholen, meine Damen und Herren! Wenn er das mit den eigenen Leuten so macht – er hat den Staatssekretär Veselsky als „Gehilfen“ vor dem Fernsehschirm abqualifiziert. Meine Damen und Herren, interessanterweise hat Kreisky Dr. Veselsky vor dem Fernsehschirm für etwas abqualifiziert, was Veselsky verlangt hat: nämlich eine rückwirkende Inkraftsetzung von Gesetzen, was, meine Damen und Herren, der Bundeskanzler abgelehnt hat, aber gleichzeitig bei jeder Gelegenheit macht. Bundeskanzler Kreisky hat damals gemeint, er hält Gesetze rückwirkend zu machen für falsch. Das sei, meinte der Herr Bundeskanzler, im Widerspruch zur österreichischen Rechtstradition. Und flugs war der Herr Staatssekretär aus der Regierung.

Jetzt frage ich den Herrn Bundeskanzler: was hat er denn gemacht, als er in der Regierung oder im Parlament beschlossen hat die rückwirkende Inkraftsetzung der Bundesmineralölsteuererhöhung, der Kreditgebühren, die Verschlechterung der Sparförderung? Wo blieb da die österreichische Rechtstradition? Sie sehen, wie er aus Emotion unkontrolliert handelt. Das gleiche: er qualifiziert die Abgeordnete Offenbeck ab, weil sie es gewagt hat, gegen das Ehescheidungskonzept des Justizministers aufzutreten. Er qualifiziert ab den Generaldirektor

Dr. Mock

der Nationalbank und erinnert ihn an die Weisungen oder an die Beschlüsse des SPÖ-Parteivorstandes.

Meine Damen und Herren, da ist nicht nur Emotion dahinter, sondern hier zeigt sich auch das Selbstverständnis des Bundeskanzlers von der Rolle der Notenbank. Der Herr Generaldirektor der Nationalbank ist dem Generalrat verantwortlich, weder dem SPÖ-Parteiboss und nicht einmal dem Bundeskanzler der Republik Österreich. Aber hier ist eine Partei, der es darum geht, alles zu zentralisieren. Das ist nur symbolhaft für die schrittweise Einschränkung der selbständigen Rolle der Nationalbank, über die man wahrscheinlich auch gelegentlich ausführlicher hier im Nationalrat sprechen sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Diesen Stil der Unverträglichkeit wollte ich in dieser allgemeinen politischen Debatte zum Ausdruck bringen und darlegen. Wenn er das gegenüber den eigenen Leuten macht, ist es ein Familienstreit bei den Sozialisten. Aber, meine Damen und Herren, er hat es ja auch gegenüber der Opposition immer wieder praktiziert. Parteiboss Taus hat im November 1977 gemeinsame Gespräche zur Sanierung der Staatsfinanzen angeboten; Parteiboss Taus hat ein gemeinsames Vorgehen bei der Reform des Krankenanstaltenwesens angeboten; Parteiboss Taus hat angeboten eine gemeinsame Lösung der Kernenergiefrage; Parteiboss Taus hat zum erstenmal als ein Parteiboss der im Parlament vertretenen Parteien dieses Arbeitsplatzsicherungskonzept vorgelegt. Jedesmal hat der Herr Bundeskanzler die Angebote vom Tisch gewischt.

Es gibt zwei Dinge, die sich im politischen Vokabular des Herrn Bundeskanzlers nicht finden: Zusammenarbeit und Sparen. Diese Worte sind ihm unbekannt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dazu, meine Damen und Herren, nur eine kleine Fußnote: Zusammenarbeit nur dann, wenn man sich überhaupt nicht mehr auskennt oder wenn man in einer Sackgasse ist. Im Kärntner Ortstafelkonflikt – Sie kennen die Erregung, die damals im Lande Kärnten und in ganz Österreich war –, in der Sackgasse der Landesverteidigung kam man dann zu den Oppositionsparteien, um mit ihnen zumindest eine vorübergehende Lösung für diese Fragen zu finden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es, wenn man die Zusammenarbeit in wichtigen Fragen, die unseren Fortschritt und unseren Staat betreffen, ablehnt, nicht ein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen der Schwäche ist.

Wie sieht es in dem engeren Bereich aus, meine Damen und Herren, wo der Herr Bundeskanzler selbst die Verantwortung trägt, nämlich eine große finanzielle Verantwortung? Die Verwaltungsreform des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat endgültig Schiffbruch erlitten. Wir haben, meine Damen und Herren, noch immer rund 12 000 Dienstposten mehr in der Bundesverwaltung als bei der Übernahme der Geschäfte durch die derzeitige sozialistische Alleinregierung. Allein durch die Nichtfortführung der Verwaltungsreform der ÖVP-Alleinregierung sind 12 Milliarden Schilling Mehrkosten aufgelaufen. Die Betriebsergebnisse, Herr Bundesminister, der Bundesbetriebe, ohne die Bundesbahnen, haben sich um 5 Milliarden Schilling verschlechtert.

Generaldirektor Fremuth, jetzt Vorstandsdirektor in der Giro, hat im Jahre 1974 wörtlich festgestellt: Jetzt sind es noch 5 Milliarden Schilling, bald werden es 10 Milliarden Schilling sein, die wir dort verlieren, wenn wir nicht eine Strukturreform durchführen.

Meine Damen und Herren! Milliarden liegen hier herum, die unserer Auffassung nach viel besser, zum Beispiel für eine vernünftige Lohn- und Einkommensteueranpassung oder vor allem auch für die Investitionsförderung eingesetzt hätten werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie fragen uns, wo die Alternativen sind. Hier liegen die Alternativen, und hier könnte man eine Fülle von Einzelbeispielen aufzählen.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz interessant, wenn man dann durch Zufall entdeckt, daß auf einmal der Verwaltungsaufwand im Budget, der von 1945 bis 1973 selbständig zum Ausdruck gebracht wurde und hier aufschien, ab dem Jahr 1973 überhaupt nicht mehr ausgeworfen wurde. Das ist die Politik der Transparenz, die der Herr Bundeskanzler landauf, landab verkündet hat. Ein Beispiel mehr, wie sehr seine Aussagen völlig unglaubwürdig sind.

Hinter diesem Versagen im Bereich der Verwaltungsreform verbirgt sich nicht – diese Erklärung wäre meiner Auffassung nach zu einfach – die Lust am Geldausgeben, das behauptet niemand, sondern die Unfähigkeit einer Partei, der der Grundsatz der Subsidiarität und der Dezentralisation gesellschaftspolitisch fremd ist, eine moderne Verwaltung möglichst ökonomisch zu führen.

Das, meine Damen und Herren, ist sozusagen die innere Motivation für das Versagen in diesem Bereich. Und es ist interessant, daß einer der bekanntesten Programmatiker der Sozialistischen Partei, der Kritik gegenüber anderen politischen Gemeinschaften und Parteien mit

Dr. Mock

einem beachtlichen Maß an selbstkritischer Kapazität verbindet, nämlich Universitätsprofessor Leser, dessen Aussage zweifellos über alle Parteigrenzen hinweg mit Aufmerksamkeit verfolgt werden muß, vor kurzem in seinem Buch „Zaungäste der Politik“ geschrieben hat, daß es eigentlich traditionell ist, daß der Sozialismus mit dem Problem des Bürokratismus nicht fertig wird.

Wenn Sie schon die Kritik der Opposition und der Öffentlichkeit nicht auf die Waagschale legen, Herr Bundesminister und meine Herren auf der Regierungsbank, nehmen Sie wenigstens diese zu respektierenden offenen Worte eines eigenen Parteigenossen ernst. Hier liegen Millionen verborgen, die man für die Abstattung der Schuldenlast verwenden könnte und für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Jeder Schilling, Herr Bundesminister, der hier umsonst ausgegeben wird, wird einem produktiveren Einsatz entzogen. Und da muß man sich damit abfinden, daß diese Belastungspolitik und diese Verschwendungspolitik von der Opposition – das ist ihre Aufgabe – mit aller Härte kritisiert wird, und davon lassen wir uns nicht abhalten, auch nicht durch eine politische Diffamierung, die heute schon erwähnt worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Staatssekretär Veselsky hat in dem Aufsatz in der „Zukunft“ vom August 1977, den ich vorhin erwähnt habe, gemeint: „Jetzt Strukturpolitik“. Ich glaube sehr wohl – und gerade, weil der Herr Handelsminister den Finanzminister vertritt, möchte ich das etwas ausführlicher anschneiden –, daß der Mangel einer zielstrebigsten, langfristigen Strukturpolitik eines der großen Versäumnisse ist.

Denn, meine Damen und Herren, ich möchte eines zugeben: In der Demokratie ist Strukturpolitik nur über mehrere Jahre hinweg möglich. Wir können sie nicht brechen – Gott sei Dank, daß man nichts brechen kann –, hier müssen mittelfristig und langfristig die Geleise zu einer leistungsfähigen Wirtschafts- und Sozialstruktur gelegt werden. Und hier ist genau das Gegenteil geschehen von dem, was notwendig ist.

Warum ist es denn so, Herr Handelsminister, daß jene österreichischen Unternehmen, die am stärksten exportieren, die wettbewerbsfähig sind, und die, die am stärksten exportieren, jene sind, die auch in den letzten Jahren immer wieder innerhalb kürzester Fristen ihre innere Struktur an die Nachfrage des Marktes angepaßt haben?

Da hat die Ermunterung durch die Bundesregierung weitgehend gefehlt. Ich verleugne gar nicht, daß Sie es punktuell versucht haben, wie Parteiboss Taus gesagt hat, mit einigen

Großprojekten: Aichfeld-Murboden, mit einigen Großunternehmen. Aber im gesamten sind Sie den gegenteiligen Weg gegangen. Sie haben zum Beispiel gerade den notwendigen Kapitalaufwand für Forschungsausgaben, für Innovationsaufgaben eingeschränkt. Gerade die Besteuerung des Sozialkapitals, meine Damen und Herren, die Reduzierung des Eigenkapitals war ein Weg in die gegenteilige Richtung.

Wir müssen unsere Betriebe investitionsfähiger machen gerade bezüglich Investitionen mit hohem Kapitaleinsatz. Sie haben die Kapitalkraft der Betriebe geschwächt. Und dabei ist gerade das Sozialkapital ein vorbildliches Beispiel, weil es die Bindung der Betriebsgemeinschaft stärkt, weil es die Eigenkapitalbasis stärkt. Sie sind mit dem Belastungspaket, das Sie dem Parlament morgen vorlegen, genau den gegenteiligen Weg gegangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier offen feststellen: Wir sind für die Stärkung der Eigenkapitalbasis in diesen verschiedensten Formen. Wir sind für eine stärkere Förderung der Forschungsinvestitionen und gerade der angewandten Forschung, meine Damen und Herren. Natürlich braucht Österreich auch eine Grundlagenforschung mit einem hohen theoretischen Gehalt. Aber das ist normalerweise enorm kostenaufwendig, und gerade ein kleines Land muß sich daher schwerpunktmäßig auf die angewandte Forschung konzentrieren, die rasch umsetzbar ist im wirtschaftlichen Produktionsprozeß. Sie haben meines Wissens gerade in diesem Jahr die Mittel für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft wieder gekürzt.

Die Betriebe sollten in der Lage sein, Vertriebsorganisationen im Ausland aufzubauen. All das ist nicht geschehen.

Und jetzt, Herr Handelsminister, hat auch der Finanzminister Androsch, Ihr Kollege, Gerüchte gegen unsere Wirtschaftssituation erwähnt. Wie sieht denn das aus mit dieser Gerüchtemachelei? Wir haben hier bereits anläßlich einer dringlichen Anfrage der Sozialisten, die ja zum Abortus wurde, darüber diskutiert.

Ich habe damals festgestellt: Wenn jemand Gerüchte ausgelöst hat, dann der Herr Bundeskanzler durch eine ungeschickte Formulierung in einem Interview mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“, wo er von einem flexiblen Wechselkurs für den Schilling gesprochen hat.

Finanzminister Androsch hat damals auch sofort darauf reagiert. Ich habe aber hinzugefügt, meine Damen und Herren, daß der Herr Bundeskanzler nur etwas ausgelöst hat, was auf

Dr. Mock

Grund der wirtschaftlichen Entwicklung seit längerer Zeit ja in der Gegend herumliegt.

Und, Herr Handelsminister, ich meine, Sie sollten doch der Exportfähigkeit besondere Aufmerksamkeit widmen. Ja haben Sie den Finanzminister, den Bundeskanzler nie aufmerksam gemacht, als sich das Handelsbilanzdefizit, begonnen ab dem Jahr 1975, rapid verschlechtert hat, das heißt, als wir immer weniger in der Lage waren, mit unseren Ausfuhren nur einen relativ geringen Teil der Einfuhren zu finanzieren? Ja haben Sie den Bundeskanzler nicht aufmerksam gemacht, als das bisherige Instrument, dieses Defizit abzudecken, nämlich die Erträge aus dem Fremdenverkehr, auch immer schwächer geworden ist, sodaß auch das Defizit der Leistungsbilanz immer größer geworden ist?

Herr Handelsminister! Haben Sie denn den Bundeskanzler nicht aufmerksam gemacht, daß wir Ende 1975 an Devisen 61 Milliarden Schilling hatten, daß wir Ende 1976 an Devisen 39 Milliarden Schilling hatten und daß die Vorausschau der verschiedenen Institute weiter einen Verlust an Devisen von rund 20 Milliarden Schilling prognostizieren?

Diese Ziffern, diese Entwicklung seit zwei, drei Jahren hat ja die Unsicherheit geschaffen. Und nachher ist darüber spekuliert worden. Hier liegen die Gründe in einer falschen Wettbewerbspolitik, das heißt in einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Das, glaube ich, kann man nicht oft genug in Erinnerung rufen, wenn der Herr Finanzminister glaubt, er könne sich auf die Nachrichten einer Zeitung, die auch in diesen Chor eingestimmt hat, berufen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber abschließend noch auf einen Punkt eingehen, der heute hier auch schon angeschnitten worden ist, und zwar, weil das Parlament einfach der qualifizierte Platz ist, um grundsätzliche politische Positionen darzulegen.

Es hat der sozialistische Klubobmann bei der sozialistischen Klubtagung neuerlich – ich unterstreiche: neuerlich – den Arbeiter- und Angestelltenbund der Volkspartei mit einer kommunistischen Partei verglichen. Ich möchte hier sagen: Ich betrachte es als Schwäche und nicht als Stärke, wenn man nicht die Courage hat, sich für eine solche diffamierende Aussage zu entschuldigen. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Warum diskutieren Sie nicht mit dem Fischer im Fernsehen?)*

Der sozialistische Parteiobmann und der sozialistische ÖGB-Präsident und Präsident des Hauses, Benya, hat diese diffamierende Aussage

leider unterstützt, beziehungsweise Benya hat gemeint, sie auf die Methoden beziehungsweise die Taktik der Kommunisten reduzieren zu müssen. Vom Inhalt her ist diese Herabsetzung der Arbeitnehmerbewegung der Österreichischen Volkspartei, die bekanntlich ihre Programmatik auf die Sozialenzyklen aufbaut, gerade auch der Toleranz und Liberalität einen hohen Stellenwert gibt, absurd. Vom Stil ist sie nicht nur beleidigend für die große Oppositionspartei, sondern für jeden Demokraten, der an einer fairen Auseinandersetzung hier in Österreich ein Interesse hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Nicht zu dick auftragen!)*

Es kann jedem, Herr Abgeordneter Tull – und Sie haben den Beweis schon einige Male erbracht –, ein Ausrutscher passieren. Jedem. Ich unterstreiche das. Aber, meine Damen und Herren: Der systematische und globale Vergleich einer demokratischen Bewegung mit einer autoritären Partei, und zwar sei es der Programmatik nach oder den Methoden nach, ist für jede demokratische politische Bewegung eine unqualifizierte Herabsetzung und schädigt unsere Demokratie und die Glaubwürdigkeit einer demokratischen Auseinandersetzung hier im Nationalrat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch ein letzter Punkt. Es ist, meine Damen und Herren, bedauerlich, daß der Präsident des Hauses ... *(Abg. Dr. Tull: Diskutieren Sie im Fernsehen mit Dr. Fischer! – Abg. Dr. Prader: Er hat ihn schon eingeladen! – Abg. Dr. Tull: Mit Fischer diskutieren im Fernsehen!)*

Es ist bedauerlich, meine Damen und Herren, daß der Präsident des Hauses, der bei eigenen Fehlern das Verständnis aller Abgeordneten hier in Anspruch genommen hat, nicht ausgleichend wirkte, sondern durch die Bezugnahme auf die Methoden beziehungsweise die Taktik der Kommunisten die Auseinandersetzung noch verschärft hat. *(Rufe bei der ÖVP: Genau!)* Ich glaube, auch das muß hier offen gesagt werden.

Nach unserer Auffassung sind ja Begriffe wie „Respekt“ und „Autorität“ positive gesellschaftspolitische Begriffe. Der Inhaber eines Amtes, wie der Präsident des Nationalrates, hat Anspruch auf Respekt. Dieses Amt gibt jedoch nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, nämlich er hat die Voraussetzungen zu schaffen, daß man ihm diesen Respekt entgegenbringt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die parlamentarische Demokratie und die hierfür notwendige Selbstdisziplin sind in der Welt der Gegenwart eine Ausnahmeerscheinung. Die Interessen der Demokratie dieses Landes, die notwendige Gesprächsbereitschaft – ich sage das nicht nur als Formel – über politische Grenzen hinweg sind

Dr. Mock

einfach zu groß, um sie durch mangelnde Selbstbeherrschung oder durch Prestigedenken gefährden zu lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger.

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Mein Vorredner hat vom Stil gesprochen und war furchtbar gekränkt *(Abg. Dr. Mussil: Gekränkt war er gar nicht, geärgert hat er sich!)*, weil unser Klubobmann die Methoden des ÖAAB mit denen der Kommunisten verglichen hat. Bitte, das kann man. Ich glaube, daß Sie kein Recht dazu haben, wir müssen uns die Rote Katze und alle diese anderen abgewandelten Tiervergleiche immer wieder gefallen lassen. In den letzten 30 Jahren haben sie uns mit den Kommunisten immer wieder auf eine Ebene gestellt. Daher glaube ich, daß Sie kein Recht haben, darüber beleidigt zu sein. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Lanner hat uns heute gefragt, welches Konzept wir als Sozialisten vorlegen. Er hat gemeint, wir sollen nicht von der Vergangenheit reden, wir sollen von der Zukunft sprechen. Ich glaube, von der Zukunft kann man nicht reden, wenn man nicht die Gegenwart und die Vergangenheit immer wieder heranzieht und fragt: Was habe ich richtig, was habe ich falsch gemacht?

Im Konzept der ÖVP - ich bin keine Wirtschaftspolitikerin - stehen Dinge drinnen, mit denen ich mich als Wirtschafts-laie, als interessierter Wirtschafts-laie eigentlich in meiner ganzen politischen Laufbahn immer wieder beschäftigt habe. Wenn da etwas drinnen steht von einem „Anspruch auf Arbeitsplatz“, dann kommt mir das sehr bekannt vor. Wir Sozialisten sind nur wieder einmal eine gute Nasenlänge voraus, denn wir haben im Jahre 1975 mit unserem alten Grundsatz vom „Recht auf Arbeit“ die Wahlen gewonnen. Die Österreicher haben uns geglaubt und haben gewußt, daß Sozialisten dieses „Recht auf Arbeit“ durchsetzen werden. Daß es uns in der kapitalistischen Wirtschaft nicht immer gelingen wird, müssen wir, glaube ich, eben eingestehen. Wir sind nicht stark genug. Aber wir können mit den Erfolgen zufrieden sein: Wir hören, daß es um 180 000 Erwerbstätige mehr in Österreich seit 1970 gibt.

Wenn heute von passiven Maßnahmen gesprochen worden ist - und Parteiobmann Taus hat gemeint, daß es drei Gruppen gibt, die besonders gefährdet sind -, dann muß ich wieder sagen: Seit ich im Parlament bin, höre ich, wenn es um Frauenarbeitsplätze geht,

eigentlich nie etwas anderes, als Teilzeitarbeit. Von Ihnen wurde eine Broschüre vorgelegt, wonach die Mittelschullehrerinnen sie verlangt haben. Die ganze Broschüre ist zwar auf Teilzeitarbeit aufgebaut, es wird immer von ihr gesprochen, aber trotzdem steht in dieser Untersuchung: Die Forderung nach Teilzeitarbeit kommt eigentlich im Jahre 1975 zu spät, weil sie vor allem in der Hochkonjunktur die letzten Frauen an die Arbeitsplätze bringen soll.

Und jetzt frage ich mich: Ihre Forderungen in dieser Broschüre: in der Hochkonjunktur auch die letzten Frauen auf Arbeitsplätze. Und jetzt bringen Sie das als letzte Weisheit für mehr Arbeitsplätze in der Krise. Was ist da richtig?

Sie sprechen auch von einer für die Mädchen besseren Berufsausbildung: Nicht mehr nur für die reinen Frauenberufe, sondern auch Ausbildung außerhalb der reinen Frauenberufe, als von einer ganz großen Neuerung. Ich war noch Jugendfunktionärin, das ist schon ziemlich lange her, da haben wir uns mit den Gewerkschafterinnen mit diesen Problemen intensiv auseinandergesetzt. Zwanzig Jahre später kommen Sie und bringen uns das als ganz große Weisheit.

Sie sprechen immer wieder von der Jugendarbeitslosigkeit. Dazu ein paar Zahlen.

In der Budgetrede hat der Finanzminister von der Jugendarbeitslosigkeit im EG-Raum gesagt, daß der Anteil der Jugendlichen rund 40 Prozent ist. Und nun ein paar Länder herausgegriffen.

Frankreich hat eine Arbeitslosenrate von 4,7, der Anteil der jungen Menschen unter 25 Jahren ist 40 Prozent, entspricht also dem EG-Durchschnitt.

Italien hat eine Arbeitslosenrate von 6,6, aber einen Anteil an Jugendarbeitslosigkeit von 64 Prozent. Wenn man das Jahr 1977 dazu heranzieht, dann wird das noch viel gravierender, da hat Italien eine Jugendarbeitslosigkeit von 74 Prozent. Es gibt in Italien 1,3 Millionen Menschen, die noch nie in den Arbeitsprozeß eingegliedert waren, und darunter ist jeder zweite ein junger Mensch unter 29 Jahren! Wissen Sie, was das bedeutet, wenn ein junger Mensch nie in Arbeit gestanden ist? *(Abg. Dr. Zittmayr: Darum haben wir es ja in unserem Konzept drinnen!)* Aber wir haben sie ja in Österreich verhindert! Wir haben eine niedere Arbeitslosenrate und eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Zittmayr: Sie müssen an das nächste Jahr denken!)* Ja, Herr Abgeordneter Zittmayr, das haben Sie im Jahr 1974 gesagt, das haben Sie im Jahr 1975 gesagt, das haben Sie im Jahr 1976 gesagt, immer wieder! *(Beifall bei der SPÖ. -*

Edith Dobesberger

Abg. Dr. Zittmayr: Schauen Sie sich doch den Wirtschaftsforschungsbericht an!

Entschuldigen Sie, da glaube ich unseren Wirtschaftlern eben einfach mehr, denn denen ist es seit drei Jahren gelungen, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ihnen ist das in den Ländern, wo Ihre Politik gemacht wird, noch nicht gelungen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Lesen Sie die heutige Zeitung! Die heutigen „Oberösterreichischen Nachrichten“ schreiben es ja vom Wirtschaftsforschungsbericht, was kommen wird nächstes Jahr!)* Ja, was kommen wird. *(Abg. Dr. Zittmayr: Daher muß man ein Konzept haben!)* Aber unsere Maßnahmen werden da sicher eine ganze Menge besser machen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir denken an die Zukunft! Es ist bis jetzt gut gegangen, und es wird in Zukunft gutgehen. *(Abg. Dr. Mussil: Ihren Glauben und Rothschilds Geld, das möchte ich haben, Frau Kollegin!)*

Und nun ein paar Worte zum Schulbuch. *(Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich bin gar nicht so empfindlich, ich halte das aus. *(Die Zwischenrufe hören auf.)* Ich muß ehrlich sagen, ich habe in der Schule eigentlich nie verlangen müssen, daß die Schüler ruhig sind, es ist immer von selber gegangen. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Sie haben immer eingesehen, daß jeder zu seiner Zeit reden muß. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Aber wenn Sie applaudieren, Herr Dr. Fischer, wenn man das Parlament mit der Schule verwechselt, dann ist das nicht sehr gescheit! Bei aller Fairneß! - Abg. Dr. Fischer: Ihr hättet alle einen Fünfer bekommen! - Abg. Dr. Busek: Der Robert ist Klassensprecher!)*

Und nun zum Schulbuch. *(Abg. Dr. Mussil: Also bei Ihnen ginge ich auch gern in die Schule!)* Es würde sicher nicht schlecht gewesen sein. Über das „Wegwerfeschulbuch“ hätten wir uns bestimmt geeinigt. *(Abg. Dr. Mussil: Nein, nein!)* Wenn Sie Schüler gewesen wären, hätten Sie eingesehen, daß die Schulbücher, die wir durch die Schulbuchaktion bekommen haben, zu einem großartigen Fortschritt geführt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sagen uns immer wieder, beim Schulbuch müßte gespart werden, beim Schulbuch könnte gespart werden. Jetzt möchte ich einen Vergleich heranziehen, der vielleicht, wie Sie sagen werden, nicht ganz hergehört: Ich glaube trotzdem, daß man das hier sagen muß.

Die sozialistischen Frauen in Linz haben sich geärgert über die Flut von Prospekten, die wir bekommen, die wir auch umsonst bekommen. Scheinbar umsonst. Zahlen tun wir sie natürlich als Konsumenten, Schilling für Schilling. *(Abg.*

Kern: So wie das Schulbuch auch!) Aber ich bin der Meinung, daß wir dort etwas haben. Das Schulbuch wird benützt. Mit einigen Ausnahmen, wo Lehrer Bücher bestellen, die nicht notwendig sind. *(Abg. Kern: Man könnte einiges einsparen!)*

In zwei Monaten, im September/Oktober, hat jeder Linzer Haushalt diese Werbeprospekte bekommen. *(Die Rednerin zeigt zwei Pakete vor.)* Im September 60 Dekagramm pro Haushalt im Durchschnitt und im Oktober 1,40 Kilogramm. Das haben wir bekommen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Arbeitsplätze!)* Arbeitsplätze sind die Schulbücher genauso, das ist kein Argument. Nur: Das Schulbuch wird benützt.

Darf ich Ihnen sagen, was wir für Antworten bekommen haben, wie wir gefragt haben: Wer informiert sich an Hand dieser Werbung? *(Abg. Kern: Macht der „Konsum“ nicht mit bei der Werbung?)* Zwei Drittel aller befragten Frauen haben gesagt, daß sie diese Werbung ungelesen wegwerfen. Wir haben von Hausgemeinschaften erfahren, die schon bei der Haustür eine Kiste aufgestellt haben, wo die Austräger dieses Werbematerial hineinwerfen, weil sonst in den Häusern die Wirtschaft so groß ist. Bitte schauen Sie einmal in unsere Wohnhäuser hinein, wie diese Zettel herumliegen. Wir müssen den Mist wegräumen, den wir eigentlich gar nicht verlangt haben. Und drei Viertel aller Befragten haben gesagt, daß sie diese Werbung nur als eine Belästigung empfinden. *(Abg. Dr. Schmidt: Nur wird das nicht mit dem Geld der Familien finanziert, die Schulbücher schon! Das ist der Unterschied!)* Jetzt möchte ich Sie wirklich fragen: Glauben Sie nicht auch, daß die Familie, die einkaufen geht, weil sie Möbel braucht, die Familie, die zum Beispiel ein Kinderbett kauft, den Prospekt zahlt, auf Heller und Pfennig, auch wenn sie ihn nie angeschaut hat? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Darf ich Ihnen nun sagen, was diese Werbung kostet. Wir haben das auf das Jahr umgerechnet. Der September war ein sehr schwacher Monat, der Oktober war stärker. Er war sicher nicht der stärkste. Darf ich Ihnen sagen, daß wir in Linz am Allerheiligen- und am Allerseelentag 20 Dekagramm Werbeprospekte bekommen haben. Wie das im November weitergeht, traue ich mir noch gar nicht zu sagen. Wir haben in zwei Tagen 20 Dekagramm Prospekte bekommen, nicht ich allein.

Und nun, der Vergleich mit dem Schulbuch. 200 Millionen Schilling bezahlen wir im Jahr für diese Prospekte. Die Schulbücher für die 48 500 Schulkinder in Linz kosten nicht ganz 30 Millionen. 200 Millionen für Prospekte, die wir ungelesen wegwerfen, die wir umsonst noch wegräumen müssen, und 30 Millionen für das

Edlth Dobesberger

freie Schulbuch mit seinen großen Vorteilen! (Abg. Dr. Kohlmaier: Warum machen sie das alles, wenn es die Leute sowieso wegwerfen! Sind die alle blöd?) Herr Abgeordneter Kohlmaier! (Abg. Kern: Was kosten die Berichte und das Propagandamaterial der Regierung, die ungelesen weggeworfen werden?)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): So viele Zwischenrufe kann man gar nicht auf einmal beantworten!

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (fortsetzend): Herr Abgeordneter Kohlmaier! Warum machen die das? Da würde ich gerne anknüpfen und sagen: „Die“ sollen einmal nachdenken, ob das überhaupt einen Sinn hat. (Abg. Dr. Kohlmaier: Die müssen es doch zahlen! Die werden doch nicht Geld ausgeben für etwas Sinnloses!) Das ist das, was ich glaube! Ich kann hier keinen Beweis antreten, das ist nur das Ergebnis, das wir in Linz geprüft haben. Aber die müßten jetzt wirklich einmal in sich gehen und sagen: Ist die Papierflut notwendig? Man könnte eine ganze Menge einsparen, man müßte nur darüber nachdenken.

Daher glaube ich, daß es einfach nicht in Ordnung ist, immer über das Schulbuch herzufallen und diese ungeheure Verschwendung nicht zu sehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Mussil.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst ein paar Worte zu dem, was die Frau Abgeordnete Dobesberger gesagt hat. Sie hat, ich glaube, dem Abgeordneten Mock vorgeworfen, daß wir wieder die Rote Katze irgendwie hervorschauen lassen würden.

Ich darf Sie nur eines bitten: Das, was Taus über die Blutsverwandtschaft gesagt hat, entspricht allen Regeln der Blutsverwandtschaft, und wenn Sie Gelegenheit haben sollten, Ihren eigenen Programmentwurf zu lesen, dann würden Sie sehen: Da wimmelt es nur von Roten Raubkatzen, da sieht man sonst fast überhaupt nichts drin! (Zustimmung bei der ÖVP. - Ruf bei der SPÖ: Figl - Fischer!)

Dann haben Sie wieder versucht, mit sehr schönen Ziffern über Erwerbstätige falsche Eindrücke zu erwecken. Ich sage immer: Die Statistik ist die Kunst, mit richtigen Ziffern etwas Falsches zu beweisen. Man muß nur wissen, wo die falschen Dinge liegen.

Das, was Sie gesagt haben, war zur Gänze falsch. Wenn Sie nachher herauskommen würden, würde ich Ihnen zeigen, wo die einzelnen

Fehler liegen. (Abg. Dr. Fischer: Das ist aber bei Ihnen zu beweisen!)

Zur Teilzeitbeschäftigung möchte ich Ihnen eines sagen: Der Hauptzweck der Teilzeitbeschäftigung in Richtung auf mehr Arbeitsplätze liegt in der Teilung eines Arbeitsplatzes auf zwei Personen. Das scheint bisher nicht bis zu Ihnen durchgedrungen zu sein.

Nun zum Vizekanzler. Der Vizekanzler hat sich wiederholt auf die Nettodefizite berufen. Er hat gemeint, das wären die einzig vergleichbaren Ziffern, die einzigen Ziffern, mit denen man etwas anfangen könne, alles andere wäre nicht das Richtige, seine Budgetkunst richtig beurteilen zu können.

Die SPÖ-Regierung hat im Jahr 1972 ein Nettodefizit von 1,5 Milliarden gehabt. Sie haben von uns ein Nettodefizit von etwa 2 Milliarden oder 2,5 Milliarden übernommen. Sie haben sich damals in ein wunderbar gemachtes Bett gelegt, haben aber dann - es muß Ihnen zugegeben werden - von den 2,7 Milliarden noch etwas abgebaut. Aber nachher ist die Verschwendungssucht, die Großmannssucht, sind alle üblen Eigenschaften, die jemand haben kann, auf Sie hereingebrochen, und Sie haben begonnen, bis dort hinaus zu verschwenden mit Nullsystemen, Nulltarifen, Verschwendungssystemen, mit Systemen einer reinen Gefälligkeitsdemokratie und so weiter, und so weiter. (Abg. Dr. Tull: Sprechen Sie von der ÖVP-Lizitation?) Nein, ich sage nur das, Herr Tull, was Sie in Ihren Budgets zustande gebracht haben. (Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Über 35 Milliarden Schilling Anträge! Das ist das wahre Gesicht der ÖVP!)

Ihr Nettodefizit, Herr Tull, ist vom Jahre 1972 auf 1977 - das sind fünf Jahre - von 1,5 Milliarden auf 36 Milliarden angewachsen. Das ist mehr als das 22fache. Um das 22fache haben Sie das Nettodefizit gesteigert, meine Herren! Das ist ein Rekord, der noch nie dagewesen ist, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Tull: Wenn man Ihre Anträge angenommen hätte, wie hätte es dann ausgesehen!) Da verdienen Sie den sozialistischen Oscar für falsche Budgetpolitik, der gehört Ihnen allen umgehängt. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: 35 Milliarden Schilling!)

Das Bruttodefizit wird heuer eine Summe von 46 Milliarden erreichen. 20 Prozent von allem, was der Staat ausgibt, ist gepumpt, meine Herren!

Über den Schuldenstand ist schon gesprochen worden. 1978: 200 Milliarden ohne Verwaltungsschulden. Das ist die erste Dunkelziffer. (Abg. Dr. Tull: ... Arbeitsplatzsicherung!) Ohne die sogenannten außerbudgetären Veran-

Dr. Mussil

lagungen. Ohne die sogenannten Sonderfisci. Wenn man das zusammenzählt, dann geht es zweifellos in die 300 Milliarden Schilling hinein. Meine Damen und Herren! Das sind Ziffern, die einem effektiv das Gruseln lernen. Nur Sie gruseln nicht davor. Sie sind stolz dabei, habe ich den Eindruck, solche Ziffern gebaut zu haben! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Herr Dr. Mussil, man sagt „lehren“!)* Ich sage, wie ich das sagen will, Herr Tull, und dabei bleibt es! *(Abg. Dr. Tull: „Lehren“ sagt man!)* Ich sage „lehren“, wenn ich „lehren“ sagen will, und „lernen“, wann ich „lernen“ sagen will. Dabei bleibt es. *(Abg. Dr. Tull: Der Duden sagt das!)*

Das Leistungsbilanzdefizit ist die Folge des Riesenbudgetdefizits. Das dürfte sich bei Ihnen auch schon herumgesprochen haben. Unter der sozialistischen Regierung jagt ein Defizit das andere. Das Leistungsbilanzdefizit wird heuer zirka 35 Milliarden Schilling ausmachen. Wenn es Ihnen nicht bald gelingt, eine Trendumkehr herbeizuführen, dann wird in zwei bis drei Jahren eine Erschöpfung der Devisenreserven eintreten, und dann wird Österreich bald als Bittsteller zum Internationalen Währungsfonds pilgern und dort antanzen müssen.

Ich hoffe, daß Österreich dieser Weg erspart bleibt. Mit Ihrem Belastungs-Brems-Antikonjunktur-Paket, mit Ihrem Krisenpaket, meine Damen und Herren, werden Sie das nie erreichen können! Die einzige Chance besteht in der Punkt-für-Punkt-Durchführung unseres ÖVP-Alternativprogramms, des sogenannten Taus-Plans, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Lernen Sie das auswendig, dann werden Sie mit den Dingen fertig werden! *(Abg. Dr. Tull: Das Traummännlein Mussil ist da!)*

Das Leistungsbilanzdefizit kann nicht defensiv abgebaut werden - das ist ja Ihre Masche, meine Damen und Herren -, weder durch Streichung noch durch Kürzung der vorzeitigen AfA bei Firmenautos noch durch systemwidrige Streichung der vollen Abzugsfähigkeit der Betriebskosten bei den PKWs und Kombis *(Abg. Dr. Tull: Ist das schon ein Vorgriff auf die morgige Debatte? - Abg. Graf: Die erste Lesung erlaubt die Behandlung aller Punkte!)* noch durch die völlig systemwidrige Streichung des Vorsteuerabzuges bei Kombis und PKW noch durch die 30prozentige sogenannte Luxussteuer noch durch die Aufhebung der sogenannten preispolitischen Zollsenkungen.

Dadurch, meine Damen und Herren, werden nach Weihnachten erhöhte Steuern und Zolleinnahmen eintreten, ein Superboom vor Weihnachten. Aber, meine Damen und Herren, die Superflaute im nächsten Jahr wird ein Ausmaß annehmen, das für uns alle nicht leicht zu bewäl-

tigen sein wird. Und alles das ist bewirkt durch Ihr Krisenförderungspaket, denn Ihr Maßnahmenpaket kann nur als Krisenförderungspaket bezeichnet werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Leistungsbilanz kann auch nicht durch Renommierprojekte des Kanzlers saniert werden. Allen Kanzlerprojekten ist eines gemeinsam: Sie haben maximale Arbeitsplatzkosten bei minimalen Rentabilitätschancen. Bitte, ich kann verstehen, daß das Herstellenlassen oder das Planenlassen von solchen Monsterprojekten eine Art Hobby für den Kanzler darstellt. Aber wenn schon Hobby, dann kein so teures Hobby, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Leistungsbilanzdefizit muß offensiv beseitigt werden durch Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe, welche durch die Regierungspolitik sehr, sehr stark gelitten haben. Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft ist die beste Arbeitsplatzsicherung. Näheres steht im Taus-Plan, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Wir kennen einen Koren-Plan, aber einen Taus-Plan kennen wir bis jetzt nicht!)* Ich werde Ihnen dann ein Exemplar zuschicken. *(Abg. Dr. Tull: Nein, ich habe es doch hier!)* Sie werden es auswendig lernen, Herr Tull, und dann werden Sie es vielleicht auch verstehen, vielleicht stellenweise verstehen. So rasch geht das nicht, Herr Tull. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Taus-Plan ist kein Konzept *(Abg. Dr. Tull: Das ist ein Witzblatt, kein Konzept!)*, das Arbeitslosigkeit unter den Teppich kehrt wie die Regierung seinerzeit. *(Abg. Dr. Tull: Das ist kabarettreif!)*

Der Taus-Plan ist ein Konzept zur Förderung der Forschung, zur Entwicklung neuer Produkte, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze *(Abg. Dr. Tull: Und Erhöhung der Unternehmergewinne!)*, ein Konzept für eine Exportoffensive und ein Konzept zur Energieeinsparung. Energieeinsparungen sind Dinge, die wir unbedingt brauchen, daher liegt auch auf diesem Gebiete ein sehr, sehr starker Akzent.

Und wenn die Lohnsummensteuer umgestellt werden sollte auf eine Energiesteuer *(Abg. Dr. Tull: Da werden die Gemeinden eine Freude haben!)*, so steht ausdrücklich im Konzept drinnen - wenn Sie es gelesen hätten -, daß die Gemeinden keinen Groschen verlieren würden und eine entsprechende Umstellung über einen längeren Zeitraum erfolgen würde. So etwas soll es gegeben haben, so etwas kann es geben und so etwas wird es auch geben in dem Augenblick, in dem wir die Möglichkeit dazu haben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Die werden wir ja kriegen, meine Herren, machen Sie sich nicht unsere Sorgen!

Dr. Mussil

Im Ankurbeln der Investitionen liegt die einzige Möglichkeit für sichere Arbeitsplätze und die richtigste Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen; wir brauchen in den nächsten Jahren eine Unzahl von neuen Arbeitsplätzen. Die privaten Investitionen haben noch nicht den Stand von 1972 erreicht, aber trotzdem kürzt die Regierung neuerlich die Investitionsförderung und konjunkturwidrig öffentliche Investitionen um sieben Prozent real. Sie räumt gleichzeitig das Risikokapital der Betriebe aus.

Ich habe das zehnjährige Investitionsprogramm der Regierung durchgesehen. Dort wird jährlich um nicht mehr als fünf Prozent real gesteigert. Meine Damen und Herren, mit dem werden Sie niemanden hinter der Ecke hervorlocken. Dieses Regierungsprogramm gehört von der ersten bis zur letzten Seite in die Makulatur. Die Regierung, welche Investitionsförderungen abbaut und nicht entsprechend groß schreibt, ist gegen die Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren. Merken Sie sich diesen Satz! Sie sind damit abgestempelt gegen die Vollbeschäftigung! *(Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Tull: Das ist der beste Witz des Jahrhunderts! Ich habe schon viele gute Witze gehört, aber das ist der beste!)* Ich danke Ihnen, Herr Tull. Das ist das einzige, was Sie antworten können? Das ist das einzige, was Sie antworten? Sie sind doch sonst etwas wendiger in Ihren Zwischenrufen. Heute sind Sie etwas stereotyp. *(Abg. Dr. Tull: Nein!)* Vielleicht haben Sie eine Platte aufgelegt. Aber bitte, ich warte, bis Ihnen etwas einfällt, Herr Collega. Ich bin bereit zu warten, ich habe Geduld. *(Abg. Dr. Tull: Ich passe mich Ihnen an, Herr Doktor, Ihrem Niveau passe ich mich an! – Zwischenruf des Abg. Graf.)* Bitte, gehen Sie vielleicht ein bißchen an die frische Luft! Er hat vielleicht zu wenig frische Luft, darum fällt ihm nichts ein!

Meine Damen und Herren! Im Sommer, als noch alles heil und schön ausgesehen hat, kam aus Mallorca die Kanzlerdiffamierung der Selbständigen. Diese – von den Selbständigen auf einen einfachen Nenner gebracht – hat in ihrer Resonanz etwa so ausgesehen: Weil ein paar Außenseiter Steuern hinterzogen haben, die überdies niemand gedeckt hat, müssen wir alle, die pünktlichen Steuerzahler, mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz 17 Milliarden Schilling an Steuer Strafe zahlen. Das ist eine reine Sippenhaftung, meine Damen und Herren! Darum war die Empörung innerhalb der gewerblichen Wirtschaft so groß.

Der Anschlag gegen die Selbständigen und indirekt gegen die Arbeitnehmer, vor allem gegen die Angestellten und allgemein gegen die Jugend, würde allein genügt haben, um diese Empörung auszulösen. Da wäre die

Diffamierung des Kanzlers nicht mehr nötig gewesen, sie hat das ganze nur noch aufgestachelt. Der Anschlag gegen den betrieblich genutzten PKW und Kombi ist ein Anschlag gegen den Mittelstand, gegen die Gewerbe- und Handelstreibenden, gegen die Freiberufler, gegen die Landwirte und gegen alle Arbeiter und Angestellten, die Kilometergeld beziehen. Das ist ein Anschlag gegen die Nahversorgung, gegen den ländlichen Raum und gegen das Grenzland *(Abg. Dr. Tull: Lauter Anschläge!)*, ein Anschlag gegen das Nettoprinzip im Steuersystem, nachdem bei der Gewinnermittlung die betrieblichen Ausgaben voll abgezogen werden können. Jede gesetzliche Begrenzung ist Willkür und Vergewaltigung der Betriebswirtschaft! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Mussils Horrorstunde!)*

Das 2. Abgabenänderungsgesetz ist aber auch ein Anschlag gegen das rechtsstaatliche Prinzip, weil einzelne Teile rückwirkend mit 1. August 1977 in Kraft treten sollen, obwohl der Kanzler doch mit aller Schärfe gegen die Rückwirkung aller Gesetze eintritt. Über eine verbale Rückwirkungserklärung bei Steuern hat er seinen Lieblingsstaatssekretär Veselsky fallenlassen müssen. Ich bin neugierig, ob der Kanzler morgen bei den Bestimmungen über die Rückwirkung mitstimmt oder ob er dagegen stimmt. Nach der Härte gegen Veselsky müßte er dagegen stimmen. Ich bin aber auch neugierig, ob der Vizekanzler ein Wort der Entschuldigung für Veselsky findet, wo er doch die Rückwirkungen laufend praktiziert, die der Staatssekretär nur laut in Erwägung gezogen hat. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Mit aller Deutlichkeit eines: Wenn beim sogenannten Sozialkapital gewisse Erleichterungen erzielt und – wie bei den Autos – die größten Willkürlichkeiten, Systemwidrigkeiten und Verstöße gegen die menschliche Logik etwas gemildert wurden, so kann das weder der eine oder andere sozialistische Gewerkschafter noch der Freie Wirtschaftsverband für sich buchen, sondern das ist einzig und allein das Verdienst der eindrucksvollen und disziplinierten Demonstration des Österreichischen Wirtschaftsbundes *(Ruf bei der SPÖ: Ein bisserl überdreht!)*, hinter dem geschlossen die gesamte Österreichische Volkspartei steht. Diese Demonstration liegt Ihnen, liegt der Regierung noch heute in den Knochen. *(Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit bei der SPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Da lachen Sie aber selbst, Herr Mussil, über den Spaß!)*

Eines ist dabei klar, meine Damen und Herren: Das 2. Abgabenänderungsgesetz hat auch ein klassenpolitisches Ziel verfolgt. Die symmetrische Verteilung des Regierungsleides

Dr. Mussil

– ich wiederhole: Regierungsleides –, um mit Ihrem neuen Programmentwurf zu reden, verlangt es. Wenn die Regierung durch das selbstverschuldete Budgetdebakel schon verhindert, daß die überfällige Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer durchgeführt wird (*Abg. Dr. Androsch: Aber, Herr Generalsekretär!*), dann soll aus den Selbständigen noch mehr herausgepreßt werden, als die Steueranpassung kosten würde. Das ist der Neidkomplex, den Sie mit diesen Dingen innerhalb der eigenen Partei ausgestreut haben.

Dabei wird ganz übersehen, daß die Einkommensteuer zumindest auch genauso bei den Arbeitgebern entsprechende Erleichterungen erfordert, weil die Arbeitgeber damit zusätzlich und immer mehr in die Scheingewinnbesteuerung hineinkommen. Und bei den Arbeitnehmern ist es so, daß sie das 2. Abgabenänderungsgesetz zwar nicht direkt, aber indirekt genauso trifft wie die Arbeitgeber. Der Kampf gegen das 2. Abgabenänderungsgesetz wird daher weitergehen, genauso wie gegen das gesamte Maßnahmenpaket. Wenn die Regierung nicht einlenkt, wird die ÖVP die erste Möglichkeit benützen, um diese Anschläge wieder rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir haben immer wieder erklärt: Solange sich die Regierung nicht entschließt, ausgabenseitig echt einzusparen, bleibt jeder Sanierungsversuch ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Die Regierung muß bei den Verschwendungsansätzen streichen. Daß sie es nicht tut, beweist, daß sie das echte Problem bis nach den Wahlen verschieben will. Der Ausgabenrahmen im Budget 1978 weist eine Steigerung von 11,5 Prozent aus, wenn man die Umschichtungen mit dem Familienlastenausgleich in Betracht zieht, mehr als 8 Prozent. Prognostiziert sind nominell 6,5 Prozent; die Differenz ist eine ganz gewaltige Summe, die Sie sich nicht getraut haben – auch nicht nach den burgenländischen Wahlen – einzusparen.

Ohne mehrjährigen Sanierungsplan werden Sie nicht auskommen. Wo die Regierung planen muß, wäre beim eigenen Staatshaushalt. Da will sie aber nicht planen beziehungsweise kann sie nicht planen. Aber hineinplanen in fremde Betriebe, dort die Entscheidungsstrukturen an sich ziehen und in die einzelnen Betriebe hineinregieren, das wollen Sie. Das ist eine ausgesprochene Anmaßung, meine Herren, die Sie sich abgewöhnen müssen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ein echter Sanierungsplan kann nur von der Ausgabenseite her erfolgen, weil die Einnahmenseite ausgereizt ist. Wenn trotzdem der Kanzler sagt, er kann keinen Eid darauf leisten, daß 1978 keine neuen Belastungen kommen,

dann kann die Bevölkerung ruhig damit rechnen, daß sie wieder neue Belastungen wird tragen müssen gegen alle wirtschaftliche Vernunft.

Insider der Himmelpfortgasse haben kürzlich die Situation, Herr Finanzminister, der österreichischen Finanzen mit dem Führerhauptquartier 1945 verglichen, das ständig zum Schließen von Frontlücken Armeen verschoben hat, die es gar nicht mehr gegeben hat. Exstaatssekretär Veselsky – das ist schon mehrmals erklärt worden – hat das viel kürzer ausgedrückt, als er meinte: Wo nichts ist, kann nichts werden.

Die Entlastung bei den Budgetausgaben erfolgt außer bei Investitionen und Förderungsmaßnahmen durch die Senkung der Zuschüsse in der Pensionsversicherung bei gleichzeitiger Beitragserhöhung und dreifachem Ausräumen des Familienlastenausgleichsfonds.

Durch die Steigerung der Beiträge der Arbeitnehmer zu den Sozialversicherungsträgern verringern Sie den ohnedies sehr geringen Lohnerhöhungsspielraum. Wir sind an der Spitze der Lohnnebenkosten, sie werden trotzdem laufend erhöht.

Die Senkung des Arbeitgeberbeitrages zum Familienlastenausgleichsfonds ist eine reine Augenauswischerei. So sehen wir das. In Wirklichkeit ist es eine Umwidmung von Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds zur Arbeiterpensionsversicherung. Da hätten Sie es gleich direkt machen können, Herr Finanzminister, und wir hätten uns den Verlust der Beitragsparität erspart. Das wäre der ehrliche und der einfachere Weg gewesen. Warum haben Sie es nicht gemacht? Sagen Sie es uns!

Die sogenannte Luxussteuer wird schwerpunktmäßig alles andere als Luxus erfassen. Sie belastet in erster Linie den Konsumenten. Daß Sie die 66prozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer dem Produzenten, Importeur oder Einzelhändler auflasten wollen, wie es der Kanzler gemeint hat, kann nur als Witz aufgefaßt werden.

Was im nächsten Jahr, wenn der Boom, der Vorziehbomben vorbei ist, nach der Jänner-Lücke geschehen wird, das wissen wir nicht, es wird dann zweifellos da und dort zu Rückwärtswindungen kommen. Dann trägt der Selbständige die Mehrwertsteuer von der Substanz. Das ist das, was Sie eigentlich wollten.

Bei einer Reihe von Titular-Luxuswaren, wenn man sie so bezeichnen kann, werden „steuerfreie“ – unter Anführungszeichen – Direktimporte durchgeführt werden. Dadurch wird das Budget und die Leistungsbilanz alles andere als entlastet.

Daß sich die Regierung an den dritten

Dr. Mussil

Mehrwertsteuersatz herangewagt hat, wo der Vizekanzler vor kurzem erst erklärt hat, er wird bei den Autos den Unsinn, den die ÖVP gemacht hat und der ihr die Wahl gekostet hat, nicht mitmachen – er hat ihn doch mitgemacht –, ist ein Zeichen dafür, wie verzweifelt die Lage ist. Ich möchte von dem Satz, den Sie gebraucht haben, Herr Finanzminister, die logischen Ableitungen im Hohen Hause nicht anstellen.

Der kraftfahrzeugpolitische Kraftakt, wenn man den steuerlichen Kampf gegen die Kraftfahrzeuge aller Art so nennen und ihn vornehm bezeichnen will, wird zu einem motorisierten Substandard mit erhöhter Unfallsquote führen. Und hoffentlich, meine Damen und Herren, zu einer entsprechenden Quittung mit den Stimmentzetteln bei den nächsten Wahlen.

Eine Sonderkur wird wieder einmal dem Straßenverkehr zugedacht, und zwar unter dem schönen Namen „Straßenverkehrsförderungsbeitrag“. So steht es leider auch im Budget. Obwohl 1973 die damalige Beförderungssteuer durch die Mehrwertsteuer abgelöst wurde, soll jetzt neuerdings eine Belastung in der Größenordnung von 4,5 Milliarden Schilling erfolgen.

Für den Binnenverkehr ist an eine Pauschallösung gedacht, für den grenzüberschreitenden Verkehr an eine Tonnen-Kilometer-Besteuerung der Nutzlast, und zwar mit rein prohibitivem Charakter. Nach dem, was wir über die Höhe der Belastung erfahren haben, wird es so sein, daß die neue Steuer zu einer Verdoppelung bis zu einer Verdreifachung des Straßen-Gütertarifes führen wird.

Da vor allem beim grenzüberschreitenden Verkehr die Eisenbahnen die Transporte gar nicht übernehmen können, werden die österreichischen Frächter durch ausländische aus dem Markt gedrängt werden.

Die ÖVP ist immer für die freie Wahl des Verkehrsmittels und für eine gewerberechtliche und tarifarische Koordinierung zwischen Schiene und Straße eingetreten. Jetzt gehen Sie das erste Mal davon ab. Wenn die Steuer kommt, müssen eine Reihe von internationalen Verträgen gekündigt werden, Retorsionen stehen uns ins Haus, sind bereits angekündigt. Die von den österreichischen Transportfahrzeugen im Ausland zurückgelegten Strecken sind meist viel länger als umgekehrt. Die österreichischen Frächter werden durch die Retorsionsmaßnahmen viel härter getroffen.

Der Straßenverkehrsförderungsbeitrag kommt in seinen Auswirkungen daher auch einer Exportsteuer in der Höhe der einfachen bis doppelten bisherigen Tarifbelastung gleich.

Das ist die Exportförderung der Regierung

Kreisky! Die ÖVP hat demgegenüber eine Exportoffensive auf allen Linien angekündigt.

Bei den Frächtern geht es bei der neuen Steuer, meine Damen und Herren, schlicht und einfach ums Überleben. Daß sie um ihre Existenz kämpfen, ist eine Selbstverständlichkeit. Und daß dann die gesamte ÖVP dieser um ihre Existenz kämpfenden Gruppe Schutz angedeihen lassen und hinter ihr stehen wird, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit.

Die ÖVP steht nach wie vor auf der Linie einer Retorsionssteuer gegen Staaten mit Transitsteuern und für eine Zoll- und Steuererfassung des mitgeführten Treibstoffes. Das Maßnahmenpaket ist für die Wirtschaft ein weiterer Schritt zur Gewinndrosselung und Entkapitalisierung sowie zur Verstärkung der Krisenanfälligkeit der Betriebe. So etwas vor einem drohenden Konjunkturunbruch zu beschließen, blieb der SPÖ-Regierung vorbehalten.

Da bleibt nur der eine Schluß: Die Regierung versucht neuerlich, die Betriebe auf breiter Front in die roten Ziffern zu drängen, um sie vom Staate abhängig zu machen. Auch hier nur eines: Das Alternativprogramm der ÖVP, der sogenannte Taus-Plan, hat Punkt für Punkt den Weg vorgezeigt, der aus dieser Krise herausführt. Bedienen Sie sich dieses Planes! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Kanzler hingegen bietet den vorher ihrer eigenen Wirtschaftskraft beraubten Betrieben wieder einmal einen neuen Kreditfonds, dieses Mal den sogenannten Industriefonds, an. Dieser Fonds soll verbilligte Kredite über neue Kreditlenkungskommissionen an bevorzugte Projekte verteilen. Also reine Investitionslenkung durch Kreditlenkung.

Da das neuerlich zugestutzte Eigenkapital als Risikokapital nicht ausreicht, werden die Betriebe zum staatlichen Garantiefonds gezwungen. Also aufgezwungene Sozialisierung des Risikos und damit Sozialisierung der Investitionsentscheidung, also laufend Änderung der Entscheidungsstruktur zu Lasten der Unternehmer in Richtung auf die sogenannte planende Gesellschaft, wie es das noch nicht in Kraft stehende Programm der SPÖ befiehlt.

Staatssekretär Veselsky, der so gerne zentraler Planer vom Dienst geworden wäre – man würde ihn in der Sprache des Entwurfes einen Planbeauftragten der Gesellschaft nennen –, kann es kaum werden, weil er sicherlich primär rückwirkend planen würde.

Ob ein Nullgruppler – bei dieser Durchsetzung des Programmentwurfes mit dem Gift von Marx bis zu den neuen Linken –, wenn der Entwurf nicht radikal geändert wird, den Posten

Dr. Mussil

eines Planbeauftragten übernehmen wird, ist fraglich.

Ich bin überhaupt neugierig, was die diversen Nullgruppler, die sich Kreisky im Laufe der Zeit angelacht hat, tun werden, wenn ihnen aus jeder zweiten Zeile des Entwurfes das Gesicht von Marx, Marcuse, Adorno, Horkheimer und so weiter entgegenlacht. (*Heiterkeit.*) Ja Sie haben ihn nicht gelesen, meine Herren, Sie haben leicht lachen. Lesen Sie ihn einmal durch.

Wenn der Entwurf so Programm wird, wie Sie ihn geschrieben haben, kann ein großer Teil Ihrer Stammwähler keinen Schritt gemeinsamen Weges mehr mit Ihnen gehen, geschweige denn die sogenannten liberalen Wähler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Entwurf hat aus früheren Programmen nicht nur marxistische Stehsätze herübergerettet, sondern auch das Zerrbild eines Kapitalismus, den es überhaupt nicht gibt. Der Entwurf versucht, der sozialen Marktwirtschaft dieses Zerrbild eines Kapitalismus umzustülpen. Die soziale Marktwirtschaft wird abqualifiziert wie noch selten zuvor, Gewinn und Profit werden zu Negativbegriffen gemacht und auf jeder Seite des Entwurfes mehrmals verteuelt.

Man hat den Eindruck, daß gewinnlose Betriebe, also Betriebe in den roten Zahlen, das Ziel allen Wirtschaftens sein sollen, damit der schreckliche Gewinn endlich aufhört, und zwar auch in den verstaatlichten Betrieben.

Ihre bisherigen Alternativen zur sozialen Marktwirtschaft, das gemischtwirtschaftliche System, das Sie bisher hochgehoben haben, oder die sozialdemokratische Marktwirtschaft, wie sie einmal der Minister Staribacher genannt hat, sollen aufgegeben werden, an ihre Stelle soll die sogenannte soziale Demokratie in der marxistischen Utopie einer klassenlosen, aber planenden Gesellschaft treten.

In der klassenlosen Gesellschaft – ich zitiere, meine Damen und Herren – wollen wir – die Sozialisten nämlich – die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt. – Utopischer kann eine linke Heilslehre kaum sein. (*Abg. Dr. Androsch: Sind Sie für den Kapitalismus?*)

Ich bin für die soziale Marktwirtschaft, Herr Vizekanzler, ich stehe auch dazu und werde immer dazu stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

An allen Krisenerscheinungen in den Industriestaaten ist der Kapitalismus oder die soziale Marktwirtschaft schuld. Diese plötzliche, so radikale Frontstellung der Regierungspartei gegen die Marktwirtschaft ist nur dadurch

erklärbar, daß die Sozialisten einsehen gelernt haben, daß sie mit dem Instrumentarium der sozialen Marktwirtschaft nicht umgehen können. Eine andere Erklärung ist nicht zu finden. (*Abg. Dr. Androsch: Der Markt ist nie sozial!*)

In der klassenlosen Gesellschaft ist für Tarifaufonomie begrifflich kein Platz. Der Entwurf gebraucht auch nicht das Wort Lohnfindung, meine Damen und Herren, sondern spricht von Einkommens- und Lohnfestsetzung, also obrigkeitlich. Die Frage, wie die Preise und Löhne festgesetzt werden sollen: durch Anweisung an durchführende Verbände oder durch zentrale Fixierung, ist dann nur mehr Nebensache.

Die Sozialpartnerschaft hat in der planenden Gesellschaft sicher schon ausgedient. Ich bin neugierig, was die Gewerkschaften zu dem allen sagen werden.

Das Leistungsprinzip wird abgeschrieben, die Einkommensverteilung soll stärker nach dem Arbeitsleid – ich wiederhole: nach dem Arbeitsleid – erfolgen. Wie das Leid gemessen werden soll, bleibt der planenden Gesellschaft vorbehalten. Wenn dieser Grundsatz verwirklicht wird, müßten Kreiskys Gehilfen, die Staatssekretäre, jeder einzelne das Doppelte verdienen wie der Meister selbst. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der soziale Aufstieg wird als Illusion bezeichnet, die sozialen Aufsteiger werden indirekt abgewertet. Die ÖVP bekennt sich demgegenüber als Partei des Mittelstandes zum sozialen Aufstieg. In den sozialen Aufsteigern sieht die Österreichische Volkspartei eine große Zukunftschance der Gesellschaft. Sie wird sich dafür einsetzen, daß möglichst jeder einzelne die Chance zum sozialen Aufstieg bekommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sozialisten sind aber auch lieb, wenn man das so sagen kann: Die Sozialisten sehen nach dem Entwurf nicht von vornherein in einer Änderung der Eigentumsverhältnisse die Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik. Das nackte Recht des Eigentums kann also dem einzelnen Unternehmer verbleiben. Produktions- und Investitionsentscheidungen sind aber nach dem Entwurf nicht nach dem zu erwartenden Gewinn zu orientieren, die Entscheidungsverhältnisse sind daher zu verändern. – Um das geht es Ihnen, meine Damen und Herren.

Die Alternative heißt nach dem Entwurf nicht Freiheit oder Planung, sondern Wirtschaftskrisen oder planende Gesellschaft – alles wörtlich aus dem Entwurf. Im Klartext bedeutet das für Ihr Programm, wenn das Wirklichkeit wird, reine Planwirtschaft statt soziale Marktwirtschaft. Um das geht es.

Dr. Mussil

Die Österreichische Volkspartei wird diese soziale Marktwirtschaft mit Zähnen und Klauen verteidigen, weil sie nach wie vor in der sozialen Marktwirtschaft das einzige System sieht, das größtmöglichen Wohlstand bei größtmöglicher Sicherheit und Freiheit gewährt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident: Hohes Haus! Es sind heute schon derart häufig Milliardenbeträge in allen Varianten durch die Diskussion und durch die Luft gewirbelt worden, daß es einem außenstehenden Zuhörer sicherlich schwer fällt, ein wahres Bild der Situation zu gewinnen. Lassen Sie mich den Versuch unternehmen, diese Milliardenbeträge in Zahlengrößenordnungen aufzulösen, die dem Normalverbraucher verständlicher sind.

Stellen wir uns den Herrn Bundesminister für Finanzen – Verzeihung, ich weiß, daß es die Höflichkeit gebieten würde, den Herrn Dr. Androsch als Herrn Vizekanzler zu titulieren, aber ich setze mich hier bewußt mit dem Herrn Finanzminister auseinander –, stellen wir uns also den Herrn Finanzminister einmal geldzählenderweise vor. Stellen wir uns vor, Androsch blättert in jeder Sekunde eintausend Schilling auf den Tisch. Und wenn Dr. Androsch dies vom 1. Jänner eines Jahres, konkret des Jahres 1978, fast das ganze Jahr hindurch bis Weihnachten 1978 macht, wenn er also Tag für Tag, Nacht für Nacht, ohne jede Pause pro Sekunde eintausend Schilling auf den Tisch blättert, dann hat er bis Weihnachten des Jahres 1978 genau jene 31 Milliarden Schilling hingeblättert, die allein den Schuldendienst des Budgetvoranschlages 1978 ausmachen. Pro Sekunde, 24 Stunden, das ganze Jahr hindurch, eintausend Schilling. *(Abg. Babanitz: Mit oder ohne Computer?)* Herr Kollege, ich weiß nicht, ob der Herr Finanzminister zum Zählen einen Computer braucht, das würde ich ihm nicht zumuten.

Viel dramatischer ist es aber, wenn man sich überlegt, daß bereits zwei Jahre später, also um die Wende 1980/1981, nicht mehr eintausend Schilling pro Sekunde auf den Tisch geblättert werden müssen, sondern fast der doppelte Betrag, nämlich zweitausend Schilling. Und das erhellt, glaube ich, in einer sehr einfachen Schlüsselzahl, wie dramatisch die Entwicklung der Staatsverschuldung verlaufen wird.

Ich darf hier auf die Budgetvorschau 1976 bis 1980 zurückgreifen, die der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen jüngst veröffentlicht hat.

Die Zahlenreihe ist interessant. Die Finanz-

schuld des Bundes, gemessen in Prozenten am Bruttonationalprodukt, betrug um die Jahreswende 1971/1972 noch 10 Prozent – ich darf runden. Jetzt, 1977, erreichen wir mit der Staatsschuld bereits einen Anteil von 20 Prozent am Bruttonationalprodukt, also eine Verdoppelung. 1978 sind es dann bereits 23 Prozent, und um das Jahr 1980 herum wird sich die Staatsschuld auf einen Anteil von fast 30 Prozent des Bruttonationalproduktes erhöht haben. Das ist ein ganz gigantisches Wachstum von 10 Prozent 1971 auf fast 30 Prozent Anteil nicht einmal zehn Jahre später.

Wenn man sich den Anteil der Finanzschuld in Prozenten des Budgetvolumens ansieht, dann merkt man, daß vom Jahr 1971 bis zum Jahr 1979 fast genau eine Verdoppelung des Anteils eintritt.

Es ist also gar nicht so sehr der gegenwärtige hohe Stand der Staatsverschuldung, der Anlaß zu äußerster Besorgnis gibt, es ist vielmehr die weitere Entwicklung, wobei nämlich nichts, aber auch schon gar nichts darauf hindeutet, daß diese ungünstige Entwicklung eine Veränderung erfährt. Die Strukturen etwa im Budget, die Strukturen der Staatsausgaben bleiben – auch das zeigt diese Budgetvorschau des Beirates – bis 1980 in etwa gleich. Es ist da der berühmte Elastizitätsfaktor, er pendelt um 1, knapp darunter, knapp darüber. Das heißt, es wird sich an der heute schon bestehenden Struktur der Staatsausgaben bis 1980 nichts ändern. Aber der Schuldenaufwand wächst in der gleichen Zeit zwei- bis dreimal schneller als das Bruttonationalprodukt!

Da öffnet sich also eine gigantische Schere. Und diese Schere ist es, die einen, der sich für die ganze Volkswirtschaft verantwortlich fühlt, mit allergrößter Besorgnis erfüllt.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die schon zitierte Vorschau des Beirates! Während also hier davon gesprochen wird, daß sich die Ausgabenzuwächse, bezogen auf das Nationalprodukt, in etwa im gleichen Tempo entwickeln, wird im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 der Finanzschuldenaufwand steigen, und zwar je nach Trendvariante um durchschnittlich 19 bis 29 Prozent, also weit, weit über dem übrigen Wachstum sowohl des Bruttonationalproduktes wie auch der allgemeinen Staatsausgaben.

Mit einem Wort, der Herr Bundesfinanzminister, der jetzt schon kaum mehr einen finanzpolitischen Spielraum für konjunkturbeeinflussende Maßnahmen hat, wird in den kommenden Jahren immer noch weniger Spielraum bekommen, das heißt, er wird zum Schluß überhaupt keinen Spielraum mehr haben. Das wird allmählich von den verschiedensten Wirtschaftskom-

Dr. Stix

mentatoren erkannt. Ich zitiere etwa aus der „Kleinen Zeitung“ vom 20. Oktober; dort schreibt Erwin Zankel wörtlich:

„Ein Gegensteuern über das Budget wie in der Krise 1975 und – unnötigerweise – im Aufschwung 1976 ist nicht mehr möglich. Die Manövrierfähigkeit des Staatshaushaltes ist blockiert, wenn bereits jeder fünfte und bald jeder vierte Schilling, der dem Bund an Steuereinnahmen verbleibt, für den Schuldendienst verwendet werden muß.“

Es hat sich bei seiner Wortmeldung vor ungefähr einer Stunde der Herr Finanzminister auch dazu geäußert und sich in etwa damit verteidigt, daß er sagte, ohne den Einsatz des Budgets – so wie er es in den letzten Jahren gemacht hat – wäre die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in den jüngsten Jahren der Wirtschaftsrezession, also 1974 und 1975, nicht möglich gewesen.

Ich stelle fest, daß ein Fünkchen in dieser Behauptung richtig ist, der größere Teil nicht. Richtig ist, daß Finanzminister Androsch auf die Rezession reagiert hat, falsch ist, daß er richtig reagiert hat, denn tatsächlich hat es sich ja nicht um einen großen Konjunkturerinbruch gehandelt, sondern gemessen an dem, was vor uns steht, um eine Miniflaute. Diese Miniflaute hat er unter Aufwand und Einsatz viel zu großer Mittel bekämpft. Um im Bild zu bleiben: Der Herr Finanzminister hat sich dabei ausgezogen, das bedeutet, daß er in die Zukunft, die erst die wirklich großen Probleme einer weltweiten Wirtschaftsstagnation bringen wird, nackt marschiert; dort hat er dann überhaupt nichts mehr zum Ausziehen.

Wenn man die gesamte Budgetpolitik der letzten sechs Jahre betrachtet, dann kommt man darauf, daß der Herr Finanzminister praktisch in jedem Jahr das gleiche gesagt hat. Er hat erklärt: Das Budget ist konjunkturgerecht, das Budget wirkt stabilisierend und ist dazu geeignet, die Staatsfinanzen im finanziellen Gleichgewicht zu halten.

Tatsache ist, daß er sich in jedem Jahr in seinen Einschätzungen geirrt hat und daß er in jedem Jahr denselben Ausweg beschritten hat, nämlich eine Flucht in immer größere Verschuldung. Diese Flucht in eine immer größere Verschuldung hat nun mit dem uns vorliegenden Budgetentwurf für 1978 zweifellos eine kritische Marke erreicht. Wie kritisch sie ist, zeigt ja etwa, daß auch das Ausland allmählich hellhörig wird.

Ich zitiere hier aus der „Neuen Züricher Zeitung“, die am 20. Oktober zum österreichischen Bundesvoranschlag für 1978 schon die

Unterzeile setzt: „Stark expandierender Staatsschuldendienst.“

Im Kommentar selbst heißt es dann wörtlich:

„Der Gesamtaufwand für den Staatsschuldendienst einschließlich Zinsen und Spesen wird um ein Fünftel auf 31 Milliarden Schilling steigen. Es ist dies die am stärksten expandierende Ausgabengruppe des Bundeshaushaltes, und ihr Verhältnis zum Bruttodefizit – 56 Prozent im laufenden, 77 Prozent im nächsten Jahr – signalisiert klarer als andere die außergewöhnliche Anspannung der Bundesfinanzen unter den Bedingungen des Krisenmanagements der letzten Jahre.“

Soweit die sicherlich objektive, zweifellos unbestechliche Schweizer „Neue Zürcher Zeitung“.

Uns Österreicher muß beunruhigen, daß das Ausland bereits die hier sichtbar gewordene Entwicklung der österreichischen Finanzgebärung so sieht, so kritisch beurteilt, weil das selbstverständlich Auswirkungen für jene Aktionen haben wird, die dem Herrn Bundesfinanzminister nicht erspart bleiben werden, wenn er sich eines Tages auch um internationale Hilfe kümmern wird, um die Bewältigung dieser ungeheuren Kreditbedürfnisse, die er sich aufgehalst hat, zu realisieren.

Im übrigen findet sich meines Wissens erstmals in einer amtlichen Unterlage zu diesem Bundesfinanzgesetz 1978, nämlich im „Arbeitsbehelf“, ein Eingeständnis der früheren Irrtümer. Es heißt in diesem „Arbeitsbehelf“ auf Seite 8 wörtlich:

„Im besonderen wird die Einnahmenseite des öffentlichen Haushaltes ganz allgemein von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft so nachhaltig beeinflusst, daß erfahrungsgemäß gesagt werden kann, daß 1 Prozent wirtschaftliches Wachstum beziehungsweise 1 Prozent Wachstumsrückgang sich in etwa dem gleichen Ausmaß auf die öffentlichen Einnahmen, insbesondere aus den Abgaben, auswirkt. Daraus geht klar hervor, daß die Zugrundelegung einer überhöhten Wachstumsprognose zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfes für den Bundesvoranschlag auch zu einer, allerdings erst später erkennbaren, Überschätzung der Budgeteinnahmen, insbesondere aus den öffentlichen Abgaben, führt. Das Finanzjahr 1975 bietet sich dafür zwingend als Beispiel an.“

Das ist ein klassisches Eingeständnis früherer Irrtümer, und ich stehe nicht an, anzuerkennen, daß es immerhin in dieser Unterlage ausgesprochen wird.

Tatsächlich, Herr Kollege Tull, bedeutet es ganz im Gegensatz zu Ihren beschönigenden

Dr. Stix

Ausführungen sogar von höchst amtlicher Seite eine Bestätigung all jener Kritik, die die Opposition seit Jahren bei diesen Budgetdebatten vorgebracht hat.

Aber freuen wir uns. Es heißt bekanntlich: Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Freilich, die Selbsterkenntnis, die hier zutage tritt, ist erst ein zaghafter Anfang, die Besserung selbst ist noch keineswegs in Sicht. Aber es erleichtert die allgemeine Diskussion in der Wirtschaftspolitik und zur Finanzpolitik, wenn man sieht, daß der Herr Finanzminister selbst einmal eingesteht, daß er sich geirrt hat.

Ich darf gleich im Anschluß an das gebrachte Zitat mit dem nächsten Satz noch einmal zitierend fortfahren. Es heißt dort:

„Für das Jahr 1978 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wirtschaftswachstum von + 7 Prozent zugrunde gelegt.“

Das ist diese berühmte neuere Prognose 1,5 oder 2 Prozent reales Wachstum plus etwa 5 Prozent Geldentwertung.

Mein Kollege Dr. Broesigke hat bereits nachgewiesen, daß sich dieser Bundesvoranschlag entgegen der soeben von mir auch zitierten Absichtserklärung in keiner Weise in seinem Wachstum, in seiner Expansion an diese auferlegte 7 Prozent-Grenze hält. In keiner Weise. Das ist auch nicht zu verwundern, denn das Budget war ja bereits im Sommer 1977, also im Sommer dieses Jahres, fertig, und da hat der Herr Finanzminister noch den Prognosen vertraut, die von einem vierprozentigen Wachstum sprechen.

Ich darf aus der Budgetrede des Herrn Finanzministers selbst zitieren; aus seiner Budgetrede. Auf Seite 5 heißt es im vorletzten Absatz wörtlich:

„Das wirtschaftliche Wachstum wird“ 1977 „rund 4 Prozent . . . betragen und damit weiterhin über dem Durchschnitt der OECD-Staaten . . . liegen.“

Bitte, das in der Budgetrede: 4 Prozent Wachstum, wo doch schon Mitte September die neueren Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts herausgekommen sind, die von einem realen Wachstum von nur noch 1,5 oder 2 Prozent gesprochen haben. Da war ja das Budget fertig, wie leicht anhand dieser Äußerungen Finanzminister Androsch nachzuweisen ist.

Daher ist der ganze Versuch, jetzt jenes Budget, das auf der Basis eines prognostizierten 4 Prozent-Wachstums gemacht wurde, anhand der neueren, viel schlechteren Prognosen zu

ändern, vergeblich. Dieses Budget kann nicht mehr geändert werden, es kann nur noch umgeschminkt werden. Daher dieser unglaubliche Eiertanz, den der Herr Finanzminister und die sozialistischen Abgeordneten, die hier zum Budget reden, aufführen, die uns tatsächlich weismachen wollen, das Budget hielte sich in seiner Expansion an das vorgegebene Wachstumslimit von 7 Prozent, während doch, wie Dr. Broesigke auch nachgewiesen hat, dieses vom Finanzminister selbst gezogene Limit eindeutig überschritten wird.

Es kann natürlich der Einwand kommen, daß durch die jetzt zu beschließenden Steuererhöhungen, die uns ja morgen beschäftigen werden, die Einnahmenseite besser ausfallen werde, als dies im Budget veranschlagt ist, beziehungsweise – man muß noch richtiger sagen –, daß die etwa 11 Prozent Einnahmensteigerung, die im Budget vorgesehen ist, sich ergibt und rechtfertigt im Hinblick auf die erst beabsichtigten Steuererhöhungen.

Das ist meines Erachtens heute noch nicht richtig abschätzbar. Es ist noch nicht ausgemacht, daß die erwarteten Steuermehreinnahmen tatsächlich eintreffen werden. Genauso gut kann eintreten, daß diese Steuerbelastung zu einer weiteren Drosselung der Wirtschaftstätigkeit führt, sich dämpfend auf die Umsatzentwicklung auswirkt und damit auch auf die Konsumneigung.

Es hat sich jetzt gezeigt, gerade in diesen Wochen, wie sehr kurzfristig jene Kaufwelle war, die allein psychologisch erklärbar aufgrund der Ankündigung der Luxusmehrwertsteuer zustande kam. Selbst ein so massiver psychologischer Anstoß wie diese Ankündigung hat nicht hingereicht, die Konsumwelle länger als einige wenige Wochen anzufeuern.

Das führt genau in ein Problem hinein, mit dem ich mich jetzt abschließend noch etwas ausführlicher befassen möchte. Im Grunde genommen ist der Herr Finanzminister sowohl mit seiner Finanzpolitik im engeren Sinne wie mit seiner Wirtschaftspolitik insgesamt in einer Zwickmühle. Das Steueraufkommen, das in all den letzten Jahren nie seinen Berechnungen entsprochen hat, sondern immer zurückgeblieben ist, hängt natürlich vom Wirtschaftswachstum allgemein ab; konkreter gesagt, es hängt von der Umsatzentwicklung in der Wirtschaft ab. Die Umsatzentwicklung hängt aber letzten Endes wiederum von der Konsumneigung ab.

Ich habe schon wiederholt darlegen können, daß es eine falsche Hoffnung ist – und in dem Punkt glaube ich auch, daß der Herr Abgeordnete Dr. Mussil die Dinge zu optimistisch sieht –, sich von einer Belebung der Investitionstätigkeit

Dr. Stix

allzuviel zu erwarten. Denn für jede Investitionstätigkeit ist natürlich die Haupttriebfeder die Erwartung, daß diese Investitionen eines Tages zu Umsätzen, zu neuen oder zu erhöhten Umsätzen führen werden. Diese Erwartung kann aber nur eintreten, wenn sich der Konsum entsprechend entwickelt, die Konsumneigung. Also wird die Investitionsbereitschaft, langfristig betrachtet, von der Konsumneigung abhängen. Genau das ist der Punkt, wo die Probleme beginnen.

Schon in den letzten Jahren hat sich die Konsumneigung nicht im gleichen Ausmaß entwickelt, wie das Bruttonationalprodukt nominal gewachsen ist. Signifikantes Zeichen dafür ist die Entwicklung der Sparquote. Wir wissen doch alle, auch ohne daß wir die Tabellen nachschlagen müssen oder im Kopf haben, daß wir nie ein Wachstum des Bruttonationalprodukts hatten – ich spreche jetzt nominell –, das über 12 Prozent hinausgegangen ist. Teilweise ist das nominelle Wachstum – ich spreche nicht vom realen – darunter gelegen.

Aber zur gleichen Zeit ist in all diesen Jahren die Sparquote weit über 12 Prozent gelegen, bei 17 Prozent, 18, 19 Prozent. Auch jetzt, wo von einer Trendumkehr gesprochen wird, von einer gewissen Abschwächung der Sparquote, spricht man davon, obwohl sie nur auf etwa 16 oder 15 Prozent zurückgegangen ist und damit wiederum weit, weit über dem prognostizierten nominellen Wachstum des Bruttonationalproduktes liegt. Was bedeutet das aber? Es bedeutet eine langfristige, anhaltende Konsumschwäche. Und von dort wird selbstverständlich kein Wirtschaftswachstum ausgehen, sondern ein weiterer Beitrag zu einer langsam dahinsiechenden Wirtschaft kommen.

Es müßte also der Finanzminister gerade dann, wenn er daran interessiert ist, höhere Steuern zu bekommen, weil er ein wachsendes Budgetvolumen finanzieren will, auch daran interessiert sein, die Konsumneigung zu beleben. Was tut er aber mit den neuen Steuern? Ist die Einführung der Luxussteuer, ist die Beschränkung der Abschreibungen beim Pkw eine Konsumbelebung oder bewirkt das eine Konsumdrosselung? Er tut also genau das Gegenteil von dem, was er langfristig eigentlich tun müßte.

Das ist aber erst die eine Hälfte der Zwickmühle. Zur Zwickmühle gehört bekanntlich ein zweiter Teil, und dieser zweite Teil ist nun der Geld- und Kapitalmarkt, wo man sehr gern die bisher zustande gekommenen Sparquoten gesehen hat, weil man ja für die Kreditfinanzierung des Defizits in ständig wachsendem Ausmaß eine Verschuldung auf sich nehmen muß. Von der Kreditfinanzierung des Defizits

her gesehen, also rein vom fiskalischen Standpunkt, hat man diese Sparquote sehr begrüßt und ist jetzt ein wenig beunruhigt, weil sie sich abschwächt. Und um das vorhandene Geld für die Kreditfinanzierung der Defizite zu sichern, steigt auch noch die Nationalbank auf die Bremse, um es mit den Worten Kienzls auszudrücken, betreibt eine Geldpolitik in der Weise, wie er gesagt hat: Bremsen, daß es quietscht. Ja bitte, was wird denn damit gebremst? Doch wiederum nur die Konsumneigung, also genau das, was ohnedies schon zu schwach ist, wenn ich es langfristig darauf anlege, höhere Umsätze, höhere Steuereinnahmen und damit eine verbesserte Budgetsituation zu erreichen.

Wenn Kienzl weiter so bremst, daß es quietscht, dann prophezeie ich ihm, daß dieses Bremsen zum Blockieren der Räder führen wird, und damit ist ja dann wohl das Gegenteil von dem erreicht, was wir brauchen.

In dieser Zwickmühle steckt also der Finanzminister: Auf der einen Seite ein sich müde dahinschleppender Konsum, dessen Belebung sich Androsch wünschen müßte, will er höhere Steuern bekommen, auf der anderen Seite die Probleme des Geld- und Kreditmarktes, und das ganze noch verkompliziert durch unsere Leistungsbilanz. Auch dazu wäre eine Menge zu sagen, aber das hebe ich mir für eine andere Gelegenheit auf.

Ich möchte zur Stützung meiner These, wie sehr es in Wahrheit auf die Entwicklung des Konsums für die Zukunft ankommt, wenn man die Staatsfinanzen wirklich in den Griff bekommen will, nur noch einmal aus der Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zitieren. Dort heißt es auf Seite 22 in dem Kapitel über die Vorschau auf die Entwicklung in Österreich wörtlich:

Das tatsächliche Wachstum der österreichischen Wirtschaft wird in den kommenden Jahren nicht sosehr vom Wachstum der Produktionskapazitäten, sondern vielmehr von dem der Nachfrage bestimmt und begrenzt werden.

Und an anderer Stelle heißt es im gleichen Bericht: Ausgehend vom Niveau 1976 bis 1980 wäre bei den Produktionsmöglichkeiten ein Wachstumsspielraum von rund 6 Prozent pro Jahr gegeben. Geht man davon aus, daß die Nachfrage nicht entsprechend wächst, so wird auch im Jahr 1980 die Auslastung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten niedriger sein als vor der Rezession.

Man kann eine so düstere Prognose kaum nüchterner und sachlicher formulieren, als es in dieser Budgetvorschau des Beirates geschehen ist.

Dr. Stix

Aber diese Analyse würde zu ganz anderen Maßnahmen führen, als sie der Finanzminister und die Bundesregierung mit ihrem derzeitigen Maßnahmenpaket sowie mit diesem Budget tatsächlich treffen. Wenn die Konsumquote weiterhin dahinsiecht, so werden die Steuererwartungen nicht erfüllt werden, wird jene Rechnung wieder einmal nicht aufgehen, die Androsch angestellt hat.

Was heute wirtschafts- und finanzpolitisch geschieht, ist eine Entmutigung der Konsumenten, als logische Konsequenz eine Entmutigung der Unternehmungen, und das ganze noch garniert durch einen wachsenden Steuerwiderstand. Es wird also keineswegs zu dem erwarteten Steueraufkommen kommen, sondern Androsch wird jenen Weg, den er in den letzten Jahren ständig beschritten hat, in Zukunft im Laufschrift und dann sogar im rasenden Lauf weiterbeschreiten müssen, nämlich eine immer noch größere Staatsverschuldung einzugehen.

Die Finanzpolitik des Herrn Finanzministers Androsch war weder, wie er es behauptet hat, fiskalisch stabilisierend in der Vergangenheit noch ist sie, wie er heute behauptet, vorausschauend für die Zukunft. Es bleibt ihm, das zeigt die Budgetvorschau bis 1980, überhaupt kein Spielraum mehr, um Österreich auf jene großen Umstellungen vorzubereiten, die sich weltweit am Wirtschaftshorizont abzeichnen. Was Androsch praktiziert, ist ein stoisches Warten auf irgendein Wunder. Aber das ist keine Politik, das ist vor allem keine gute Politik. Wenn es überhaupt eine Art von Politik ist, dann ist es eine Vogel-Strauß-Politik, die bei uns Freiheitlichen sicher keine Unterstützung finden wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kapaun.

Abgeordneter Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 18. November 1975 sagte der damalige und heutige Führer der großen Oppositionspartei in diesem Haus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, was fehlt nun in diesem Budget? Die realistische Einschätzung der Lage. Denn wir haben nun ohne Zweifel einen schwierigen Winter vor uns, und alle Versicherungen, daß die Vollbeschäftigung gehalten werden wird, brechen ja mit jedem Tag in Nichts zusammen.“

Wir sind durch zwei Jahre in dieses bodenlose Nichts gestürzt: Wir haben heute den höchsten Beschäftigtenstand, den wir in der Geschichte dieses Staates je hatten. Ich habe dies aber nicht zitiert, um zu polemisieren, sondern ich habe dies deshalb gesagt, weil mir der erste Teil

dieses Zitats bedeutungsvoll erscheint, nämlich die Forderung des Herrn Oppositionsführers nach realistischer Einschätzung der Lage. Ich glaube, bei der Budgetdebatte ist dies eine Notwendigkeit, die realistische Einschätzung der Lage muß da sein, wenn man sich ein echtes Bild machen will, wenn man echt die Situation beurteilen will. Nur wenn man realistisch die Lage einschätzt, dann kann man ein richtiges Bild geben.

Ich möchte mich nicht zu den Prophezeiungen äußern, ich wundere mich nur, woher manche meiner Kollegen den Mut nehmen, diese Prophezeiungen auch heute zu wiederholen. Wir haben nun sieben gute Jahre hinter uns. Die Wirtschaftspolitik war erfolgreich, und trotzdem wird immer wieder in der Weise prophezeit, wie dies 1975 der Parteiobmann der ÖVP auch getan hat.

Ich glaube, wir müssen bei der realistischen Einschätzung der Lage die Negative in gleichem Ausmaß berücksichtigen wie die positiven Dinge, die für die Einschätzung der Situation wichtig sind.

Wenn ich die negativen Dinge vorwegnehme, dann gestatten Sie mir ein Zitat aus der „Zürcher Zeitung“ vom 3. September 1977. Ich werde Ihnen nur die Überschriften vorlesen: „An der Konjunkturfront nichts Neues“. „Zwiespältiges Bild in den USA.“ „Rückkehr zur Stagnation in der Bundesrepublik.“ „Fragile Stabilisierung in Frankreich.“ „Treten am Ort in Großbritannien.“ „Verbote einer neuen Rezession in Italien.“ „Geringeres Wirtschaftswachstum in Japan.“ Das ist die weltwirtschaftliche Situation, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir die wirtschaftliche Situation in unserem Lande diskutieren.

Wenn ich Ihnen ein Zitat aus der in Hamburg erscheinenden Zeitung „Die Zeit“ vom 30. September bringen darf. Es steht hier zu lesen: „Für die Gruppe der Industrieländer ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen noch immer fast so hoch wie auf dem Höhepunkt der Rezession vor zwei Jahren. Für jede Regierung mußte das eine Quelle der Sorge und der Nervosität sein.“ Abschließend wird festgestellt: „In Washington hat die Hoffnung auf eine raschere Erholung der Weltkonjunktur keine neue Nahrung bekommen.“

Wir wissen von der innenpolitischen Situation, daß wir in unserem Lande Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben und daß wir uns bemühen müssen, mit dem Staatshaushalt gegen diese Schwierigkeiten, die wir weltwirtschaftlich und innenwirtschaftlich vorfinden, fertig zu werden. Wir müssen daher in unserem Budget

Dr. Kapaun

für das Jahr 1978 diese Fakten berücksichtigen und ihnen Rechnung tragen.

Wir müssen aber auch, meine Damen und Herren, die Positiva berücksichtigen. Wir müssen feststellen, daß wir Vollbeschäftigung in Österreich haben gegenüber 17 Millionen Arbeitslosen in der westlichen Welt.

Die „Presse“ vom 28. 10. 1977, wenn ich sie zitieren darf, stellt fest: „Jugendarbeitslosigkeit noch ein Fremdwort. Während in Europa im Rahmen der gesamten Beschäftigungsprobleme insbesondere die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit zu größter Besorgnis Anlaß gibt, ist diese in Österreich praktisch nicht vorhanden. Dies ersieht man daraus, daß die allgemeine Arbeitslosenrate deutlich über jener der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 liegt.“

Wir müssen feststellen, daß wir nach Einschätzung der Öffentlichkeit eine erfolgreiche Konjunkturpolitik betrieben haben. In der „Zeit“ vom 23. September 1977 können wir unter der Überschrift „Keine rosigen Aussichten“ lesen: „Auf eine erfolgreiche Konjunkturpolitik können vor allem die Schweiz und Österreich verweisen.“ Das ist sicherlich ein Positivum, das wir bei der Betrachtung der ganzen Situation heranziehen müssen.

Bei der Einschätzung, bei der realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, die bei dieser Budgetberatung unbedingt notwendig ist, sind aber auch noch andere Faktoren zu berücksichtigen. In der öffentlichen Diskussion wird immer über den Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt gesprochen. Es wird von vielen der Eindruck erweckt, als ob der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt in Österreich ein übermäßiger sei, als ob unser Anteil am Sozialprodukt, den die öffentliche Hand in Anspruch nimmt, wesentlich über dem anderer Staaten liegen würde.

Ich darf hier wieder die „Zeit“ zitieren, vom 14. Oktober 1977: „Steuern und Sozialabgaben 1976 in Prozenten des Bruttosozialprodukts.“ Hier liegen wir in der zweiten Hälfte der Staaten. Vor uns liegen namhafte Staaten wie die Bundesrepublik, Frankreich, die Niederlande, Schweden, Norwegen und andere. Das heißt also, daß der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt in Österreich in einem durchaus vertretbaren und international üblichen Rahmen bleibt.

Es ist daher nicht richtig, wenn in der Wirtschaftsdiskussion festgestellt wird, und heute hat das ja wieder der Herr Abgeordnete Mussil darzustellen versucht, daß in Österreich der Staat sozusagen den Würgegriff am Hals der Wirtschaft habe. Es stimmt dies, wie die internationalen Zahlen deutlich beweisen,

durchaus nicht, weil der Anteil des Staates, der öffentlichen Hand am Sozialprodukt in anderen Staaten wesentlich höher ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein wichtiger Faktor, der für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation und vor allem für die Situation der Betriebe von entscheidender Bedeutung ist, ist der Lohn, sind die Lohnkosten. „Lohnkosten je Arbeitsstunde in der Industrie im Frühjahr 1977“ – hier darf ich aus der Zeitung „Die Zeit“ vom 7. Oktober 1977 zitieren –: Hier liegen wir mit den Lohnkosten nach namhaften Industriestaaten wie der Schweiz, den USA, den Niederlanden, Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark und Schweden. Hinter uns liegen andere Industriestaaten, das dürfen wir nicht vergessen. Aber auch hier liegen wir in der zweiten Hälfte, auch hier liegen wir nicht im Spitzenfeld. Die Belastungen, die von der Lohnseite auf unsere Wirtschaft zukommen, sind also international verkraftbar, die Belastungen, die von der Lohnseite kommen, geben also keinerlei Anlaß zur Besorgnis.

Als weiteres, was man zu beachten hat, muß man die Sparneigung der Bevölkerung beachten. Sie haben heute schon aus dem Munde des Finanzministers vernommen, daß im Jahre 1977 trotz der ungünstigen Lage des Weltpartages wieder ein großer Zuwachs an Spareinlagen zu erzielen war. 12,5 Prozent war der Zuwachs.

Was mich an dem ganzen stört, ist die Tatsache, daß es so der Zufall ergeben hat, daß die größte Wirtschaftszeitung Österreichs – oder zumindest jene, die das von sich behauptet – diese für die österreichische Wirtschaft sicherlich nicht unerfreuliche Meldung bescheiden auf der vierten Seite ganz klein gebracht hat. Ich bin überzeugt, die österreichischen Unternehmer interessieren sich sicherlich mehr dafür als für das, was in den ausländischen Staaten geschieht, ob Amerika in den Vereinten Nationen diese oder jene Anträge gestellt hat. Für die österreichische Wirtschaft ist diese Meldung auf der vierten Seite gerade noch gut genug.

Ich glaube, daß man hier das machen müßte, was der Herr Abgeordnete Lanner gesagt hat: Man müßte für Vertrauen werben, Vertrauen in die Wirtschaft, Vertrauen in den Staat. Es darf nicht zu dem Eindruck kommen, den man oft hat, daß sich hier eine Societas Leonis entwickelt, nämlich daß der eine nur an den Lasten beteiligt ist und der andere die Vorteile für sich in Anspruch nehmen kann. In der öffentlichen Diskussion, vor allem von seiten der Opposition, wird es immer so dargestellt, als ob alles, ob es die Vollbeschäftigung ist, unser Wohlstand, alles, was wir an Positiva aufzuweisen haben, ein Erfolg unserer Wirtschaft ist und alles, was

Dr. Kapaun

wir an Negativem in diesem Land erleben, eine Folge des staatlichen Eingriffes in diese Wirtschaft.

Wir müssen weiter, wenn wir ernsthaft über den Staatshaushalt diskutieren, uns auch vor Augen halten, wie hoch der Anteil am Bundeshaushalt ist, der überhaupt disponibel ist. Der ehemalige Vizekanzler Withalm hat einmal hier im Parlament gesagt, daß man diese Dinge ja überschätzt. Durch gesetzliche Verpflichtungen hat der Staat ja bereits einen großen Teil seiner Ausgaben gebunden. Es werden im kommenden Jahr voraussichtlich 86,6 Prozent sein. Das entspricht in etwa den Verpflichtungen, die der Staat in den letzten Jahren immer wieder gehabt hat. Das heißt, etwas mehr als 13 Prozent sind frei verfügbar und können echt nach dem Willen der Abgeordneten beziehungsweise nach dem Vorschlag der Bundesregierung aufgeteilt werden.

Die realistische Einschätzung, meine Damen und Herren, sagt uns, daß wir in Österreich und in der österreichischen Wirtschaft eine Reihe von Problemen haben, die wir durchaus nicht verniedlichen sollen. Sie sagt uns aber auch, daß wir eine günstige Situation im Weltmaßstab vorfinden.

Wir von der Regierungspartei sind der Auffassung, daß der Bundeshaushalt 1978 auf diese reale Situation eingestellt ist. Die Sicherung der Vollbeschäftigung ist nach wie vor für uns die im Vordergrund stehende Forderung. Für uns ist die Vollbeschäftigung das Wichtigste. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch eines, meine Damen und Herren: Wir glauben auch, daß der Wunsch nach Vollbeschäftigung auch der Wunsch der Menschen in diesem Staate ist. Wir haben, meine Damen und Herren, vor kurzem zwei Wahlen in meinem Heimatland gehabt – ich will mich nicht darüber verbreiten, ich will auch nicht polemisieren, obwohl es mir eigenartig vorkommt, daß man zuerst diese Wahlen zu Testwahlen aufgeschaukelt hat und nachher zur Tagesordnung übergeht nach dem Motto: Reden wir von etwas anderem. Das ist Sache derjenigen, die diese Wahlen verloren haben, das geht mich nichts an. Es ist nur sonderbar und soll deshalb hier zur Sprache gebracht werden.

Aber bei all diesen Wahlergebnissen in den Zeitungen stand ja zu lesen, welche Gründe es für den Wahlerfolg meiner Partei gegeben hat. Einer der Gründe war der, daß die Bevölkerung Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gehabt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Bevölkerung hat der Vollbeschäftigung eindeutig den Vorrang gegeben, und wir glauben gerade im Burgenland, und das soll heute auch wieder mit aller

Deutlichkeit gesagt werden: Wir Burgenländer waren einstens die Gastarbeiter von Österreich. Wenn jemand arbeitslos war, dann war es der burgenländische Wanderarbeiter, der zuerst arbeitslos geworden ist und zuletzt Beschäftigung gefunden hat. Viele unserer Landsleute mußten nicht aus Wanderlust dieses Land sogar verlassen, sie mußten in die Fremde gehen. Nicht umsonst ist ein burgenländischer Abgeordneter dieses Hauses sogar in den Vereinigten Staaten geboren.

Das ist kein Zufall, sondern entspricht der Situation dieses Landes, die man einmal vorgefunden hat und die sich nun, Gott sei Dank, gründlich geändert hat.

Aber in unseren Menschen ist noch immer dieses Streben nach Sicherheit, nach Beschäftigung, nach Sicherung der Arbeitsplätze vorhanden, und dies war sicherlich auch ein Grund, daß wir im Burgenland bei diesen beiden Wahlausinandersetzungen eine so große Zustimmung gefunden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir glauben, meine Damen und Herren, daß das Budget 1978 diesen Grundsätzen unserer Politik entspricht; und glauben auch, daß dieses Budget daher die Zustimmung nicht nur des Hauses, sondern der österreichischen Bevölkerung finden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich unterstreiche die Ausführungen meines Vorredners, der den Standpunkt vertreten hat, man solle eine realistische Einschätzung der Lage vornehmen und ein richtiges Bild zeichnen. Ich bin auch der Auffassung, daß wir in erster Linie die Verhältnisse, die vor uns liegen, die auf uns zukommen, bei der Budgetberatung im heurigen Jahr berücksichtigen müssen.

Es ist aber auch, glaube ich, vom Vorredner vermieden worden, jene besonders gravierenden Punkte in seinen Ausführungen anzuschneiden, die uns besonders berühren. Er hat zwar von der realistischen Einschätzung gesprochen und hat nur verglichen mit der weltwirtschaftlichen Situation, hat sieben Jahre gute Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung bescheinigt, aber er hat eigentlich nicht die Dinge angeschnitten, die uns besonders bewegen.

Er forderte, das Vertrauen in den Staat zu fördern. Auch wir sind der Meinung, daß man das auf jeden Fall tun müßte, nur sind Erklärungen unserer verantwortlichen Herren der Regierung, die zwei Monate später ins

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Gegenteil umgekehrt werden, nicht dazu geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu fördern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch etwas zu meinem Vorredner. Er sagte, die Vollbeschäftigung sei das Wichtigste. Auch wir vertreten diesen Standpunkt, und es ist daher kein Zufall, daß die Österreichische Volkspartei in ihrer Verantwortung auch für die Bevölkerung und für den Staat ein sehr gutes, nach unserer Auffassung brauchbares Konzept für die Sicherung der Arbeitsplätze vorgelegt hat. Es zeigt, daß wir uns sehr wohl den Kopf zerbrechen, wie es in diesem Lande weitergehen soll, denn schließlich und endlich müssen ja wir alle gemeinsam alle Lasten tragen. Die gesamte Bevölkerung, wir alle, müssen jeden begangenen Fehler gemeinsam begleichen.

Daß im Burgenland das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung bestätigt wurde, das glaube ich schon. Mich wundert nur etwas: daß die Beschlußfassung über das Belastungspaket der Regierung zur Sanierung des total zerrütteten Staatshaushaltes trotz der Dringlichkeit auf den 2. Oktober, Sonntag vormittag, als im Burgenland die Wahl stattgefunden hat, verschoben wurde. Ein „reiner Zufall“. Nachher haben die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gar nicht mehr rasch genug diese Sache behandeln können, vorher hat man sich Zeit gelassen.

Ich weiß nicht, ob es ein Zufall war, jedenfalls: Recht viel Vertrauen hat die Regierung nicht an den Tag gelegt, als sie sich erst am 2. Oktober mit diesen Maßnahmen beschäftigt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Staudinger: Nachher waren Gemeinderatswahlen!)* Ja, sicherlich. Ich habe ja nur gesagt, daß die Regierung recht wenig Vertrauen gehabt hat, denn sonst hätte sie 14 Tage vorher das Paket auch schon beschließen können.

Zu dem Punkt, den ich angezogen habe: Vertrauen in die Führung des Staates.

Wenn wir den Bundesvoranschlag 1978 ansehen, dann merken wir die großen Unterschiede, die zwischen den Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Finanzministers und anderer führender Persönlichkeiten der Sozialistischen Partei einerseits und der Wirklichkeit andererseits bestehen. Ich möchte mich ganz kurz nur mit diesen Dingen beschäftigen.

Im Parlament sagte der Herr Finanzminister auf eine Anfrage am 12. Mai des heurigen Jahres unter anderem: „... aber in meinem Ressort bestehen derzeit – und dies für die ganze Legislaturperiode – keine Pläne für eine Erhöhung von Steuern und Gebühren ...“ – Das war die Erklärung des Herrn Finanzministers am 12. Mai auf eine Anfrage hier im Parlament. Was

nachher eingetreten ist, jetzt mit der Belastungswelle, das brauche ich nicht näher auszuführen.

In der „Kronen Zeitung“ vom 4. Mai 1977 heißt es wörtlich: „In Österreich wird es keinen ‚Luxusmehrwertsteuersatz‘ geben. Wie Vizekanzler Androsch gestern erklärte, halte er den Vorschlag von Nationalbankgeneraldirektor Dr. Kienzl, einen dritten Mehrwertsteuersatz einzuführen, für nicht zweckmäßig.“ Das war am 4. Mai des heurigen Jahres.

Jetzt wird ein Luxusmehrwertsteuersatz von 30 Prozent erfolgen, wahrscheinlich durch die Mehrheit des Hauses beschlossen, also das Gegenteil dessen, was Finanzminister Androsch gesagt hat.

Und die Frage war damals ganz gezielt an den Herrn Finanzminister gerichtet, weil ja Gerüchte bereits damals bekannt waren, daß an Rechnungen für einen Luxusmehrwertsteuersatz im Finanzministerium gearbeitet wird.

Der Finanzminister sagt kalt lächelnd den Abgeordneten wider besseres Wissen das Gegenteil von dem, was wahr ist. Dann wollen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, mehr Vertrauen in den Staat und mehr Vertrauen in die Führung? Ja da müssen Sie schon wissen, was Sie da für Leute an der Spitze haben, wenn die solche Erklärungen abgeben. Kein Mensch hätte es dem Finanzminister übelgenommen, wenn er gesagt hätte: Wenn es die Staatsfinanzen erfordern, müssen auch wir einen Mehrwertsteuersatz von 30 Prozent einführen! Kein Mensch hätte es ihm übelgenommen in Anbetracht der Schwierigkeiten, die hier beim Staatshaushalt bestehen.

Der Herr Bundeskanzler hat ja auch im Fernsehen seinerzeit im Jahr 1975 erklärt, „... man werde zwar die Mehrwertsteuer erhöhen“, aber sonst werden überhaupt keine anderen Steuern erhöht.

Der Herr Bundeskanzler hat zum Beispiel auch heuer am 27. September im Fernsehen erklärt: „Gesetze rückwirkend zu machen, halte ich für falsch“, denn sie widersprechen dem österreichischen Rechtsempfinden.

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, was sagen Sie denn dazu? Eine Reihe von Gesetzen werden rückwirkend beschlossen; morgen soll wieder ein Gesetz mit rückwirkender Bestimmung beschlossen werden. Was sagen Sie denn zu diesen Äußerungen der führenden Herren in der Regierung? Sie müssen sich doch auch hier Gedanken machen, daß das nicht richtig sein kann, wenn Leute an der Spitze solche Erklärungen abgeben.

Herr Staatssekretär Dr. Veselsky, der „Kopf“

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

der 1 400 Experten aus dem Jahr 1969, verlor seinen Posten in der Regierung nur deshalb, weil er für eine rückwirkende Inkraftsetzung der erhöhten Mehrwertsteuer eingetreten ist. Bitte schön, der hat halt das ausgesprochen, was die anderen alle tun, und daher mußte er gehen. Das ist also das Ergebnis!

Was meinte der Herr Parlamentspräsident, Gewerkschaftsbundpräsident Benya? In den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 17. Febr. 1977 heißt es: „Für die breite Masse der Lohnempfänger lehnte Benya eine weitere Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage ab, ebenso höhere Beiträge zur Sozialversicherung.“

Oder der Herr Präsident am 19. Dezember 1976: „Gegen Beitragserhöhungen oder einen Spitalsschilling würden sich, so Benya, die Gewerkschaften allerdings wehren. Benya: Wir sind gegen eine generelle Erhöhung.“

Sehr schön! Und was ist eingetreten? – Offensichtlich das Gegenteil von dem, was gesagt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite! Ich glaube, wir müssen über diese Dinge doch auch einmal ganz offen reden, denn in Österreich ist es so weit gekommen, daß man überhaupt niemandem mehr glauben kann. Man kann auch einem Wort des Bundeskanzlers überhaupt nicht mehr glauben, im Gegenteil: Wenn der Herr Finanzminister oder der Herr Bundeskanzler etwas sagen, ist höchste Alarmstufe gegeben, daß man das Gegenteil tut, weil zu erwarten ist, daß in einigen Wochen ganz etwas anderes geschieht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte diese Beispiele nur deshalb bringen, damit wir sehen, was in Wirklichkeit auf uns zukommt.

Nach der Zeitspanne 1975 bis Mitte 1977 – mit einer zweimaligen Belastungswelle – ist ja im heurigen Jahr, ab Mitte des heurigen Jahres, eine ganze Lawine niedergegangen. Es wurde heute schon auf einige Punkte eingegangen. Ich möchte sie vielleicht nur ganz kurz erwähnen:

Die Erhöhung der Bahntarife, zweite und dritte Etappe, ist erfolgt,

die Einführung der Luxusmehrwertsteuer in einer Höhe von 30 Prozent für Kraftfahrzeuge und viele Güter soll morgen beschlossen werden,

der Verlust des Vorsteuerabzuges für Firmen-PKW und Kombi,

sonstige steuerliche Verschlechterungen für Firmen-PKW und Kombi sowie für LKW im

2. Abgabenänderungsgesetz, das morgen zur Debatte steht.

Weiters: steuerliche Verschlechterungen bei Pensions- und Abfertigungsrücklagen, die auch vorgesehen sind in diesem Abgabenänderungsgesetz, die für die Finanzierung der Betriebe große Probleme bringen,

die Erhöhung der Pensionsbeiträge bei gleichzeitiger Herabsetzung der Bundeshaftung,

die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages,

die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung,

die Einführung höherer Rezeptgebühren,

die Abzweigung von Familiengeldern aus dem Familienlastenausgleich,

die Einführung einer Straßenbenützungsabgabe ab Mitte 1978 und – der letzte Schrei! –

die massive Zollerhöhung für sehr viele Importgüter, die zu einer 30- bis 40prozentigen Verteuerung der Produkte führt.

Das heißt: Die Österreicher müssen über die Belastungsgesetze einerseits, über verschlechterte Abschreibemöglichkeiten und Absatzmöglichkeiten und über höhere Preise für die Waren andererseits die Zeche bezahlen und Belastungen in der Größenordnung von rund 26 Milliarden Schilling auf sich nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist also das Ergebnis der „sieben guten Jahre“ Wirtschaftspolitik. Jetzt müssen wir 26 Milliarden Schilling zahlen, und dabei kündigt uns der Herr Bundeskanzler noch an: Ja wahrscheinlich werden nächstes Jahr weitere Erhöhungen kommen.

Ihre Wirtschaftspolitik ist eine Katastrophenpolitik! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nach einer ursprünglichen Katastrophenstimmung, die von der Regierung verbreitet wurde, hat der Herr Finanzminister in der Budgetrede bereits wieder begonnen, alles zu besänftigen: Es sei gar nicht so tragisch. Die Damen und Herren von der sozialistischen Seite tun auch schon wieder so, als ob an und für sich ohnehin alles ganz gut gehe; alles, was da gesagt wird von der Opposition, sei ja nur eine Schwarzmalerei. So kann man es an und für sich nicht machen, denn es ist ein Fehler, wenn man der Bevölkerung nicht die volle Wahrheit sagt und damit die Bevölkerung täuscht und irreführt. Das ist nach meinem Dafürhalten eine verantwortungslose Politik!

Ich möchte zur Beurteilung des Budgets nur ein paar Dinge zitieren. Es heißt hier in der

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

neuesten Nummer der „Industrie“: „Geht's uns wirklich so gut?“ Da sagt der Leitartikler:

„Die diesjährige Budgetrede wurde von bedrückenden weltpolitischen Ereignissen ... überdeckt, aber auch unabhängig davon drängte sich dem objektiven Beobachter der Eindruck auf, daß noch nie eine Haushaltsrede derart nichtssagend, inkonsistent und den Tatsachen aus dem Wege gehend war wie diese.“

Also eine ganz typische Bezeichnung für die Art, die der Finanzminister bei der Budgetrede an den Tag gelegt hat. Es heißt weiter in diesem Artikel:

„Es war die Wirtschaftspolitik dieses Kabinetts, die uns so weit gebracht hat, auch wenn das ‚oben‘ nicht gerne gehört wird, also eine Politik der ständigen Überforderung der Produktivkräfte. Professor Seidel, der Leiter des Institutes für Wirtschaftsforschung, hat das in den einen Satz gekleidet: ‚Wir haben schon das konsumiert, was wir 1978 verdienen werden.‘“

Also auch hier ein Zeichen, wie von außen, von objektiven Beobachtern dieses Budget 1978 beurteilt wird. Und schließlich heißt es noch:

„Die Budgetrede erinnerte fatal an gewisse Heeresberichte aus den beiden letzten Weltkriegen, in denen die ernste Frontlage durch eine einfallsreiche Wortwahl vernebelt wurde. In Wirklichkeit ist die Offensive gegen das ‚kleine Glück‘ in vollem Gange, die Insel der Seligen ist längst von sehr dunklen Wolken umgeben. Das täglich im Gespräch den Menschen klarzumachen, ist eine Pflicht, der sich niemand, der staatspolitische Verantwortung in sich fühlt, entziehen darf.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite! Aus diesen Zitaten ersehen Sie, daß auch Außenstehende das Verhalten der Verantwortlichen dieser Regierung, besonders des Herrn Finanzministers als unverantwortlich darstellen, weil man der Bevölkerung nicht wirklich die Wahrheit sagt und sie über den Ernst der Situation nicht informiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die wichtigsten Kennzeichen des Budgets 1978 – es wurden schon der Rahmen genannt und die Defizite, die zu erwarten sind –:

Ausgaben in der Höhe von 267 Milliarden stehen Einnahmen von 227 Milliarden gegenüber; wenn man Stabilisierungsquote und Konjunkturbelebungsquote dazurechnet, dann sind das 272 Milliarden Schilling Ausgaben, ein Defizit von rund 45,7 Milliarden Schilling, mit Ermächtigungen für den Finanzminister, weitere 12,2 Milliarden Schilling zusätzlich aufzunehmen, also bis zu 58 Milliarden Schilling Defizit

zu machen. Nominelles Wirtschaftswachstum: 7 Prozent.

Teuerungsrate: 5 Prozent.

Finanzschulden und Verwaltungsschulden Ende 1978 in der Höhe von 250 Milliarden Schilling; das sind je erwerbstätigem Österreicher 80 000 Schilling. Das ist also eine Tatsache, über die man nicht hinwegreden kann.

Es wurde auch schon von einem Vorredner erwähnt, daß die Ausgaben für den Schuldendienst im kommenden Jahr rund 31 Milliarden Schilling ausmachen. Dazu möchte ich aber sagen, daß auch hier eine bewußte Täuschung der Bevölkerung vorliegt. Denn für die Schulden, die der Herr Finanzminister Androsch 1975, 1976 und 1977 gemacht hat, zahlen wir gegenwärtig nur die Zinsen und nicht die üblicherweise vorgesehene Tilgung, die Rückzahlung. Die Rückzahlung ist für diese Kredite bewußt auf einen Zeitpunkt nach den Nationalratswahlen 1979 gelegt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, das ist doch eine bewußte Täuschung der Bevölkerung! Der Abgang unserer Schuldentilgung müßte ja normalerweise wesentlich mehr als 31 Milliarden Schilling betragen, heute schon. Wir müßten ja schon bei rund 35 bis 40 Milliarden Schilling sein, wenn wir die Schulden ordnungsgemäß zurückzahlen. Und jeder ordentliche Mensch denkt ja beim Kreditaufnehmen auch an die Tilgung, an das Zurückzahlen. Nur die Regierung denkt nicht daran. Die sagt: Hinter mir die Sintflut! 1979 sollen die Österreicher 30 Milliarden Schilling zusätzlich bezahlen. So ist also die tatsächliche Verhaltensweise. Und das, muß ich sagen, Herr Finanzminister, ist eine unverantwortliche Vorgangsweise. Daß man die Bevölkerung so hinhält und sie nicht informiert, das ist unverantwortlich! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Weiteres Kennzeichen dieses Budgets: Rückläufige Investitionen. Das heißt, es wird real weniger investiert als 1977 und 1976. Und das soll zur Arbeitsplatzsicherung beitragen? Ja meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, wissen Sie nicht, daß gekürzte Investitionen die Arbeitsplätze gefährden? Es trägt doch nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze bei, wenn man real die Investitionen kürzt! Sie gefährden ja die Arbeitsplätze. Sie reden von der Arbeitsplatzsicherung und legen ein Budget vor, das die Arbeitskosten für die Betriebe verteuert, das die Arbeitsplätze gefährdet, das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und gewerblichen Betriebe im Ausland gefährdet und das schließlich und endlich auch den Fremdenverkehr gefährdet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

sind die Tatsachen, die von diesem Budget ausgehen. Und das sagen Sie der Bevölkerung nicht. Sie täuschen die Bevölkerung darüber hinweg. Und wenn die Wirtschaftsforscher bereits Prognosen bringen, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt und daß die Jugendarbeitslosigkeit steigen wird, dann sagen Sie: Das ist alles nicht wahr! Und wenn wir ein Konzept zur Arbeitsplatzsicherung vorlegen, dann sagen Sie: Das brauchen wir nicht! Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unverantwortlich! Da kann ich Ihnen nichts anderes sagen. Denn Sie können doch nicht das Gegenteil von dem tun, was notwendig wäre, und dann draußen reden!

Die Luxussteuer ist ja auch nicht dazu geeignet, die schlechte Handelsbilanz zu verbessern. Sie belastet ja auch den Dienstleistungssektor und die Dienstleistungsbilanz und vergrößert das Zahlungsbilanzdefizit. Wir wissen, daß wir zu einem Riesenzahlungsbilanzdefizit kommen, jetzt durch die Vorziehkäufe zusätzlich angeheizt. Das führt natürlich auch zu einem Abfluß der Währungsreserven.

Und ein weiteres Kennzeichen dieses Budgets ist die Verschwendungspolitik. Sie besteht in weiten Bereichen weiter. Kostensenkungsmodelle, zum Beispiel beim Schulbuch, werden nicht durchgeführt, sondern „geprüft“. Seit fünf Jahren prüft man und prüft und prüft und merkt nicht, daß man Hunderte Millionen Schilling wegen der schlechten Organisation dieser Maßnahme beim Fenster hinauswirft.

Ich glaube, es ist doch höchste Zeit. Es muß ein verantwortlicher Finanzminister doch auch wirtschaftlich denken! Wenn wir in der privaten Wirtschaft als Geschäftsführer so arbeiten würden, wenn wir mit fremdem Geld so umgehen würden, dann würde man uns wahrscheinlich zum Teufel jagen. (*Abg. Wille: In der Privatwirtschaft sind Sie nicht!*) Selbstverständlich! Herr Abgeordneter Wille, Sie haben wahrscheinlich andere Genossenschaften vor Augen, die im Osten zu Hause sind. Herr Abgeordneter Wille, die Genossenschaften, die im Osten zu Hause sind, in den Ostblockländern, können Sie zur Gemeinwirtschaft rechnen. Die Genossenschaften in Österreich sind private Unternehmen, die privaten Charakter und keinen Anteil an der Gemeinwirtschaft haben. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Anton Schlager: Da hat sich schon wieder der Bruder zum Marxismus bekannt! - Zwischenrufe.*)

Nein, das ist keine Verschleierung, Herr Abgeordneter Wille, das ist nur eine Konstruktion, die von Ihnen gewählt wird, um den Anteil der Gemeinwirtschaft in einem Lande zu vergrößern. Das hilft Ihrer Statistik, aber das stimmt leider nicht. Es tut mir sehr leid, daß ich

Ihnen das sagen muß. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das sind also einige Punkte, die ich in dem Zusammenhang erwähnen wollte. Bitte, vielleicht können Sie sich einmal über die Konsumgenossenschaft unterhalten, ob das ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen ist. Da ist der Gesprächspartner der Herr Präsident Haberl oder der Herr Ing. Hobl, die wissen das ganz genau. Da können Sie sich unterhalten und die Eingliederung vornehmen und das Ergebnis mir dann berichten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, kann man feststellen, daß das Geld der Steuerzahler nach unserem Dafürhalten nicht wirtschaftlich eingesetzt wird und daß man nicht imstande ist, wirklich richtig zu wirtschaften und diese Gelder sparsam zu verwalten.

Ich möchte nur ein paar Beispiele bringen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, das Austro-Porsche-Projekt ist die beste Idee seit langem. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler nicht immer widersprechen, aber eines ist klar: Jeder einfache Mensch in Österreich weiß, daß heute eine Autoproduktion mit 50 000 Stück im Jahr ohne Vertriebsapparat ein schweres Verlustgeschäft ist und daß die Verluste aus einem solchen Projekt – Anschaffungskosten, Baukosten und erste Anlaufkosten – zwischen 8 und 14 Milliarden Schilling liegen. Und diese Verluste müßten die Österreicher alle bezahlen. Jemand anderer bezahlt uns das nicht, wenn man so ein Projekt verwirklicht.

Da sieht man also, daß der Herr Bundeskanzler von den einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhängen – leider!, muß ich sagen – keine Ahnung hat. Leider. Das ist bedauerlich, weil wir alle das dann aushalten müssen.

Oder die andere Feststellung des Herrn Bundeskanzlers – das Haus auf Mallorca –: „Österreich ist mir zu teuer!“ Der Regierungschef selbst betreibt eine Rufschädigung des österreichischen Fremdenverkehrs. Das ist eine Geschäftsstörung, die der Herr Bundeskanzler betreibt. Zuerst hat die SPÖ die ganzen Steuern und Gebühren, Mehrwertsteuer und so weiter für Getränke und alles andere erhöht, und heute ist Ihnen der Fremdenverkehr in Österreich zu teuer. Ja das wäre genau das gleiche, wenn ich als Firmenchef über meine eigene Firma schimpfte. Der Herr Bundeskanzler schimpft über die Firma Österreich. Ja so etwas ist doch unzumutbar! Das kann man doch nicht machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler und der Herr Handelsminister sagen: Österreicher, macht in

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Österreich Urlaub! Der Herr Bundeskanzler baut sich ein Haus im Ausland und fördert den Devisenabfluß ins Ausland und glaubt, er gibt uns damit ein gutes Beispiel. (*Abg. Kern: Zahlt seine Steuern da unten!*) Ja, genau. Bitte, das ist ein gutes Beispiel für alle Österreicher.

Ich muß sagen: Ein Regierungschef, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, der sollte ja doch ein bißchen an die Auswirkungen seiner Maßnahmen denken, und der soll auch nicht in Wörishofen sagen, daß ihm Bayern lieber ist als Österreich. Wir sehen es ja, daß durch die Politik der vergangenen Jahre draußen die Verhältnisse zum Teil wesentlich günstiger sind als in Österreich.

Daher soll man vorsichtig sein. Er soll nicht sagen, es ist ihm Wörishofen weit lieber, weil es viel günstiger und wirtschaftlicher und billiger ist. Das ist, glaube ich, von einem Bundeskanzler einfach nicht zu machen, daß er sich so verhält.

Die Erklärungen in der Atomangelegenheit, die Erklärungen in der Gesundheitsfrage, die Währungsäußerungen des Herrn Bundeskanzlers in den vergangenen Monaten: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der Chef unserer Regierung, der Chef unseres Staates, der solche Erklärungen abgibt! (*Abg. Dr. Mussil: Der Hausherr!*) Der Hausherr, der sagt: In meinem Haus schaffe ich an! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ihr habt ja selbst alle diese Diskussionen im Sommer erlebt, ihr wißt ja, was alles war, ihr habt ja selber nicht sehr viel Freude mit diesen Äußerungen gehabt. Es ist ja aus euren Reihen auch sehr viel an Gegenäußerungen gekommen, die sind dann nachher nur eingefangen worden, wie der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizkanzler wieder in Österreich waren; dann haben sie euch wieder auf Linie gebracht. Aber zuerst habt ihr doch selber eure Äußerungen abgegeben, ob es der Herr Vizepräsident Dallinger oder sonstige waren. Es sind doch eine Reihe von Äußerungen gefallen, die sich mit den Vorschlägen und den Äußerungen eurer Spitzenkräfte nicht ganz einverstanden erklärt haben.

Oder dann sagt der Herr Bundeskanzler, die Wirtschaftstreibenden sind „Steuerhinterzieher“; es wurde darauf schon hingewiesen.

Dann deckt er die Diffamierung des Abgeordneten Fischer betreffend den ÖAAB.

Er gefährdet das Gesprächsklima, lehnt eine Zusammenarbeit, die im Interesse der Bevölkerung wäre, ab. Ja meine Lieben, da muß man schon sagen: Österreich würde viel erspart bleiben, wenn der Herr Bundeskanzler auch mit

65 Jahren in Pension gehen würde! Da würde den Österreichern sehr viel erspart bleiben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber was beim Pittermann gegolten hat, muß beim Bundeskanzler Kreisky noch lange nicht gelten. Den Pittermann hat man in den Krieg geschickt, und jetzt ist die Altersklausel wieder aufgehoben.

Zur Landwirtschaft noch ein paar abschließende Worte.

Die Landwirtschaft ist im Budget 1978 wiederum sehr stiefmütterlich behandelt worden. – Es ist der Herr Landwirtschaftsminister wieder gegangen, es ist der Herr Verkehrsminister in der Zwischenzeit aufgetaucht. Ich hätte dem Herrn Landwirtschaftsminister einige Dinge sagen können, aber er wird es sicherlich hören.

Jedenfalls hat der Herr Finanzminister in der Budgetrede ganz wunderbar von der Landwirtschaft gesprochen: von einem „beträchtlichen Ausbau“ der Landwirtschaftsförderung. Also ganz etwas entsetzlich Gutes muß das gewesen sein, weil es so schön klingt.

Was ist die Tatsache? – Die Mittel des Grünen Planes 1978 mit 942 Millionen Schilling sind um 7 Millionen Schilling niedriger als im Ansatz 1977 und erstmals niedriger als das Defizit der Bundestheater. Die ganze österreichische Landwirtschaft, die ganze Förderung kriegt weniger Geld als die paar Bundestheater! Das muß man einmal ganz klipp und klar sagen, wenn man immer glaubt, daß man die Landwirtschaft überdurchschnittlich fördert. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die können auch nicht so schön singen!*) Das ist richtig.

Aber jodeln können die Bergbauern, besonders wenn sie eine „wahnsinnig“ hohe Flächenprämie kriegen, die nämlich nicht erhöht wird, weil das Bergbauern-Sonderprogramm 1978 mit 454 Millionen Schilling rund 90 Millionen Schilling niedriger ist als das im Jahr 1976, also das vor zwei Jahren. Kaufkraftverlust und weniger Geld! Und dann sagt der Herr Minister Haiden, wie ihm die Bergbauern am Herzen liegen. Ich weiß nicht, was man davon halten soll. Auch hier ist zwischen Rede und Wirklichkeit ein großer Unterschied.

Der Anteil der landwirtschaftlichen Förderungsausgaben am Gesamtbudget ist von 1,29 Prozent im Jahr 1966 und 1,12 Prozent im Jahr 1970 auf 0,53 Prozent im Jahre 1978 herabgesunken. (*Abg. Dr. Mussil: Unglaublich so etwas!* – *Abg. Anton Schlager: Was sagt der Pfeifer dazu?*) Wahrscheinlich stimmt er diesem Budget freudig zu. Wie ich ihn kenne, hat er noch jedes Jahr begrüßt, daß die Mittel weniger geworden sind.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Dazu kommt aber ein Kaufkraftverlust in diesem Zeitraum von ungefähr 50 Prozent.

Während die Budgetausgaben von 1970 bis 1978 eine Steigerung von 101 Milliarden Schilling auf 267 Milliarden Schilling, also um 260 Prozent, erfahren haben, sind die Förderungsausgaben des Bundes für die österreichischen Bauern nur um 34 Prozent gestiegen.

Krasser, sehr geehrter Herr Minister Haiden und sehr geehrter Herr Finanzminister, hätte die Regierung die Landwirtschaft und vor allem auch die Bergbauern gar nicht vernachlässigen können als mit diesem Katastrophenbudget 1978. *(Abg. Dr. Mussil: Eine ausgesprochene Bauernfeindlichkeit!)*

Noch etwas dazu. Die Ansätze für die Preisausgleiche – Preisausgleich für Getreide, für Milch und Vieh zusammen – im nächsten Jahr: 2 157 Millionen Schilling. 1977 waren es 2 204 Millionen, 1976 3 010 Millionen Schilling. Das heißt, wir sind gegenüber 1977 um 46 Millionen Schilling verringert, und gegenüber 1976 ist bei den Preisausgleichen sogar ein Rückgang um 850 Millionen Schilling eingetreten. Sie können daher nicht sagen, daß die Landwirtschaft bei diesem Budget entsprechend berücksichtigt wurde.

Sie verursachen damit natürlich auch eine Verteuerung der Lebensmittel, der Milchprodukte für die Konsumenten durch den Abbau, der im vorigen Jahr eingetreten ist.

Die Ansätze für die Erzeugermilchpreisstützung sind im Budget für 1978 verringert. Offensichtlich denkt der Herr Minister Haiden bereits an die Milchkontingentierung, weil die Ansätze für die Erzeugermilchpreisstützung niedriger sind als heuer, obwohl die Milchleistung gestiegen ist. Hier sehen wir wiederum, daß Haiden einen Vorschlag erarbeiten will, der eine Einkommensverschlechterung für die Bauern bedeutet. Wir lehnen eine solche Maßnahme, die auf dem Rücken der österreichischen Bauern, auf Kosten der Einkommen dieser Bauern erfolgen soll, von unserem Standpunkt 100prozentig ab! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Österreichische Bauernbund hat ein Konzept erarbeitet, das eine absatzorientierte Regelung auf dem Sektor der Milchproduktion mit Feinsteuerung bei Überproduktion vorsieht. Es ist ein Konzept, das auf die Verhältnisse im Lande Rücksicht nimmt, und wir laden die Regierung ein, doch einmal auch vernünftig über dieses Konzept zu verhandeln und nicht die Verhandlungen immer zu verschleppen. Wir bitten darum, daß man hier im Interesse der Bauern vernünftige Regelungen anstrebt.

Die Landwirtschaft ist im Budget 1978

weiterhin ein Stiefkind, obwohl ihre Leistungen für die Ernährungssicherung und für die Erhaltung der Kulturlandschaft unbestritten und überdurchschnittlich sind.

Zum Schluß ist zusammenfassend festzustellen, daß das Budget 1978 als Ergebnis einer siebenjährigen sozialistischen Führung für die österreichische Bevölkerung

erstens große Mehrbelastungen durch Steuern, Beiträge und höhere Preise,

zweitens verringerte öffentliche und private Investitionen bringt,

daß drittens die Arbeitsplätze durch dieses Budget gefährdet werden,

daß die Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht geringer werden, sondern größer,

daß die große Staatsschuldenbelastung weiterhin gegeben ist und steigt und

daß eine Senkung des Lebensstandards der österreichischen Bevölkerung durch rückläufige Realeinkommen durch diese Belastungswelle gegeben ist.

Daß wir ein solches Budget ablehnen, das ist, glaube ich, selbstverständlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich (FPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich an meinen Vorredner anschließe, dann mit zwei Bemerkungen.

Die eine gilt meiner Befriedigung darüber, daß die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund auf unsere freiheitlichen Vorschläge hinsichtlich der Mengensteuerung im Bereich der Milchwirtschaft eingeschwenkt sind. Ich möchte nur betonen, daß es sich dabei um ein Nachziehverfahren der Volkspartei handelt, und verbinde damit die Hoffnung, daß es sich um eine einvernehmliche und für die schwierige Situation der Landwirte letztlich erfolgreiche Lösung handeln wird, die gemeinsam gefunden wird.

Der zweite Punkt, bei dem ich meine Übereinstimmung mit meinem Vorredner betonen möchte, ist die Tatsache, daß es mir ebenso wie ihm außerordentlich gegen den Strich geht, daß sich die Regierung so intensiv bemüht, in der Budgetrede, in der Art der Budgetdarstellung die tatsächliche Situation zu verschleiern. Ich glaube, daß Horst Knapp in seiner Darstellung in den „Finanznachrichten“ recht hat, wenn er dort ausführt, daß diese Verschleierrungstaktik eine Art Volksverdummung ist und auch bei den anderen Parteien Darstellungen

Dipl.-Ing. Hanreich

provoziert, die über die Wirklichkeit hinaus-schießen. Ich möchte zitieren, wie er – und ich glaube, mit Recht – diese Situation kritisiert und zur Ehrenrettung der Politiker letztlich nur mehr folgendes zu sagen hat:

„Zu hoffen ist nur, daß sie“ – nämlich die Politiker – „es wenigstens mit schlechtem Gewissen tun, das gekonnt treuherzige Vorbringen von blankem Unsinn, in der vielleicht nicht unrichtigen Annahme, daß die Minderheit, die den Unsinn durchschaut, die politische Notwendigkeit (?) einsieht, der Mehrheit, die den Unsinn nicht durchschaut, Sand in die Augen zu streuen. Ob es freilich die beste Erziehung zum mündigen Staatsbürger ist, sich seine Unmündigkeit bedenkenlos zunutze zu machen?“

Ich glaube, daß diese Überlegung allen Diskussionen über Budget und wirtschaftliche Gesamtsituation unseres Staates mit Recht vorangestellt werden sollte, denn allzusehr ist auch heute in dieser Debatte hier wieder zum Ausdruck gekommen, wie sehr die Dinge vereinfacht und auch verfälscht werden, wie wenig es den Kollegen ernst ist mit dem Versuch, die tatsächliche Situation richtig zu beurteilen.

Ich möchte ein paar Punkte einiger sozialistischer Vorredner aufgreifen, um daran diese einseitige und unvollständige Darstellung aufzuzeigen. Zuerst hat Kollege Veselsky das Märchen von dem Defizit für die Vollbeschäftigung wieder aufgetischt. Einen Teilaspekt davon hat mein Kollege Broesigke schon behandelt. Aber ein anderer Gesichtspunkt ist noch nicht genügend herausgekommen, nämlich daß dieses Defizit sehr wesentlich mit ein Bestandteil und eine Resultante aus unseren enormen Einkommenssteigerungen in den Krisen-jahren 1975 und 1976 gewesen ist und daß diese Defizite letztlich dann eben nicht zu einer Arbeitsplatzsicherung geführt haben, sondern daß dieser Überschuß an verfügbaren Mitteln sich in drastischen Importsteigerungen niedergeschlagen hat und in drastischen Sparquoten-Steigerungen, die zusätzlich noch unter Beweis stellen, daß ja unsere Wirtschaft offensichtlich im Inland nicht mehr konkurrenzfähig ist gegenüber den hereindrängenden Konkurrenzprodukten aus dem Ausland. Daher ist es falsch, immer wieder voll Stolz darauf hinzuweisen, wie gut es uns wirtschaftlich angeblich geht, wie gut doch die Situation des einzelnen ist.

Es ist schon richtig: Die Situation des einzelnen ist aus seiner Perspektive gut. Aber diese gute Situation ist trügerisch, sie ist wie eine Seifenblase, schillernd und hohl, und kann in jedem Augenblick zerplatzen. Der Finanzminister hat weder in seiner Budgetrede noch in der Art seiner gesamten Budgeterstellung auf

diese Tatsache Rücksicht genommen. Im Gegenteil: In einer ganzen Reihe von Darstellungen ist immer wieder hervorgehoben worden, wie gut es doch dem einzelnen gehe. Es ist ständig betont worden, wie gut wir es im Vergleich zu den anderen Ländern haben, und die Schattenseite, daß dies alles auf tönernen Füßen steht, ist nicht genügend ehrlich herausgearbeitet worden.

Ein zweiter Punkt, der mich irritiert – und wie ich sagen muß, auch als interessierter Leser sozialistisch-marxistischer Überlegungen irritiert –, ist die Tatsache, daß mit schöner Regelmäßigkeit – und auch heute vom Finanzminister wieder – dargestellt wird, daß die Zahl der unselbständig Beschäftigten sich so erfolgreich entwickelt hat.

Das ist richtig. Die Zahlen lügen nicht. Es sind tatsächlich mehr Unselbständige, insgesamt mehr Erwerbstätige beschäftigt. Was man nur bei dieser ständigen Belobigung der Steigerung der Unselbständigen geflissentlich verschweigt, ist die Tatsache, daß die Selbständigen rapid abgenommen haben: Von 1970 bis 1975 ungefähr um 30 Prozent, von zirka 660 000 auf 425 000. Meiner Meinung nach ist das eine äußerst negative Entwicklung. Auch wenn ich mich auf ihn nicht unbedingt als Zeugen für eine positive Zielsetzung berufen würde, so habe ich ein Zitat von Karl Marx in Erinnerung, in dem er sich die Freizügigkeit des einzelnen in einer utopischen Wirtschaftsordnung, die er ja angestrebt hat, so vorstellt, daß er alle freiberuflichen Möglichkeiten voll und abwechselnd ausnützen kann. Das heißt, es ist ihm die Freizügigkeit des Selbständigen als etwas Erstrebenswertes und Positives erschienen. Umsomehr überrascht es mich, daß die sozialistischen Repräsentanten bei jeder Gelegenheit auf die Hinentwicklung und auf die Ausweitung der Zahl der Unselbständigen hinweisen. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ein Punkt bei den Bemerkungen des Vizekanzlers und Finanzministers bedarf noch einmal einer kritischen Beleuchtung. Es hat nämlich der Herr Finanzminister auf die Ausführungen meines Kollegen Dr. Broesigke repliziert und gemeint, daß die von Broesigke kritisierte Ermächtigung zur Aufnahme von etwa 17 Milliarden Schilling Schulden ohne Befassung des Parlaments bei Eintreten ganz bestimmter Voraussetzungen einfach notwendig sei, um das Budget konjunkturgerecht zu vollziehen, um rasch eingreifen zu können, um sich den gegebenen Umständen der Einnahmen- oder Ausgabenentwicklung entsprechend anpassen zu können.

Herr Finanzminister! Das ist ja genau das, was wir Freiheitlichen an dieser Verfügungsberech-

Dipl.-Ing. Hanreich

tigung, an dieser Ermächtigung, die Sie sich hier von der Mehrheit Ihrer Fraktionskollegen erteilen lassen, kritisieren, daß man eine negative Entwicklung, die eigentlich allen unseren Bürgern bewußt gemacht werden müßte und klargemacht werden müßte, so einfach unter den Teppich kehren kann, daß man sich als Finanzminister über Hürden und Schwierigkeiten, die sich durch Fehlentwicklungen auftun, mit einer Ermächtigung hinwegturnen kann, die das Recht auf die Bestimmung des Budgets durch das Parlament aushöhlt. Davor kann nicht ausdrücklich genug gewarnt werden, denn einen konjunkturgerechten Vollzug und ein rasches Eingreifen in schwierigen Situationen, Herr Finanzminister, können Sie doch vom Parlament jederzeit haben. Keiner von uns Abgeordneten würde nur einen Augenblick zögern, einer Einberufung zu einer Sondersitzung Folge zu leisten, auf Fristen zur Vorlage zu verzichten, um in einer schwierigen Situation dem Finanzminister die Möglichkeit zur Bewältigung einer schwierigen budgetären Lage zu geben. Und wir würden es als unsere Aufgabe ansehen, uns mit Ihnen bei der Bewältigung einer schwierigen Situation eben über diese Frage auseinanderzusetzen, mit durch Diskussionsbeiträge die Situation aufhellen und überprüfen zu helfen.

Aber man versucht hier, durch eine Ermächtigung die Dinge einfach zuzuschütten, sie gar nicht in Diskussion zu bringen, sozusagen heimlich, still und leise die Veränderungen vorzunehmen, um dann bestenfalls ein Jahr später post festum zum Bericht über den Vollzug des Budgets den einen oder anderen Hinweis oder Vorwurf zu bekommen, den man dann achselzuckend abtun kann, da das ja ohnehin alles längst gelaufen sei.

Diese Haltung finden wir unerfreulich, und wir hätten uns eigentlich erwartet, daß sich auch die Kollegen in den Abgeordnetenbänken aus den Reihen der Sozialisten mit dieser Frage ernsthafter auseinandersetzen und sie nicht einfach als Formalakt abtun, daß sie sich des Rechtes begeben, an der Gestaltung und Durchführung des Budgets, an seiner inneren Durchgestaltung teilzuhaben und mitzuwirken, daß sie nicht mit einer Ermächtigung das Heft aus der Hand geben und ihre parlamentarische Funktion damit selbst abwerten. Ich glaube, daß die sozialistischen Kollegen der Demokratie und den Aufgaben der Abgeordneten damit ganz sicher keinen guten Dienst erweisen.

Nun noch zu einer Bemerkung des Finanzministers, die mich etwas verblüfft hat und die auch so schön in meine einleitenden Bemerkungen über den Versuch der Verdummung hineinpaßt: Bitte, was soll der Vergleich mit dem

Hausbauer, der die Hälfte des jeweils aufgenommenen Kredits in demselben Jahr wieder zurückzahlt? Auf ein Jahr bezogen klingt es wirklich sehr verblüffend, nur das, was Sie betreiben, Herr Finanzminister, ist ja, daß Sie jedes Jahr an dieses Haus noch einmal ein immer größer werdendes Stück anbauen. Das Peinliche dabei ist: Die Wertschöpfung wird gar nicht immer größer, sondern immer größer wird nur der Kredit, den Sie neu aufnehmen, da Sie teilweise mit den neu aufgenommenen Schulden jetzt alte zurückzahlen. Wo das hinführen soll, das können Sie sich ja ausmalen. Irgendwann wird das Budget total mit diesen Rückzahlungen blockiert sein, es sei denn, Sie greifen zu drastischen Maßnahmen. Der Vergleich mit dem Hausbauer erscheint mir daher als völlig danebengegangen, äußerst problematisch und eher ein Beitrag im Sinne der vorher zitierten Volksverdummung.

Und nun noch ein paar Bemerkungen zum Kollegen Kapaun, der davon gesprochen hat, daß man die reale Situation erkennen muß, und der sich bemüht hat, einige positive und negative Gesichtspunkte aufzuzählen. Die Darstellung war schon richtig in den Punkten, die Sie gebracht haben. Was gefehlt hat, war zum Beispiel der Hinweis darauf, daß uns die im Moment und kurzfristig gesehen so erfolgreiche Einkommenspolitik in eine Sackgasse gewirtschaftet hat. Ich werde das dann noch an einem etwas erweiterten Vergleich darstellen.

Sie haben eben nicht gesagt, daß wir uns kurzfristig – und auch die Beurteilung durch die OECD ist eben sehr kurzfristig – mit den Maßnahmen einer luxuriösen Einkommenspolitik und einer harten Währungspolitik über die Hürden helfen konnten, daß wir damit aber unsere Konkurrenzfähigkeit sowohl für die Exportindustrie als auch für den Fremdenverkehr weitgehend ruiniert haben und daß die immer wieder so stolz dargestellten gehaltenen Marktanteile und dergleichen mehr ja für die tatsächliche Situation überhaupt keinen Aussagewert haben.

Heute steht wieder im „Kurier“, wie schlecht es der VÖEST geht. Sie müßten sich ja nur anschauen, wie die Bilanzen aussehen, wie die Gewinnsituation dieser exportorientierten Unternehmen aussieht; das sind, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, Unternehmen, die mit größtem Aufwand an Substanz, unter Verlusten an innerer Substanz ihre Marktanteile halten. Dann erst würden Sie die reale Situation richtig sehen. (*Abg. Wille: Ein österreichisches Phänomen!*) Aber natürlich mit viel weniger Reserven als bei manchen anderen Ländern, Herr Kollege.

Wir haben uns diese Entwicklung selbst

Dipl.-Ing. Hanreich

eingebrockt. Wir haben geglaubt, wir können im Geleitzug der Hartwährungsländer mitfahren und uns aufführen, als seien wir ein Entwicklungsland, das munter seine Möglichkeiten ausschöpft, Einkommen zu erhöhen und in Saus und Braus zu leben – so ungefähr haben wir uns präsentiert. Diese Diskrepanz konnten wir eben nicht verkraften. Wir haben nicht mitgehalten und wir haben nicht genügend Disziplin gehalten im Vergleich zur Schweiz und zur Bundesrepublik, die schließlich unsere Haupt-handelspartner und für uns von großer Bedeutung in ihrer Gesamtentwicklung sind. Wir haben uns manchmal auf deren Kosten noch etwas großzügig benommen, weil wir zum Beispiel Stabilität importieren konnten. *(Abg. Wille: Wollten Sie auch acht Prozent Minuswachstum haben wie die Schweiz?)*

Die Frage wird sich erst dann beantworten lassen, Herr Kollege, wenn wir die nächsten Jahre überstanden haben und sich gezeigt haben wird, ob wir tatsächlich in der Lage sind, den Übergang aus dieser katastrophalen Defizitwirtschaft in eine Stabilisierung zu schaffen. Bis jetzt zeichnet sich jedenfalls nichts ab, was uns Hoffnung geben würde, daß wir diesen Umschwung tatsächlich bewältigen.

Nun möchte ich, weil heute im Rahmen der Fragestunde und auch dann in der weiteren Diskussion immer wieder ein Fetisch unserer Zivilisation so im Vordergrund gestanden ist, die Überlegungen zu unserer derzeitigen Wirtschaftssituation doch einmal an diesem Fetisch unserer Zivilisation, dem Auto, darstellen: Das Auto, das doch heute als Melkkuh Nummer eins agiert, wie wir sehr leicht an Hand der Belastungen werden feststellen können, das, obwohl längst in manchen Dingen problematisch geworden, nach wie vor als Symbol des Fortschrittes rangiert, das als Austro-Porsche Diskussionsobjekt Nummer eins ist und bei dem man sich oft nur ganz am Rande mit Veränderungen befaßt, sei es jetzt der Antriebsaggregate oder überhaupt eine Veränderung durch geänderte Transportstrukturen.

Der Bundeskanzler hat in einer Anfragebeantwortung am 19. September 1975 eine Formulierung zur Problematik Auto getroffen, die diese Situation deutlich kennzeichnet. Er sagte: „Wollte man den Individualverkehr, also das private Auto, mit untragbaren oder allzugroßen Belastungen versehen, so würde man das Auto, das eben erst begonnen hat Allgemeingut zu werden, wieder zu einem Privileg der Reichen machen.“

Herr Bundeskanzler, da hat sich aber Ihre Meinung in den letzten zwei Jahren rasant geändert, obwohl Sie noch immer – das verblüfft

mich eigentlich – mit dem Austro-Porsche dem Auto schlechthin das Wort reden.

Ich möchte, eben weil das Auto so im Vordergrund steht und weil aus dem Gesichtswinkel des Autos immer wieder diskutiert wird, einmal den Versuch machen, in die Autoperspektive zu schlüpfen und unsere Situation aus der Perspektive unserer Autogesellschaft darzustellen, nämlich sozusagen unsere Staatsgemeinschaft als Auto mit der Regierung als Chauffeur, wobei das bisserl Amtskappementalität, das hinter dem beamteten Chauffeur steckt, dabei nur eine Randerscheinung ist und mir nur die Bemerkung erlaubt sei, daß ich den Eindruck habe, daß die Regierung als Chauffeur unseres Wirtschafts- und Staatsautos bisher diesem Vehikel gegenüber keine sehr pflegliche Einstellung an den Tag gelegt hat.

Die Regierung hat ihre ersten Jahre ständig, und das hat sie immer wieder betont, unter das Motto gestellt: Fahrt auf der Überholspur! Österreich ist auf der Überholspur da und dort. Gasgeben war das Schlagwort schlechthin. Auch in der Hochkonjunktur hat man sich im wesentlichen auf das Gasgeben konzentriert, auf das Vorankommen und hat dabei Ballast über Bord geworfen, wo immer es ging. Man hat möglichst laut gehupt, um jedem deutlich zu zeigen, wie man auf der Überholspur sei, und hat ansonsten alles, was man üblicherweise an Vorsorgen und Rücksichtnahmen trifft, beiseite gelassen.

Man hat den Motor überdreht, indem man die Einkommensentwicklung den Produktionsgegebenheiten hat davonlaufen lassen, was heute unter anderem auch vom Kollegen Tull, wie so üblich, mit großen Erfolgslügen kommentiert worden ist. Man hat damit den Motor überdreht, man hat Ballast über Bord geworfen, man hat das notwendige Service an unserem Fahrzeug verabsäumt. Die Umorientierung, die Neuausrichtung unserer Wirtschaft ist in keiner Weise so vorangetrieben worden, wie man das hätte machen sollen.

Aber was mich besonders irritiert, weil darüber nie mit der notwendigen Offenheit und Ehrlichkeit gesprochen wird: Man hat auch die Haftpflichtversicherungen in Wirklichkeit nicht bezahlt. Werfen Sie einen Blick darauf, dieses Budget bietet trotz der Steigerungen in diesem Bereich dafür noch immer ein deutliches Beispiel. Man hat die Versicherung nach außen viel zu gering dotiert. Man hat unserem Heer, unserer Verteidigung viel zuwenig Raum gegeben. Auf Kosten dieser Einsparungen, die wir dort getätigt haben, haben wir uns eine gute Position gegenüber den anderen Ländern erwirtschaftet, sozusagen unter dem Schutzschirm der anderen. Man mag das begrüßen. Nur, glaube

Dipl.-Ing. Hanreich

ich, ist es eine Form der Arbeitsteilung, die man auf die Dauer nicht akzeptieren kann, daß man sich als kleiner neutraler Staat in dieser Richtung so wenig bemüht und anstrengt.

Auch für die innere Sicherheit ist in den letzten Jahren, wie sich immer wieder zeigt, nicht allzu viel getan worden. Wenn man will, ist der Sicherheitsgurt nicht eingebaut worden.

Aber wir haben in den letzten Jahren gerade dem Auto Belastungen aufgebürdet, daß der Staatsbürger zu den anderen Belastungen dazu bald einen Lkw brauchen würde, um die dafür notwendigen Mittel herbeizukarren. Nehmen Sie nur die Belastungen, die von 1975 bis 1978 von der Regierung auf den Staatsbürger abgewälzt worden sind, insgesamt bis jetzt 15 und ab morgen weitere sieben Erhöhungen, die zum größten Teil von meinem Kollegen Dr. Broesigke punktuell schon aufgeführt worden sind, von denen aber, von diesen 22 Erhöhungen, immerhin sieben, also ein Drittel, das Auto direkt betreffen und belasten, ohne – und das bitte ich zu beachten – daß dies ein Ausdruck gezielter Strukturpolitik wäre, um die Kraftfahrzeuge zu reduzieren oder überhaupt den Nahverkehr im verstärkten Maß auf öffentliche Verkehrsmittel überzulenken. Denn wäre dem so, hätte man ja auch in Sachen Kfz-Pauschale etwas unternehmen müssen, und davon ist keine Rede.

Es waren also insgesamt sieben Belastungen – vier bisher, drei weitere vor uns – ausschließlich Belastungen der Melkkuh Numero eins, unserer Kraftfahrzeuge: das war die Erhöhung der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung per 1. März 1976, der Bundesmineralölsteuer per 18. März 1976, der Bundeskraftfahrzeugsteuer um durchschnittlich 100 Prozent und der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung neuerlich per 1. August 1977, und das sind dann im weiteren Verlauf jetzt vor der Tür stehend die Luxusmehrwertsteuer, die Straßengüterbeförderungsabgabe und die Abzugsfähigkeit des Kombis.

Dahinter steckt – und das muß ich noch einmal betonen – eben nicht eine gezielte Strukturpolitik, eine gezielte Veränderung, über die man diskutieren könnte, ob sie zweckmäßig ist oder nicht, dahinter steckt nur der Versuch, die Einnahmen um alles in der Welt zu erhöhen, um nur einigermaßen über die Runden zu kommen, um für die nächste Wahl noch eine einigermaßen praktikable Ausgangsposition zu haben, so wie man ja vor der letzten Wahl dem Österreicher sozusagen ein neues Auto versprochen hat und dabei einen Wagen angeschafft hat, der einfach um einige Nummern zu groß ist, dessen Zinsen und Schulden, Schuldenrückzahlungen, die im weiteren auf uns zukommen werden, uns einfach Schwierigkeiten machen.

Und, um bei dem Autovergleich zu bleiben, wie wir eben im Jahr 1975 registriert haben, daß die wirtschaftliche Entwicklung einen echten Knick gehabt hat, daß mit dem Ölschock eben nicht nur ein kleiner Konjunkturreinbruch begonnen hat, sondern daß es sich um eine strukturelle Veränderung gehandelt hat – wir haben mehrfach in Reden darauf hingewiesen, und gerade unsere freiheitliche Fraktion hat immer wieder auf diese grundsätzliche Veränderung Wert gelegt und hat sie immer betont –, da haben wir versucht, nicht den Weg eiserner Disziplin zu gehen, so schwierig er ist, und den man vielleicht nicht ganz so kraß hätte gehen müssen wie die Bundesrepublik oder die Schweiz, sondern ihn zu verlassen, auszukneifen, zwar währungsmäßig in dem Verband zu bleiben, aber so heimlich, still und leise und eingenebelt, damit nur ja niemand die reale Situation erkennt, einen Abscheider zu fahren. Man hat sowohl den Passagieren, anscheinend aber auch der Regierung dabei die Sicht vernebelt, mit dem Erfolg, daß wir eben nicht in dem jetzigen Budget die grundsätzliche Änderung haben, die Umwandlung, den der Konjunktorentwicklung adäquaten Knick des Budgets, sondern daß wir nur eine zerrüttete Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie und des Fremdenverkehrs registrieren müssen und daß die Wirtschaft das Gefühl hat, nicht einer Phase des Aufschwungs entgegenzugehen, sondern daß es allen eher erscheint, als triebe man mit großer Geschwindigkeit auf einen Abgrund zu. Und der Ruf des Generaldirektors der Notenbank Kienzl, zu bremsen, daß es quietscht, paßt sehr gut in dieses Bild, selbst wenn jetzt Veselsky schon wieder vom Gasgeben und neuen Impulsen redet, wobei ja mein Kollege Dr. Stix deutlich betont hat, daß es nicht primär um eine Entwicklung der Investitionen geht, die sind zwar wichtig, sondern daß es vor allem darum geht, auch den inneren Konsum wieder anzuregen in eine sinnvolle Richtung, über die sich natürlich auch die Regierung den Kopf zerbrechen sollte.

Wir glauben, und dieses Budget beweist das neuerlich, daß es höchste Zeit ist, daß die Regierung aufhört, in dieser Vernebelungstaktik einen Weg zu fahren, der uns letztlich in eine Situation bringt, die einer Katastrophe gleicht. Wir glauben, daß man wegkommen muß von der Vorstellung, die die Regierung ständig präsentiert, daß wir nach wie vor überholen müssen, obwohl wir längst nicht mehr, wie das sein sollte, auf einer Rennbahn fahren, sondern über Äcker und Stoppelfelder, und daß es eigentlich größter Disziplin bedürfte, wieder auf eine einigermaßen vernünftige, einigermaßen brauchbare Straße zurückzufinden. Denn die Passagiere in diesem Auto haben keine Chance,

Dipl.-Ing. Hanreich

auszusteigen, und es wäre schlimm, wenn man ihnen – und davon sind wir wirklich nicht weit entfernt – empfehlen müßte, der Regierung den Führerschein zu entziehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Ing. Willinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Willinger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bei den Beratungen des Bundesfinanzgesetzes 1978 müssen wir wie bei allen Beratungen der Bundeshaushalte seit 1974 davon ausgehen, daß größte wirtschaftliche Unsicherheit in allen Industriestaaten vorherrscht und die Wirtschaftsfachleute uneinig sind, wenn sie Prognosen auch nur für einen kurzfristigen Wirtschaftsablauf erstellen sollen.

Nach der drastischen Preiserhöhung für Rohstoffe 1973/74 und den darauf folgenden Währungsdisparitäten kam es international zum schlimmsten Konjunkturéinbruch seit 1945 und zu Inflationsraten, die 1975 geradezu schwindende Höhen erreichten. Alle Ländergruppen – die Industrieländer, die ölexportierenden Länder und die Entwicklungsländer ohne Rohstoffreichtum – waren damals der Überzeugung, daß der Kampf gegen die Inflation Vorrang vor allen anderen Maßnahmen haben müsse.

Sicherlich ist ein gewisser Erfolg in diesem Bemühen nicht ausgeblieben. Die Inflationsraten hatten wieder rückläufige Tendenz. Die Inflation ist zwar noch überall zu hoch, dennoch, meine Damen und Herren, konnte Berichten von der Währungskonferenz in Washington entnommen werden, daß die meisten Länder die Inflation schon nicht mehr als Feind Nummer 1 betrachten. Es bleibt vielmehr der Eindruck, daß die meisten Länder und Regierungen die Gefahren der Inflation längst nicht mehr so ernst nehmen wie noch vor einem Jahr.

Eine andere, größere Sorge bedrückt sie, nämlich die Tatsache, meine Damen und Herren, daß es kaum einem Lande gelungen ist, die Arbeitslosenzahlen nennenswert herabzudrücken. Für die Gruppe der Industrieländer ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen noch immer fast so hoch wie auf dem Höhepunkt der Rezession vor zwei Jahren. Im OECD-Raum sind von der Arbeitslosigkeit fast 17 Millionen Menschen betroffen.

Die Entwicklung der Arbeitslosenrate in den wichtigsten Industrieländern zeigt uns, daß in den USA im Jahre 1975 8,5 Prozent, im Jänner 1977 7,1 Prozent, in Japan 1975 1,9 Prozent, im Jänner 1977 2,2 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland 4,7 Prozent und 4,7 Prozent, in Frankreich im Jahre 1975 4 Prozent, im Jänner 1977 4,7 Prozent, in Großbritannien im Jahre

1975 4,2 Prozent, im Jänner 1977 6,1 Prozent, in Italien im Jahre 1975 3,3 Prozent, im Jänner 1977 6,6 Prozent, in Belgien im Jahre 1975 6,7 Prozent, im Jänner 1977 9,6 Prozent, in Dänemark 1975 11,2 Prozent, im Jänner 1977 11,6 Prozent und in den Niederlanden 1975 5,1 Prozent und im Jänner 1977 5,2 Prozent Menschen beschäftigungslos waren.

Diese anhaltende Arbeitslosigkeit läßt nun in manchen Ländern die Überzeugung wachsen, daß die Politik der Inflationsbekämpfung allein nicht ausreicht, um mit der schlechten Beschäftigungslage fertigzuwerden. Sie erkennen, daß neben der Inflationsbekämpfung auch Maßnahmen gesetzt werden müssen, die die Wirtschaft wieder stärker wachsen lassen. Diese Länder sind aber auch arg enttäuscht darüber, daß es den Industriegiganten USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht gelungen ist, durch ihre Wirtschaftspolitik die übrigen Industrieländer aus der Rezession herauszuziehen.

Hohes Haus! In Österreich hingegen war es durch die Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung gelungen, die Arbeitslosenquote auch in den letzten drei zurückliegenden schweren Wirtschaftsjahren unter 2 Prozent zu halten. Österreich hat damit das hohe Ziel der Vollbeschäftigung erfolgreich angestrebt und kann derzeit rund 2,8 Millionen Menschen Beschäftigung bieten. Das sind, Hohes Haus, um über 340 000 mehr als 1970 und um über 355 000 mehr als vor zehn Jahren.

Warum hebe ich den erfolgreichen Kampf um die Vollbeschäftigung so hervor? Deshalb, weil Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, immer wieder behaupten, die Sozialisten seien nicht imstande, mit den wirtschaftlichen Problemen fertigzuwerden. Keine Ihnen passend erscheinende Gelegenheit haben Sie vorübergehen lassen, ohne den Staatsbankrott oder andere unheilvolle Ereignisse anzukünden. Seit sieben Jahren verteufeln Sie die Leistungen dieser Bundesregierung und setzen sich über die unwiderlegbare Tatsache hinweg, daß alle Industrieländer mit Bewunderung auf Österreich blicken und sich fragen, wie es nur möglich gewesen ist, diese hohe relative Stabilität in den letzten Jahren zu erhalten.

„Wir wirtschaften besser“ verkünden Sie neuerdings, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, auf Plakatwänden und zieren Ihre Parole mit dem Kopf des Parteibornen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie das „bessere Wirtschaften“ aussieht? Sie haben es uns einmal vordemonstriert in den Jahren 1966 bis 1970 *(Abg. Steiner: Genau!)*, als Sie die alleinige Regierungsverant-

Ing. Willinger

wortung zu tragen hatten. *(Abg. Steiner: Damals ist es Österreich gut gegangen!)* Damals – ich werde Ihnen gleich sagen, wie gut es uns gegangen ist – war es Ihr „Erfolg“, daß in dieser Zeit das durchschnittliche Wachstum des Bruttonationalprodukts in Österreich unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten und die Steigerung der Lebenshaltungskosten über dem Durchschnitt der OECD-Staaten gelegen ist. *(Abg. Dr. Mussil: Dann kam die große Pleite!)* Und zum Aufputz dieser glorreichen Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren von der ÖVP, gab es zu der Zeit, Herr Abgeordneter Mussil, mehr als 144 000 beschäftigungslose Österreicher *(Abg. Dr. Mussil: Aber die große Pleite!)*, bei einer um mehr als 355 000 geringeren Beschäftigtenzahl als heute! *(Abg. Dr. Mussil: Und die Leistungsbilanz!)*

Sie werden daher verstehen müssen, wenn die Österreicher verzichten, auf Ihr Anbot einzugehen.

Aber nicht nur in der Beschäftigungspolitik war Österreich erfolgreich. Auch in der Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums konnte Österreich besser abschneiden als die OECD-Staaten und EG-Länder. *(Abg. Dr. Mussil: Ihr Programm will ja gar kein Wachstum! Lesen Sie das Programm durch!)*

Österreichs Wirtschaft ist in den Jahren von 1970 bis 1976, Herr Abgeordneter Mussil, um 10 Prozent rascher als jene der Bundesrepublik Deutschland gewachsen, um 22 Prozent stärker als jene der Schweiz, sie lag um 7 Prozent höher als das durchschnittliche Wachstum der europäischen OECD-Länder. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch diesen Aufholprozeß und die hervorragende Bewältigung der Rezession konnte Österreich, dessen Bruttonationalprodukt 1972 noch unter dem Durchschnitt der EG-Länder und der europäischen OECD-Staaten lag, im Jahre 1974 OECD-Europa und im Jahre 1976 den EG-Durchschnitt übertreffen. Das Bruttonationalprodukt im Jahre 1976 betrug in Österreich je Einwohner 5 400 Dollar, in den EG-Staaten 5 340 Dollar und in den europäischen OECD-Staaten 4 610 Dollar.

Mit der für Österreich so überaus günstigen Wirtschaftsentwicklung im Vergleich mit anderen Industrieländern gelang es durch diese Politik außerdem noch, die Preisentwicklung besser zu beeinflussen. Die Tendenz auf dem Preissektor ist seit 1974 ständig fallend. Der Verbraucherpreisindex wird im Jahre 1977 unter 6 Prozent zu liegen kommen. Es wird damit nur zwei Länder in Europa geben, die einen geringeren Preisanstieg zu verzeichnen haben werden als Österreich. Erfreulich dazu ist, meine Damen und Herren, daß der Wirtschaftsbeirat in

seiner Budgetvorschau für die Jahre 1976 bis 1980 gleichfalls von der Annahme ausgeht, daß bei den Lebenshaltungskosten in den kommenden Jahren weiterhin mit sinkender Tendenz zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren! Die erfolgreiche Politik für Österreich und seine Bevölkerung darf uns nicht die Augen davor verschließen, daß durch die große Unsicherheit in der Weltwirtschaft noch viele Probleme bewältigt werden müssen. Wir können jedoch mit Zuversicht, den auf uns zukommenden Problemen entgegensehen, weil die Regierung seit 1970 bewiesen hat, daß sie imstande ist, die Probleme rechtzeitig zu erkennen, und darauf rasch zu reagieren vermag.

Nur weil die sozialistische Bundesregierung sich während der gesamten Zeit der internationalen Wirtschaftskrise und auch während der leichten Erholungsphase des vergangenen Jahres nicht hat täuschen lassen, weil erkannt wurde, um welche Krise es sich handelt, konnten rechtzeitig die richtigen Gegenmaßnahmen getroffen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die Rezession ist kein zufälliges vorübergehendes Problem. *(Abg. A. Schlager: Heut' red't er sich in d' Hitz'!)* Es ist viel zu ernst, als daß es erforderlich wäre, sich da in eine übertriebene Hitze hineinzureden, Herr Abgeordneter Schlager. *(Abg. A. Schlager: Das war nur so nebenbei gesagt!)*

Es handelt sich bei den Rückschlägen um ständig wiederkehrende wirtschaftliche Krisenerscheinungen, die dem herrschenden Wirtschaftssystem eben innewohnen. In einer solchen Phase, in der Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen, befinden wir uns gerade jetzt, und darauf nimmt auch der Bundesvoranschlag 1978 Bedacht.

Worum geht es? Während Österreich mit viel Einsatz die Konjunktur stabil halten konnte, stiegen die Arbeitslosenzahlen im Ausland stark an, blieb das Wirtschaftswachstum in den meisten Ländern weit hinter jenem Österreichs zurück und sank die Kaufkraft der Menschen in diesen Ländern. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß ausländische Produzenten mit ihren Produkten ins vergleichsweise reichere Österreich drängen und hier den Markt überschwemmen, andererseits ist es für österreichische Unternehmungen nicht mehr so leicht, ihre Waren wegen der viel geringeren Kaufkraft im Ausland abzusetzen. Und da sich bereits eine neuerliche Abschwächung der internationalen Konjunktur abzeichnet, gilt es, Maßnahmen zu treffen, die dieses Zahlungsbilanzdefizit und das Budgetdefizit eindämmen. Das ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Regierung im

Ing. Willinger

Falle einer Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise für die Erhaltung der Arbeitsplätze vorsorgen muß.

Hohes Haus! Die Vertreter der Oppositionsparteien haben in der gesamten Phase der internationalen Wirtschaftsunsicherheit die Entscheidungen der Bundesregierung und der Mehrheitspartei dieses Hauses kritisiert und vielfach abgelehnt. Wenn im Interesse einer Vollbeschäftigungspolitik notwendige Maßnahmen gesetzt werden müssen, sprechen sie von einer Belastungswelle ohnegleichen. Richtig, es waren Belastungen erforderlich. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie verschweigen dabei allerdings, daß die Bundesregierung alle Maßnahmen immer nur unter Berücksichtigung der sozialen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsgruppen gesetzt hat. Nur so war es aber möglich, den Wohlstand der Österreicher sprunghaft zu verbessern und die soziale Sicherheit für alle Staatsbürger weitestgehend auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Das vorliegende Budget trägt dazu bei, daß die bisherigen Erfolge gesichert sind, die Vollbeschäftigung erhalten bleibt und damit weitere Fortschritte erzielt werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Präsident! Vertreter des österreichischen Volkes! In einer längeren Ausführung hat sich mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Willinger, redlich bemüht darzulegen, wie gut es den Österreichern unter einer sozialistischen Alleinregierung geht und wie schlecht es ihnen gegangen ist, als die Verantwortung in diesem Lande in erster Linie auf den Schultern von ÖVP-Mandataren gelegen war. Im einzelnen hat er dann hauptsächlich jene Darstellungen erläutert, die der Finanzminister im Zusammenhang mit seiner Budgetrede den Abgeordneten zur Verfügung gestellt hat und woraus auch hervorgehen sollte: Alle Vergleiche mit anderen Ländern gehen zugunsten der sozialistischen Regierungs- und Parlamentstätigkeit aus.

Nur einige sehr wichtige Fakten hat meiner Meinung nach der Herr Abgeordnete Willinger vergessen; zum Beispiel daß in den Jahren 1966 bis 1970 in Österreich eine maximale Preissteigerung von 3 Prozent war, daß diese Preissteigerung von 3 Prozent von sozialistischen Mandataren als Raubzug auf die Taschen des Volkes bezeichnet wurde und daß heute Preissteigerungen von 7, 8 und 9 Prozent als Erfolg sozialistischer Finanz- und Wirtschaftspolitik gelobt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas anderes hat der Herr Abgeordnete Willinger – ich möchte sagen: verständlicherweise – nicht erwähnt: die vielen Versprechungen, die vor den diversen Nationalratswahlen – 1970, 1971 und 1975 – von der Sozialistischen Partei und ihren Spitzenfunktionären gemacht wurden und die alle nicht eingehalten wurden. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Willinger! Denken Sie daran: Ein wesentliches Moment für Ihren Wahlerfolg war: sechs Monate sind genug. Aus diesen sechs Monaten sind acht Monate geworden, und zu diesen acht Monaten sind Zwangsverpflichtungen dazugekommen. Ein gebrochenes Wahlversprechen. Sie und Ihre Parteifreunde hätten längst den Mut haben sollen zu sagen: Wir haben uns getäuscht. Jenen Mut, den beispielsweise der Herr Bundeskanzler Kreisky hatte, als er seinerzeit erklärte, Staatssekretäre in einer Einparteienregierung seien überflüssig. Heute hat er in seiner Regierung die meisten Staatssekretäre, die es je gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein ganz konkreter Vorschlag zur Einsparung: Vier Staatssekretäre hat diese Regierung auf alle Fälle zuviel! Ich glaube auch, daß zumindest zwei Ministerien zu viel sind! Etliches ließe sich bereits hier einsparen.

Herr Abgeordneter Willinger! Denken Sie daran, was versprochen wurde: jährlich 5 000 Wohnungen mehr zu bauen. – Heute bauen Sie jährlich 5 000 Wohnungen weniger! Auch das ist eine Tatsache, die Sie gerne übersehen und die von unserer Seite daher umso nachhaltiger festgehalten werden muß.

Meine Damen und Herren! Im Laufe dieser nun bald acht Stunden dauernden Beratungen hat sich – wie üblich – auch der Herr Finanzminister zu Wort gemeldet. Es war so etwa um 16 Uhr, also zu jener Zeit, zu der er damit rechnen konnte, auf alle Fälle mit seinen Bonmots, Gags und mit Belehrungen ins Fernsehen, in den Hörfunk und in die Zeitungen zu kommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal mehr sagen, meine Damen und Herren: 25 oder mehr Jahre hindurch hat es in diesem Haus etwas nicht gegeben: diese Polemik, dieses Polemisieren, dieses Herabkanzeln von Abgeordneten von der Regierungsbank aus. Mehr als einmal haben früher sozialistische Minister, die gleichzeitig auch Abgeordnete waren, von diesem Pult aus gesprochen, wenn sie in die Diskussion eingreifen wollten.

Ich darf da an etwas Konkretes erinnern – Abgeordneter Brauneis wird das bestimmt noch wissen –: Es war zum Beispiel Vizkanzler Pittermann, der bei einer Diskussion über verstaatlichte Industrie, verstaatlichte Betriebe,

Glaser

von der Regierungsbank herunter zum Rednerpult gegangen ist. Es war der heutige Justizminister Dr. Broda, auch damals Justizminister, der sich in einer sehr heißen Diskussion als Abgeordneter zu Wort gemeldet hat, weil es die Präsidenten von damals, und zwar egal, ob das Maleta oder später Waldbrunner war, nicht zugelassen haben, daß das Parlament in einer derartigen Weise von Mitgliedern der Regierung behandelt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde es begrüßen, wenn auch unter einem Präsidenten Benya jene Tradition, die nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen parlamentarischen Demokratien selbstverständlich ist, eingehalten würde, daß sich Regierungsmitglieder nicht ständig wie Lehrer vorkommen und die Abgeordneten wie Schulbuben behandeln. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.)* Herr Bundeskanzler! Ich habe nur gehört, daß Sie sagten: Aber, aber! Sie sind zwar noch nicht ganz so lange wie ich im Parlament, aber auch lange genug herinnen und wissen, daß es so etwas nicht gegeben hat, daß von der Regierungsbank so polemisiert wurde, wie das jetzt Ihre Minister und zum Teil auch Sie machen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wo steht das?)*

Erinnern Sie sich, Herr Bundeskanzler, was einem Minister Prader oder einer Frau Minister Rehor von seiten des Präsidenten gesagt wurde, wenn sie sich an dieses ungeschriebene Gesetz nicht gehalten haben. *(Abg. Thalhhammer: Der Präsident sitzt oben! Sie sind nicht Präsident hier!)* Herr Bundeskanzler, eine Demokratie besteht nicht nur aus geschriebenen Gesetzen, sondern auch aus ungeschriebenen Gesetzen.

Solange Sie Opposition waren, haben Sie sich dagegen gewehrt, daß Regierungsmitglieder polemisieren. Genug Auseinandersetzungen hat es darüber gegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erinnere mich im übrigen an noch etwas sehr gut, Herr Dr. Kreisky: Es waren Abgeordnete Ihrer Partei, die sich furchtbar aufgeregt haben, wenn von der Regierungsbank aus ein Abgeordneter unterbrochen wurde. Sie sind auf unsere Minister in den Jahren 1966 bis 1970 sehr scharf losgegangen, wenn sie sich hier erlaubt haben, etwa in der Form, wie das gerade der Herr Finanzminister sehr oft macht, von der Regierungsbank aus Abgeordnete, denen das Wort erteilt wurde, zu unterbrechen. Das möchte ich Ihnen als einer sagen, der diesem Hause immerhin beinahe schon ein Vierteljahrhundert angehört. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In seiner polemischen Art meinte auch der Herr Finanzminister wieder auf die Wahlen im Burgenland zu sprechen kommen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Im Oktober haben aber nicht nur im Burgenland, mit einem undemokratischen Wahlgesetz, Wahlen stattgefunden *(Abg. Babanitz: Das ist eine Frecheit!)*, im Oktober gab es zum Beispiel auch Wahlen in Innsbruck, in Salzburg und in Krems. Auch dort haben Wahlen stattgefunden. Die Zahl der Wahlberechtigten war ungefähr gleich hoch wie die Zahl der Wahlberechtigten vom Burgenland. Und in diesen drei genannten Städten, meine Damen und Herren, hat die Sozialistische Partei ausnahmslos Stimmen und Mandate verloren. Das vergessen Sie immer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas kommt dazu - da verstehe ich ja Ihre Nervosität, vor allem, wenn ich an die Angriffe gegen den ÖAAB denke -: In den letzten Wochen haben auch eine Reihe von Betriebsratswahlen in großen, kleinen und mittleren Betrieben stattgefunden, und in vielen dieser Betriebe konnte die Position des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes beziehungsweise der Fraktion Christlicher Gewerkschafter wesentlich gestärkt werden. Denken Sie nur etwa an die Betriebsratswahlen in der Österreichischen Tabakregie, wo erstmals bei den Arbeitern die ÖAAB-Listen die absolute Mehrheit erreichen konnten. *(Abg. Thalhhammer: Chemie Linz!)* Auch das muß festgehalten werden, wenn immer davon geredet wird, daß Sie im Burgenland ein halbes oder ein Prozent dazugewonnen haben. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Im Laufe der heutigen Diskussion wurde von vielen Rednern sowohl der Österreichischen Volkspartei wie auch der Freiheitlichen Partei darauf hingewiesen, daß dieses Budget seinem Inhalt nach, seinen Ziffern und seinen Vorstellungen nach von uns keineswegs die Zustimmung bekommen kann.

Aber nicht nur die Abgeordneten, meine Frauen und Herren, auch viele Publizisten, viele Wirtschaftsfachleute warnen vor den Folgen dieses Budgets. Ich habe mir hier einige Zeitungsausschnitte mitgenommen. Der Herr Altstaatssekretär und Neuparlamentarier Veselsky hat mir ja den Gefallen getan, im Laufe seiner Rede mehrmals die „Salzburger Nachrichten“ zu zitieren und sie als besonders glaubwürdige Zeitung hinzustellen. Sie gestatten mir, daß ich auch mit zwei Ausschnitten aus den „Salzburger Nachrichten“ nun beginne. In einem Artikel mit der Überschrift „Sommerliche Schlittenfahrt“ heißt es unter anderem:

„Der Österreicher muß diesen Sommer... das Gefühl bekommen, daß mit ihm Schlitten gefahren wird. Er sieht sich von den Regierenden einer Behandlung ausgesetzt, die jener

Glaser

durch absolutistische Herrscher nicht viel nachsteht. Da heißt es, rückwirkend auf zwei Monate und ab sofort sind für Kredite Sondersteuern zu bezahlen, basta. Da wird erklärt, in fünf Tagen erlischt die Sonderabschreibung für Kombi-Fahrzeuge, richtet euch danach, das ist so, aus! Und wenn es euch nicht paßt, gibt es in sechs Monaten überhaupt keine Steuerabschreibung für Personautos mehr, und wer einen neuen Wagen kauft, zahlt auch noch zehn Prozent Spitzalzuschlag. Fertig. Verstanden!

Die Aussichten, sich dagegen zu wehren, sind gleich Null, und die Wahlen, durch die unser Absolutismus moderner Prägung begrenzt werden könnte, liegen fernab."

"In Österreich" – so schreiben die „Salzburger Nachrichten"; Verfasser war der stellvertretende Chefredakteur Gerhard Neureiter – „ist die Sicherheit, für die Zukunft zu planen, bei der augenblicklichen Finanz- und Steuerpolitik nicht mehr gegeben."

In einem anderen Artikel, verfaßt von Professor Dr. Karl Heinz Ritschel, heißt es unter der Überschrift „Die Luxuskabinett-Steuer":

„Ich habe nachgedacht, wie der arme Finanzminister das Budgetloch in seinem Staatssäckel noch ein wenig stopfen könnte. Das ist gar nicht so leicht, denn wir haben schon so viele Steuern und jetzt drohen uns neue, daß schon viel Phantasie dazugehört, noch einen Steuergrund zu finden. Ich habe ihn: die Luxuskabinett-Steuer.

Jeder österreichische Steuerpflichtige zahlt für den Luxus, daß Österreich von dieser Regierung regiert wird! Denn, wie wir hören, muß man bereit sein, für Luxus mehr aufzuwenden. Und wenn bei Autos schon die Luxussteuer den Mini genauso trifft wie den dicken Amerikaner, so trifft der Luxus dieser Regierung wahrhaft jeden Österreicher. Vom Hilfsarbeiter bis zum Generaldirektor, vom Kleinkind bis zum Greis."

Ich habe die „Salzburger Nachrichten" bewußt zitiert, weil sie vom – wie ich schon sagte – Altstaatssekretär Veselsky besonders hervorgehoben wurden.

Aber nehmen wir einen Abschnitt aus der „Kronen-Zeitung", aus einer Zeitung, die sicherlich der Regierung im allgemeinen nicht gerade ablehnend gegenübersteht. In einem Artikel vom Samstag, 15. Oktober, also noch gar nicht so lange her, heißt es unter anderem:

„Angesichts einer Regierungspartei nämlich, deren höchste Weisheit das Verpulvern von Steuergeldern ist ..."

Ich will mir das weitere Vorlesen ersparen. So

beurteilt die „Kronen-Zeitung" die Tätigkeit der derzeitigen Regierung und vor allem des Finanzministers.

Oder: Im „Kurier" vom 18. Oktober heißt es:

„Von mittel- oder langfristiger Planung – wie oft hat sie doch die SPÖ, wie oft auch Androsch selbst früher gefordert? – ist da nichts zu sehen. Über das kommende Jahr hinaus drohen weitere Steigerungen bei Staatsschuld. und Defiziten."

Ich brauche keine Kommentare und Artikel aus ÖVP-Zeitungen zitieren. Ich habe einen noch viel besseren Zeugen mit, nämlich die „Kärntner Tageszeitung", also das sozialistische Organ für das Bundesland Kärnten. Am 23. September dieses Jahres war dort unter der Überschrift „Das Auto ist kein Luxus" von Mario Messner ein Artikel zu finden, der in seinem ganzen Inhalt leidenschaftlich davor warnt, für das Auto eine Sondersteuer einzuführen.

Wenn ich zwei Absätze hier vorlese, so nur der Kürze der Zeit wegen. Für viele von Ihnen auf der linken Seite wäre es sehr gut, den ganzen Artikel vorzulesen.

Dieser sozialistische Journalist schreibt in der sozialistischen „Kärntner Tageszeitung":

„Daß der Erwerb eines Autos für einen Arbeiter oder Angestellten in Österreich erfreulicherweise kein Luxus mehr ist, dafür haben" – so schreibt dieser Mann – „die Sozialisten in den vergangenen 32 Jahren gesorgt. Es wäre daher geradezu ein politisches und gesellschaftliches Paradoxon, wollte die SPÖ jetzt selbst wieder den Klein- und Mittelwagen mit dem Makel des Luxus belegen."

Und weiter heißt es dann in dieser sozialistischen Tageszeitung:

„Das Auto sollte heute aus gesellschaftspolitischen Erwägungen herausgehalten und als das genommen werden, das es ist: ein Gegenstand des täglichen Bedarfs, ohne den Abertausende ganz einfach nicht auskommen können."

Ich erinnere mich an eine Diskussion vor einigen Jahren, an der auch der Präsident des Gewerkschaftsbundes teilgenommen hatte – der jetzige Präsident meine ich –, und da stand die Frage Wohlstand zur Debatte und was ein Arbeitnehmer verlangen kann. Damals wurde sinngemäß gesagt: eine entsprechende Wohnung mit entsprechender Einrichtung, selbstverständlich einen Kühlschrank, Fernsehapparat und natürlich ein Auto. Das wurde in Gegenwart des Präsidenten Benya als etwas Selbstverständliches bezeichnet. Heute kommen Sie und machen den kleinen Volkswagen, den Mini, den Fiat 600 und was weiß Gott welche kleinen Fahrzeuge zum Luxus!

Glaser

Ja Sie gehen noch viel weiter, Kollege Thalhammer, Sie gehen noch viel weiter. Wir alle, die Parteien, alle Kraftfahrerorganisationen, die Ministerien bemühen uns, die Verkehrssicherheit zu heben. In wenigen Tagen werden wir wieder ein diesbezügliches Gesetz beziehungsweise eine entsprechende Novelle beschließen. Was machen Sie, wahrscheinlich morgen durch Mehrheit? – Sie beschließen ein Gesetz, daß Autoradios noch separat ein Luxus sind.

Offenbar hat sich innerhalb der Sozialistischen Partei und vor allem im Finanzministerium noch nicht herumgesprochen, daß Autoradios sehr wesentlich zur Verkehrssicherheit beitragen. Ich weiß nur nicht, warum sich nicht nur der ÖAMTC, sondern vor allem auch der ARBÖ so sehr bemüht, möglichst oft und täglich mehrmals genannt zu werden, um mitzuteilen, daß auf dieser oder jener Strecke Glatteis ist, daß es dort einen Unfall gegeben hat, daß hier Stauungen sind, damit eben die Autofahrer wissen, wie sie fahren sollen, wo sie andere Strecken benützen sollen und dergleichen.

Nun sind Verkehrssicherheit und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit nach den sozialistischen Regierungsvorstellungen und wahrscheinlich auch nach den Wünschen der sozialistischen Mehrheit zum Luxus geworden. Ich bin nur neugierig, wie sich morgen etwa die Abgeordneten Broda und Ing. Hobl verhalten werden, die seinerzeit die befristete Autosondersteuer – im übrigen nur 10 Prozent – schwerstens bekämpft haben, die bei jeder Gelegenheit für die Hebung der Verkehrssicherheit eintreten und nun womöglich einer Regierungsvorlage zustimmen, die nicht nur das Auto zum Luxus erklärt, sondern auch Einrichtungen, die der Verkehrssicherheit dienen, als Luxus bezeichnet.

Meine Damen und Herren! Über das Budget, seine Folgen, seine Ursachen und seine Einzelheiten wurde heute und auch in den letzten Tagen nicht nur von dieser Stelle aus schon sehr viel gesagt.

Ich möchte nur eines grundsätzlich nochmals festhalten. Eine Budgetierung nach Hausnummern, eine Politik nach Meinungsumfragen und das Fehlen eines längerfristigen Budgetkonzepts kennzeichnen die Orientierungslosigkeit der derzeitigen Bundesregierung. Und darüber hinaus, meine Damen und Herren, machen rückwirkende und ständig unübersichtlicher werdende Gesetzesvorlagen dem Staatsbürger zunehmend mehr zu schaffen.

Der vor wenigen Wochen zurückgetretene Staatssekretär Dr. Veselsky ist ja vor allem deshalb gescheitert, weil er erklärte, man sollte

die Luxussteuer auf Autos auch rückwirkend einführen. Demgegenüber meinte Dr. Kreisky, Gesetze rückwirkend zu machen, halte er für falsch.

In der „Sozialistischen Korrespondenz“ ließ der Bundeskanzler dann noch verlauten: Rückwirkende Gesetze seien ausgeschlossen, da sie der österreichischen Rechtstradition widersprechen.

Meine Damen und Herren! Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? In jüngster Zeit werden immer häufiger Gesetze mit großer Bedeutung für breite Bevölkerungsschichten rückwirkend in Kraft gesetzt. Dies war bei der letzten Bundesmineralölsteuererhöhung der Fall, dies war bei den Kreditgebühren, bei der Verschlechterung der Sparförderung und bei einigen anderen Fällen leider Gottes zutreffend.

Und nunmehr werden von der sozialistischen Parlamentsmehrheit wahrscheinlich auch Teile des 2. Abgabenänderungsgesetzes 1977 rückwirkend beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich habe überhaupt den Eindruck, daß die neue Wunderwaffe des Finanzministers jetzt den Namen Abgabenänderungsgesetz bekommen hat, denn darin verbergen sich jeweils enorme Steuer- und Gebührenerhöhungen; ebenso andere Belastungen der Bevölkerung.

In der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden bereits vier solcher Abgabenänderungsgesetze von der Regierung dem Parlament vorgelegt. Wenn man überlegt, meine Damen und Herren, daß dieses jetzt erwähnte 2. Abgabenänderungsgesetz 1977 unter anderem das Einkommensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz, das Gewerbesteuergesetz, das Bewertungsgesetz, das Vermögensteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz, das Alkoholabgabengesetz und das Strukturverbesserungsgesetz, also insgesamt acht Gesetzesmaterien betrifft, dann werden Sie mir wohl recht geben, wenn ich sage, die Übersichtlichkeit und die – wie Sie das seinerzeit genannt haben – Transparenz aller Gesetze geht hier klar verloren. Jurist zu sein ist viel zu wenig, man muß heute Steuerspezialist sein, um sich in diesem Wirrwarr überhaupt noch zurechtfinden zu können.

Nicht viel anders ist es ja auch mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977. In diesem einen Gesetz werden gleich zehn andere Gesetze novelliert werden. Daß sich der einfache Staatsbürger da nicht mehr zurechtfindet, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung mehr.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber noch auf etwas ganz Besonderes hinweisen. Das ist auch einer der wesentlichen Gründe,

Glaser

warum ich gegen dieses Gesetz nicht nur hier stimmen werde, sondern auch überall, wo ich dazu die Möglichkeit habe, dagegen auftreten werde.

Die Entwicklung der Lohnsteuer seit der letzten Nationalratswahl: Meine Damen und Herren, seit diesen letzten Nationalratswahlen sind die Lohnsteuereinnahmen um rund 90 Prozent gestiegen. Das ist etwa dreimal so viel, als die Löhne und Gehälter gestiegen sind. Das ist ein wesentlicher Grund, warum ich als Arbeitnehmervertreter, warum ich als ÖAAB-Mandatar diesem Gesetz meine Zustimmung versagen werde.

Auch wenn ich deshalb von einem Mann beschimpft werde, über den vor kurzem in der heute schon bei anderer Gelegenheit zitierten „Kronen-Zeitung“ sinngemäß stand: Sie – die ÖVP-Mandatare sind gemeint – werden von jungen Politikern beschimpft, „die vom Leben nicht viel wissen und, weil sie ein paar Bücher von Karl Marx gelesen haben, schon einen Anspruch auf den Titel Universitätsprofessor anmelden.“

Sie schauen, Herr Abgeordneter Pansi: „Neue Kronen Zeitung“ vom Samstag, 29. Oktober 1977, Seite 2, „Thema der Woche“, von Dr. Viktor Reimann. Sie können es nachlesen, es ist noch viel, viel ausführlicher. Jedenfalls sagt Dr. Viktor Reimann, und das wiederhole ich jetzt, damit Sie es ja genau hören: Junge Politiker, „die vom Leben nicht viel wissen und, weil sie ein paar Bücher von Karl Marx gelesen haben, schon einen Anspruch auf den Titel Universitätsprofessor anmelden“.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht nur, daß das zu wenig ist, gerade weil ich seit bald einem Vierteljahrhundert Landesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes in Salzburg bin. Die Tätigkeit hat sich unter anderem folgendermaßen ausgewirkt: Als ich diese Funktion zum erstenmal übernahm beziehungsweise zum erstenmal gewählt wurde, hatten wir etwa in der Arbeiterkammer neun Mandate, bei der letzten Arbeiterkammerwahl haben wir 21 bekommen. Ich kann immerhin mit einem gewissen Stolz sagen, es ist nicht umsonst gewesen. Wenn ich an unsere letzten Betriebsratswahlen gerade in Salzburg in den letzten sechs Wochen denke, bin ich mit der Entwicklung auch zufrieden.

Es stört mich nicht, wenn mich dann ein Mann, dessen Namen ich seit 14 Tagen vergessen habe, in einem Topf mit Kommunisten wirft. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich möchte aber eines sagen: Wenn jener Mann eventuell einen Hochschullehrstuhl für parlamentarische Demokratie oder Parlamentarismus oder so etwas

anstrebt, dann muß er mehr wissen. Da müßte er beispielsweise wissen, daß die Sozialistische Partei bis zuletzt Abgrenzungsschwierigkeiten mit den Kommunisten hatte.

Ja, warum haben Sie, Herr Abgeordneter Pansi, etwa die Beziehungen zum Verband Sozialistischer Studenten Österreichs stillgelegt? Doch nur deshalb, weil sich diese sozialistische Organisation immer wieder gemeinsam mit Kommunisten zu Aktionen hinreißen hat lassen.

Oder denken Sie daran, daß es vor auch nicht sehr langer Zeit in Wien eine Demonstration gab, gemeinsam von Sozialisten und Kommunisten veranstaltet, daß an dieser Demonstration unter anderem der Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes und sozialistische Abgeordnete zum Nationalrat Dallinger teilgenommen hat, ein sozialistischer Jugendobmann Konecny, ferner ein sozialistischer Gewerkschaftsfunktionär Nenning, daß es im Zusammenhang mit dieser Demonstration zu Ausschreitungen gekommen ist, bei denen etwa 60 Polizisten verletzt wurden. Bis heute warte ich darauf, daß etwa der Herr Präsident des Nationalrates und Präsident des Gewerkschaftsbundes seinen Vizepräsidenten Dallinger diesbezüglich entsprechend zur Ordnung gerufen hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Präsident Benya in Erfüllung seiner Aufgabe, die ihm dieses hohe Amt bringt, dem Herrn Dallinger, also seinem Vizepräsidenten und Stellvertreter im ÖGB, deutlich und öffentlich erklärt hätte, daß es keine gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten gibt, dann hätte er auch unsere Zustimmung und unseren Beifall gefunden.

Oder denken Sie daran, meine Damen und Herren, daß es auch nicht sehr lange her ist, daß der sozialistische Unterrichtsminister und Landespartei sekretär des Burgenlandes Sinowatz den Kommunisten Biermann eingeladen hat und daß es die Sozialistische Jugend war, die wieder den Kommunisten Biermann zu ihrem Festival nicht nur eingeladen hat, sondern auch dort entsprechend auftreten ließ.

Es tut mir leid, ich wollte alle diese Dinge nicht sagen. Aber wenn man, wie das jemand getan hat – ich habe schon gesagt, den Namen habe ich vergessen, aber es haben es leider auch andere wie der Präsident des Nationalrates dann getan –, uns solche Vorwürfe macht, dann muß ich auch daran erinnern. Ich gebrauche jetzt ein Wort, das der Herr Zentralsekretär Blecha in einem anderen Zusammenhang sagte: Es gab auch eine Wandervogelbewegung von den Sozialisten zu den Kommunisten und von den Kommunisten zu den Sozialisten. Etwa einer der Vorgänger des Herrn Zentralsekretärs Blecha,

Glaser

nämlich Herr Erwin Scharf, ist mit fliegenden Fahnen zu den Kommunisten übergegangen, und umgekehrt ist der ehemalige Kommunist Broda zu den Sozialisten übergelaufen.

Also es hat hier schon einige Dinge gegeben, auf die man dann hinweisen muß, wenn von höchster Seite Ihrer Partei uns ein Vorwurf gemacht wird, uns kommunistischer Methoden oder ähnliches mehr zu bedienen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, meine Damen und Herren, genauso wie die Mehrheit in diesem Hause, daß die Masse der sozialistischen Mandatäre, die Masse der sozialistischen Funktionäre, Vertrauensmänner und so weiter, harte und scharfe Gegner des Kommunismus sind. Und ich stelle auch mit Genugtuung fest, daß Sie in Ihrem Programm-entwurf sehr deutlich unter anderem stehen haben: Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus und des Kommunismus.

Aber, meine Damen und Herren, immer ist es nicht so gewesen. Und wenn unser Bundesparteiobmann vor kurzem von der Blutsverwandtschaft gesprochen hat, so muß ich Ihnen doch einiges in Erinnerung rufen, damit Sie das nicht alles vergessen. Ich habe ein Heft vor mir liegen: Rede- und Kursanleitung. 100 Jahre Kommunistisches Manifest. Sozialistische Partei Österreichs, Bildungszentrale, Referat für politische Schulung. Jeder einzelne von Ihnen, der es nicht glaubt, ist eingeladen – ich bin in wenigen Minuten fertig –, an meinen Platz oder hinauszukommen, ich zeige ihm diese Originale.

In dieser von der Sozialistischen Partei, Bildungszentrale, herausgegebenen Schrift heißt es unter anderem, Seite 2, Abschnitt B: Die beiden Begriffe sozialistisch und kommunistisch bedeuten im wesentlichen das gleiche.

Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, wenn Sie sich jetzt davon distanzieren. Aber es war einmal anders, meine Damen und Herren. *(Zwischenrufe und Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich glaube, daß es da nichts zu lachen gibt, sondern daß das eher sehr traurig ist, Herr Abgeordneter! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Schauen Sie weiter: Sozialistische Hefte, „Hier antwortet die SPÖ“ heißt es da. Herausgeber Karl Czernetz. Ich nehme an, daß das der gleiche Karl Czernetz ist, der Nationalratsabgeordneter und jetzt Präsident des Europarates ist.

Auf Seite 23 beispielsweise in der Schrift „Hier antwortet die SPÖ“ heißt es dann: In der ersten Phase des Sozialismus wird es zwar noch Privateigentum an Arbeitsmitteln in den Händen der kleinen selbständig Erwerbenden

geben, also das Arbeitseigentum der Bauern und Gewerbetreibenden.

Meine Damen und Herren, in der ersten Phase des Sozialismus wird es noch Privateigentum geben. Wie schaut es dann in der zweiten Phase aus? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Schlecht!)*

Meine Damen und Herren! Folge 5, Sozialistische Hefte. Nicht nur die Farbe, auch die drei Pfeile, Herr Abgeordneter Hofstetter, sind deutlich drauf. Das kommunistische Manifest. Im Vorwort oder im Geleitwort, damit wir es ganz genau halten, heißt es unter anderem: In Österreich bekennen sich ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern beide Parteien der Arbeiterklasse, die sozialistische wie die kommunistische, zum Marxismus und zu den Grundsätzen des kommunistischen Manifestes.

Meine Damen und Herren! Ich sagte: Es war nicht immer so, wie Sie sich heute distanzieren. Und daher noch einmal: Mit aller Entschiedenheit verahre ich mich persönlich und namens einer Viertelmillion Mitglieder des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes gegen jene Vorwürfe, die von einem jungen Funktionär, aber leider auch vom Herrn Bundeskanzler und vom Präsidenten des Nationalrates gegen uns erhoben wurden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie beweisen mit diesen Vorwürfen nur eines: Sie sehen die Folgen Ihrer Politik. Sie sehen, daß Sie Ihre vielen Versprechungen nicht halten können. Sie versuchen, von Ihren Schwierigkeiten durch Diffamierungen abzulenken. Ich bin davon überzeugt, daß Sie damit bei der Masse der österreichischen Bevölkerung nicht nur keinen Erfolg haben werden, sondern ich möchte noch einmal sagen: Ich warne vor einem solchen Weg gerade deshalb, ohne mir etwas darauf einzubilden, weil ich mich als einer, der viele Parteifunktionen hatte, als einer, der zu so manchem auf Ihrer Seite, wenn ich etwa an den Landesparteiobmann der Sozialistischen Partei von Salzburg oder an den früheren sozialistischen Abgeordneten Preußler denke, auch ein sehr persönliches Verhältnis hatte, nun nicht beschimpfen lasse, mich kommunistischer Methoden zu bedienen.

Es wäre allerhöchste Zeit gewesen, daß wenigstens einer von Ihnen den Mut gehabt hätte und aufgestanden wäre, um sich von den Erklärungen Ihres Klubobmannes, von den Erklärungen des Präsidenten des Nationalrates oder des Herrn Bundeskanzlers zu distanzieren. Solange Sie das nicht machen, haben Sie die Atmosphäre in unverantwortlicher Weise vergiftet. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Ermarcora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Tatsache, daß ich unmittelbar nach meinem Klubkollegen zum Sprechen komme, zeigt, daß Sie zu diesen Erklärungen schweigen. Und wer schweigt, stimmt zu, meine Damen und Herren. So ist die Sache. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Budgetvorschlag, den Sie uns unterbreitet haben, Herr Bundesminister, und die Reden, mit denen Sie den Budgetvorschlag begleiten auf der einen Seite, und die Praxis, mit der Sie das Budget durchsetzen und vor allem dann die Einnahmen durch das Paket morgen realisieren wollen andererseits, sind ein herausragendes Beispiel für die Taktik Ihrer Politik und Ihrer Weltanschauung, nämlich des Widerstreites zwischen Aussage und Wirklichkeit. Hier, meine Damen und Herren, gleichen Sie in Theorie und Praxis Ihren austromarxistischen Ahnen, Sie gleichen in diesem Punkt diesen Ahnen so sehr, daß die Verbindung zwischen Ihnen und den Marxisten um vieles enger ist als die Verbindung des ÖAAB zu Leo XIII. und seinen katholischen und sozialtheoretischen Thesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube – und das muß hier noch einmal gesagt werden –, daß diese diffamierende Erklärung des Herrn Klubobmanns Dr. Fischer auch nicht in seine „Positionen und Perspektiven“ paßt, die er kürzlich geschrieben hat. Das möchte ich deutlich herausheben; ich habe sein Buch gelesen.

Aber wenn es dem steuerzahlenden Bürger noch nicht aufgefallen ist, wie es ihm beim allersozialistischsten Regime geht, dann nur deshalb, weil Ihre Versprechungen mehr Öffentlichkeit haben als unsere Kritik. Unsere Kritik betrifft die Staatsschuld und das Defizit des Bundeshaushaltes. Und wenn Sie diese Skizze sehen *(der Redner weist eine Graphik vor)*, meine Damen und Herren, dann werden Sie erkennen, daß Ihre Staatsschulden in wenigen Jahren einen Aufschwung genommen haben, der etwa vergleichbar ist dem Gipfelaufschwung des Matterhorns. Das hat nichts mit kleinen Schritten zu tun, von denen der Herr Dr. Fischer in seiner politischen Schrift als von einer Politik der Sozialistischen Partei Österreichs spricht. Hier haben Sie die Sieben-Meilen-Stiefel angelegt, um dieses Budgetdefizit zu erreichen, meine Damen und Herren.

Mit den Schulden, meine Damen und Herren, kaufen Sie die Arbeitsplätze. So würde ich das grob formuliert sagen. Taus hat mit seinem Plan, mit diesem Konzept keinen Schuldenplan entwickelt, sondern einen konstruktiven Plan diesem Schuldenplan entgegengesetzt. Und Sie haben Projektchen – ich würde etwa sagen, ein Projektchen ist der Austro-Porsche-Plan, das

Austro-Porsche-Konzept –, Sie haben Seifenblasen produziert, mit denen Sie dem Defizit entgegentreten. *(Zwischenruf des Abg. Hofstetter.)* Was kann ich nicht? Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Abgeordneter. *(Rufe bei der SPÖ: Das macht nichts!)* Falls Sie Burgenland gesagt haben: Verweisen Sie zehnmal auf das Burgenland! Das Burgenland wußte von Ihrem Paket noch nichts! Von Ihrem Belastungspaket wußte das Burgenland noch nichts. *(Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ihre Schriften habe ich alle gelesen. Das, was Sie geschrieben haben, habe ich zehnmal gelesen, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren! In den Ballungsräumen macht sich eine Unruhe breit, und diese Unruhe, meine Damen und Herren, ist ein Zeichen, vor dem Sie sich hüten mögen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wissen Sie, Herr Finanzminister, an was mich Ihr Budget erinnert? An einen Rechenschaftsbericht, den der berühmte Neker, ein Mann des 18. Jahrhunderts, an König Ludwig XVI. geschrieben hat, und zwar so klar und gänzlich unverständlich, absolut genau und ganz falsch. Das, meine Damen und Herren, ist Ihr Budget, das, meine Damen und Herren, tragen Ihre Beihefte, genau das ist auf Ihre Rede vom 18. und auf das Budget und auf die Beihefte zu diesem Budget anwendbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn dieses Budget, meine Damen und Herren, ist in seiner derzeitigen Fassung als Budgetvoranschlag ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis und Ihren Aussagen über die tatsächliche Budgetsituation. Das finden Sie an einer ganzen Reihe von deutlichen Beispielen aufgezeigt, wo diese Widersprüche aufleuchten.

Natürlich, wenn man nur dann und wann in die Politik hineinsieht, in die Äußerungen hineinsieht, läßt man sich durch Erklärungen vielleicht noch überzeugen. Aber wenn man kontinuierlich Ihre Politik verfolgt, so wie ich das seit 1970 tue, dann kann man diese Widersprüche zwischen Ihren Erklärungen und den tatsächlichen Ergebnissen sehr klar herausstellen.

Ich möchte aus der Budgetrede 1972 einen Satz zitieren, der die Wehrpolitik betrifft. Eine Bereitschaftstruppe war unabdingbar in das Fundament einer milizartigen Landwehr eingebettet. Wie sieht denn diese Bereitschaftstruppe heute aus? Wie sieht das Budget in bezug auf die Bereitschaftstruppe aus? – Ein klarer Widerspruch zu dieser Aussage. Wie sieht es mit der Luftraumverteidigung und den nötigen budgetären Vorkehrungen aus? Mit der Kasernenassanierung, die ich durchaus begrüße, wollten Sie

Dr. Ermacora

den Wehrmännern und den Jungmännern den Mund stopfen. Ich verstehe das schon, ich verstehe Ihre Taktik.

Und hinsichtlich der Universitätspolitik und Ihrem Budget ein Widerspruch zwischen den budgetären Vorkehrungen und den Anforderungen, die das neue UOG an die Universität stellt, ein Widerspruch zwischen dem Akademikerausstoß und dem Akademikerbedarf. Wo decken Sie das ab bei Ihren Erklärungen und in Ihren Budgetansätzen und Ihren Budgetbeilehungen? Keine Spur davon. Widerspruch zwischen der Aussage der Frau Bundesminister vom 18. Oktober, wo sie erklärt hat, der Nachholbedarf sei gedeckt. Es trifft sich, daß ich einen Tag später folgendes gehört habe: „Wenn ich am Schreibtisch sitze, knistert es im Gebälk – das ist an der Universität –!, es fällt immer der Putz herunter. Unter uns ist der Lesesaal. Es besteht Sorge, daß die Decke durchbricht. – Und die Reaktion: Schreiben Sie halt einen Dienstzettel an die Gebäudeverwaltung“. – Meine Damen und Herren, das sind die Probleme! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Libal: Es rieselt der Kalk!)*

Und dann der Angriff auf den Rektor Komarek mit Worten, meine Damen und Herren, die ein von der Autonomie bestelltes Organ der Universität nicht verdient. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein Organ der freigewählten Selbstverwaltung so anzugreifen, das dürfte nicht der Stil der Frau Bundesminister sein.

Und was wirft die Frau Bundesminister diesem Rektor vor? Sie wirft ihm vor, daß er das Budget nicht richtig verstanden habe. *(Abg. Dr. Blenk: Er hat die Wahrheit gesagt, das wirft sie ihm vor!)*

Aber wissen Sie, wie dieses Budget ausschaut, meine Damen und Herren? Lesen Sie einmal nach, ob Sie etwas finden, wie die Universitäten und die Institute ausgestattet sind. *(Abg. Libal: Mehr als genug!)* Mehr als genug! – Haben Sie das gehört, meine Damen und Herren?

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal daran erinnern: Die Frau Bundesminister hat dem Komarek vorgeworfen, er verstehe das Budget nicht. Ich habe das Budget eigens daraufhin untersucht. Es weist überhaupt nichts aus, was den Instituten . . . *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Hören Sie mir doch zu! *(Abg. Samwald: Wer will denn das hören? – Abg. Dr. Gruber: Das ist ja der Gipfel der Unwissenheit, der Samwald!)*

Das Budget weist überhaupt nichts aus, was Instituten zukommt. Haben Sie das bitte gehört. Das Budget weist nichts aus, was den Instituten zukommt, und deshalb hat sich Komarek

beschwert, meine Damen und Herren. *(Abg. Dr. Gruber: Herr Libal! Wir werden schon veröffentlichen auf den Universitäten das „mehr als genug“! – Abg. Libal: Mehr als genug!)*

Meine Damen und Herren, sehen Sie sich den Widerspruch auf dem Gebiete der Terrorszene und der Sicherheit an. Sehen Sie sich die Vorkehrungen im Sicherheitsbudget an, sehen Sie sich die Widersprüchlichkeit an. Was haben im Jahre 1973, mit dieser Schönau-Erklärung, der Herr Bundesminister für Justiz und der Herr Bundeskanzler nicht an Humanitärem ausgesagt?

Im Jahre 1975 hat sich der heutige Verteidigungsminister mit Handschlag auf dem Flughafen von einem Terroristen verabschiedet, und im Jahre 1977, als der Herr Bundeskanzler erkannt hatte, welche Bedeutung der Terror in Europa hat, da hat er erklärt, wir werden gegen den Terror mit Härte vorgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Katalog verfolgen, mit dem der Herr Justizminister Broda in der Angelegenheit Boock verfahren ist, ich glaube, in dieser Frage der Briefzensur einer des Terrorismus Beschuldigten hat er ein Beispiel gegeben, das nur würdig ist jenes Paragraphen in Ihrem Parteiprogramm, in dem es heißt, daß man „für die schrittweise Ersetzung und Ergänzung der Anhaltung Verurteilter in geschlossenen Anstalten durch Resozialisierungsmaßnahmen unter Bedachtnahme auf den notwendigen Schutz der Gesellschaft“ sei. Das ist die Abschaffung der Gefängnisse, die der Herr Justizminister ausgesprochen hat. Wo sind denn jetzt Ihre Zwischenrufe, meine Damen und Herren?

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf einen Widerspruch aufmerksam machen, der sich zwischen dem 18. Oktober und heute ereignet hat. Herr Abgeordneter Kohlmaier hat am 18. Oktober den Herrn Bundeskanzler auf die Position des Verfassungsgerichtshofes angesprochen.

Der Herr Bundeskanzler hat Herrn Dr. Kohlmaier ein Zitat oder eine Erzählung gebracht, wonach der Präsident des Verfassungsgerichtshofes bei ihm vorgesprochen hätte und ihm erklärt habe, während der siebeneinhalb Jahre seiner Amtstätigkeit sei ihm vom Herrn Bundeskanzler nicht ein einziges Mal die Arbeit erschwert worden, es sei für ihn keine Zeit denkbar, zu der er es leichter gehabt hätte. Das hat der Herr Bundeskanzler am 18. Oktober hier vorgetragen und damit die Verbindung hergestellt, daß Herr Präsident Antonioli etwa erklärt hätte, daß seine Judikatur vom Herrn

Dr. Ermacora

Bundeskanzler nicht beeinflusst worden wäre. Na, das wäre noch schöner gewesen, möchte ich hinzufügen.

Aber diesen Schluß zu ziehen, meine Damen und Herren, diesen Schluß zu ziehen ist unzulässig, weil der Herr Bundeskanzler in einer Anfragebeantwortung, die er mir heute zukommen ließ, erklärte, daß sich die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes dem Verantwortungsbereich des Bundeskanzlers entzieht. Hier hat er am 18. Oktober in dem massiven Angriff auf Kohlmaier erklärt, daß Antonioli sich sehr wohl über die Güte der Rechtsprechung im Lichte der Stellung des Bundeskanzlers ausgesprochen hätte.

Meine Damen und Herren! Das sind Widersprüche, die Sie nicht ableugnen können. Und diese Widersprüche, meine Damen und Herren, die ziehen sich durch Ihre Politik hindurch. Wenn Fischer von einer „Politik der kleinen Schritte“ spricht – in Ihrer Schrift, Herr Klubobmann –, dann ist das auch eine massive Irreführung in bezug auf Ihr Budget. Das Budgetdefizit ist ein Defizit der Sieben-Meilen-Stiefel, das hat mit kleinen Schritten überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es hat uns heute Herr Abgeordneter Tull doch eine sehr interessante Erklärung abgegeben. Das Budget soll das Erreichte bewahren und sichern. Ja, mit diesem Budget können Sie keine neuen Denkanstöße realisieren, da können Sie nur Positionen bewahren, meine Damen und Herren.

Und um die Positionen zu bewahren, da brauchen Sie die Personalpolitik, da brauchen Sie die Medienpolitik und da brauchen Sie kein starkes Budget, meine Damen und Herren. Da hat Herr Klubobmann Fischer schon recht, wenn er meint, daß das die kleinen Schritte sind, und das sind die kleinen Schritte zur Veränderung unserer Gesellschaft.

Aber wenn das um diese Zeit am Abend niemand, außer Ihnen, meine Damen und Herren und meine verehrten Klubfreunde und ein paar Engagierte außerhalb dieses Hauses, registriert, so kann Ihnen dies möglicherweise recht sein. Ich darf dann ein Zitat aus Klubobmann Fischers Schrift, das er dem „Discorsi“ des Machiavelli entnommen hat, herausstellen: „Spricht auch die Tat gegen ihn“ – hier das Budget –, „so entschuldigt ihn doch der Erfolg.“ In diesem Sinne nämlich, daß sich Zweck und Mittel decken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe fast Verständnis, daß Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, irgendwo projiziert haben, daß diese erste Lesung ungefähr um 20 Uhr zu Ende zu sein hat. Sie haben sich gelobt und uns wollen Sie nicht mehr hören. Ich bin der letzte, der es riskieren würde, Sie zu zensurieren. Aber eines möchte ich Ihnen gerne sagen.

Wenn Ihnen auf die Intervention meines Kollegen Professor Ermacora nichts anderes eingefallen ist als der Zwischenruf eines sonst von mir geschätzten Kollegen, und wenn Sie sich darüber gefreut haben, dann haben Sie dem Parlament keinen Dienst erwiesen. Darf ich Ihnen das sagen. Der Herr Abgeordnete Bielohlawek scheint wieder aufzuerstehen.

Was hat Ermacora gesagt? Er hat beklagt, daß das Budget von seiner Warte für die Universitäten nicht groß genug ist. Von einem Oppositionellen völlig zu Recht und von den Tatsachen auch. Sie hatten nur Spott für ihn.

Ich glaube, es ist zu wenig, aber, meine Damen und Herren, ich will ja auch nicht eingehen auf das Burgenland. Aber eines muß ich Ihnen sagen: Ich habe die Bitterkeit dieser Niederlage noch nicht verwunden. Aber eines versichere ich Ihnen: Sie sind am besten Weg, das auch eines Tages zu spüren, und ich werde mich sehr freuen, wenn es passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Zwei Dinge veranlassen mich, in aller Kürze einige Sätze zu sagen, aber ich möchte zuerst bitten, vor allem Sie, Herr Finanzminister, einiges zu registrieren. Wir haben als Opposition zur Kenntnis genommen, und ohne zu schreien, daß Sie von 15 Uhr bis 18 Uhr 30 nicht hier waren. Sie hatten zu tun, ich weiß. Erinnern Sie sich, was los war, wenn dasselbe bei uns passiert ist. *(Abg. Dr. Androsch: Ich habe um 16 Uhr gesprochen!)* Nein, nein, das haben Sie sicher nicht.

Aber, Herr Bundesminister, lassen Sie sich eines sagen: Auch unsere Finanzminister waren nicht im Offizierskasino, wenn sie nicht da waren, aber Sie haben die Leute herbeiholen lassen, Sie haben Sitzungen unterbrechen lassen. *(Abg. Thalhammer: Von 15 Uhr 43 bis 16 Uhr 06 hat der Herr Minister hier gesprochen!)*

Gut, meine Herren, wenn Ihnen gedient ist, dann korrigiere ich das: 15 Uhr. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, Ihre Erregung gibt mir nur recht. Ich korrigiere die Zeit, aber ich stelle fest, daß Sie immer gebrüllt haben

Graf

und wir nicht. Das möchte ich im Raum stehen lassen. Und das darf ich doch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich bitte Sie, Herr Finanzminister, erinnern Sie sich, und, meine Damen und Herren, ich komme schon zur Sache, bevor Sie am Ende oder scheinbaren Ende der Ersten Lesung heimgehen, begeistert von Ihrem Budget, denn das scheinen Sie ja zu sein.

Wenn man Ihnen zugehört hat, mußte man glauben, daß das Budget, das hier in Erster Lesung behandelt wird, der Staatskunst und Finanzkunst letzter Weisheit Schluß sei. Ich möchte nur einige Zahlen hier anführen, ob es Ihnen gefällt oder nicht und welche Ursachen es immer haben mag.

Sie haben von 1971 bis 1978 weit über 300 Milliarden Schilling an Defiziten fabriziert, und das Schuldkonto Ihrer Regierung gegenüber der letzten ÖVP-Regierung ist aufgezählt: die Versiebenfachung des Defizits, die Vervierfachung der Staatsschuld und die Verfünffachung der Auslandsschulden.

Ich habe mir eine kleine Rechnung aufgestellt, wenn Sie erlauben. Was würden Sie, meine Damen und Herren, zu einem Österreicher sagen, der seit 1975 in 28 Fällen Mehreinkommen für sich erzielt oder seine eigenen Leistungen verringert hat und dennoch von je 1 000 S, die er verdient, 120 S zur Abzahlung seiner Schulden braucht? Es gibt so einen Österreicher nicht, aber Ihre Regierung hat das zuwege gebracht. Und Sie haben seit 1975 im Amt seiend acht Steuer- und Gebührenerhöhungen, drei steuerliche Verschlechterungen, fünf Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, fünf Erhöhungen von Tarifen und Gebühren, fünf Erhöhungen von Monopolpreisen und eine Verschlechterung der Sparförderung und der Milchstützung zuwege gebracht. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Möglich. Wie lange noch, Herr Kollege, Sie haben die Wahl gewonnen, das ist richtig.

Sie haben zumindest einen Staatshaushalt hier vorgelegt, von dem Sie wissen, daß Sie 12 Prozent des Gesamtvolumens Ihres Budgets für den Schuldendienst verwenden müssen.

Einige Sätze noch zu den Alternativen, denn das war der Hauptgrund, warum ich mich noch gemeldet habe. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen: Sie fragen täglich nach Alternativen, wenn wir Ihnen eine bieten, sagen Sie, was sie kostet. Lassen Sie mich mit Kreisky, mit einem Zitat aus Ihrer Oppositionszeit antworten. In einer viel besseren Budgetsituation sagte der damalige Leader der Opposition Kreisky: Wir denken gar nicht daran, Alternativen zu bringen. – Lesen Sie das nach im Protokoll. – Wir

werden der Regierung Klaus aus ihrem Budgetdebakel nicht heraushelfen.

Und wissen Sie, wann der Herr Dr. Kreisky die ersten Ziffern zu Alternativen genannt hat? – Vier Monate vor der Wahl.

Meine Damen und Herren! Wir sind völlig brauchbar auf Kurs, und nun hat Dr. Taus ein Konzept zur Erhaltung der Vollbeschäftigung vorgelegt. *(Abg. Samwald: Ein Papier und kein Konzept!)* Ja wie Sie das bezeichnen, Herr Samwald, oder was Sie unter einem Konzept verstehen, ist mir ja nicht ganz klar, ich kann mich auch damit nicht beschäftigen. Nun hat Herr Dr. Taus ein Konzept vorgelegt, und als aufmerksamer Rundfunkhörer konnte ich gestern vernehmen – Herr Dr. Kreisky wurde im Mittagsjournal dazu befragt –, wie Kreisky sagte – und das hat sogar mich in Erstaunen versetzt, obwohl ich ihm hier eine Menge Listenreichtum zutraue –: Das Paket Taus würde Belastungen nach sich ziehen, es würde die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft gefährden, und er schloß mit dem eindrucksvollen Satz: die Wirtschaft müßte sich dagegen zur Wehr setzen. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nach der Demonstration, die der Wirtschaftsbund veranstaltet hat, gab es keinen böseren Menschen als den Herrn Dr. Kreisky. Und wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß Sie, meine Damen und Herren, wechselseitige Interpretationen innerhalb Wochen gebrauchen, wie es Ihnen gefällt, so liegt hier der schlüssige Beweis vor. Denn auch hier, wir haben Ihnen Kosten genannt, das Paket des Herrn Dr. Taus würde wahrscheinlich nicht einmal so viel kosten wie der hoffentlich nicht entstehende Austro-Porsche.

Aber das, was Sie heute vorlegen und morgen beschließen werden, ist ja eine Ungeheuerlichkeit an Kostenexplosion. Und ich frage Sie: Gibt es eine schichtenspezifische Empörung in Österreich, kann der Herr Bundeskanzler beleidigt anordnen, wenn die Opposition das tut, was er verlangt, aber nicht weil er es verlangt, sondern weil wir das nun vorlegen wollen. Oder hat er dann das Recht, empört zu sein und sehr heftig zu reagieren, wenn Leute auf die Straße gehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.)*

Herr Bundesminister für Finanzen, ich danke Ihnen für den Hinweis „Auto“. Herr Minister, ich bin ja dafür, daß Sie mit Ihrem Dienstauto zu einer Brückeneröffnung fahren. Es gehört zu Ihrem Amt, nur läßt Sie vielleicht niemand, das weiß ich nicht. Aber, Herr Vizekanzler, Sie sollen ja mit Ihrem Dienstauto in Ausübung Ihres Dienstes fahren. Warum, glauben Sie, soll ein Bäckermeister oder ein Leichenbestatter das nicht so tun, er übt auch seinen Dienst aus. Dort

Graf

liegt die Doppelspaltigkeit Ihrer Argumentation. Was haben Sie denn gegen die Autos der Gewerbetreibenden? *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, wann ist Ihnen eine Demonstration angenehm? Herr Dr. Androsch, Sie wünschen sich eine Opposition, die kuscht und Ihrer Fraktion Weihrauch streut. Schön wäre es, aber so ist es nicht. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Androsch: Sie haben die Messe gestört!)* Wir haben die Messe nicht gestört, es war eine sehr disziplinierte Protestkundgebung. Sie war die erste, vielleicht wird sie nicht die letzte sein. Denn eines: Das Recht der Demonstration, wir haben ja nicht gestreikt ... *(Abg. Dr. Androsch: Das ist für den Menschen und nicht für Autos!)*

Ja, diese Sprüche kennen wir alle. Nur eines müssen Sie wissen: Um die Form, um den Zeitpunkt einer Demonstration, die wir veranstalten, werden wir bei Ihnen nicht einreichen. Es hat uns schon genügt, daß die Wiener Polizei erfolgreich versucht hat, Leute in Schönbrunn stehen zu lassen, um Ihnen nicht zu viel Schwierigkeiten zu machen, das ist die Wahrheit. *(Ruf bei der ÖVP: Schau, schau!)* Aber, Herr Dr. Androsch, eines müssen Sie wissen: Kritik mag unangenehm sein, Sie haben Schwierigkeiten, nur können Sie sie nicht zugeben, aber Sie können uns nicht vorschreiben, ob das Auto dient als Transportmittel für eine Demonstration oder nicht.

Wissen Sie, Sie sollten Ihre Empfindlichkeit nicht so weit pflegen, Herr Minister, daß das, was die Opposition tut, von Ihnen verdammt wird, und das, was Sie als Opposition getan haben, der Weisheit letzter Schluß war.

Wenn Sie selbstkritisch dieses Budget ansehen und Ihre Redner Revue passieren lassen, so müssen Sie zugeben, daß einige, die sich bewußt beschäftigt haben, aus der Verteidigung heraus gesprochen haben, die anderen, die Sie gelobt haben, haben das Budget sorgfältig umfahren.

Ihr Budget ist der Beginn vom Ende Ihrer Finanzpolitik. *(Widerspruch bei der SPÖ.)*

Sie wissen es. Ja, meine Damen und Herren, das, was Sie heute hier vorlegen, sicher mit Aplomb beschließen werden, von dem wissen Ihre Leute in Ihrem Haus, Herr Minister, daß Sie die Schraube überdreht haben. Eines Tages werden Sie den Zettel präsentiert bekommen. Das Burgenland hat Ihnen jetzt geholfen, aber nicht auf Dauer. Die Kugel dreht sich, Sie sind dabei ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.)*

Herr Bundesminister! Eines zum Schluß. Zur Beschäftigungspolitik: Auch wir wünschen die Vollbeschäftigung. Aber Ihr Budget ist nicht mehr in der Lage, das zu garantieren, was Sie verkaufen. Sie gefährden mit dem heutigen Budgetpaket und mit der morgigen ersten Lesung das, was Sie vorgeben tun zu wollen, nämlich die Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung verfüge ich die Zuweisung der Regierungsvorlage 631 und Zu 631 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 68/A eingebracht worden ist. Ferner sind die Anfragen 1434/J bis 1438/J eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 4. November, um 9 Uhr ein.

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen. Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 40 Minuten